

hochschule ost

leipziger
beiträge zu
hochschule &
wissenschaft

Leipzig 1. Quartal 1998
ISSN 0944-7989
7. Jahrgang



1/98

Themen:

Hochschulbau & Hochschulkunst in der DDR:

Medizinischer Hochschulbau & Charité. Kunsthochschule Weißensee. HfV Dresden. Henselmanns Hochschule für Landwirtschaft Neubrandenburg. Universitätsneubau Leipzig. Wandmalereien an DDR-Hochschulen. Kunst am Bogensee. Mensabauten. Kunst & Sport. Kustodie in Leipzig. Kustodie in Dresden

Hochschulgründung & Studium als Forschungsprozeß

Studiennachfrage in Ostdeutschland

Das Ringen um die Deutungsmacht & die Qualität wissenschaftlicher Kritik



hochschule ost 1/98

leipziger beiträge
zu hochschule &
wissenschaft

Verlegt durch den Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa der Universität Leipzig

Redaktion:

Sonja Brentjes, Falk Bretschneider (Schriftleitung), Frank Geißler,
Monika Gibas, Thomas Neie, Peer Pasternack (Herausgeber),
Thomas Perler, Stephan R. Sandler, Georg Schuppener

UNIVERSITÄT LEIPZIG
STUDENTINNEN
Rat

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009
Leipzig.

Hausanschrift: Augustusplatz 11, 04109 Leipzig.

Tel. (0177) 32 70 900.

Fax (0341) 97 37 859.

E-Mail: hso@server1.rz.uni-leipzig.de.

hochschule ost im Internet: <http://www.uni-leipzig.de/host/>

Die veröffentlichten Beiträge geben selbstverständlich nicht in
jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HpÖ bzw. der
Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten
(Ausdruck + Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht
nicht.

hochschule ost erscheint quartalsweise.

ISSN 0944-7989

INHALT

Editorial	7
THEMA: Hochschulbau & Hochschulkunst in der DDR	
<i>Manfred Rücker:</i>	
Das Institut für Hoch- und Fachschulbau. Entwicklung, Aufgaben, Leistungen und Abwicklung	10
<i>Peter Korneli & Dietrich Gläser:</i>	
Medizinischer Hochschulbau in der DDR	21
<i>Hiltrud Ebert:</i>	
Der Erweiterungsbau der Kunsthochschule Berlin-Weißensee	31
<i>Valentin Hammerschmidt:</i>	
Die Gebäude der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden und ihre Weiternutzung durch die Hochschule für Technik und Wirtschaft	42
<i>Gabriele Wieseemann:</i>	
Die Hochschule für Landwirtschaft in Neubrandenburg. Eine neosexpressionistische Architekturphantasie von Hermann Henselmann	55
<i>Katrin Löffler:</i>	
Der Entscheidungsprozeß für die Sprengung der historischen Universitätsgebäude in Leipzig	69
<i>Thomas Topfstedt:</i>	
Vom „Weisheitszahn“ zum Werbesymbol. Der Leipziger Universitätsturm im Wandel seiner Bewertung	81
<i>Hubertus Adam:</i>	
Zeichen der Universität oder platzbeherrschendes Monument? Zur Planungs- und Entstehungsgeschichte des Leipziger Universitätsreliefs	89
<i>Hartwig Ebersbach, Rainer Behrends (Interview):</i>	
„Die Fledermaus“ oder „Antiimperialistische Solidarität“ aus der Perspektive des Blochschen „Prinzips Hoffnung“	104
<i>Martin Schönfeld:</i>	
Erziehungsbilder – Wandmalereien an Hochschulen der DDR diesseits und jenseits der Staatsbürgerkunde	119
<i>Jörn Schütrumpf:</i>	
Zweierlei Maß. Kunst am Bogensee	129
<i>Peter Korneli & Geerd Dellas:</i>	
Neubau und Rekonstruktion der Berliner Charité	137
<i>Ulf Zimmermann (Interview):</i>	
Mensabauten	147

<i>Günter Witt:</i>	
Sportstudenten, Kunst und Ästhetik ex post facto betrachtet	156
<i>Rainer Behrends (Interview):</i>	
Die Kustodie der Leipziger Universität als Sammel- und Popularisierungseinrichtung für moderne Kunst	165
<i>Karin Fischer & Jürgen Schieferdecker:</i>	
Die Kustodie der Technischen Universität Dresden. Mehr als nur eine Einrichtung zur Verwaltung von Musealien	174
FORUM	
<i>Uwe Hirschfeld:</i>	
Unterlassene Reform. Hochschulgründung und Studium als Forschungsprozeß	184
<i>Irene Lischka:</i>	
Weitere Verschiebungen bei der Studiennachfrage in den neuen Bundesländern	203
REAKTIONEN	
<i>Peer Pasternack:</i>	
Hoyer vs. Brentjes. Das Ringen um die Deutungsmacht und die Qualität wissenschaftlicher Kritik	216
<i>Christoph Kähler:</i>	
Zwischenruf. Zu Ernst Günther Schmidt: „Gefährdung und Wahrung der Tradition. Die Zeitschrift Philologus in den Jahren der DDR“, <i>hochschule ost</i> 3-4/97	223
BERICHTE	
BAföG: Weniger Geförderte, höhere Förderungsbeträge (<i>Stat. Bundesamt</i>)	227
Fachhochschul-Fernstudienverbund (FVL) bis zum Jahr 2001 verlängert (<i>BMWFK</i>)	228
HUB: Kürzung von 82 Professuren bis zum Jahr 2000 (<i>SM</i>)	229
DOKUMENTATION	
Dagmar Schipanski: Begrüßungsansprache zum Festakt anlässlich des 40jährigen Bestehens des Wissenschaftsrates (<i>WiRa</i>)	232
Fritz Schaumann: Bundesinitiative stärkt Kompetenz in der Hochschulforschung. Eröffnung des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg (<i>BMB+F</i>)	234
Sächsisches Staatministerium für Wissenschaft und Kunst: Das Unverständnis der Frau Schwarz (<i>SMWK</i>)	235
GELESEN	
Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1996 (<i>Jürgen Werner</i>)	236
PUBLIKATIONEN	238
ZUM SCHLUSS	244

„Gleichzeitig möchte ich die Information an Sie weiterreichen, daß es von Fachschaften der Studierenden die Absicht gibt, einen alten Brauch wiederzubeleben und am Montagabend zum Rektoratswechsel einen Umzug mit Lichtern und Fackeln vor dem Rektoratsgebäude ... zu veranstalten. Diese 'Huldigung' in heutiger Zeit verdient sicher, von der Öffentlichkeit bemerkt zu werden.“

Pressemitteilung der Universität Leipzig anlässlich des Rektoratswechsels im Dezember 1997 (20.11.1997)

Die Behausungen der Hochschulen sind zunächst funktionsgebundene Unterbringungsorte, daneben aber immer auch Repräsentationsobjekte ihrer Betreiber. Gilt dies für öffentliche Gebäude generell, so tritt in der Hochschularchitektur doch eines noch hinzu: Als Orte der Bewahrung überkommenen Wissens, der darauf gründenden Wissenschaftsentwicklung wie der Wissensvermittlung an junge Menschen gelten die Hochschulen als Innovationsagenturen der Gesellschaften schlechthin. In dem Zusammengang von Traditionsbindung, intendierter resp. faktischer Elitenreproduktion, Infragestellung und Zukunftsoffenheit ergeben sich widersprüchliche Anforderungen. Diese sollen in der baulichen Form symbolischen Ausdruck finden. Bauen erfordert den Kompromiß zwischen Symbolik, Funktionalität und Ästhetik.

„Die DDR ist ein einziges riesiges Fortbildungsinstitut“, bemerkte der Chefredakteur der *Zeit*, Theo Sommer, als er 1986 mit großem Stab die DDR bereiste. Die DDR war aber auch eine riesige Baustelle. Gab es zwischen beiden Umständen Zusammenhänge?

Allein in den 50er Jahren waren eine Fülle von Hoch- und Fachschulneubauten oder -wiederaufbauten entstanden:

Hochschule für Planökonomie Berlin-Karlshorst; der Schwerpunkt „Hochschulstadt Dresden“ mit Neubauten für die Hochschulen für Verkehr und Eisenbahnwesen, TU-Institute für Thermodynamik, Maschinenbau, Schwachstromtechnik und Strömungsmaschinen, die Fakultät für Pädagogik und Kulturwissenschaften, die Palucca-Schule, die Institute für Landtechnik, für Textilchemie und für Fördertechnik, die Medizinische Akademie, die Institute für Arbeitsökonomik und für Maschinenbau, die Fachschule für Gartenbau in Pillnitz, die Arbeiter- und Bauernfakultät mit Wohnheimen und Mensen; in Bautzen die Ingenieurschule für Fördertechnik; in der Universitätsstadt Leipzig der Neubau des Campus der Hochschule für Körperkultur und Sport

(DHfK), das Institut für Sportmedizin, das Zentralinstitut für Isotopen- und Strahlenforschung, das Physiologische, Pharmakologische, Anatomische, Chemische und das Physikalische Institut; in Schwerin das Institut für Lehrerbildung Paulshöhe und das Institut für sozialistische Landwirtschaft; in Ilmenau die Hochschule für Elektrotechnik; an den Universitäten Rostock und Greifswald eine Schiffsbau technische Fakultät, das Großkulturchemische Institut, das Hygieneinstitut, Institute für Mineralogie, Geologie, Pharmazie, Agrobiologie, Geographie, Mikrobiologie und Organische Chemie; sodann zahlreiche Lehrerbildungsinstitute im ganzen Land, darunter der Komplex in Erfurt, Neubauten in Halle-Kröllwitz, Siebenlehn bei Meißen und die Pädagogische Hochschule in Güstrow; die Akademiestadt Freiberg als Zentrum der Montarwissenschaften mit Neubauten für das Chemische Institut, die Institute für Berg- und Hüttenkunde und für Erzaufarbeitung sowie Studentenwohnheimen; desweiteren die Hochschule für Maschinenbau Chemnitz und das dortige Institut für Physik, die Bauingenieurschule Cottbus, die Fachschule für Landtechnik in Nordhausen und die Finanzfachschule in Gotha; der Ausbau des Universitäts- und Akademiestandortes Jena mit den Instituten für Chemie, Geologie, Physik sowie für Physiologische Chemie und Pharmakologie, die Akademieinstitute für Mikrobiologie und experimentelle Therapie, für Bodendynamik und Erdbebenforschung sowie für magnetische Werkstoffe; schließlich die Technische Hochschule für Chemie Leuna-Merseburg.

Erkennbar ist, daß dieses Bauen strukturpolitischen Schwerpunktsetzungen folgte: Insbesondere die Fachrichtungen Wirtschaft und Ingenieurwesen wurden favorisiert. Das kann kaum verwundern: Den Kommunisten war mit dem Osten Deutschlands ein allein nicht existenzfähiger Wirtschaftsraum zugefallen. In diesen mußten ganze Industrien, Verkehrsstrukturen und produktionsorientierte Dienstleistungsstandorte eingepflanzt werden. An der Abfolge und regionalen Verteilung der innerhalb eines einzigen Jahrzehnts neugeschaffenen und nach Kriegszerstörungen wieder aufgebauten Hoch- und Fachschuleinrichtungen läßt sich die wirtschaftliche Schwerpunktbildung erkennen.

Verbunden waren mit diesen Projekten immer auch weitergehende städtebauliche Projekte: Wohngebiete für Lehrkräfte, Studenten und Absolventen. Damit gelangen diejenigen in den Blick, welche die neuen Bauten bevölkerten. Die Expansion des Hoch- und Fachschulwesens in der DDR schuf die Grundlage für einen massenhaften sozialen Aufstieg. Sich qualifizieren, so die massenhafte Grunderfahrung vor allem der ersten Aufbaugeneration, bringt persönliche Aufstiegschancen mit sich. Der dem zugrundeliegende politische Wille war in der Losung der Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs formuliert worden. Dem entsprach es, daß die Massenerfahrung von Qualifikation und sozialem Aufstieg auch mit der weniger erfreulichen Erfahrung sozialer Selektion beim Hochschulzugang verbunden war. Als Theo Sommer 1986 die DDR als Fortbildungsinstitut identifizierte, stammten 77 Prozent der Studierenden aus Elternhäusern, in denen der Vater einen niedrigeren Bildungsstatus hatte als sein studierendes Kind. Und diejenigen, die den Aufstieg schon hinter sich hatten, unterschieden sich, so Sommer, von westdeutschen Politikern und Spitzenbeamten vor allem dadurch, daß sie vielmehr wie Technokraten redeten: „Jeder Parteifunktionär ein Wohnungsbauexperte,

hochschule ost 1/1998

jeder Ratsvorsitzende ein Rationalisierungsfachmann. Nicht mehr die stalinistischen Sozialingenieure sind am Schalthebel, die den alten Adam in der Fabrik des neuen Menschen umkrepeln wollen, sondern die Diplomingenieure.“

Waren die DDR-Hochschulbauten nun dementsprechend steingewordene Variationen über das Thema ‘Arbeiterklasse und Intelligenz’? Symbole der als Produktivkraft definierten Wissenschaft? Simone Hain (Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner), der wir auch die obige Zusammenstellung der 50er-Jahre-Bauten verdanken, sieht hier zunächst, „neben einer Gruppe, die eindeutig der Heimatschutz-Stilistik und konventionellen Grundrißschemen verpflichtet waren, das ganze Dilemma der ästhetischen Doktrinierung der ersten Hälfte der fünfziger Jahre“:

„Während man in dieser Zeit selten souveräne und entwerferisch freie Lösungen findet, überwiegt bei funktionaler, also durchaus moderner Grundrißdisposition im Aufriß und in der Baukörpergestaltung eine gewollt solide und letztlich banale Stofflichkeit, die man wohl am treffendsten als ‘verleidete Moderne’ bezeichnen könnte. Noch erkennt man die großartige Geste und den sehnsüchtigen Wunsch nach einem gestalterischen Höhenflug, doch ist statt Spannung Beruhigung, statt Kontrast Gleichschaltung, statt Spiel Disziplinierung eingetreten. Aus diesem Befund treten lediglich einige zentral mit besonderer Aufmerksamkeit bedachte Vorhaben heraus, die wie die Hochschule für Körperkultur oder die Hochschule für Planökonomie stilistische Highlights der Periode der ‘nationalen Traditionen’ darstellen. Erst nach 1956 und hier zuerst in Dresden (Institut für Arbeitsökonomie) wandelt sich die Anmutungsqualität der Hochschulbauten hin zu einem teilweise ausgesucht noblen modernen Rationalismus.“

Wie es damit weiterging, erkunden die Beiträge in diesem Heft, und da öffentliches Bauen in der DDR nicht zu trennen war von der Bekundung der öffentlichen Bauten, sind die Hochschulen zugleich als Repräsentations- und Sammlungsorte von (sozialistischer) Kunst zu verhandeln.

m.g. & p.p.

hochschule ost 1/1998

Das Institut für Hoch- und Fachschulbau Entwicklung, Aufgaben, Leistungen und Abwicklung

Manfred Rücker
Dresden

Die Geschichte der per 31. Dezember 1990 abgewickelten Abteilung Hoch- und Fachschulbau Dresden des Zentralinstituts für Hochschulbildung Berlin begann im Jahr 1964. Seinerzeit entschlossen sich die Verantwortlichen für die Bauinvestitionen im damaligen Staatssekretariat

für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, die Entscheidungsvorbereitung für den Ausbau der Hoch- und Fachschulen in ihrem Verantwortungsbereich zu institutionalisieren. Beispiele für eine solche Institution gab es in Ost und West, wie das Institut für Schulbau in Prag oder Institut und Zentralarchiv für Hochschulbau in Stuttgart.

Die Wahl fiel auf die Technische Universität Dresden, wo Lehrstühle für Gebäudelehre an der Hauptfachrichtung Architektur und deren Projektierungsbüros durch Arbeiten auf dem Gebiet des Hochschulbaus auf sich aufmerksam gemacht hatten. So wurde am 1. März 1965 die „Forschungs- und Entwicklungsstelle für Technologie der Hoch- und Fachschulbauten an der Technischen Universität Dresden“ gegründet. Aus diesem etwas umständlichen Namen war bereits die Ausrichtung auf die nutzerbezogene Investitionsvorbereitung erkennbar. Neben der Erarbeitung des wissenschaftlichen Vorlaufs für den Hoch- und Fachschulbau gehörte von Anfang an die Begutachtung von Dokumenten der Investitionsvorbereitung zu den Hauptaufgaben.

Im Jahre 1970 erfolgte die Umwandlung der F- und E-Stelle in „Institut für Hoch- und Fachschulbau an der Technischen Universität Dresden“ (IHFB). Unter diesem Namen war die Forschungseinrichtung die längste Zeit tätig und erreichte sie großen Bekanntheitsgrad und volle Anerkennung. Auch aus Gründen der vereinfachten Darstellung wird im

hochschule ost 1/1998

weiteren das Kürzel „IHFB“ benutzt. Die endgültige Struktur des Instituts mit drei Forschungsgruppen und der Gutachterstelle bildete sich nach 1970 als Antwort auf die zu bearbeitenden Aufgaben heraus:

- Forschungsgruppe 1 „Planungsgrundlagen“ (Allgemeiner Hoch- und Fachschulbau),
- Forschungsgruppe 2 „Projektierungsgrundlagen“ (Allgemeiner Hoch- und Fachschulbau),
- Forschungsgruppe 3 „Medizinischer Hochschulbau“ (Planungs- und Projektierungsgrundlagen),
- Gutachterstelle für die Begutachtung von Investitionen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (MHF), als relativ selbständige Einheit.

Zusammen mit einem kleinen Direktionsbereich und einer Informationsstelle (Institutsbibliothek) erreichte das IHFB einen Personalbestand von mehr als 30 Mitarbeitern. Die Mehrheit der wissenschaftlichen Kräfte unter ihnen waren Architekten, ergänzt durch Spezialisten auf den Gebieten der Gebäudeökonomie, der technischen Gebäudeausrüstung und der Arbeitsumweltgestaltung.

Im Jahre 1981 wurde beschlossen, die Forschung über das Hoch- und Fachschulwesen – darunter den Hoch- und Fachschulbau – ab Januar 1982 in einem „Zentralinstitut für Hochschulbildung“ zu konzentrieren. Den Kern des neuen Zentralinstituts bildete das Institut für Hochschulbildung und -ökonomie Berlin. Das IHFB wurde zur Abteilung Hoch- und Fachschulbau des Zentralinstituts und verblieb als relativ selbständige Filiale in Dresden.

Neben einem höheren Verwaltungsaufwand hatte die Integration in das Zentralinstitut auch Vorteile für die Forschung auf dem Gebiet des Hoch- und Fachschulbaus, etwa bei der Einführung moderner Methoden der Datenverarbeitung oder in der direkten Einbeziehung von Mitarbeitern und Forschungsergebnissen anderer Abteilungen des Zentralinstituts. Die Gutachterstelle als dem MHF direkt nachgeordnete Einrichtung wurde nicht integriert. Dennoch blieb die bewährte Zusammenarbeit zwischen Forschung und Begutachtung erhalten.

Abgesehen von den in den Gründungsdokumenten des IHFB allgemein definierten Aufgaben hat das Institut seine fachlichen Aufgaben weitgehend selbst ermitteln können. Die Arbeitspläne des IHFB waren von der zuständigen Abteilung des MHF zu bestätigen. Die Anbindung an die Technische Universität hatte nur geringen Einfluß auf die Aufgabenbestimmung, obwohl sich auf verschiedenen Teilgebieten eine fachliche Zusammenarbeit entwickelte.

Die Aufgabenstellungen für das IHFB ergaben sich aus dem gesellschaftlichen Umfeld und dessen Veränderungen. Dazu gehörten das staatliche Bildungssystem, die Bildungspolitik und die durch sie defi-

hochschule ost 1/1998

nierten Ziele für den Ausbau der Bildungseinrichtungen ebenso wie die Organisation der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Investitionen, eingeschlossen den Hochschulbau.

Die DDR verfügte nach der „Dritten Hochschulreform“ 1968 über 56 Hochschuleinrichtungen, darunter 6 (Voll-)Universitäten und 3 Medizinische Akademien. Mitte der achtziger Jahre befanden sich 85% der insgesamt 130.000 Studierenden und eine Bausubstanz mit mehr als 4 Mio. m² Hauptnutzfläche im Verantwortungsbereich des MHF. Die künstlerischen und die pädagogischen Hochschulen waren den Ministerien für Kultur bzw. für Volksbildung nachgeordnet, die über eigene Institutionen analog zum IHFB verfügten. Von großer Bedeutung für die Aufgaben des IHFB war, daß die Unterbringung der Studenten in Wohnheimen (Versorgungsgrad durchschnittlich 75%) sowie die gastronomische Versorgung aller Hochschulangehörigen zu den Aufgaben der Hochschulen zählte.¹

An den 238 Ingenieur- und Fachschulen der DDR studierten Mitte der achtziger Jahre ca. 160.000 Studenten, darunter 100.000 im Direktstudium. Diese Einrichtungen waren unterschiedlichen Verantwortungsbereichen zugeordnet, zumeist denen, wo die Absolventen zum Einsatz kamen. Deshalb reichte die Palette von den Industrieministerien mit den Ingenieurschulen bis hin zu den Räten der Bezirke, Abteilung Volksbildung mit den Fachschulen für Kindergärtnerinnen.² Da das MHF nur für etwa 10% des Fachschulwesens verantwortlich war, beschäftigte sich nur ein geringer Teil der Untersuchungen des IHFB mit spezifischen Problemen der Fachschulen. Im weiteren wird deshalb, auch dem Anliegen dieses Heftes entsprechend, vorwiegend auf den Hochschulbau Bezug genommen.

Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld zogen natürlich auch Veränderungen in den Aufgaben des IHFB nach sich. Rothe unterscheidet beispielsweise im Zeitraum 1945 bis 1984 in Bezug auf die gesellschafts-, hochschul- und baupolitischen Entwicklungsphasen vier Perioden der Hochschul-Bauplanung in der DDR.³

- 1945-1955: Planungen für den Wiederaufbau der zerstörten Hochschulkomplexe und Hochschulbauten,
- 1950-1965: Planungen für den Neubau Technischer Hochschulen sowie für Erweiterung und Verlagerung von Hochschulkomplexen,

¹ Statistisches Jahrbuch des Hochschulwesens der DDR 1986. Berlin: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, 1986

² Statistisches Jahrbuch des Fachschulwesens der DDR 1986. Berlin: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, 1986.

³ Rothe, Rudolf: Ergebnisse, Erfahrungen und Aufgaben der Hochschul-Bauplanung in der DDR – Ein Beitrag zur Qualifizierung der funktionellen und baulich-räumlichen Entwicklung von Hochschulkomplexen. Diss. B, Dresden 1985.

- 1965-1972: Planungen für den Neubau von Universitätskomplexen sowie für Erweiterung und Verlagerung von Hochschulkomplexen. Auslöser der Planungen war die Forderung nach rascher Erhöhung der Ausbildungskapazität. Der Umfang der Forderungsprogramme einschließlich der Forderung nach einprägsamen architektonischen Großformen führten unter Mißachtung des kulturhistorischen Bestandes zu Gesamtplanungen, die in den meisten Fällen – mit Ausnahme der Universitätskomplexe Leipzig und Jena – die gegebenen Realisierungsmöglichkeiten überstiegen.
- ab 1972: Planungen für die komplexe Rekonstruktion von Hochschulen. Die Orientierung auf die „intensiv erweiterte Reproduktion der Grundfonds“ führte zu komplexen baulichen Entwicklungsplanungen für alle Universitäten und Technische Hochschulen, die Sanierung, Umbau und Modernisierung bestehender Hochschulkomplexe in den Vordergrund rückten. Nennenswertes Beispiel ist die Berliner Charité.

Bedeutsam für die Aufgaben des IHFB war dessen Einordnung in die Prozesse der Investitionsvorbereitung, d.h. in die Konzipierung, Planung und Projektierung von Hochschulbauten, und damit in das zentralistische Planungssystem der DDR. Das Zusammenwirken und die Verantwortung der Partner bzw. Beteiligten in den einzelnen Phasen der Vorbereitung von Investitionen war gesetzlich geregelt. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich stellvertretend auf die Vorschriften Anfang der achtziger Jahre.⁴

Die Hochschulen als Investitionsauftraggeber waren verantwortlich für die Erarbeitung der Vorbereitungsdokumente, für die Einbeziehung der übrigen Beteiligten und für die Abstimmung mit den örtlichen und den bezirklichen „Planungs- und Bilanzorganen“. Für größere Bauvorhaben wurden an den Hochschulen auch Stabsgruppen für deren Vorbereitung gebildet. Die örtlichen Bauverwaltungen des MHF waren im übrigen 1968 aufgelöst worden.

Die Verantwortung des „Übergeordneten Organs“ des Investitionsauftraggebers, d.h. des MHF als Nutzende Verwaltung, erstreckte sich auf die Einordnung der Vorhaben in die staatlichen Bilanzen, auf die Vorgabe von Ausbauzielen, auf Begutachtung, Bestätigung und Genehmigung von Dokumenten der Investitionsvorbereitung sowie auf die Kontrolle der Realisierung. Das MHF bediente sich dabei der erwähnten Gutachterstelle und seines Investitionsbüros.

Auftragnehmer im Prozeß der Investitionsvorbereitung, d.h. für Planung und Projektierung der Vorhaben, waren hauptsächlich die Projektierungsabteilungen der Baukombinate, die für die Realisierung der Vorhaben als Hauptauftragnehmer verpflichtet wurden, oder Planungs- und

⁴ Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen vom 13. Juli 1978. Gbl. I 1978 Nr. 23, S. 251 oder dito vom 23. Mai 1985. Gbl. I 1085 Nr. 17, S. 197.

Projektierungsbüros in Regie des übergeordneten Organs. Im Falle des MHF gab es die nachgeordneten Projektierungsbüros in Dresden, Leipzig, Weimar und Wismar, also an Studienstandorten des Bauwesens. Die Ursprünge dieser Projektierungsbüros lagen z.T. in Büros, die vor der dritten Hochschulreform von den Ordinarien des Bauwesens betrieben wurden.

Weitere sehr wesentliche Partner im Prozeß der Investitionsvorbereitung waren die „Territorialen Organe“ (Räte der Bezirke, der Kreise und Städte, Bezirksplankommissionen usw.), beispielsweise für die Zuweisung und Genehmigung von Standorten, und die für das wettbewerbsfeindliche Wirtschaftssystem der DDR typischen „Bilanzorgane“ bzw. bilanzbeauftragten Betriebe, die u.a. die mitwirkenden Betriebe und Kombinate benannten und beauftragten.

Durchaus in einigen Punkten vergleichbar mit den gegenwärtigen gültigen Richtlinien für die Durchführung von staatlichen Bauaufgaben (RLBau) waren in den o.g. gesetzlichen Regelungen der DDR folgende Phasen der Investitionsvorbereitung vorgegeben:

- Grundfondswirtschaftliche Untersuchungen (GWU):

Die GWU dienten dem Nachweis der Notwendigkeit eines Bauvorhabens im Sinne einer Nutzerforderung nach RLBau. Sie sollten auf einer permanenten Arbeit an den Entwicklungskonzeptionen der Hochschulen beruhen. Im Rahmen der GWU waren ggf. Bestandsanalysen und Machbarkeitsstudien durchzuführen.

- Erarbeitung der Aufgabenstellung (AST):

Die AST umfaßte den detaillierten Bedarfsnachweis und das Grundkonzept für die Lösung der Investitionsaufgabe. Analog zum Bauantrag nach RLBau war die bestätigte AST die Voraussetzung zur Aufnahme des Vorhabens in die mittelfristige Finanzplanung.

- Vorbereitung der Grundsatzentscheidung (GE):

Vergleichbar mit der Haushaltsunterlage Bau nach RLBau beinhaltete die Dokumentation zur GE die grundsätzliche (nutzer-)technologische und bautechnische Lösung im Sinne eines Vorprojekts sowie das verbindliche (Kosten-)Angebot der Auftragnehmer für die Realisierung des Vorhabens. Die GE über das Vorhaben wurde vom übergeordneten Organ, bei größeren Vorhaben im Einvernehmen mit der Staatlichen Plankommission gefällt. Die GE war die Voraussetzung für die Aufnahme des Vorhabens in die Jahresplanung.

An die GE schloß sich die Erarbeitung der Ausführungsunterlagen als erste Phase der Realisierung eines Vorhabens an.

Aus dem geschilderten gesellschaftlichen Umfeld ergaben sich solche generellen Aufgabenstellungen für das IHFB wie:

- die Unterstützung des MHF bei der Durchsetzung einheitlicher Maßstäbe zum Ausbau der Hochschulen und bei der Vorbereitung von Investitionsentscheidungen,

hochschule ost 1/1998

- die Bereitstellung von Arbeitshilfsmitteln zur Planung und Vorbereitung von Hochschulbauten für die Hochschulen, insbesondere in ihrer Funktion als Investitionsauftraggeber,
- die Sicherung der funktionellen Qualität von Hochschulbauten durch die Erforschung der Nutzeranforderungen.

Die Bereitstellung und Überleitung der Arbeitsergebnisse erfolgte auf unterschiedlichen Wegen. Dazu gehörten vor allem

- die vom IHFB herausgegebene Schriftenreihe „Hoch- und Fachschulbau“,
- die spezifischen Publikationen, wie z.B. der „Katalog Hoch- und Fachschulbau“, die Forschungsberichte oder die Organisationsanweisungen des MHF für EDV-Projekte bezüglich der sächlichen Ressourcen,
- die Erarbeitung von oder die Mitarbeit an Richtlinien des MHF für die Planung und Projektierung von Hochschulbauten,
- die Durchführung von und die Beteiligung an internationalen Fachtagungen auf dem Gebiet des Hochschulbaus,
- die Beratungstätigkeit für Hochschulen und Projektanten sowie im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit,
- die Erarbeitung von Planungsstudien für die Hochschulen und das MHF und schließlich die Beteiligung der Mitarbeiter des IHFB an der Begutachtung von Dokumenten der Investitionsvorbereitung.

Im folgenden soll auf wesentliche Arbeitsgebiete des IHFB und deren Ergebnisse eingegangen werden, soweit dies im Rahmen dieses Beitrages überhaupt möglich ist. Der Medizinische Hochschulbau, der ab den siebziger Jahren etwa 25% der personellen Kapazität des IHFB in Anspruch nahm und sich zu einem relativ selbständigen Arbeitsgebiet entwickelt hatte, wird dabei nicht berücksichtigt und ist Gegenstand eines gesonderten Beitrages in diesem Heft.

In die Anfangsphase des IHFB fiel der Beschluß des Ministerrates der DDR, im Jahre 1966 auch in den „Haushaltsorganisationen“, d.h. in den haushaltsfinanzierten Bereichen wie dem MHF, eine Erfassung und Bewertung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens – der sogenannten Grundfonds bzw. der Grundmittel – durchzuführen sowie durch eine Verschleiß- und Abschreibungsrechnung gewisse Elemente einer wirtschaftlichen Rechnungsführung einzuführen. Diese Gelegenheit wurde genutzt, mit einer Erweiterung der Fragestellungen, insbesondere über die Nutzung der Gebäude, eine „Erfassung der baulichen Substanz und der Nutzungseinheiten im Hoch- und Fachschulwesen“ DV-gestützt zu initiieren. Alle wesentlichen Grundlagen dazu wie Organisationsanweisungen, Schlüsselverzeichnisse, Datenträger und Auswertungsprogramme wurden seinerzeit vom IHFB in Kooperation mit dem Rechenzentrum an der Technischen Hochschule Magdeburg geschaffen. Die Durchführung

hochschule ost 1/1998

der „Erfassung“ wurde vom IHFB intensiv betreut, z.B. durch Anleitung der Bearbeiter an den Einrichtungen, durch die Sichtung der Datenträger (Verbundlochkarten) und schließlich durch deren umfassende DV-gestützte Auswertung.⁵

Die Ergebnisse der „Erfassung“ gaben einerseits einen Überblick über den Bestand an Gebäuden und ihrer Nutzung als Basis für Entwicklungsplanungen und stellten andererseits die Grundlage für Untersuchungen des IHFB u.a. zur Gebäudeökonomie, zu Nutzungsprofilen und zu Flächenfaktoren dar. Die Fortschreibung der Gebäudedaten wurde im Rahmen der Grundmittelrechnung des „Leitungs- und Informationssystems des Hoch- und Fachschulwesens“ organisiert. Für die Fortschreibung der Nutzungsdaten war eine Umstellung auf die raumweise Erfassung erforderlich. Die Datenstrukturen und die Verschlüsselungen des 1972 entwickelten DV-Projekts waren im übrigen kompatibel mit denen des DV-Projektes der Hochschul-Informationssystem GmbH Hannover und der Bundesstatistik. Deshalb konnten 1990 die Datenbestände der Hochschulen problemlos konvertiert werden.

Die zweite Säule der Hochschul-Bauplanung, die Bedarfsbemessung für Nutzungseinheiten (z.B. Plätze in Lehrräumen), Flächen, Bauvolumina und Kosten, war ebenfalls von Anfang an Gegenstand der Arbeit des IHFB. Die Ergebnisse der Analyse des nationalen und internationalen Standes sowie ein erster Vorschlag für ein Richtwertsystem wurden 1969 im Rahmen eines Forschungsberichts vorgestellt. Diskussion und Weiterentwicklung des Vorschlages führten 1972 zu einer Richtlinie des MHF zur Bedarfsermittlung⁶ und 1976 zu einem Element der „Methodischen Grundlagen für Grundfondskonzeptionen“, d.h. für Entwicklungsplanungen.

Entgegen den Wünschen des MHF nach globalen Richtwerten für Flächen oder Kosten pro Studienplatz war es dem IHFB gelungen, ein nach Berechnungsstufen und Fachrichtungen differenziertes Richtwertsystem mit Modifikationsmöglichkeit, die auf der Transparenz der Beziehungen zwischen den Berechnungsgrößen beruhte, zu entwickeln und an allen Hochschulen des MHF spezifisch anzuwenden.

Das Richtwertsystem schloß Werte für die Baukosten ein. Sie basierten auf der stetigen Analyse aller abgerechneten Hochschulbauten unter Berücksichtigung von Einflußgrößen wie z.B. Gebäudegeometrie und Installationsgrad. Zum Aufgabengebiet der Gebäudeökonomie gehörte auch die Entwicklung von Kennzahlen für den Bauunterhalt.⁷

⁵ Rothe, Rudolf; Rücker, Manfred; Lommatzsch, Horst: Grundlagen für die Planung der komplexen Grundfondsreproduktion – Beiträge zur Bedarfsermittlung für Hochschulbauten. Dresden: IHFB, 1975 (Hoch- und Fachschulbau; 9), S. 65.

⁶ Ebd.

⁷ Horlitz, Gerhard: Katalog Ökonomischer Aufwand von Hoch- und Fachschulbauten – Ausgabe 1976. Dresden: IHFB, 1976 (Hoch- und Fachschulbau; 14). Katalog Re-

Wie oben beschrieben waren die Hochschulen angehalten, langfristige Entwicklungsplanungen zu erarbeiten. Das dazu notwendige know how, daß sich das IHFB geschaffen hatte, wurde deshalb als Arbeitshilfsmittel publiziert.⁸ Diese „Methodischen Grundlagen“ umfaßten Vorgaben für die Analyse des Bestandes, die Bemessung des Flächenbedarfs, den Soll-Ist-Vergleich, die Entwicklung von Belegungskonzepten und die ökonomische Bewertung. Aussagen zum Grundstücksflächenbedarf, zur Standortbewertung, zur Technischen Ver- und Entsorgung und zur Erneuerung der Ausrüstungen bzw. der Großgeräte waren ebenfalls Bestandteil dieser Planungen.

Für ausgewählte Hochschulen hat das IHFB selbst die Bearbeitung der Entwicklungsplanungen übernommen, auch als Rückkoppelung für die methodische Arbeit. Aufbauend auf den dabei gewonnenen Erfahrungen und den Ergebnissen der konzeptionellen Arbeit der Hochschulen wurden Investkonzeptionen für den Bereich des MHF erarbeitet.

Um einen funktionellen Mindeststandard zu gewährleisten und um die Begutachtung von Dokumenten der Investitionsvorbereitung zu unterstützen, stand neben den oben beschriebenen Grundlagen für die mittel- und langfristige Planung der Hochschulbauten gleichberechtigt die Erforschung der funktionellen und baulichen Anforderungen an die Hochschulbauten und der Topologie der Hochschulgebäude im Vordergrund der Arbeit des IHFB. Anfangs richteten sich die Hauptaktivitäten auf die Erarbeitung von Richtlinien für die Projektierung von ausgewählten, häufig gebauten Funktionen der Hochschulen, wie Studentenwohnheime, Mensen, Ausbildungsräume.

Der Anfang der siebziger Jahre begonnene Aufbau eines Katalogs „Hoch- und Fachschulbau“, einer Sammlung von Grundlagen für die Dimensionierung, der funktionellen und baulichen Anforderungen sowie von Muster- und Beispiellösungen, hat wegen des hohen Aktualisierungsaufwandes und der ungelösten Probleme bei der „Automatisierung der Projektierung“ in seiner Wirkung nach außen keine Bedeutung erlangt. Wirkungsvoller war die Publikation der Grundlagen für die Investitionsvorbereitung und Projektierung in der Schriftenreihe des IHFB (in Klammern Nr. des Heftes):

- Hörsäle, Seminarräume, Übungsräume für die theoretische Ausbildung (5, 27),
- Mensen, gastronomische Einrichtungen (8, 17),

produktionsaufwand für Bauteile – Ausgabe 1976. Dresden: IHFB, 1977 (Hoch- und Fachschulbau; 15).

⁸ Rothe, Rudolf: Methodische Grundlagen für Grundfondskonzeptionen Teil I: Grundlagen für die Analyse. Dresden: IHFB, 1978 (Hoch- und Fachschulbau; 16.1); Rothe, Rudolf: Methodische Grundlagen für Grundfondskonzeptionen Teil II: Grundlagen für die Bedarfsermittlung und Bilanzierung. Dresden: IHFB, 1978 (Hoch- und Fachschulbau; 16.2).

- Audiovisuelle Kabinette an Hoch- und Fachschulen (12),
- Hochschulbibliotheken (13),
- Versuchstiereinrichtungen (20),
- Studentenwohnheime (22, 25),
- Wissenschaftliche und Betriebswerkstätten (24),
- Ingenieur- und Fachschulen (26),
- Laboratorien für die naturwissenschaftliche Ausbildung (27),
- Büroarbeitsräume, Räume für wissenschaftlich-theoretische Arbeit (31).

Analoge Publikationen gab es für die Funktionen des Medizinischen Hochschulbereichs, die an dieser Stelle nicht näher betrachtet werden. In der letzten Phase des IHFB gehörte die DV-gestützte Erstellung technologischer Raumbücher unter Einbeziehung und Aufarbeitung der gesetzlichen Vorschriften zu qualitativen Raumanforderungen zum Arbeitsgebiet „Projektierungsgrundlagen“.

Die Umsetzung der Forschungsergebnisse des IHFB muß – abgesehen von der Gutachtertätigkeit der Mitarbeiter und von zahlreichen Planungs-, Funktions- und Machbarkeitsstudien – als unbefriedigend bezeichnet werden, da die Organisation des Bauens in der DDR, wie die Ausrichtung der Baukombinate auf bestimmte, wiederverwendbare „Produkte“ oder die sehr begrenzten Möglichkeiten im Ausrüstungsbe- reich, wenig Spielraum für die Errichtung funktionsgerechter Hochschulbauten bot.

Die internationalen Aktivitäten des IHFB hatten einen ungewöhnlich breiten Umfang. An erster Stelle sei der regelmäßige, vertraglich vereinbarte Austausch von Studiendelegationen und von Fachinformationen mit Partnern in den „Sozialistischen Ländern“ genannt. Partner waren dabei auf den Hochschulbau spezialisierte Projektierungsbüros und/oder Investitionsabteilungen der Hochschulministerien, beispielsweise die Direktion für Schulbau in Prag, das Ingenieur- und Projektierungsbüro für Schulbauten in Bratislava, die Direktion für Investitionen des kubanischen Hochschulministeriums, das Staatliche Projektierungsinstitut für Hochschulen in Moskau sowie Einrichtungen in Bulgarien und Polen. Diese internationalen Verbindungen dienten vor allem dem Erfahrungsaustausch und dem Kennenlernen der Ergebnisse von Forschung, Planung und Realisierung auf dem Gebiet des Hochschulbaus.

Im Jahre 1973 wurde die „Expertengruppe Materiell-technische Basis des Hochschulwesens der sozialistischen Länder“ im Rahmen der Hochschulministerkonferenz sozialistischer Länder ins Leben gerufen. Die DDR-Delegation stellte Vorsitz und Sekretariat der Expertengruppe. Vorsitzender war bis zu seinem Tode 1985 der langjährige Direktor des IHFB, Prof. Dr. Werner Queck. Neben der DDR nahmen die Länder Bulgarien, Kuba, Polen, Tschechoslowakei, UdSSR und Ungarn, jeweils re-

präsentiert durch Vertreter der Hochschulministerien und von Forschungs- bzw. Projektierungseinrichtungen, an der Arbeit der Experten- gruppe teil. Gearbeitet wurde nach einem jährlich aktualisierten Arbeits- programm. Dabei übernahm jeweils eines der Länder die federführende Bearbeitung eines Themas. Daran interessierte Länder waren direkt oder durch die Evaluierung der Ergebnisse einbezogen. Das Themenspektrum umfaßte – teilweise analog zu den Aufgaben des IHFB – Probleme der Planung und Projektierung von Hochschulen, aber auch hochschulpoliti- sche Fragestellungen. Zwischen den bilateralen Kontakten und der Tätig- keit der Expertengruppe gab es eine enge Wechselwirkung.

Nicht unerwähnt bleiben soll die Beratertätigkeit von Mitarbeitern des IHFB im Ausland, beispielsweise bei der Planung von Hochschulen in Algerien im Zusammenhang mit dem Export von Geräten und Ausrü- stungen durch ein DDR-Unternehmen.

Von drei Ausnahmen abgesehen, gab es vor 1990 keine direkten Kontakte mit Institutionen der Bundesrepublik, die auf dem Gebiet des Hochschulbaus arbeiteten. Im Frühjahr 1990 wurde die Verbindung mit der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) in Hannover aufge- nommen. Sie gipfelte in gemeinsamen Publikationen über den Hoch- schulbestand der DDR⁹ und in der Vorbereitung und Realisierung der Konvertierung der umfangreichen Dateien über die Gebäudenutzung der Hochschulen der DDR.

Andere Arbeiten in der Schlußphase des IHFB im Hinblick auf die Einordnung des Hochschulwesens der DDR in die Bundesrepublik wur- den bedingt durch Vorbehalte und aus nicht immer nachvollziehbaren Gründen nicht zur Kenntnis genommen. Dazu zählten Arbeiten und Un- tersuchungen zum Bestand an flächenbezogenen Studienplätzen der Hochschulen entsprechend den Maßstäben der Hochschulbauförderung der Bundesrepublik, zum Hauptnutzflächenbedarf der Hochschulen ent- sprechend der Studentenzahlen 1990, zur Vergleichbarkeit der Baukosten der DDR mit denen der BRD oder zur Umrechnung aller Gebäudedaten einschließlich der Wiederbeschaffungspreise gemäß DIN.¹⁰ Kontaktver- suche zur Zentralstelle für Wirtschaftliches Bauen in Freiburg blieben er- gebnislos. Aus der Sicht des Verfassers wertvolle, über 25 Jahre geführte Datensammlungen des IHFB wurden nicht genutzt, um die Hochschul- bauplanung in der Übergangsphase zu unterstützen.

Die Tätigkeit des IHFB, seit 1982 Abteilung Hoch- und Fachschul- bau, stand natürlich politisch unter dem Makel der Einordnung in das

⁹ Rothe, Rudolf; Schmidt, Rainer: Baubestand der Hochschulen in der DDR – Statisti- scher Überblick. Dresden: Zentralinst. für Hochschulbildung, Abt. Hoch- und Fach- schulbau; Hrsg. von der Hochschul-Informationssystem GmbH Hannover, 1990

¹⁰ Horlitz, Gerhard; Stötzer, Andrea: Kostenkennzahlen für Umbewertung und Neubau von Hochschulgebäuden. Dresden: Zentralinst. für Hochschulbildung, Abt. Hoch- und Fachschulbau, 1990.

Zentralinstitut für Hochschulbildung mit seiner Ausrichtung auf Hochschulpolitik und -ökonomie und damit seiner Systemnähe. Weiter war klar, daß der größte Teil der Forschungsergebnisse unter den neuen Bedingungen nicht oder nur bedingt verwendbar war, da sich beispielsweise die Planungsgrundlagen an der Organisation des Studiums in der DDR und die Projektierungsgrundlagen an den TGL-Vorschriften der DDR orientierten. Es blieben der Erfahrungsschatz, das methodische Rüstzeug, die Kenntnisse vor Ort und die Lernfähigkeit der Mitarbeiter des IHFB.

Trotz der oben genannten Bemühungen, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen, wurde spätestens im Herbst 1990 deutlich, daß die weitere Existenz des IHFB über das Jahr 1990 hinaus – selbst bei Personalreduzierung um 50% – nicht möglich war. Ausschlaggebend waren die Überschneidung mit dem Arbeitsgebiet der Abteilung IV von HIS und die fehlende Trägerschaft bzw. Finanzierung. Eine „Ausgründung“ als privates Planungsbüro für Hochschulbau wurde in Erwägung gezogen, jedoch wegen der anfangs zu erwartenden ungenügenden Nachfrage nach Büros aus den Neuen Ländern verworfen.

So kam es per 31.12.1990 zur Abwicklung des IHFB. Die sächsliche Abwicklung, darunter die Archivierung von Unterlagen und die Reduzierung/Auflösung der Institutsbibliothek, wurde im Juni 1991 abgeschlossen.

Personell ergaben sich folgende Lösungen. Die Forschungsgruppe Medizinischer Hochschulbau wurde von HIS übernommen. Allerdings hat die HIS-GmbH diese Erweiterung ihres Arbeitsfeldes nach zwei Jahren wieder rückgängig gemacht. Vier Mitarbeiter fanden eine Anstellung im Sächsischen Wissenschaftsministerium, eine noch größere Zahl in der Staatshochbauverwaltung des Freistaates Sachsen, insbesondere in den Staatshochbauämtern Dresden I und II. Wegen der großen Nachfrage nach Architekten nach 1990 hatte ein weiterer Teil von Mitarbeitern – teilweise noch vor der Abwicklung – keine Probleme, in privaten Planungs- und Projektierungsbüros Fuß zu fassen.

Manfred Rücker, Dr.-Ing., Architekt, war seit 1965 Mitarbeiter des Institutes für Hoch- und Fachschulbau. Er ist heute Referent im Referat Hochschulbau/Großgeräte des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

Medizinischer Hochschulbau in der DDR

**Peter Korneli &
Dietrich Gläser**
Dresden

„Medizinischer Hochschulbau“ bedeutete in der DDR die besondere Beachtung und Erfüllung der Anforderungen der Ausbildung und der Forschung beim Bau sogenannter „medizinischer Hochschuleinrichtungen“, also beim Bau von Kliniken und theoretischen medizinischen Instituten an Universitäten und Medizinischen Akademien.

Das wurde nicht als Gegensatz zum allgemeinen Gesundheitsbau verstanden, sondern sollte diesen zur Erfüllung dieser spezifischen Aufgaben der Universitäten und Hochschulen ergänzen und weiterführen. Wenn dennoch zeitweise eine fachliche Differenzierung bei der Lehre, Forschung sowie Investitionsvorbereitung“, also bei den Entwurfsgrundlagen und beim Entwurf festzustellen ist, so lag das an der geteilten Verantwortung für die Investitionen. Für den allgemeinen Gesundheitsbau – den Krankenhäusern, Polikliniken, Ambulatorien usw. – war das Ministerium für Gesundheitswesen zuständig. Die Verantwortung für die medizinischen Fakultäten mit ihren Kliniken und Instituten, damit auch für die Investitionen und den Bau trug das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen.

Dennoch war es selbstverständlich, daß jedes Universitätskrankenhaus mit seiner Aufgabe der stationären und ambulanten Krankenbetreuung in ein Netz koordinierter Krankenbetreuung einbezogen werden mußte; und zwar so, daß die Ausrichtung dieses Netzes auf die Konzentration hochqualifizierter Betreuung im Universitätsklinikum erfolgte. Damit war die besondere Stellung der Hochschulmedizin als „Schwerpunkt“ auch im Rahmen der Gesundheitsversorgung begründet.

Die Notwendigkeit solcher Definitionen ergab sich aus dem medizinischen Entwicklungsprozeß, wie er sich um das Jahr 1965 darstellte. In den Jahren zwischen 1950 und 1965 hatte sich, wie geschätzt wurde, das medizinische Wissen verdoppelt. Die Zahl aller medizinischen Forschungsberichte, Aufsätze und Monographien, die Jahr für Jahr erschienen, lag bei etwa einer Million. Dagegen wurde auf dem 15. Internationalen Krankenhauskongreß 1967 in Chicago festgestellt, daß der Arzt heute (1967) noch so ausgebildet wird, als ob er seinen Beruf so ausüben könne, wie es vor 30 oder 40 Jahren üblich war. Diese Kritik galt nicht nur dem Studiengang, sondern ebensowohl dem Ausbildungsrahmen, den Ausbildungsstätten.

Die Problematik lag auf der Hand. Neuplanungen und Neubauten in der ganzen Welt bemühten sich um Lösungen, die zu neuen Organisationsformen und damit zu neuen Forderungen an die Ausbildungseinrichtungen führen sollten und führten. Diese Forderungen verlangten neue und spezifische Funktionslösungen im Universitätsklinikum, die im normalen Versorgungskrankenhaus, auch beim Typ für hochspezialisierte Versorgung, nicht erforderlich erschienen, sofern es keine Lehrfunktionen übernahm.

Theoretische Arbeiten, Planungen und Neubauten aus diesen und den folgenden Jahren spiegeln diese Bemühungen um neue Formen wider. In Lund hat Hornyansky den „Zentralblock“¹, ein konzentriertes und zentralisiertes Universitätsklinikum, seit 1960 geplant und 1967 fertiggestellt. Riethmüller in Tübingen, Gabelmann in Freiburg u.a. bemühten sich um Größenordnungen und Flächenforderungen, um neue und logische Organisationsformen, Programme und Bauformen für Universitätsklinika. Aus Dänemark kamen vorbildliche Lösungen, wie für Vidovre oder Herlev in Kopenhagen. Das Kantonsspital in Basel von Felix Stalder wurde zum ersten Beispiel für eine Erneuerung auf einem alten Standort. Die entscheidenden Einflüsse waren aber vom Mc Masters Health Sciences Center, Hamilton, Kanada ausgegangen, das dem Krankenhausbau in Zielsetzung, Organisation, Technik und Architektur ganz entscheidende Impulse gegeben hat. Die Ergebnisse waren Planungen für zentrale Fakultätskomplexe wie für Tübingen, Heidelberg, Göttingen u.a., aber auch die ausgeführten Neubauten in München-Großhadern, das AKH in Wien oder das Klinikum Aachen sind Zeugen dieser Auffassungen.

In der DDR waren im Zeitraum bis 1967 an den medizinischen Hochschuleinrichtungen vorrangig theoretische Institute neugebaut worden, wie z.B.

- an der Med. Akademie Erfurt das Institut für Pathologie,
- an der Universität Leipzig die Institute für Anatomie und Physiologie,
- an der Universität Halle das Physiologisch-chemische Institut,
- vorklinische Einrichtungen an der Medizinischen Akademie Magdeburg,
- an der Medizinischen Akademie Dresden das Pathologische Institut.

In den 50er und frühen 60er Jahren waren auch einzelne Fachkliniken an Universitäten neu errichtet worden, so in Berlin die Hautklinik, in Rostock der Komplex der Inneren Klinik oder in Dresden die Klinik für Chirurgie als Wiederaufbau eines Gebäudes der früheren Kinderklinik.

¹ Hornyansky: „Erfahrungen bei der Projektierung und Realisierung des Zentralblockes im Universitätsklinikum Lund“, Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau H. 6, S. 25, Dresden 1972.

Dabei spielte aber der Einfluß der jeweiligen Klinikchefs eine große Rolle bei den Planungsüberlegungen für Klinik- oder Fakultätskomplexe.

Zur Vorbereitung solcher umfangreicher Bauvorhaben hatten sich seit etwa 1963 an mehreren Stellen Arbeits- und Planungsgruppen gebildet, die ähnlich wie in der alten Bundesrepublik grundsätzliche Vorarbeiten für Programm, Organisation und Entwurf leisteten.

In Jena und Weimar begann 1963 unter Leitung des Rektors der Friedrich-Schiller-Universität, Prof. Franz Bolck, eine Gruppe um die Architekten Schirrmeister, Kurt Eberlein und Alfred Hecht, zu der dann auch Günter Ziegler und Gerhard Weber gehörten, mit der Planung für ein „Klinikum Jenense“ in Jena-Lobeda. Von dieser Gruppe wurden ab 1966 auch Planungsarbeiten für die Medizinische Akademie Magdeburg übernommen, die dort von Agte, Maeß und Krohn begonnen worden waren.

Das Krankenhaus Halle-Kröllwitz war als Typ der Beginn für den Bau einer Reihe von Bezirkskrankenhäusern, die auch in Suhl und Nordhausen errichtet wurden. Für Universitätskliniken wurde dieser Typ neben Halle-Kröllwitz auch als Bettenhaus für die Universität Leipzig gebaut. Auch an dieser Planung, die von Rautengarten an der Deutschen Bauakademie entwickelt worden war, arbeitete ab 1966 die Jenenser Gruppe mit.

An der TH in Dresden arbeitete Peter Korneli im Entwurfsinstitut von Prof. Göpfert seit 1964 an Planung und Entwürfen für den Neubau der Frauenklinik Greifswald sowie zur gleichen Zeit an Grundsatzuntersuchungen und Projektstudien für das Komplexklinikum der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock.

Was hier aufgezählt wird, betrifft allein die Planung und Vorbereitung von Bauvorhaben für die Medizinischen Fakultäten und Akademien in den 60er Jahren. Die umfangreichen Projekte des Gesundheitswesens für die neuerbauten Bezirkskrankenhäuser in Suhl, in Schwerin, Gera, Neubrandenburg, Frankfurt/Oder, Rostock Südstadt u.a. können hier nur erwähnt werden. Sie sind zum Teil, wie an den bereits erwähnten Orten Halle, Jena-Lobeda und Leipzig, für den medizinischen Hochschulbau ergänzt und genutzt worden.

Mit der Gründung einer „Forschungs- und Entwicklungsstelle für die Technologie der Hoch- und Fachschulbauten“ an der TH Dresden im März 1965, dem späteren Institut für Hoch- und Fachschulbau erhielten die Arbeiten auf dem Gebiet des medizinischen Hochschulbaus einen fachlichen und organisatorischen Schwerpunkt. Zum Direktor dieser Einrichtung wurde Dr. Werner Queck berufen. Dr. Peter Korneli, stellvertretender Direktor, übernahm die Leitung des Bereiches Projektierungsgrundlagen, aus dem der spätere Bereich Medizinischer Hochschulbau hervorging.

Das Institut hatte die Aufgabe, die Grundlagen, wie Richtwerte, Raumprogramme, Raumbeispiele, Ausrüstungsvorschläge, als „Projektierungs- und Planungsgrundlagen“ für die Investitionsvorbereitung aller Bereiche an Universitäten und Hochschulen, also auch für die Medizinischen Bereiche zu erarbeiten. Als fachliches Sammelbecken und koordinierendes Instrument begründete der Minister für das Hoch- und Fachschulwesen 1967 die „Arbeitsgruppe Medizinischer Hochschulbau“ und berief als ihren Vorsitzenden Prof. Dr. Gert Staegemann und als Sekretär Dr. Peter Korneli (ab 1970 Vorsitzender). Als Mitglieder der Arbeitsgruppe wurden berufen:

- Dr. Kurt Eberlein (Universität Jena)
- Dr. Alfred Hecht (Universität Jena)
- Dr. Weber (Universität Jena)
- Prof. Dr. med. Gerd Staegemann (MA Dresden)
- Dr. Peter Korneli (TH Dresden)
- Prof. Dr. med. Gießmann (MA Magdeburg)
- Dipl.-Ing. Maeß (MA Magdeburg)
- Prof. Dr. med. Heinz Köhler (Universität Leipzig)
- Prof. Dr. med. Wolfgang Rummmler (Universität Halle)
- Prof. Dr. med. Hans Gliem (Universität Greifswald)
- Prof. Dr. med. Horst Klinkmann (Universität Rostock).

Diese Arbeitsgruppe führte am 10. und 11. Januar 1968 ihre erste wissenschaftliche Jahrestagung durch mit dem Thema: „Neue Gesichtspunkte beim Bau medizinischer Hochschuleinrichtungen unter Berücksichtigung der Veränderung in der Ausbildung.“²

Die Beiträge zu dieser Tagung zeigen eine deutliche Parallele zu den bereits zitierten Arbeiten in der Bundesrepublik von Riethmüller, Gabelmann, Mertens u.a. Die eigenen Planungsergebnisse wurden verglichen mit Planungen für Neapel, Warschau, Wien und Seattle, sie zeigten aber durchaus selbständige „Modelle“, die sich an der „Studienreform“ zu einer praxisnahen Ausbildung orientierten.

Im Rahmen dieser Tagung wurden die bereits erwähnten vier Neubauprogramme für Jena, Halle, Magdeburg und Greifswald vom damaligen Leiter der Hauptabteilung Ökonomie im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen Wolfgang König verkündet. Ihre theoretische, organisatorische und planerische Vorbereitung war auch gesichert, die praktische Realisierung verlief allerdings etwas anders als geplant. Nur das Bezirkskrankenhaus Halle-Neustadt (heute Klinikum Kröllwitz) konnte wie

² Beiträge zur wissenschaftlichen Jahrestagung der Arbeitsgruppe Medizinische Hochschulbauten in der Kommission Hoch- und Fachschulbauten beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen am 10./11. Januar 1968 in Gaußig. Dresden 1968.

vorgesehen realisiert werden und wurde der Universität als Klinikum übergeben.

Die Pläne für ein neues komplexes Universitätsklinikum in Jena am Standort Lobeda konnten in der vorgesehenen Form nicht verwirklicht werden. An diesem Standort wurde von 1976 bis 1982 im Rahmen des Programmes für die Bezirkskrankenhäuser ein Klinikbau für die Innere Medizin errichtet. Die Universitätskliniken in Jena nahmen damit zugleich die Funktionen eines Kreis- bzw. eines Bezirkskrankenhauses wahr.

In Magdeburg entstanden ein Bettenhaus und eine Reihe kleinerer Neubauten wie die Notfallaufnahme mit chirurgischer Poliklinik sowie Umbauten zur Erneuerung bestehender Kliniken. Ein neues Krankenhaus für Magdeburg wurde erst in den 80er Jahren in Olvenstedt fertiggestellt.

Die Universitätsfrauenklinik Greifswald wurde nur notdürftig rekonstruiert.

Heute läßt sich sagen, daß die finanziellen und auch andere Voraussetzungen wie z.B. Baukapazitäten zur Errichtung großer komplexer Klinika nicht ausreichten. Eine solche umfassende Planung konnte erst mit dem Projekt „Neubau und Rekonstruktion der Charité in Berlin (1976-1982)“ verwirklicht werden. Bis dahin aber entstanden eine Vielzahl von Planungen und wurden auch an mehreren Orten Rekonstruktionen und Sanierungen von bestehenden Kliniken vorgenommen. Unter vielen seien hier nur die wichtigsten genannt:

- Entwürfe für einen vorklinischen Institutskomplex an der Med. Akademie Erfurt (Hecht),
- Anbau eines Operationstraktes an die Chirurgische Klinik der Universität Leipzig (Korneli),
- Umbau von Op-Sälen für die Orthopädie an der Medizinischen Akademie Magdeburg (Korneli, Gläser),
- Rekonstruktion und Umbau der Op-Abteilung der Chirurgie in Jena (Korneli, Gläser) sowie eine Reihe weiterer Umbauten zur Modernisierung bestehender Kliniken an allen Universitätsstandorten, die aber angesichts des hohen Baualters der Gebäude nur die schlimmsten Mängel beseitigen konnten.

Nun bekamen die Planungsarbeiten einen neuen Schwerpunkt. Es wurden „Entwicklungskonzeptionen“, gleichzusetzen mit dem heutigen Begriff „Zielplanungen“, für die Universitätsstandorte bzw. für die Medizinischen Bereiche erarbeitet.

Die erste umfassende Entwicklungskonzeption befaßte sich mit dem Medizinischen Bereich der Karl-Marx-Universität Leipzig. Sie wurde 1973 am Institut für Hoch- und Fachschulbau an der TU Dresden unter der Leitung von Peter Korneli erarbeitet (Mitarbeiter: Kyaw Lat, Dahl, Böhme). Diese Arbeit ging von einem vollständigen Ersatzneubau, also von einem neuen zentralen Klinikkomplex auf einem unmittelbar be-

nachbarten Standort aus. Aus heutiger Sicht ist klar, daß auch bei vorgesehenen Bauabschnitten die notwendigen Aufwendungen zu groß und damit nicht realisierbar geworden wären.

Für diese Planung wurden jedoch die Grundsätze und theoretischen Ausgangspunkte für den medizinischen Hochschulbau formuliert,³ die hier in Auszügen zitiert werden sollen. Zusammengefaßt ergaben sich drei Feststellungen zur Spezifik medizinischer Hochschuleinrichtungen:

- (1) Die Spezifik wird bestimmt durch die drei Hauptaufgaben: Lehre und Ausbildung, Forschung und Krankenbetreuung. Die entscheidende Aufgabe besteht in der Ausbildung und Forschung.
- (2) Die medizinische Lehre ist integraler Bestandteil der Hochschulausbildung. Die engen wissenschaftlichen Beziehungen zu den naturwissenschaftlichen und vielen technischen Fächern verlangen eine enge räumliche Nachbarschaft der medizinischen zu den naturwissenschaftlichen Ausbildungseinrichtungen.
- (3) Für die territoriale und bauliche Entwicklungsplanung der Universitäten erhält diese Forderung besondere Bedeutung. Die notwendige Koordinierung von Theorie und Praxis, möglichst in zeitlicher Einheit, verlangt in den gesamten praktischen Betrieb integrierte Ausbildungseinrichtungen im klinischen wie im theoretischen Bereich, auf den Pflegestationen wie im Forschungslabor und als Voraussetzung dafür eine weitgehende Verbindung von Kliniken und theoretischen Fächern im „Komplexen Klinikum“.

Die räumlichen Forderungen auf Grund der Spezifik bestehen folglich vorrangig in der Durchdringung aller Bereiche mit Ausbildungsaufgaben und damit mit Ausbildungsflächen oder -räumen.

In erster Linie bestimmten also Aufgabenstellung und Organisationsprinzipien die Gliederung und die Bauform medizinischer Hochschulkomplexe. Neben einer funktionellen Gliederung als Voraussetzung für eine sinnvolle Zusammenarbeit der Fächer sollte dabei die Gliederung nach den Arbeitsprozessen, also die Zusammenfassung aller Prozesse mit gleichen oder ähnlichen Tätigkeiten, mit gleichen oder ähnlichen Ansprüchen an das Bauwerk, an die Raumqualität, an die Ausrüstung und Installation, an die Krankenhaushygiene und andere Bedingungen angestrebt werden, um alle Anforderungen in einer sinnvollen Funktionsstruktur erfüllen zu können.

Auf Grund solcher Forderungen nach „Angebotsflächen für bestimmte Prozeßgruppen“ (Abteilungen oder Fachbereiche mit gleichen oder ähnlichen Prozeßverläufen, und damit gleichen oder ähnlichen An-

³ Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau H. 6, hrsg. vom Institut für Hoch- und Fachschulbau an der Technischen Universität Dresden; Korneli: Gedanken und Thesen zur Organisation und Struktur medizinischer Hochschulkomplexe sowie zur schrittweisen Realisierung beim Bau medizinischer Hochschulkomplexe. Dresden 1972.

sprüchen an die Qualität von Gebäuden und Räumen) wurde eine Gliederung vorgeschlagen in folgende Funktionsbereiche:

- (1) Zentrum für operative Tätigkeiten
- (2) Zentrum für medikamentöse Therapie, beide verbunden durch ein anästhesiologisches Zentrum sowie ein
- (3) Zentrum für alle Prozesse, die an apparative und technische Betriebsabläufe gebunden sind.
- (4) Der konsequenten Verfolgung solcher Ziele standen die Realisierungsprobleme entgegen.

Die hohen Investitionskosten, die Probleme bei der Konzentration von Baukapazität sowie die differenzierten örtlichen Bedingungen, wie sie sich durch die vorhandene sehr alte, oft aber weiter nutzbare Bausubstanz ergaben, führten dazu, daß solche grundsätzlichen Überlegungen nur einmal, nämlich bei dem größten Investitionsvorhaben dieser Art, dem Neubau und der Rekonstruktion der Berliner Charité verwirklicht werden konnten. Diese Planung und ihre Ergebnisse sind in einem gesonderten Aufsatz erläutert werden.⁴

Für die anderen Medizinischen Fakultäten und Akademien wurden ab 1980 ausführliche und umfangreiche Entwicklungskonzeptionen (Zielplanungen) am Institut für Hoch- und Fachschulbau erarbeitet. Bezeichnenderweise wurden diese Planungen nun als „Studien zur Stabilisierung der materiell-technischen Basis der Bereiche Medizin an den Universitäten und Medizinischen Akademien“ bezeichnet. Im Gegensatz zur Zielplanung für Leipzig rückte jetzt die Einbeziehung der vorhandenen und oft weiter nutzbaren Bausubstanz in den Mittelpunkt. Das ist nicht verwunderlich, wenn man die Baulalterstruktur und die Bauzustandsanalysen betrachtet.

In den Jahren 1987/88 verfügte das gesamte Gesundheitswesen der DDR über eine Gebäudesubstanz von

- 100 Millionen m³ Rauminhalt,
- 530 Krankenhäuser
- ca. 170.000 Betten (davon ca. 18.000 = 10,5% im Hochschulwesen).

Das Durchschnittsalter aller Gebäude betrug 56 Jahre. Fast die Hälfte aller Bauten (40%) waren vor 1919 errichtet, also 80 Jahre alt oder älter, vor allem an den Universitätskliniken. Auf der einen Seite mußte dieser riesige Gebäudefonds in jede Planung einbezogen werden, auf der anderen Seite zwang der ständige fortschreitende Verschleiß dazu, die Mittel auf viele einzelne Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen zu verteilen. Der allgemeine Verschleiß konnte unter den Umständen und Bedingungen der DDR-Volkswirtschaft nicht mehr aufgehalten werden. Die

⁴ Vgl. in vorliegendem Heft den Beitrag von Dellas/Korneli.

Folge war eine gebäudetechnische Vernachlässigung, die sich in der Analyse des Bauzustandes von 1987 zeigte.⁵

- gut erhalten ca. 30%,
- geringe Schäden ca. 53% (Schäden mit fortschreitenden Schadensgrad),
- schwere Schäden ca. 15% (im Hochschulwesen 20%),
- unbrauchbar ca. 2%.

Die Zielplanungen sahen zwar Ergänzungsneubauten vor, konzentrierten sich aber auf die Erhaltung und Rekonstruktion.

Im Institut für Hoch- und Fachschulbau stand der Bereich medizinischer Hochschulbau, 1975 gegründet, bis 1986 unter Leitung von Prof. Dr. Korneli und wurde ab 1986 von Dr.-Ing. Dietrich Gläser geleitet. Dort wurden Zielplanungen für alle Medizinischen Hochschulbereiche, beginnend mit Greifswald, Rostock und Leipzig 1985 über Halle und Jena bis zu Erfurt, Magdeburg und Dresden 1989 erarbeitet. Daneben entstanden die Entwürfe für wichtige Ergänzungsneubauten Umbauten und Rekonstruktionen, wie die zentralen Op-Trakte für die Medizinische Akademie Dresden oder die Medizinische Fakultät der Universität Rostock. Klinikweiterungen wurden für die Universität Greifswald (Chirurgie), grundsätzliche Rekonstruktionen für die Frauenklinik in Jena und die Orthopädische Klinik in Rostock geplant und zum Teil begonnen. So wurden auf der Grundlage dieser Entwürfe die zentralen Op-Abteilungen in Dresden und Rostock nach der Wende fertiggestellt.

Das war möglich, weil im Bereich Medizinischer Hochschulbau im Gegensatz zu den anderen Bereichen des Institutes für Hoch- und Fachschulbau größter Wert auf die persönliche Mitarbeit und die Anwendung theoretischen Wissens in der Planungspraxis und der Baudurchführung gelegt wurde. Auch diese Bemühungen wurden von der „Arbeitsgruppe“ mitgetragen und unterstützt.

Die folgende Aufzählung zeigt die große Zahl von Universitätskliniken und Medizinischen Akademien, für die von dieser Gruppe etwa ab 1980 Umbau- und Sanierungsvorschläge (sog. Rekonstruktionen), soweit sie im gegebenen wirtschaftlichen Rahmen möglich waren, erarbeitet wurden:

Greifswald: Frauenklinik, Chirurgie, Orthopädie, Innere Medizin;

Rostock: Orthopädie, OP Trakt für Chirurgie, Frauenklinik, Nervenklinik;

Jena: Chirurgie, Augenklinik, Urologie, Kinderklinik (Knochenmarkstransplantationen);

Halle: Orthopädie, Stomatologie, Bettenhaus, Poliklinik;

⁵ Bauzustandsanalyse, im Auftrag des Ministeriums für das Gesundheitswesen, erarbeitet vom Institut für Gesundheitsbau in Berlin (Direktor Prof. Dr. Korneli). Berlin 1998.

Leipzig: Orthopädie, Chirurgie, Radiologie, Kinderklinik, Augenklinik, Stomatologie, Verpflegungszentrum;

Dresden: OP-Trakt, Chirurgie, Neurologie;

Erfurt: Chirurgie, Augenklinik, Neurologie;

Magdeburg: Kinder- und Frauenklinik, Orthopädie, HNO;

Berlin: Umbau des Bunkers in Friedrichshain zum Institut für experimentelle Transplantationsmedizin der Charité; Umbau der ehemaligen Universitäts-Frauenklinik zu theoretischen Instituten (ausgeführt, Immunologie)

Über die Aufgaben in der DDR hinaus wurde diese Gruppe im Rahmen von Studien und praktischer Entwurfstätigkeit auch im Ausland tätig.

Durch Vermittlung des DDR Außenhandels wurden Studien (Grundlagenuntersuchungen und Vorentwürfe) erarbeitet für

- ein Biomedizinisches Zentrum in Algier,
- eine Universitätsklinik (400 Betten) in Guayaquil (Ecuador),
- eine „Islamklinik“, (100 Betten) in Oman,
- das Klinikum in Latakia, Syrien (Entwurfstätigkeit von Prof. Korneli in Damaskus).

Ebenso wurden aber auch die theoretischen Arbeiten intensiv betrieben. Derart konnten vier umfangreiche wissenschaftliche Tagungen (1968, 70, 72, 80) mit internationaler Beteiligung durchgeführt werden.⁶ Neun ausführliche Forschungsarbeiten wurden im Zeitraum von 1972 – 1988 betreut und veröffentlicht, sieben davon führten zu Dissertationen und Promotionen. Die Planungsgrundlagen waren eine wesentliche Unterstützung und Hilfe für die Architekten in der Praxis.

Zusammenfassung

Der Medizinische Hochschulbau als spezielle Ergänzung und Erweiterung des Gesundheitsbaus hatte in der DDR seit 1963 eine solide theoretische Basis. Die Arbeitsgruppen in Jena und Dresden, und das Institut für Hoch- und Fachschulbau schufen unter der wissenschaftlichen Leitung der Arbeitsgruppe Medizinischer Hochschulbau eine große Reihe technologischer und bautechnischer Grundlagen für die funktionsgerechte Gestaltung der Ausbildung und Forschung in Universitätskliniken und medizinisch theoretischen Instituten.

Die im Lauf der Jahre, besonders ab 1978, ständig mehr eingeschränkten Realisierungsmöglichkeiten führten zu einer immer stärkeren

⁶ Tagungsberichte veröffentlicht in Medizinische Hochschulbauten 1968, siehe Anm. 2; Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau, H. 1, Dresden 1970, Internationale wissenschaftliche Tagung „Stand und Entwicklungstendenzen im Hochschulbau“; Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau, H. 6, Dresden 1972, „Internationale Erfahrungen auf dem Gebiet des Medizinischen Hochschulbaues“; Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau, H. 19,1/19,2, Dresden 1980, „Stand und Entwicklungstendenzen des medizinischen Hochschulbaues“, Teil I, Teil II.

Konzentration auf die bloße Instandhaltung, ohne dabei den Verschleiß der überalterten Bausubstanz aufhalten zu können. Jedoch, besonders am größten Investitionsvorhaben auf diesem Gebiet, dem Neubau und der Rekonstruktion der Berliner Charité, aber auch an vielen wichtigen Einzelvorhaben konnten Grundsätze und Thesen, wie sie durch die Arbeitsgruppe Medizinischer Hochschulbau erarbeitet und formuliert worden waren, zur Verwirklichung kommen und realisiert werden. Darüber hinaus fanden diese Grundlagen ihren Niederschlag in einer großen Reihe wissenschaftlicher Ergebnisse, die nicht ohne internationale Anerkennung in Ost und West blieben.

Peter Korneli, Prof. Dr.-Ing., Architekt BDA, war 1970-1986 Vorsitzender der AG Medizinischer Hochschulbau, 1986-1990 Leiter des Instituts für Gesundheitsbau Berlin und ist heute freier Architekt in Dresden und Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Krankenhausbau und Gesundheitswesen des Bundes Deutscher Architekten (BDA).

Dietrich Gläser, Dr.-Ing., war 1986 – 1991 Leiter der AG Medizinischer Hochschulbau in der Abt. Hoch- und Fachschulbau (Dresden) des Zentralinstituts für Hochschulbildung (Berlin) und ist heute im Staatshochbauamt II, Dresden tätig

Der Erweiterungsbau der Kunsthochschule Berlin-Weißensee

Hildtrud Ebert
Berlin

Das erste Gebäude der Kunsthochschule Berlin-Weißensee wurde nicht bezogen, sondern besetzt. Ihr Initiator und Gründer, der Metallplastiker Otto Sticht, erkor Anfang 1946 das ehemalige Verwaltungsgebäude der Schokoladenfirma Trumpf in der Gustav-Adolf-

Straße in Weißensee zum Sitz seiner Aufbauzentrale, überzeugt, daß im Nachkriegsdeutschland die Herstellung von Schokolade entbehrlich sei. Zwar bekam die Schule Monate später einen ordentlichen Mietvertrag, aber Sticht griff bei der Organisation weiterer Unterrichtsräume auf sein bewährtes Prinzip zurück. Seine unkonventionelle Art, Interessen durchzusetzen, stieß bei den Behörden auf Mißtrauen. Deren Belange erschienen ihm im Vergleich zu seinem missionarischen Auftrag, „für Weißensee im richtigen Moment um jeden Preis das Rechte zu tun“,¹ belanglos. Ob Kalkül oder Obsession: Sticht schuf Tatsachen in Weißensee. 1947 erhielt er die Lizenz der Schule durch die SMAD, nicht zuletzt aufgrund seines steten und ausdrücklichen Hinweises auf den Arbeiterbezirk Weißensee, der geeignet sei, das „Bildungsmonopol des Westens“ zu brechen.

Den Nachfolgern Stichts – er selbst mußte 1947 sein Amt aufgeben – lag jedoch weniger an der Symbolkraft dieses kulturellen Niemandslandes Weißensee, als an einer möglichst schnellen Behebung der desolaten Situation, in der sich die Schule seit ihrer Gründung befand. Die ewige Raumnot, die Verteilung der Unterrichtsräume auf mehrere Stadtteile, die dadurch erschwerte Kommunikation, die infrastrukturelle Notlage u.a.m. machten die Verlagerung der „Hochschule für angewandte Kunst“ ins Stadtzentrum zum Dauerthema in Weißensee.

Nach Gründung der DDR nahmen die diesbezüglichen Bemühungen der Hochschule Konturen an. Verhandlungen zwischen ihr, dem Magistrat und dem Volksbildungsministerium brachten 1949 einen Standort in der Neuen Wilhelmstraße ins Gespräch. Pläne wurden erstellt und erste Modelle entworfen. Als die Kulturverordnung vom März 1950 einen Neubau der Hochschule „auf dem Gelände, das begrenzt ist durch das

¹ Brief Stichts an den Weißenseer Bürgermeister Knapp v. 21.2.46, zit. n.: Drei Kapitel Weißensee. Dokumente zur Geschichte der Kunsthochschule Berlin-Weißensee 1946 bis 1957, hrsg. u. kommentiert von Hildtrud Ebert, Berlin 1996, S. 16.

Reichstags-Ufer, Neue Wilhelm Straße und Dorotheenstraße“ im §1/Absatz 5 als staatliche Aufgabe festschrieb, schien das Ende der mißlichen Lage greifbar nah. Eine Summe von insgesamt 600.000 DM wurde in Aussicht gestellt und der Baubeginn auf den 24.7.1950 gelegt. Baupolizeiliche Verfügungen, ständige Veränderungen der Baufluchten und bautechnische Gutachten dämpften bald die Hoffnungen auf einen baldigen Umzug. Schon Ende November 1950 wurde das Projekt gestoppt, aber nicht völlig aus den Investitionsplänen gestrichen.

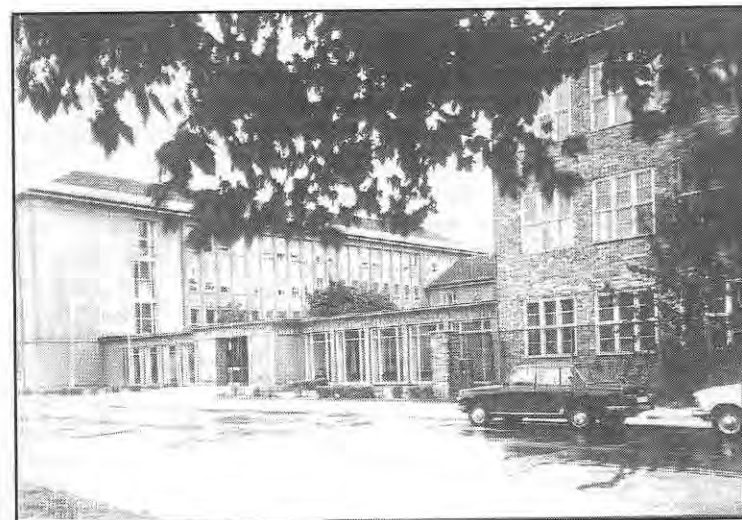
Als Ausweichobjekt bekam die Schule einen Gebäudekomplex in der Clara-Zetkin-Straße in unmittelbarer Nähe zur Humboldt-Universität zugewiesen. In dem stark zerstörten Anwesen konnte aber lediglich das zur Hochschule gehörende Institut für industrielle Gestaltung untergebracht werden. Eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen brachte das Haus in der Clara-Zetkin-Straße kaum. Im Gegenteil. Nunmehr war die Hochschule über fünf große Objekte in der Stadt verteilt, in Weißensee, in Schöneeweide und nun auch in Mitte.

Der niederländische Architekt und Protagonist des Neuen Bauens, Mart Stam, seit Mai 1950 Direktor der Hochschule und Leiter des Instituts, führte einen hochmotivierten Kampf mit den Behörden. Das Laubenpiepermilieu in Weißensee widersprach gründlich seinen Ambitionen, ästhetischen Avantgardismus und sozialistische Aufbauarbeit in einem modernen Gestaltungsplan zu vereinen – noch einmal nach dem enttäuschenden Ende seines sowjetischen Engagements für das Neue Bauen 1934. Das infrastrukturelle Dilemma in Weißensee stand allem entgegen, was Stam vom urbanen Umfeld einer Hochschule erhoffte: soziale Kommunikation und operative Integration in kulturelle Projekte. Sein Gestaltungsethos, entschlackt von den utopischen Verstiegheiten der Vorkriegszeit, sah Stam in Übereinstimmung mit dem Aufbaupathos des ersten Fünfjahrplanes. Es war ein fundamentaler Irrtum.

Ulbrichts Attacken auf dem III. Parteitag im Juli 1950 gegen eine „Anzahl Architekten“, deren „formalistisches Denken“ und „kosmopolitischen Phantasien“ einer „fortschrittlichen deutschen Kultur“ abträglich seien, kündigten die politische Demontage Stams an. Seine öffentliche Stigmatisierung als „Formalist“, der nicht „Wortführer der Gestaltung einer realistischen Kunstentwicklung an dieser Schule“ sein konnte, erfolgte wenige Monate später durch Ernst Hofmann, zweiter Sekretär der SED-Landesleitung Berlin, auf der 5. Tagung des ZK der SED im März 1951.

Vor diesem Hintergrund lag die Vermutung nahe, daß Stams Mißerfolg beim Schulneubau nicht nur einem undurchdringlichen Wust von negativen Baugutachten zuzuschreiben war. Stam hatte die Aufbau- und Modernisierungspläne der Hochschule so stark mit seiner eigenen Profilierung als Kulturrevolutionär, ja als historisch Berufener verknüpft, daß in den Augen seiner politischen Gegner jeder Erfolg dieses „spezifisch

hochschule ost 1/1998



Eingangsbereich Kunsthochschule Weißensee

hochschule ost 1/1998

reformistisch bauhausartig[en]² Niederländers als Stärkung klassenfeindlicher Position erscheinen mußte. Solche Befürchtungen veranlaßten auch Stams Widersacher, die Abtrennung des Instituts für industrielle Gestaltung von der Hochschule zu betreiben. Bis dahin ahnungslos, mußte Stam 1952 die entsprechende Entscheidung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten (Stakuko) zur Kenntnis nehmen. Damit aber fiel auch der weitere Ausbau des Gebäudekomplexes in der Clara-Zetkin-Straße ins Wasser. Schließlich, nach Erteilung eines Hausverbotes im September 1952, sah Stam keine Arbeitsmöglichkeiten mehr in Berlin und verließ deprimiert Ende 1952 mit seiner Frau Olga die DDR.

Stams Nachfolger, Werner Laux, ein braver Gefolgsmann, geriet zwar nie in den Verdacht, eigene Pläne zu verfolgen, aber die prekäre Raumsituation zwang auch ihn, in dieser Sache gegenüber den Behörden aktiv zu werden, zumal nach dem Wegfall der Institutsräume ein optimaler Studienbetrieb kaum noch zu garantieren war. Schließlich kam Ende 1952 ein neuer Standort ins Gespräch: die Ruine der ehemaligen Scharnierfabrik Kühne auf dem Gelände Stalinallee/Ecke Warschauer Straße.

Helmut Holtzhauer, der mächtige Vorsitzende der Stakuko und oberster Dienstherr der Hochschule, befürwortete in einem Schreiben an den Magistrat von Groß-Berlin die Übertragung des Grundstückes an die Schule, da die „derzeitigen räumlichen Verhältnisse der Hochschule [...] die Erziehung des künstlerischen Nachwuchses“³ gefährden würden. Es gab Zusagen über die Bereitstellung der Investitionsmittel. Der erste Bauabschnitt sollte 1953, der zweite ein Jahr später abgeschlossen sein. Nachdem auch dieses Vorhaben scheiterte, wandte sich Laux im September 1953 an das ZK der SED mit Bitte um eine „Beschlußvorlage zum Standort der Hochschule“. In der Zwischenzeit war ein Gebäude an der Friedrichstraße zwischen Johannis- und Ziegelstraße in Aussicht gestellt worden, angewiesen durch Hermann Henselmann, dem Chefarchitekten von Berlin.

„Dieses Objekt“, so Laux, „hat den großen Vorteil der unmittelbaren Nähe der Museen, der Staatsbibliothek, der Humboldt-Universität usw. Wir möchten noch hinzufügen, daß der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, Genosse Holtzhauer, zu diesem Bauplatz Bedenken hat. Auch dieses Objekt droht in letzter Minute hinfällig zu werden.“⁴

Die Befürchtungen Laux' bestätigten sich. Es ist anzunehmen, daß Holtzhauer seinen Bedenken politisch Nachdruck verliehen hat. In einer

² Diese Charakterisierung Stams durch die Parteigruppe der Dresdner Kunsthochschule, deren Rektor Stam von 1948 bis 1950 war, angefertigt am 30.5.5, kam damals einer politischen Denunziation gleich und wurde zweifellos auch zu diesem Zwecke erbeten und erstellt, zit. n. Anm. 1, S. 105.

³ Schreiben v. 24.12.52, Bundesarchiv (BA), DR 1 (Ministerium für Kultur) 511.

⁴ Brief Laux' an das ZK, Abt. Schöne Literatur und Kunst, v. 19.9.53, BA, DY 30 (SED) IV 2/906/121.

Nähe der Kunsthochschule zu den aufmüpfigen Studenten der Humboldt-Universität konnte er schwerlich einen Vorteil gesehen haben. Daß bei den jahrelangen Verzögerungs- und Verschleierungstaktiken der Behörden nicht nur finanzpolitische, sondern auch ideologische Argumente im Spiel waren, lag nahe, denn die „ideologisch schwächste“⁵ Kunsthochschule des Landes tat sich schwer im Kampf gegen „Formalismus und Kosmopolitismus“. Zwar verließen seit 1950 eine Reihe „bürgerlicher Kräfte“ unfreiwillig die Hochschule und wurde die Hochschulleitung durch verlässliche Genossen ergänzt, aber man vermißte in Weißensee klassenkämpferisches Engagement.

Die Verweigerung eines innerstädtischen Quartiers konnte daher auch als Akt der Disziplinierung verstanden werden. Sie war ebenso Indiz für das latente Sicherheitsbedürfnis des politischen Apparates, der in den informellen Kommunikationsstrukturen der Bürger ein schwer zu kontrollierendes Risiko sah. Aus seiner Perspektive mußte ein Erweiterungsbau am alten Standort in Weißensee, der heutigen Bühringstraße, als optimale Lösung erscheinen, mit dessen Planung schließlich auch 1954 begonnen wurde. In Weißensee herrschte Einigkeit darüber, dies als Zwischenlösung zu akzeptieren, aber die Hoffnung auf einen zentralen Standort nicht aufzugeben.

Selmanagic, Leiter der Architekturabteilung der Schule, übernahm die Projektierung. Mit Blick auf eine spätere Nutzung konzipierte er ein Oberschulgebäude, kein Haus für eine Kunsthochschule. So verzichtete er z.B. auf Ateliers mit Oberlicht, was für die freien Künste eine problematische Situation heraufbeschwor, und auf eine funktionsgerechte Integration von Studien- und Werkstättenbereich. Der Neubau brachte eine Entspannung der Notlage, führte aber nicht die in der Stadt zerstreuten Fachbereiche zusammen.

Den Anschein einer Übergangslösung oder eines reinen Zweckbaus machte das 1956 eröffnete Haus dann aber keineswegs. Schon von weitem signalisierte es Bedeutung.

Die Projektierung des Erweiterungsbaus war einer der wenigen Bauaufträge, die Selmanagic in der DDR erhielt. Dafür gab es Gründe. Mit der Wende in der Architekturpolitik 1950 zu den „nationalen Bautraditionen“ respektive zum „klassischen Erbe von Renaissance und Klassizismus“ konnte sich der Bauhausschüler Selmanagic nicht identifizieren. Seine öffentlich bekundete Verachtung für den Griff in die „Mottenkiste“⁶ brachte ihm die jahrelange Ignoranz der Auftraggeber ein.

⁵ Einschätzung der Kunsthochschule Weißensee durch die Kulturabteilung des ZK der SED, v. 20.9.51, zit. n. Anm. 1, S. 105.

⁶ Protokollierte Aussage Selmanagic' aus einem Bericht der Deutschen Bauakademie über eine Diskussionsrunde mit Architekten der Deutschen Werkstätten Hellerau, v. 7.6.55, in: BA, DH 2 (Deutsche Bauakademie) A/79.

Selmanagic' Spielraum war zweifellos begrenzt, nicht nur, weil architektonische Entscheidungen Kompromisse mit den ästhetischen Erwartungen der staatlichen Auftraggeber erforderten. Die Projektierung entwickelte sich zum Modellfall kollektiver Arbeitsweisen von Architekten, Gestaltern und Bildenden Künstler, von Lehrern und Studenten.

Selmanagic entwarf den Erweiterungsbau als dreiflügelige Anlage, die er durch einen verglasten flachen Verbindungsgang mit dem dreigeschossigen Altbau, dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Firma Trumpf, verband. Der gläserne Verbindungstrakt vermittelt zwischen Straßenseite und Innenhof, zwischen Öffentlichkeit und Schule, ist Foyer und Ausstellungshalle gleichermaßen. An der Vorhalle schließt im Westen rechtwinklig das viergeschossige Seminargebäude an und daran, ebenfalls im rechten Winkel, das nördliche Haus mit Mensa und Aula. So entsteht ein Gebäudekomplex, der als offenes Karree einen Innenhof bildet und Assoziationen an eine Flügelanlage weckt. Selmanagic hat solchen Anklängen die klare Absetzung der drei Baukörper durch verschiedene Traufhöhen und differenzierte Fassadengestaltung entgegengesetzt. Auf diese Weise konnte er auch die spezifischen Funktionen der Gebäude transparent machen. Das war zwar modern gedacht, wurde aber durch die Akzentuierung einer hierarchisierenden Ordnung wieder verworfen, die sich zwangsläufig durch den Rückgriff auf architektonische Pathosformeln herstellt. Der Nordflügel mit Mensa und einer über zwei Stockwerke reichenden Aula erinnert an ein Kirchenschiff oder eine Feierhalle und will nicht recht zur Ästhetik des gegenüberliegenden Verbindungsgangs passen. Der Rang des Aula-Traktes wird architekturensymbolisch vermittelt, das Seminargebäude ist imposant durch seine Größe. Sie neutralisiert das Auratische des Nordflügels wieder.

Die Gestaltung des Mitteltraktes ist aufschlußreich für Selmanagic' Behauptung eines eigenen Ansatzes. Er verzichtete auf Architekturzitate, auf figurativen Schmuck, auf die Andeutung von Balustraden, Säulchen, Portalen usw., die er als Legitimation vollzogener Erbeaneignung hätte vorweisen können. Aber er machte auch Zugeständnisse: in der Wahl eines Walmdaches und des hohen Fensterformats. Flachdach und breitgelagerte Fenster, hätte er sie erwogen, wären einem Sakrileg gleichgekommen. Beide Formen galten als sichere Indizien einer „reaktionären“ Architektur. 1952 wurde im Zusammenhang mit der Projektierung der Stalinallee eine mehrwöchige Debatte über „breite oder schmale Fenster“ in die Presse lanciert, um schließlich mit der axiomatischen Beweiskraft des Renaissanceerbes hohe Fenster zur humaneren Form zu erklären. Dem konnte Selmanagic nicht entgehen, aber er kaschierte das „Erbe“ bis zur Unkenntlichkeit. Er reihte die brüstungslosen Fenster zu einem Fensterband, faßte sie als serielle, nicht als autonome Formen auf, und die vertikalen Verglasungen der flankierenden Treppenhäuser ließ er als Mauereinschnitte stehen.

Man spürt die Absicht Selmanagic', das Strukturelle zu betonen, Sachlichkeit gegen Pathos zu setzen. Dazu gehörte auch die starke Betonung der Vertikalen durch plastisch und farblich hervorgehobene Lisenen. Sie überlagern sich mit den horizontalen Fensterbändern zu einer Rasterstruktur, die neben der Glasfassade des Mittelgangs Selmanagic' markanteste Referenz an die moderne Architektur war. Doch alles bleibt Andeutung und erzeugt zwiespältige Empfindungen. Ein flaches Ornamentband in Traufhöhe, das den gesamten Gebäudekomplex umspannt, stoppt die Vertikaltendenz der Lisenen. Tektonisch unsinnig, mit formalen Reminiscenzen an die nonfigurative Abstrakte des Westens, hat es eine rein dekorative Funktion. Es stellt Modernität aus, nicht dar und bringt die latente Dissonanz zwischen Baukörper und Fläche ins Bewußtsein. So z.B. gliedert das geometrische Raster aus Lisenen und Fensterbändern nicht den Baukörper, sondern nur eine Binnenfläche der Wand, die sich harmonisch ins wohlproportionierte Gesamt-Wandbild fügt. In der Fassadengestaltung des Seminargebäudes folgt Selmanagic letztendlich dem Prinzip künstlerischer Komposition mehr als dem der Konstruktion. Das war sein Kompromiß, zwischen Kunstausdruck und funktionaler Architektur zu vermitteln. Konventionell in diesem Sinne ist auch Selmanagic' Dreiteilung des Gebäudes in eine Sockelzone, einen Mittelteil und ein Dachgeschoß. Morphologisch betrachtet, akzentuiert sie die Leiblichkeit des Körpers, nicht den gebauten Kasten.

Ein Neben- und Gegeneinander konträrer gestalterischer Ansätze ist das eigentliche Charakteristikum des Baus. Schon beim Betreten des Hauses wird die permanente Um- und Entwertung symbolischer und semantischer Formen vorgeführt. Der symbolische Anspruch der portikusartigen, reliefgeschmückten Eingangshalle wird im Innenraum nicht aufgenommen oder transformiert. Unvermittelt steht man in einem Gang, der nur gestattet, nach links oder rechts abzubiegen. Geradezu subversiv banal und antipathetisch sind die zwölf Reliefszenen, die Jürgen von Woyski 1955 in Keramik ausführte. Es war seine Diplomarbeit. Ängstlich ist er dem Dogma der „Lebensnähe“ gefolgt: in der Porträtähnlichkeit der Figuren, im Streben nach Vergegenwärtigung und der Realistik der Gesten. Nur in einem Relief stößt man auf Sinnbildliches, dort, wo die Figur Selmanagic' das Modell des Schulneubaus wie eine mittelalterliche Stifterfigur präsentiert.

Im Gegensatz dazu haben die beiden Wandbilder von Kurt Robbel und Arno Mohr im Innern des Hauses symbolisches Gewicht. Robbels Bild im Treppenhaus, das das Seminargebäude mit den Nordflügel verbindet, stellt eine Hafenszene dar – ein Sinnbild der Arbeit. Robbel hat formale Konsequenzen aus dieser selbstgestellten Aufgabe gezogen. Die Formen sperren sich, illusionieren keinen Raum. Dieser wird assoziativ, durch Farbkontraste und eine geometrische Flächenkomposition erzeugt.

Diese antinaturalistische Formensprache ist Robbel von Vertretern der Behörden lange zum Vorwurf gemacht worden.

Mohrs Geschichtspanorama „Wendepunkt“ im Aulavorraum, das den zeithistorischen Bogen vom Elend der Vergangenheit bis zur Verheißung eines kollektiven Glücks spannt, erntete ausschließlich Lob. Zwar fällt der Blick beim Betreten des Raumes sofort auf das Wandbild, aber der Weg in die Aula führt seitlich an ihm vorbei. Die Szene ist optisch nur schwer zu erfassen, da der Raum kaum Tiefe hat. Anscheinend ist sie für eine individuelle Rezeption nicht konzipiert. Sie weiht den Ort und imaginiert Geschichtsträchtigkeit, die im anschließenden Festsaal mit Bühne, Leuchtern, holzverkleideten Wänden und schweren Vorhängen zum großen Gefühl der Erhabenheit mutiert.

Selbst die Räume der darunterliegenden Mensa durchwehte ein Hauch von Feiertäglichkeit. Holzgerahmte Türen, Sessel, Gardinen, Leuchter über den Tischen, Keramikteller an den Wänden. Der Maler und Rektor Bert Heller projizierte in zarten Linien und Farben den Kosmos der heimischen Fauna auf die Wand der Studentenmensa. Hier wurde kein urbaner Geist beschworen.

Die künstlerischen und kunsthandwerklichen Zutaten im Aula-Gebäude entstanden erst um 1955/56. Es ist anzunehmen, daß Selmanagic die Bekunstung seines Baus lange Zeit in Grenzen halten konnte. Mit seiner kritischen Haltung zur „künstlerischen Architektur“ stieß er nicht nur auf Zustimmung unter seinen Kollegen. Laux forderte 1954, „Architekten als Baukünstler [auszubilden], die ein weitgehendes Empfinden für die Belange der bildenden Kunst haben“, und der Assistent Lutz Köhler kritisierte den abwesenden Selmanagic in einer Senatssitzung, weil dieser, entgegen den architekturpolitischen Leitlinien, „sich gerne auf den Standpunkt [stelle], eine bestimmte architektonische Aufgabe zu lösen, sei der Architektur ohne Hilfe der Schwesterkünste Plastik und Malerei möglich.“⁷

Möglicherweise haben Laux und andere Kollegen Selmanagic' Nonkonformismus in Sachen „Baukunst“ ängstlich registriert und gegen das drohende Mißfallen der Zentrale ihren Architekten punktuell und kollektiv überstimmt. Offensichtlich blieb es nicht bei innerbetrieblichen Meinungsverschiedenheiten. Die Verwaltung zog ihre Disziplin-Karte und ließ verkünden, die Projektierung des 2. Bauabschnittes werde durch das Ministerium für Aufbau erfolgen, wogegen sich jedoch der akademische Senat wehrte.⁸

⁷ Laux, Protokoll der Senatssitzung v.13.11.54, Archiv Kunsthochschule Berlin (KHB), K1/53-56; Köhler, Protokoll der Senatssitzung v. 2.4.55, Archiv KHB, K1/52-55.

⁸ Mitteilung auf der Senatssitzung v. 7.9.56, der akademische Senat stellte sich hinter den protestierenden Selmanagic, Archiv KHB.

Die Gestaltungsenergie der Kollegen läßt sich auch als gewachsenes Maß an Identifikation mit dem Gebäude, der Institution und/oder dem Staat interpretieren.

Ein Standortwechsel der Schule kam seit Baubeginn nicht mehr zur Sprache, nicht, weil dem Kollegium die Argumente abhanden gekommen wären, sondern weil sie niemand mehr äußerte. Mitte der 50er Jahre war der Eingliederungsprozeß der Kunsthochschule in die Verwaltungsbürokratie der DDR abgeschlossen. Ebenso waren die Machtverhältnisse zwischen Partei und Intelligenz, Politik und Kunst, die die „Formalismusdebatte“ 1950/51 thematisiert und zugespitzt hatte, geklärt.

Andererseits läßt sich das Spektrum künstlerischer Haltungen, individuelles Engagement und kulturpolitische Akzeptanz eingeschlossen, nicht schlechthin als erzwungene Reaktion auf repressive Strukturen interpretieren. Die kulturellen Parolen der Parteiführung bedienten auch latente antimoderne Ressentiments und alte Sehnsüchte nach Übereinkunft mit Geschichte, einer Idee, einer Gemeinschaft. An der Visualisierung dieser Selbstaffirmation haben Künstler gearbeitet. Der Neubau in Weißensee ist eine beredtes Beispiel dafür.

Der Wohnzimmercharakter der Mensa, von dem heute nichts mehr zu spüren ist, ließ ahnen, welch kompensatorische Funktion das Gebot des „humanistischen Erbes“ landesweit zu erfüllen hatte. Das Gefühl familiärer Geborgenheit überdeckte, was rational nicht auszuleben und diskursiv nicht zu bewältigen war: die Existenz von Widersprüchen, von Interessenkonflikten und Differenzen – komplexe Strukturen, die Gesellschaft determinieren. Die Politik steuerte gesellschaftliche Prozesse nicht, sie ignorierte sie, denn die historisch gewachsene Gesellschaft gefährdete permanent das proklamierte „Wir“, das dauerhaft nur durch autoritäre Befriedung von Konflikten zu garantieren war. Lehrer und Künstler der Hochschule waren Objekte und Subjekte dieser Praxis. Ob Anpassung, Opposition oder Identifikation hinter diesen oder jenen gestalterischen Entscheidungen gestanden haben, läßt sich heute kaum noch eruieren. Daß es möglich war, Individualität zu behaupten, zeigt das Hochschulgebäude. Es trägt Selmanagic' Handschrift, weicht ab vom Formenkanon der „nationalen Baukunst“.

Die Stalinallee entstand an den Reißbrettern der leitbildsetzenden Architekten der Deutschen Bauakademie. Ihr Historismus war Bekenntnis und Konzept. Von diesem Stilwillen sind ihre Häuser geprägt. Der Bauhausschüler und Kommunist Selmanagic mochte nicht zu Schinkel zurück, ohne auch die Moderne zu befragen. Er war nicht ihr Apologet, aber auf der Suche nach einem architektonischen und städtebaulichen Konzept für eine sozialistische Gesellschaft hinter die Paradigmen des Neuen Bauens zurückzugehen, schien ihm widersinnig. Dem Gebäude der Hochschule sieht man das Dilemma an, eine ästhetische Position zu wahren,

gesellschaftliche Veränderung zu wollen und Ideologie bedienen zu müssen.

Ob Selmanagic auf die Semantik der modernen Architektur zurückgreift oder künstlerischem Ausdruck gerecht werden will – in allem wirkt er unentschieden. Brüche, nicht Brechungen, bestimmen die Architektur des Gebäudes und seine formalen Anleihen sind alles andere als ein kalkuliertes Spiel mit Assoziationen. Gerade diese gestalterische Inkonsistenz macht Selmanagic als Produkt seiner Zeit transparent und als Mensch sympathisch, denn sie verweist auch auf seine Unfähigkeit zu heroischer Servilität, in der sich manche seiner Architektenkollegen eifrig geübt haben.

Sein Gebäude ist weder Beweis mangelnder Professionalität noch Zeugnis willensloser Unterwerfung, wohl aber Indiz für den Herrschaftsdiskurs der Zeit.

Welcher Kulturbegriff in ihm verhandelt und in Weißensee ästhetisch formuliert wurde, zeigt ein Vergleich mit dem Gebäude der *hochschule für gestaltung*, der hfg Ulm, das ebenfalls 1956 eröffnet wurde und dessen Architekt, Max Bill, wie Selmanagic Bauhausschüler war. Beide Institutionen entstanden erst nach dem Kriege.

Die Anlage auf dem Kuhberg bei Ulm hat mit der in Weißensee nichts gemein. Die einzelnen Gebäude der hfg, breitgelagerte weiße, zweistöckige Kästen, mit Ausnahme des vierstöckigen Wohnturms, folgen in ihrer Anordnung dem ansteigenden Rhythmus des hügeligen Geländes. Sie sind terrassenförmig in einer offenen Struktur miteinander verbunden, so daß keine Binnenräume entstehen oder sich eine Hauptachse abzeichnen würde.

Der Wohnturm setzt zwar einen vertikalen Akzent, aber er ist kein symbolischer Verweis auf ein funktionales oder ideelles Zentrum. Von keinem Standpunkt aus bietet sich ein geschlossenes oder endgültiges Bild des Gebäudekomplexes. Alles scheint in Bewegung und vieldeutig. Undenkbar sind hier ästhetische Reminiszenzen an die Architekturgegeschichte oder formale Zutaten, die nicht durch die Funktion des Gebäudes determiniert wären. Undenkbar auch ein Edelputz, wie er in Weißensee verwandt wurde, statt dessen geweißter Beton. Auch in den Innenräumen: geweißte Wände, rohe Holzverschalungen, glatter Schalbeton, schattenloses Leuchtstofflicht. In Ulm herrschte unverstellte Nacktheit des Materials, in Weißensee betonte man seine Sinnlichkeit.

Hier radikale Befreiung von Konventionen des Denkens und Fühlens, prononcierte Sachlichkeit – dort ein Rekurren auf Substanz, auf Ursprünglichkeit und die bindenden Kräfte der Tradition. Die Gegensätze könnten nicht größer sein.

Die Studenten der hfg waren nicht umstellt von ästhetischen und ideologischen Leitbildern, von Gemeinschaftssymbolen. Vergewisserungen boten nicht die Dinge, sondern diskursiv und experimentell gewon-

nene Überzeugungen. Die ästhetischen Paradigmen waren Programm: Funktionalität, Transparenz, Mobilität. Von Anfang an rief der antifaschistische Impetus der Ulmer politische Gegner aus dem konservativen Lager auf den Plan, unter deren zermürbenden Angriffen die Schule schließlich resignierte.

Das Konzept der Berliner Hochschule war kein hausgemachtes wie in Ulm, sondern ein staatlich verordnetes. Aber auch in Weißensee gingen nicht alle Rechnungen auf Künstler, Gestalter und Architekten suchten nicht selten ihre eigenen Wege, denn die staats- und herrschaftslegitimatorisch motivierte Einbindung in eine „humanistische Tradition“ bot auch Chancen für individuelle Selbstentpflichtung von politikgesteuerten, zweckdienlichen Aufgaben. Unter der Aura des Menschheitlichen konnte künstlerische Autonomie behauptet werden mit Verweisen auf ideologieneutrale und kunstspezifische Gesetze, Konventionen und Mythen. Daß die den Künsten auferlegte ideologische Führungsrolle deren sanfte Desozialisierung beförderte, ist ein historisches Kuriosum, zumindest aber eine These.

Spätere Generationen jedenfalls haben die dezentrale Lage der Hochschule in Weißensee als Vorteil und den Innenhof als symbolischen Ort ihrer schöpferischen Existenz empfunden. Nun wird der Campus wieder zum Campos, zum offenen Feld.

Hiltrud Ebert, Dr., Kunstwissenschaftlerin,
arbeitet freiberuflich in Berlin

Die Gebäude der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden und ihre Weiternutzung durch die Hochschule für Technik und Wirtschaft

Valentin Hammerschmidt
Dresden

Der Ministerrat der DDR ordnete am 6.3.1952 die Gründung einer Hochschule für Verkehrswesen mit Sitz in Dresden an; sie übernahm als Grundstock die bisherige Fakultät für Verkehrswissenschaften an der TH Dres-

den. Die HfV erhielt zunächst zwei Fakultäten: Verkehrsökonomik und Verkehrstechnik. Dazu kamen die zentralen Einrichtungen einer Hochschule samt der unvermeidlichen Abteilung für gesellschaftswissenschaftliche Grundlagen. Die Regierung der DDR folgte dabei dem sowjetischen Vorbild der Spezialhochschulen, die – anders als die Universitäten und Technischen Hochschulen – nach anwendungsbezogenen Querschnittsaufgaben organisiert waren. Die HfV war dem Ministerium für Verkehr direkt unterstellt und hatte Kader für die sich entwickelnde sozialistische Wirtschaft auszubilden – anfangs vor allem für die Reichsbahn.¹ Gleichzeitig wurde als Teil der Hochschule das Verkehrsmuseum gegründet, das jetzt in kommunale Trägerschaft kommt.² 1954 kam noch das Industrie-Institut zur Weiterqualifikation von Fachkräften hinzu. Auch eine Militärsektion wurde eingerichtet.

Die HfV nahm im September 1952 den Studienbetrieb auf; neben einigen Baracken standen ihr zunächst die Gebäude der ehemaligen verkehrswissenschaftlichen Fakultät der TH in der Hettnerstraße mit dem Audimax zur Verfügung. Diese Bauten gingen 1992 an die TH zurück.

¹ Rede von Staatssekretär Prof. Dr. Gerhard Harig zur Eröffnung der Hochschule für Verkehrswesen, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden*, Jg. 1, 1953, S. 2ff. Regierung der Deutschen Demokratischen Republik: Verordnung über die Bildung einer Hochschule für Verkehrswesen. Abgedruckt in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden*, Jg. 5, 1957/58, S. 199.

² Joachim Günther: 5 Jahre Hochschule für Verkehrswesen, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden*, Jg. 5, 1957/58, S. 189ff. Herbert Bräuning: Fünf Jahre Baugeschehen an der Hochschule für Verkehrswesen, ebd., S. 249 ff. Elfriede Rehbein: Eröffnung eines Verkehrsmuseums der Hochschule für Verkehrswesen, ebd., H. 2/3, 1956.

Die Aufbauplanung der TH Dresden lag damals in den Händen von Prof. Walter Henn. Im Rahmen des ersten Fünfjahrplans war ein Generalbebauungsplan für 12.000 Studenten gefordert worden.³ Henns damalige Bauten sind unpräzise, sachliche Gebäude, eher dem Heimatstil als einer radikalen Modernität verpflichtet.

So lag es nahe, Henn auch die Gesamtplanung für die HfV zu übertragen. Als Bauplatz hatte das Ministerium für Verkehr den Bereich östlich des Bayerischen Platzes (des heutigen Friedrich-List-Platzes) ausgesucht, neben dem zerstörten Altbau der Technischen Hochschule. Die Fläche zwischen der Hochschul- und der Reichsstraße (der heutigen Fritz-Löffler-Straße) sollte als Grünanlage gestaltet werden, überragt von der Aula der HfV. Östlich des Hauptgebäudes sah Henn die Gebäude der Verwaltung und zentralen Einrichtungen, der Institute und Labore sowie die Internate und Sportstätten vor. Dabei hatte er einzelne ältere Wohnhäuser und kleine Betriebe zu berücksichtigen. Den Abschluß des Gebietes bildet die Fachschule für Eisenbahnwesen, die zusammen mit der HfV ins Leben gerufen worden war. So wäre ein großer Campus, nur dem Verkehrswesen gewidmet, entstanden.

Die Gebäudegruppe an der Ostseite des Bayerischen Platzes sollte als erstes realisiert werden. Henn sah zwischen Hochschul- und Andreas-Schubert-Straße einen viergeschossigen Längstrakt mit angehängten Hörsaal- und Laborbauten vor, der von einer siebengeschossigen Hochhaus-scheibe überragt würde; auf ihrer Rückseite sollten viergeschossige Flügel einen quadratischen Hof bilden. Mit der asymmetrischen Baumassen-gruppierung reagierte er auf das Gelände und die städtebauliche Situation: man betritt den Platz nach der Unterführung beim Hauptbahnhof in einer Linksdrehung, die ihr Ende an der Dominante findet, die zugleich den Campus gegen den hohen Bahndamm abgrenzt.

Dieser Entwurf war die Grundlage für eine detaillierte Vorplanung, die im Sommer 1953 vom Entwurf- und Vermessungsbüro der Deutschen Reichsbahn, Außenstelle Dresden (EVDR) erstellt wurde. Das Raumprogramm war auf 450 Immatrikulationen in jedem Jahrgang, insgesamt also 1.800 Studenten, ausgelegt.⁴

Da Stahl gespart werden mußte, hatte Henn das Hochhaus als Massivbau in Ziegelmauerwerk, allseitig mit Sandstein verkleidet, entworfen. Die vertikale Erschließung sollte durch ein Treppenhaus in der Mittelachse der Rückseite und zwei Gruppen von je drei Aufzügen erfolgen, davon jeweils einer als Schnellaufzug für die oberen drei Geschosse. Die Treppe sollte dreiläufig mit einem Zwischenpodest vor einer halbrunden Glas-

³ Rede Walter Henns in: *Universitas Dresdensis*, Verleihung der Ehrendoktorwürde, Dresden, 2. November 1995.

⁴ Pausen des Plansatzes mit einem Modellphoto sowie Durch- und Abschriften der Vorplanung des EVDR und der erforderlichen Stellungnahmen im Archiv der HTW.

wand emporführen – eine typische Lösung der 50er Jahre. In den aufgehende Geschossen sollten die Räume für die Lehrstühle und Seminare an beiden Seiten eines Mittelflurs liegen; an den Enden waren die Hör- und Zeichensäle vorgesehen. Entsprechend würde die Fassade an beiden Enden durch geschlossene Wandflächen begrenzt werden, dazwischen sich eine Fensterfront zwischen gemauerten Pfeilern spannen; das oberste Geschoss sollte zurückspringen. Die niedrigeren Seitentrakte waren als verputzte Lochfassaden mit hochrechteckigen Fenstern gedacht. Die HfV und das EVDR waren mit Henns Entwurf offensichtlich einverstanden; die Räte von Bezirk und Stadt hatten dem städtebaulichen Konzept zugestimmt und einen vorläufigen Bescheid bezüglich der Architekturkontrolle erlassen.⁵ Henns Architektur war „modern“, ohne radikal zu sein; in den Fensterformaten z.B. klang seine konservative Ausbildung (ab 1933 bei Wilhelm Kreis) nach. Der Entwurf entsprach etwa dem, was in der westdeutschen Bundesrepublik damals bei anspruchsvollen Verwaltungsbauten üblich war. Das konnte nicht gut gehen.

Der III. Parteitag der SED im Juli 1950 hatte den Kampf gegen „Formalismus und Kosmopolitismus“ eingeläutet. Davon war besonders die Architektur betroffen, in der sich die neue Gesellschaftsordnung festlich darstellen sollte. Leitbilder für eine volksnahe „realistische“ Baukunst sollte die Stalinallee geben.⁶ Walter Henn berichtete von unerfreulichen Belehrungen, die er sich in der Deutschen Bauakademie abholen mußte, die 1951 als oberste Kontrollinstanz gegründet worden war. Er führte aber bereits 1952 Berufungsgespräche mit der TU Braunschweig (im folgenden Jahr nahm er dort einen Lehrstuhl an).⁷

Am 21. 7. 1953 forderte der Rat des Bezirks Dresden eine Überarbeitung des Vorentwurfs; der Architekturbeirat hatte in ganz sachlicher Argumentation mehrere Punkte des Entwurfs kritisiert. Erheblich anders las sich das in einer neuerlichen Stellungnahme des EVDR vom 4. 8. 1953:

„Die Architektur entspricht in keiner Weise der Entwicklung unserer Architektur im fortschrittlichen Sinne, die aufgebaut sein muß auf dem kostbaren Erbe der Vergangenheit und der Kraft der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung. Der Formalismus, der in dem Vorprojekt noch zum Ausdruck kommt, muß verschwinden. Das Bauvorhaben würde, wenn es in der Form zur Ausführung käme, ein Fremdkörper im werdenden Gesamtbild Dresdens sein.“

⁵ Schreiben des Rats der Stadt Dresden, Dez. Aufbau, Abtlg. Stadtplanung und Architektur an das Entwurfsinstitut Prof. Henn vom 24. 3. 1953. S. auch EVDR, Erläuterungsbericht zum Bauvorhaben Titell. 11.27 HfV vom 28. 7. 1953, Pkt. 60 – Abschriften im Archiv der HTW.

⁶ Vgl. dazu: Jörn Düwel, Baukunst voran – Architektur und Städtebau in der SBZ/DDR, Berlin 1995.

⁷ Henn in: *Universitas Dresdensis*, op. cit.

Der Verfasser verwies auf die „vielen Diskussionen“ über die bereits ausgeführten Neubauten der TH sowie auf die Ausführungen von Walter Ulbricht und Kurt Liebknecht zur Entwicklung der Architektur in der DDR.

Nun wandte sich der Planträger direkt an die sicherste Quelle und beauftragte den Nationalpreisträger Prof. Richard Paulick, Leiter einer Meisterwerkstatt bei der Bauakademie, mit der Überarbeitung aller Planungen. Paulick war früher einmal Mitarbeiter von Gropius gewesen und hatte die Nazizeit in Shanghai überstanden; wieder in Deutschland, konnte er sich nur zögerlich von der Baukunst der „Nationalen Traditionen“ Kurt Liebknachts und Walter Ulbrichts überzeugen lassen; schließlich hatte er die neue Tonart getroffen und den Abschnitt C der Stalinallee gebaut. Diese Architektur brachte er jetzt nach Dresden.

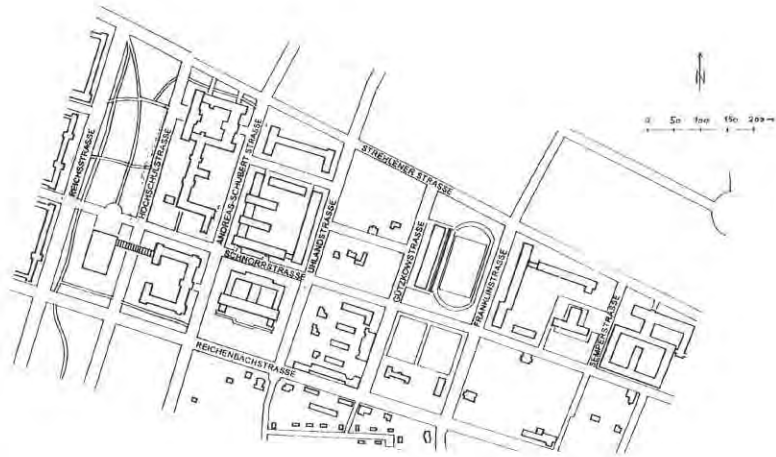
Paulicks Lageplan besetzte den ganzen Campus mit spätbarocken Schlössern, Drei- und Vierflügelanlagen in der Art des späten 18. Jahrhunderts. Die Schnorrstraße als interne Erschließungsachse bildete am Hochschulstadion einen Forumsplatz wie in einem römischen Legionslager. Die Grünanlage zwischen Hochschul- und Reichsstraße wurde nun bis auf die Anhöhe am Fritz-Förster-Platz hinaufgeplant und sollte von dort durch das Auditorium Maximum der TH beherrscht werden.⁸

Dieses „Maximalprogramm“ umfaßte neben dem Auditorium Maximum, den Hör- und Übungssälen, Verwaltung und Instituten auch Mensa, Läden, Internate und Sportanlagen nebst Schwimmhalle – eine sich selbst genügende Hochschul-Kleinstadt für 2.500 Studenten ohne Bezug zur Großstadt.⁹ Urbanität als Überlagerung verschiedener Gesellschafts- und Lebensbereiche war auch im Sozialismus kein stadtplanerisches Ziel.

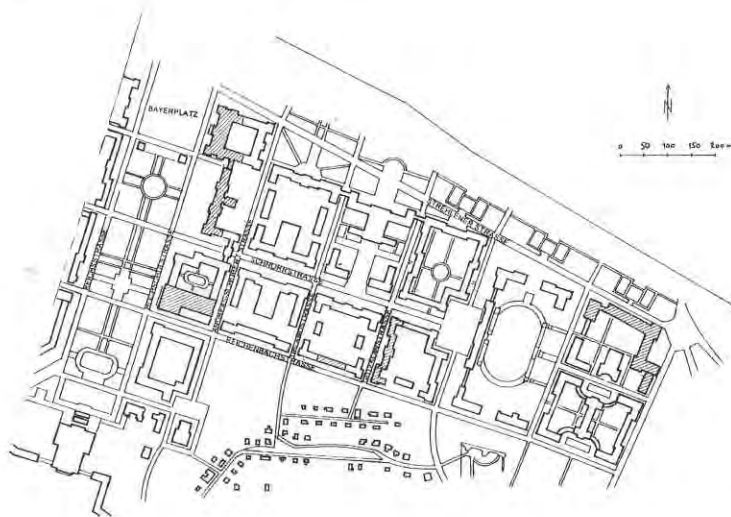
Von den groß geplanten Studentenwohnheimen wurde ein Flügel an der Gutzkowstraße bis 1955 gebaut – keine funktionelle Wohnanlage, sondern ein repräsentatives Gebäude mit Säulenportikus und Fronton im Mittelrisalit des Hauptflügels. Der Haupteingang führt jedoch nicht zu den Wohnungen, sondern in Clubräume; die Erschließung der Zimmer erfolgt über enge, dem fremden Besucher kaum auffindbare Treppenhäuser. War der Entwurf dieses Wohnheims „in individueller Projektierung steckengeblieben“, so sollte das nächste Internat an der Strehleiner Straße nun „den Weg zur Industrialisierung der Baustelle und des Bauwesens überhaupt“ gehen (unrealisiert). Mittlerweile hatte nämlich die Allunions-Baukonferenz in Moskau (Dezember 1954) rationelle Produktionsmethoden gefordert; das 21. Plenum des ZK der SED und das X. Plenum der

⁸ Lageplan abgedruckt in: Die Studentenwohnheime der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden, in: *Deutsche Architektur*, Jg. III/1955, S. 212 ff.

⁹ Dresden: Hochschule für Verkehrswesen, in: *Deutsche Architektur*, Jg. III/1955, S. 43.

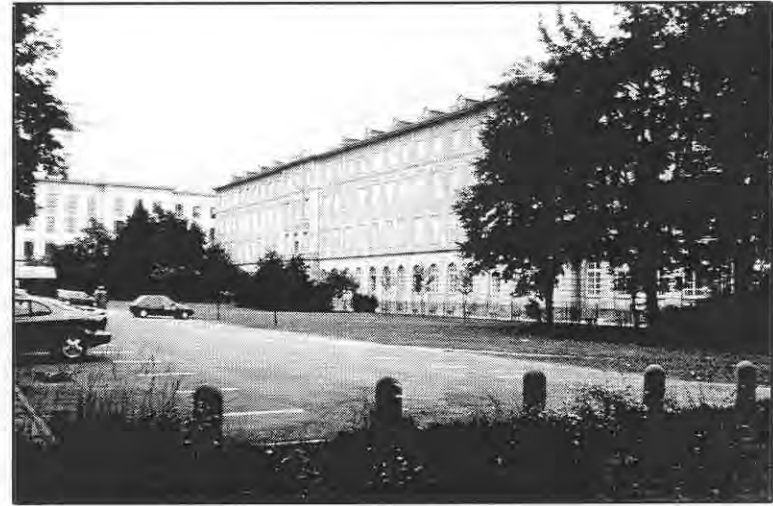


Lageplan von HfV und Fachschule für Eisenbahnwesen. Entwurf Walter Henn 1952 (Archiv der HTW; Umzeichnung: Dipl.-Ing. A. Langelahn)



Lageplan von HfV und Fachschule für Eisenbahnwesen. Entwurf Richard Paulick, 1954. Die ausgeführten Gebäude sind schraffiert dargestellt (nach: Deutsche Architektur, 1955, S. 212ff; Umzeichnung: Dipl.-Ing. A. Langelahn)

hochschule ost 1/1998



Ansicht des Seminargebäudes von Westen



Ansicht des Z-Gebäudes von Westen

hochschule ost 1/1998

Deutschen Bauakademie hatten daraus Konsequenzen gezogen – zunächst ohne Änderung in der akademischen Formensprache.¹⁰

Am Ostende des geplanten Campus war die Fachschule für Eisenbahnwesen im Bau – ein lebendig gegliederter Baukomplex, den Friedrich-Wilhelm Wurm vom EVDR unter Anlehnung an die neobarocken Fronten der stalinistischen Altmarktbebauungen entworfen hatte.¹¹

Ausgangspunkt der Paulickschen Planungen war aber der Hauptkomplex am Bayerischen Platz. Paulick behielt Henns Baumassenverteilung bei und überarbeitete sie stilistisch wie funktional. Das Hochhaus wurde auf neun Geschosse erhöht und erhielt an den Schmalseiten fünfgeschos- sige Querflügel, die sich mit den rückwärtigen Trakten zu einem quadratischen Hof zusammenfügen sollten, was eine wenig glückliche Komposition ergeben hätte. Das Hochhaus sollte nur Lehrstühle und die Hoch- schulleitung aufnehmen; außerdem in 9. Geschos einen über die gesamte Gebäudelänge reichenden Saal für die H0-Modellanlage zur Simulation des Eisenbahnbetriebs. Die Hör- und Zeichensäle wurden in die Querflü- gel und den Seminartrakt verlegt. In Letzterem wurden ausschließlich Unterrichtsräume sowie Labore, weitere Zeichensäle, Sammlungen usw. untergebracht; an der Rückseite wurde ein großer Hörsaal mit 250 Plät- zen angehängt – er ist heute das „Auditorium Maximum“ der HTW.

Für den Seminarflügel wählte Paulick eine rosa Putzfassade mit Lise- nengliederung und Risaliten, die vage an die „örtliche Barocktradition“ erinnern sollte; das Hochhaus mit seinen Annexen hingegen gibt sich in seiner Blockhaftigkeit als Abkömmling jener aus Schinkels Feilnerhaus destillierten Architektur, die Henselmann für die Bauten an der Weber- wiese in Berlin entwickelt hatte. Die Lisenen markieren dasselbe Achs- maß wie im „barocken“ Seitenflügel, die Geschosshöhen nehmen nach oben hin subtil ab. Ein schmaler Triglyphenfries setzt die neunte Etage ab, mächtige Balustraden mit Eckakroterien bildeten die oberen Ab- schlüsse. Über dem Sandstein-Sockel wurde es mit unpolierter Meißner Keramik verkleidet. Es blieb das einzige direkte Derivat der Stalinallee im Stadtbild von Dresden.

Die Umplanungen hatten Zeit gekostet. Nun wurde der Bau des Se- minargebäudes vorgezogen. Der Grundstein wurde am 8. 4. 1954 gelegt; zum Herbstsemester 1955 konnte der erste Bauabschnitt, ein Jahr später der Rest des Gebäudes übergeben werden.¹² In den leergeräumten Trüm- merflächen stand es als einsame Kulisse, der Stadt wandte es eine Fassa- de mit 38 Fensterachsen, aber keinen Eingang zu – eine eher abweisende

¹⁰ Die Studentenwohnheime der Hochschule für Verkehrswesen, op. cit.

¹¹ Fachschule für Eisenbahnwesen Dresden, in: *Deutsche Architektur*, Jg. III/1955, S. 262 ff.

¹² Herbert Bräuning: Fünf Jahre Baugeschehen der Hochschule für Verkehrswesen, op. cit.

Geste. Die Zugänge erfolgten von der Rückseite her. Im Inneren bot es großzügige Treppenhäuser, Flure und Foyers; die Räume aber waren rei- ne Klassenzimmer. Lange Zeit mußte das oberste Geschoß als Schlafsäle für Studenten genutzt werden.¹³ Damals wurde das Seminargebäude über Kesselwagen der Reichsbahn, später mit Lokomotivkesseln geheizt. Dazu mußten Studenten im Dreischichtenbetrieb Dienst tun. Erst zwischen 1964 und 1967 erfolgten die Anschlüsse an das städtische Fernwärme- netz.

Ende 1956 begannen die Aushub-Arbeiten für das Lehrstuhlgebäude mit den beiden Seitentrakten. 1959 wurde der Verbindungsflügel zum Seminargebäude übergeben, 1962 war wohl die gesamte Außenarchitek- tur fertiggestellt¹⁴, aber die Ausstattung aller Räume des „Z-Gebäudes“ zog sich noch einige Jahre hin. Die Ausführungsplanung im Sommer und Herbst 1958 lag vor allem in den Händen der Architekten Wurm und Suschke vom EVDR.¹⁵ Die äußere Erscheinung, aber auch die aufwendig geplante Ausstattung des Gebäudes waren Gegenstand heftiger Diskus- sionen.¹⁶ Die schon erwähnte „Große Wende im Bauwesen“ im Anschluß an die Allunionskonferenz der Bauschaffenden hatte auch das Dogma des Akademismus erschüttert. Die HfV hielt sich aus dem Stilstreit weiterhin heraus, verwarhte sich aber dagegen, daß er auf ihrem Rücken ausgetra- gen werde. Immerhin bedürfe die HfV „als einzige Verkehrshochschule des Reichslands auch einer der Würde und dem Ansehen einer derartigen Institution entsprechenden äußeren Formgebung“.¹⁷

Von steifer Würde ist die Architektur Paulicks allerdings geprägt, langweilig und unangreifbar wie eine Partioresolution. Henns Entwurf hatte man vorgeworfen, daß er einen Skelettbau vortäusche, obwohl er ein Massivbau sei. Ironischerweise wurde das Lehrstuhlgebäude nun als Skelettbau aus Stahlbeton-Fertigteilen realisiert, erscheint aber massiv. Die Kritik am Äußeren scheint von zwei Seiten gekommen zu sein: man- chen war das Hochhaus zu „modern“ für Dresden, andere wagten nun, den „Zuckerbäckerstil“ der Stalin-Ära zu kritisieren, und erreichten zu- mindest, daß die Balustraden und Akroterien an den oberen Abschlüssen wegblichen.

Die Haupttreppe mit abstraktem Mosaik in typischen „DDR-Farben“ (dominierend: Blau und Braun) ist der modernste Teil des Gebäudes, fern

¹³ Bericht ehemaliger Studenten.

¹⁴ Nach Fotos in *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden*, H. 2./1962, S. 281 ff., und der Festschrift: 10 Jahre Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List“ zu urteilen.

¹⁵ Siehe die Legenden der Ausführungspläne im Archiv der HTW; dem entsprechen auch Erinnerungen älterer Kollegen.

¹⁶ Vermerk von Herbert Bräuning vom 21. 9. 1971, Archiv HTW.

¹⁷ Joachim Günther: Fünf Jahre Hochschule für Verkehrswesen, op. cit., S. 193, 204.

vom „Soreal“. Sie wurde dreiläufig mit Zwischenpodesten in geradezu verschwenderischer Breite als wahre Staatstreppe angelegt – aber merkwürdigerweise nur bis ins sechste Geschoß geführt. Für die oberen drei Geschosse hielt Paulick schmale Nebentreppen an den Enden der langen Flure für ausreichend; das neunte Geschoß ist nicht einmal mit dem Aufzug erreichbar. Die Studenten wurden auf Distanz gehalten.¹⁸ Von dezenter Eleganz und verschwenderischer Größe waren die Räume der Lehrstühle: die Professorenzimmer zwei Fensterachsen breit (6,875m x 6,37m), die Räume der Oberassistenten, Assistenten und Sekretärinnen etwa halb so groß. Die Türen haben seitliche Gewände aus Naturstein, aber keine profilierten Stürze – möglicherweise ein Resultat von Einsparungen, denn auch die Kosten des Bauwerks wurden öffentlich kritisiert. Gespart wurde auch an den Aufzügen: von den sechs Fahrstühlen, die Henn projektiert hatte, blieben nur zwei, was zumindest für den heutigen Studienbetrieb unzureichend ist.¹⁹

Gleichzeitig mit dem Z-Gebäude wurde die Mensa mit Club- und Kulturräumen gebaut und bis 1961 fertiggestellt; weitere Planungen für einen großen Campus blieben Wunschträume, obwohl die Studentenzahlen stiegen – 1964 war die Zahl 3.000 überschritten.²⁰

Schon fünf Jahre nach der Gründung der HfV war der ideale Gesamtplan Paulicks auf die Realitäten zurückgeführt worden; nach dem Bau des Z-Gebäudes wurden noch eine Reihe von Institutsbauten geplant, deren Lage nicht mehr viel mit dem akademischen Flächen-Layout von 1953 zu tun hatte.²¹ Erneut war 1958 der bisherige Perspektivplan (einschließlich der Studienpläne!) überprüft und an die wirtschaftlichen Möglichkeiten angepaßt worden. Daraufhin hatte Horst Grabner, Dozent für Verkehrsbauten an der HfV, einen neuen, deutlich reduzierten Bebauungsplan aufgestellt²², der an die Planungen von Henn erinnert. Auch waren realistischere Bauzeiten festgelegt worden. Demnach sollten ab 1961 sukzessive die großen Forschungsinstitute errichtet werden, wel-

¹⁸ Mündliche Äußerung des damaligen Studenten Günter Otto, heute Rektor der HTW.

¹⁹ Ausführungspläne des EVDR von Juni bis September 1958 auf Grundlage der Pläne der Meisterwerkstatt Paulick vom Mai 1958; Archiv der HTW.

²⁰ Guido Müller: Festvortrag aus Anlaß der 15-Jahr-Feier der DDR, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden*, H. 3/1964, S. 383ff.

²¹ Abgedruckt in: Herbert Bräuning, *Fünf Jahre Baugeschehen...*, op. cit., S. 250.

²² Lageplan vom Mai 1961/ Planträger: Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen; Planbearbeitung: Akad. Arch. Horst Grabner, Doz. HfV; dazu: *Bebauungsplan-Entwurf* von Doz. Horst Grabner, Erläuterungsbericht, 15. 2. 1959. Archiv der HTW.

che die Hochschule bisher vermißt hatte.²³ Mittlerweile war die Fakultät für Verkehrsbauwesen hinzugekommen, aber das große Institut für Verkehrsmaschinentechnik hatte Vorrang. Das große, viergeschossige Gebäude mit zwei Versuchshallen war 1958-60 vollständig projektiert worden; im Herbst 1961 wurde die Baugrube ausgehoben und Betonplatten für den Baubeginn im folgenden Frühjahr geliefert. Ein Ministerratsbeschuß vom 20. 12. 1961 legte die Baustelle still. 1965 bis 67 wurde das Projekt noch einmal überarbeitet und aus Wirtschaftlichkeitserwägungen um ein Stockwerk erhöht. Mangels Baukapazität wurde der Bau bis nach 1970 zurückgestellt, und blieb es für immer. Wegen des weiteren Ausbaus der HfV und steigender Studentenzahlen wurde ab 1969 ein achtgeschossiges Haus an der Strehleener Straße geplant. Baubeginn sollte 1972 sein; Ende 1971 wurde die Investitionssumme von 40 Mio. auf 9 Mio. M gekürzt. Damit hätte man noch einen der Seitenflügel hinter dem Z-Gebäude errichten können; als Baubeginn war 1974 vorgesehen – wiederum wurde das Projekt kurz zuvor gestrichen. 1971 sollte schließlich eine Sporthalle für die Studenten errichtet werden; die Stahlteile dafür waren bereits geliefert – sie mußten wieder verkauft werden.²⁴ Von einem weiteren großen Hörsaal und der Hochschulbibliothek, die Grabner konzipiert hatte, war längst nicht mehr die Rede. Die freien Flächen wurden nach und nach mit Bauten der Wohnungsbauserie 70 zugestellt.

1986/87 wurde noch einmal im Rahmen des Hochschulindustriekomplexes Drehstromantriebstechnik ein Bauvorhaben geplant und 1989 als Zentrallabor für Antriebstechnik begonnen.

Man richtete sich bei stetig steigenden Studentenzahlen in den vorhandenen Gebäuden ein; Foyers im Seminargebäude wurden als Sammlungs- und Unterrichtsräume genutzt; die großen Professorenzimmer wurden halbiert, Restflächen in Foyers und Fluren als Arbeitsräume abgeteilt, in die große Halle im Erdgeschoß wurden Wände eingestellt. Auch die provisorischen Baracken blieben weiter in Gebrauch (bis heute). S- und Z-Gebäude wurden in die Kreisdenkmalliste eingetragen und 1993 in die Denkmalliste des Freistaats Sachsen übernommen. Der Grund für den Denkmalschutz kann nur die Stellung der HfV in der DDR und die Monumentalität des Baus sein; denn als Zeitzeugnis ist er nur der zufällige Rest wechselnder Planungen; und baukünstlerisch wird man ihn auch unter den Kriterien seiner Entstehungszeit als ziemlich drittklassig einschätzen müssen.

Nach der „Wende“ paßten die Spezialhochschulen nicht in das Hochschulsystem der Bundesrepublik; die Querschnittsaufgabe „Verkehr“ war

²³ Herbert Bräuning: Das Investvorhaben der Hochschule für Verkehrswesen Dresden, in: *Hochschule für Verkehrswesen, Nachrichten und Mitteilungen*, 4/5, 1960.

²⁴ *Bauliche Entwicklung der HfV* (Vermerk des Direktors für Planung und Ökonomie Schubert vom 30. 9. 1973, Archiv der HTW).

nach dem Ende der zentral gesteuerten Planwirtschaft obsolet. Die HfV wurde 1992 aufgelöst. Große Teile der Verwaltung und des Lehrkörpers der HfV wurden in die neugegründete (Fach-) Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) übernommen, die ein wesentlich breiteres Fächerspektrum vertritt. Integriert wurde eine Ingenieurschule für Vermessungswesen als eigener Fachbereich. Aus der Fakultät Verkehrsbau wurde der Studiengang Bauingenieurwesen, der mit dem neugegründeten Studiengang Architektur zu einem mehr oder minder gemeinsamen Fachbereich zusammengeschlossen wurden. Neu sind die Studiengänge Landschaftspflege, Landwirtschaft und Gartenbau, die in Pillnitz ihren Standort haben, sowie der Fachbereich Gestaltung; neu organisiert wurde der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. An Gebäuden stehen der HTW das beschriebene Hauptgebäude am Friedrich-List-Platz zur Verfügung, ferner die Provisorien der fünfziger Jahre und das ehemalige Zentrallabor für Antriebstechnik, für das es nach der Vereinigung von Reichs- und Bundesbahn keinen Bedarf mehr gab. Es dient jetzt als Laborgebäude für verschiedene Fachbereiche. Dazu kommen Baulichkeiten in Pillnitz. Eine neue Hochschulbibliothek wurde im Erdgeschoß des Z-Gebäudes eingerichtet. Die Studentenzahl – derzeit ca. 4.300 – übertrifft bereits die der alten HfV und wird noch steigen. Da die HTW – ein Erbe der HfV – in der Forschung einen Spitzenplatz unter den deutschen Fachhochschulen einnimmt, wird sich auch der Bedarf an Laborflächen eher noch erhöhen.

Die Umwandlung macht natürlich auch räumliche Veränderungen nötig, die mit der erforderlichen Generalsanierung und technischen Modernisierung des Gebäudes einhergehen. So ist die Organisation in Seminargruppen von je 20 Studenten, die an der HfV sehr rigoros bis in die Belegung der Wohnheime²⁵ durchgeführt worden war, nur begrenzt aufrecht zu erhalten – schon aus Gründen des Raummangels ist das Zusammenfassen in größeren Einheiten unabdingbar. Eine Expertise der Firma Schnell & Partner bilanzierte (ohne Standort Pillnitz) 31.000 m² Hauptnutzfläche (einschließlich der Provisorien) und errechnete demgegenüber einen Bedarf von 51.000 m² HNF. Der Mangel an Hörsälen, Übungs- und Seminarräumen macht eine zentrale Raumverwaltung notwendig – mit allen Fesseln, die dieses für die Stundenplangestaltung der Fachbereiche bedeutet. So wird die räumliche Trennung der Professorenzimmer von den Unterrichtsräumen perpetuiert; wie ihre Vorgängerin ist die HTW eine Hochschule der langen Flure und Wege.

Aber auch Zuschnitt und Ausstattung der Räume sind problematisch. Die „Klassenzimmer“ im Seminargebäude reichen für die heutigen Semestergrößen nicht aus; sie sind mit kleinen Schultischen vollgestellt, die Mitschreiben zur Qual und Zeichnen ganz unmöglich machen.

²⁵ Vgl. Reinhard Göttnert: Zur Erziehung in den Studentenwohnheimen, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden*, Jg. 6, 1958/59, H. 2 S. 491ff.

Ordnungsgemäße Klausuren mit hundert und mehr Teilnehmern sind eigentlich kaum möglich.

Ferner müssen die Räume für den Einsatz moderner didaktischer Mittel nachgerüstet werden. Die Seminarräume hatten z.B. keine Verdunkelungsmöglichkeiten. Die Hörsäle waren offenbar einmal sehr gut mit Projektionsmöglichkeiten ausgerüstet; aber als der Verfasser im Herbst 1992 seine Professur antrat, waren alle Schalttafeln tot und Diaprojektoren bei der Verwaltung unbekannt. Änderungen machen die neuen Arbeits- und Lehrformen nötig, die in der HfV keine Rolle spielten. Damals scheint die Ausbildung ein wesentlich theoretischer und sehr schulischer Frontalunterricht gewesen zu sein; Projektarbeit in Gruppen, am Modell oder im Zeichensaal wurde erst durch die künstlerischen Studiengänge eingeführt. Der Fachbereich Gestaltung hat dafür Räume erhalten, die der zentralen Bewirtschaftung entzogen werden mußten. Die 9. Etage, die dem Studiengang Architektur für studentische Arbeitsplätze zugesagt worden war, ist nach wie vor durch die Modellanlage für Eisenbahnbetrieb blockiert, die jetzt ins Eigentum der Technischen Universität übergegangen ist – und die TU denkt nicht daran, diesen Raum freizumachen.

1994 hat die HTW eine Vorplanung für eine Komplettsanierung im Umfang von ca. 59 Mio. DM vorgelegt. Der erste Bauabschnitt beinhaltet lediglich die Sanierung der Bausubstanz und die Modernisierung der Ausstattung. Dazu gehört auch die Anpassung der über Jahrzehnte zusammengebastelten Elektroinstallationen an die Vorschriften. (Kosten: 29,3 Mio. DM).

Mittlerweile hat die Grundsanierung – bei laufendem Betrieb – begonnen; sie wird in einzelnen, jeweils das ganze Haus betreffenden Kampagnen sich über die nächsten Jahre hinziehen. Die Maßnahmen 1997 betreffen so notwendige Dinge wie die Sanierung der Dächer, der völlig durchfeuchteten Westfassade oder die Nachrüstung von Hörsälen und Seminarräumen. Aber nicht alle Maßnahmen finden die Zustimmung der Hochschulangehörigen. So hat die aufwendige Demolierung sämtlicher Waschbecken samt Entfernen der Steigleitungen in Professorenzimmern, sogar in Besprechungs- und Unterrichtsräumen und ihre Ersetzung durch Teeküchen regelrechte Erbitterung ausgelöst. Notwendige Maßnahmen wurden dafür zurückgestellt. Begründet wurde diese Verschlechterung des Standards mit Richtlinien aus Westdeutschland, die dem Sparen dienen sollen.

Raumgewinne bringt dieser Bauabschnitt noch nicht – im Gegenteil: aus der denkmalpflegerischen Zielsetzung heraus werden Foyers, die bisher als Seminar- oder Übungsräume abgeteilt waren, wieder geöffnet.

Erst im 2. Bauabschnitt, der mit 11, 1 Mio. DM veranschlagt ist, sind nutzungsspezifische Maßnahmen zur Schaffung von Raumkapazitäten enthalten – z.B. Versuchseinrichtungen für Chemie, Elektrotechnik und

das Bauingenieurwesen, Konstruktions- und Modellwerkstätten, Erweiterung der Hochschulbibliothek, in der die Regalfläche knapp wird. Für einen Anbau am Südende des Seminarflügels (der schon 1955 geplant war!) ist 1995 ein HBBG-Antrag gestellt worden. Er wird ausschließlich Labore enthalten (6 000m² HNF). Mit der Fertigstellung wird 2004/05 gerechnet. So kann man etwa abschätzen, wann das räumliche Defizit von 20.000 m² HNF endlich gedeckt sein wird. Wie es scheint, wird die Planungsgeschichte der HfV an der HTW weitergeführt.

Valentin Hammerschmidt, Prof. Dr. Ing., ist Professor für Architekturgeschichte und Denkmalpflege an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden

Die Hochschule für Landwirtschaft in Neubrandenburg

Eine neoexpressionistische Architekturphantasie
von Hermann Henselmann

Gabriele Wiesemann

Bonn

I.

Im strukturschwachen Bezirk Neubrandenburg lösten die Beschlüsse des VII. Parteitages der SED vom April 1967 besonders heftige Planungstätigkeit aus. Es war entschieden worden, das dringend erforderliche Wirtschaftswachstum in der DDR durch gezielte Investitionen in „Zukunftsindustrien“ Chemie, Optische Industrie, Maschinenbau und insbesondere Elektronik zu erreichen.¹ Für den ganz überwiegend agrarisch geprägten Bezirk Neubrandenburg erhoffte man sich durch Neuansiedlung von Elektronik und Elektrotechnik einen starken wirtschaftlichen Impuls. Eine Hochschule für Landwirtschaft rundete als wissenschaftliche Institution, die ganz auf den Bedarf des Bezirkes zugeschnitten war, das Strukturkonzept ab.² Auch ihre geplante Tätigkeit war mit der 3. Hochschulreform von 1967 in den Dienst des Wirtschaftswachstums gestellt, es sollte nicht mehr nur Wissen vermittelt, sondern praxisnah geforscht werden.³ Von dieser engen Verknüpfung von Theorie und Praxis erwartete man einen deutlichen Zuwachs an Effizienz in der Nahrungsmittelindustrie. Es stand außer Frage, daß diese Institutionen nicht über den Bezirk verteilt errichtet, sondern in der Bezirkshauptstadt konzentriert werden würden.

Der bevorstehende 20. Geburtstag der DDR gab den Anstoß, mit städtebaulichen Planungen zügig zu beginnen. Schon zehn Jahre zuvor hatte man auf dem V. Parteitag von 1958 verkündet, daß bis 1965 die letzten Spuren des Krieges in den zentralen Bereichen der Aufbaustädte beseitigt sein würden. Dieses Ziel hatte man jedoch weder in Neubran-

¹ Vgl. dazu Dietrich Staritz: Geschichte der DDR. Frankfurt am Main 1996, S. 225.

² Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Betrifft: Konzeption für die baukünstlerische Gestaltung des weiteren Aufbaus der Stadt Neubrandenburg. Neubrandenburg, Juni 1968. Bezirksparteiarchiv der PDS Neubrandenburg, IV IB/2.6/499-501.

³ Gert-Joachim Glaefner: Universitäten und Hochschulen. In: DDR-Handbuch. Bonn 1982, S. 1328-1395.

denburg noch anderswo in der beabsichtigten Vollständigkeit erreichen können, da gleichzeitig der industrielle Wohnungsbau außerhalb der Zentren vorangetrieben wurde und die Kapazitäten der Bauwirtschaft für beides nicht ausreichten. Wenn auch absehbar war, daß sich die Städte der DDR zum Jubiläum nicht in makellosem Glanz präsentieren konnten, sollten zumindest Baukräne und Gerüste an Rohbauten vom Sieg des Sozialismus künden.

Am 5. April 1968 veröffentlichte das Politbüro des ZK der SED eine Direktive „über die weitere Arbeit an der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung der wichtigsten Stadtzentren und Siedlungsschwerpunkte in Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR“.⁴ Diese Anweisung von höchster Stelle wurde Auslöser für die städtebaulichen Planungen in Neubrandenburg. Nun ging es nicht mehr nur darum, die neuen Institute in der Stadt unterzubringen, sondern zusätzlich noch das im Aufbau fragment gebliebene Stadtzentrum zu vervollständigen.

Im Stadtzentrum Neubrandenburgs waren die Kriegsschäden – im April 1945 wurde der Bereich innerhalb des Stadtmauerings durch Brandschätzung zu 80% zerstört – immer noch ablesbar.⁵ Außerdem haftete Neubrandenburg noch das Odium der Kleinstadt an, die sie vor dem Krieg immer gewesen war. Da man in den ersten Jahren des Aufbaus Rücksicht auf die überkommenen Strukturen genommen und auf dem mittelalterlichen Straßenraster maximal viergeschossige Häuser errichtet hatte, wollte das Schlagwort der „sozialistischen Großstadt“ auf dieses Bezirkszentrum noch nicht so recht passen.

Eine gewisse überregionale Bedeutung hatte das kleine Landstädtchen nach 1933 mit der Ansiedlung von Rüstungsindustrie erhalten; die Einwohnerzahl war von 16.000 (1933) auf 20.000 (1939) gestiegen. Doch erst mit der Verwaltungsreform in der DDR, die Neubrandenburg 1952 in den Rang einer der 14 Bezirkshauptstädte der DDR erhob, stieg ihre Bedeutung – oder besser gesagt: zunächst der Anspruch an ihre Bedeutung. Von nun an überschlugen sich die Prognosen über das Stadtwachstum. Das Ministerium für Aufbau erwartete einen Zuwachs auf 35.000 Personen, der Rat des Bezirkes ging 1954 schon von 60.000 Personen aus und kurz darauf bereits von 75.000 bis 100.000 Personen.

Diesen Perspektiven kam die Bautätigkeit nur langsam nach. Zwar

⁴ Vergl. die Direktive des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrats der DDR über die sozialistische Umgestaltung und Erweiterung von Neubrandenburg vom 25.6.1968. Bezirksparteiarchiv der PDS Neubrandenburg, ohne Sign.

⁵ Zum Wiederaufbau Neubrandenburgs nach 1945 siehe Gabriele Wieseemann: Planungen für Neubrandenburg – Variationen über eine Kleinstadt. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar 39 (1993) 1/2, Teil 2, S. 37-49; dies.: Aus dem Baukasten der Traditionen: Der Aufbau von Neubrandenburg 1945 bis 1970. Neubrandenburg 1995 (Schriftenreihe des Regionalmuseums Neubrandenburg Heft 25).

standen Neubrandenburg seit 1952 Mittel zu, die es ermöglichten, mit dem lang geplanten Bau von Wohnhäusern überhaupt erst einmal zu beginnen, doch öffentliche Gebäude, die den Funktionen der Stadt als Verwaltungssitz und kulturelles Zentrum entsprochen hätten, wurden kaum errichtet. Lediglich der Sitz der Volkspolizei entstand 1952, ein Jahr später folgte die Poliklinik der Volkspolizei. An der „Magistrale“ wurde 1955-57 ein Hotel errichtet, das Haus des Handwerks 1955-57, das Kreisamt der Polizei 1957, ein Kaufhaus 1957-60, das Kulturhaus am „Zentralen Platz“ 1963-65 und schließlich die Bezirksverwaltung am östlichen Rand des Zentrums 1966-67. Ein kommunales Rathaus fehlte nach wie vor.

Schon früh wurde der Aufbau der Stadt von der zentralen Planungsinstanz der DDR, der Deutschen Bauakademie in Berlin betreut bzw. entsprechend den Regierungsvorgaben beeinflusst. Im Dezember 1952 hatte das Ministerium für Aufbau der Stadt schriftlich mitgeteilt, daß es nun die Planungen für Neubrandenburg übernehmen würde. Letztlich beschränkte man sich dann doch darauf, ein Modell der Berliner Stalinallee in die Provinz zu schicken. Schon mit diesem geringen Aufwand erreichte man das wichtigste gestalterische und gleichzeitig politische Ziel dieser Zeit, die „Magistrale“ der Bezirkshauptstadt als Reminiszenz an die „Magistrale“ der Hauptstadt der DDR auftreten zu lassen. Als 1954 der Stil der „Norddeutschen Renaissance“ für Neubrandenburger Neubauten verbindlich geworden war, unterstützte Hanns Hopp, der Leiter der Meisterwerkstatt II an der Bauakademie, die Architekten des Neubrandenburger Entwurfsbüros für Hochbau bei der ästhetisch ansprechenden Formulierung der Entwürfe.

Der sich 1957/58 anschließende Wettbewerb für den Zentralen Platz wurde in regionaler Verantwortung vom Rat des Bezirkes durchgeführt. Die Umsetzung der noch ganz dem Gedanken maßstäblichen Wiederaufbaus verpflichteten Wettbewerbsergebnisse scheiterte jedoch am Einspruch des Politbüros, das mittlerweile das neue Leitbild der offen bebauten „modernen“ Stadt für verbindlich erklärt hatte. Um den weiteren Aufbau im Sinne der politischen Vorgaben zu leiten, wurde erneut die Bauakademie eingeschaltet. Als „ständiger Betreuer“ Neubrandenburgs wurde Hermann Henselmann⁶ eingesetzt, Chefarchitekt des Instituts für Sonderbauten der Deutschen Bauakademie.⁷ Auf seine Initiative hin wur-

⁶ Hermann Henselmann (1905-1995) wurde 1951 Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst der Deutschen Bauakademie (DBA). Von 1954 bis 1959 war er Chefarchitekt von Berlin, seit 1959 Chefarchitekt des neugegründeten Instituts für Sonderbauten der DBA, 1964 bis 1966 Chefarchitekt des Instituts für Typenprojektierung, 1966 bis 1970 Chefarchitekt des Instituts für Städtebau und Architektur sowie ab 1969 Leiter der Experimentalwerkstatt der DBA. Emeritierung 1972. Siehe auch Hermann Henselmann. „Ich habe Vorschläge gemacht“. Hrsg. von Wolfgang Schäche. Berlin 1995.

⁷ Bericht des Rates des Bezirkes Neubrandenburg über die Erfüllung der Beschlüsse

de am „Zentralen Platz“ das Haus der Kultur und Bildung von Iris Grund 1963 bis 1965 errichtet, der erste Bau, der bewusst mit dem alten Straßenraster brach und dessen hoher schlanker Turm ein erstes Fanal der Moderne in die Stadt setzte.

II.

Als man sich im April 1968 eilig daran begeben mußte, die Direktive des Politbüros in einen städtebaulichen Entwurf umzusetzen, wurde erneut Hermann Henselmann beauftragt. Unter seiner Leitung erarbeitete eine Gruppe von Architekten Neubrandenburgs und der Bauakademie, darunter Werner Dutschke, einen Plan, der schon im Juni 1968 dem Politbüro zur Genehmigung vorgelegt werden konnte.

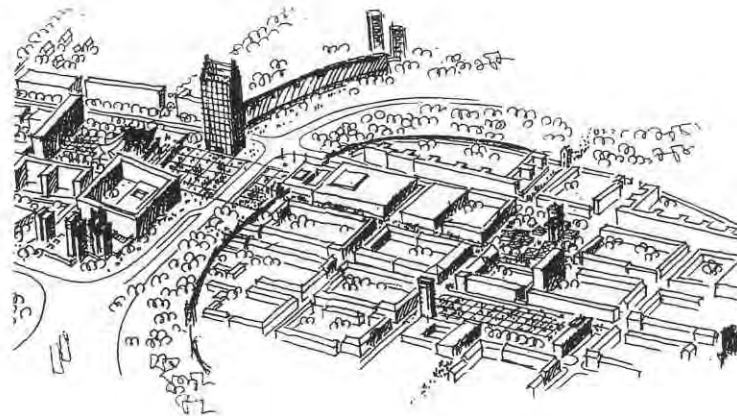
Ein umfangreiches Repertoire an Neubauten war in der Stadt unterzubringen. Der (erheblich vergrößerte) Zentrale Platz sollte mit einem Rathaus, einem Haus der Gewerkschaft und einem Flügel des Hotels endlich allseitig geschlossen werden. Statt des kleinen Kaufhauses aus den fünfziger Jahren war ein großes und modernes Warenhaus geplant. Schon für dieses raumgreifende Programm war der Kern des ehemaligen Landstädtchens fast zu eng, es gab jedoch noch einige Straßenzüge „völlig überalterter“ Bausubstanz, die man zur Disposition stellen konnte.

Um auch die neuen Institutionen an repräsentativer Stelle anzusiedeln, definierte man den zentralen Bereich neu und erweiterte ihn um eine ebenso große Fläche nach Osten. An der neuen Mitte, außerhalb der Stadtmauer, sah man einen großen Platz vor, an dem die Neubauten ganz unter sich waren: die Hochschule für Landwirtschaft für 2000 Studenten, mit Institutsgebäude, Auditorium Maximum und Internat, das Haus der Elektroindustrie und das der Bauindustrie.

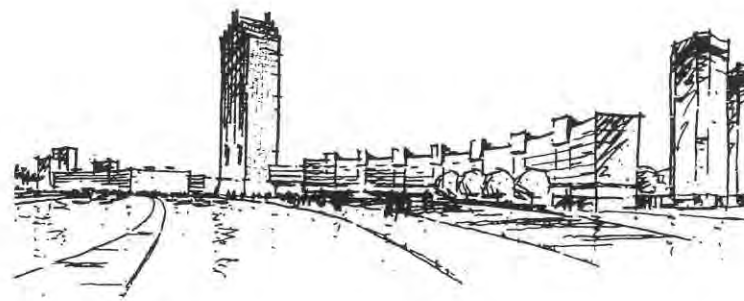
Sicher hat es Henselmann bedauert, daß die Sichtachse vom bisherigen Zentralen Platz nach Osten bereits durch die Bezirksverwaltung in Anspruch genommen war und er mit seinem neuen Platz nach Süden ausweichen mußte. Dank des mittelalterlichen Straßenrasters standen hier weitere Blickachsen in Richtung des alten Zentrums zur Verfügung.

Architektonisches Glanzstück des gesamten Planes wurde die Hochschule für Landwirtschaft, deren Entwurf sich Henselmann persönlich vorbehielt. Alle anderen Gebäude waren als einfache Scheiben gedacht, den Hochschulkomplex jedoch faßte er als Bildzeichenarchitektur auf – genau wie den Turm der Universität Leipzig, den er als „leicht aufgeschlagenes Buch“ in den Monaten zuvor konzipiert hatte. In der alten Verlags- und Universitätsstadt Leipzig lag der Rückgriff auf dieses Vorbild sehr nahe. Neubrandenburg hingegen hatte an gewerblichen Traditionen, aus denen sich ein prägnantes Motiv hätte ableiten lassen, außer

des V. Parteitag der SED und des Politbüros des ZK der SED über den Wiederaufbau der zerstörten Stadtzentren, 24.3.1961. Bundesarchiv Potsdam DH2/A/365.



Stadtumbauplanungen für Neubrandenburg, 1968



Entwurf der Hochschule für Landwirtschaft von Hermann Henselmann, 1968

vermischem Handwerk, diverser Kleinindustrie oder der Rüstungsproduktion nicht viel zu bieten. Allgemein verständliche Bilder aus der Landwirtschaft, die sich auf die Funktion der Universität beziehen lassen konnten, hätten allenfalls die industrielle Seite der Produktion betonen dürfen. Mit sicherem Gespür für den *genius loci* der Stadt wählte Henselmann stattdessen die mittelalterliche Stadtmauer und ihre Tore als Vorbild für die neue Hochschule. Mit dieser Stadtbildrezeption stand er ganz in der Tradition der Romantik. Spätestens seit Caspar David Friedrich identifizierte man die Stadt bewußt mit dem Bild dieser Bauten, an ihnen machte sich das Heimatgefühl fest.⁸

Henselmann komponierte sein Ensemble als 115 Meter hoch aufragendes „Tor“ mit anschließender „Stadtmauer“, einer langen Scheibe, die einen leichten Bogen beschreibt. Das historische Vorbild zitiert Henselmann fast wörtlich. Genau wie das Stargarder Tor ist der Universitätsturm mit einem Staffelgiebel ausgestattet, seine Front mit Lisenen und Blendfeldern gegliedert und – in Anlehnung an die Reihe von Adorantinnen – mit zwei Monumentalplastiken (Bauernfiguren?) bestückt. Selbst im Material bezog sich Henselmann auf das mittelalterliche Vorbild. Lisenen und Figuren sollten aus rotem Friedländer Ton hergestellt werden. Die Hochhausscheibe ist mit ihrem Schwung und den aufgesetzten „Wiekhäusern“ ganz eindeutig als „Stadtmauer“ zu erkennen.

Für Henselmanns Zwecke eigneten sich die mittelalterlichen Bauten perfekt. Das dringende Bedürfnis nach einem markanten Turm als obligatorischer „Stadtkrone“ konnte durch Rückgriff auf ein Tor befriedigt werden. Mit der Baukörper- und Oberflächengliederung des Tores und dem stadträumlich wirksam umzusetzenden Schwung der Mauer boten sich ihm eine Fülle von architektonischen und städtebaulichen Qualitäten, die sich hervorragend ummünzen ließen. Auch die geforderten Funktionen ließen sich im großvolumigen Bau mühelos unterbringen. Sogar die „Wiekhäuser“ fanden als „Maisonette-Penthäuser für Professoren“ ihre Bestimmung.

Ohne bildhafte Bezüge blieben die beiden Wohnhochhäuser für Studenten am südlichen Ende der Scheibe. Die Türme, auf rechteckigem Grundriß und mit leicht abgeschrägten Kanten, sind betont schlicht gehalten. So treten sie nicht in architektonische Konkurrenz zum großen Turm, dienen aber als sein optisches Gegengewicht und halten die Komposition in der Balance. Das Auditorium Maximum ist mitten auf dem großen Platz situiert. Mit seinem stark aufgefalteten Dach ist es zweifellos großplastische Architektur, bleibt jedoch ungegenständlich.

⁸ Sonnenaufgang über Neubrandenburg, Caspar David Friedrich, ca. 1835 (Kunsthalle Hamburg). Die im Krieg unbeschädigt gebliebene Stadtmauer mit ihren vier Toren wurde weit über 1945 hinaus als Trägerin städtischer Identität begriffen und blieb in allen frühen Wiederaufbauplanungen und -maßnahmen bis 1958 maßstabsgebende Bezugsgröße.

So suggestiv die Zeichnung Henselmanns in ihrem lockeren Duktus wirkt, so überraschend einleuchtend es Henselmann hier versteht, historische Formen für moderne Nutzung plausibel werden zu lassen, so grotesk ist doch dieser detailgetreue Rückgriff auf die Stadtgeschichte im Zusammenhang des gesamten städtebaulichen Plans für Neubrandenburg, der eine Vernichtung alter Bausubstanz in einem bisher nicht gekannte Ausmaß vorsah.

Dabei bezogen sich die Abrißplanungen nicht nur auf durchschnittliche Wohnhäuser des späten 18. und des 19. Jahrhunderts, die zu dieser Zeit ohnehin kaum jemand erhaltenswürdig fand. Es hätte auch das Schiff der mittelalterlichen Marienkirche abgerissen werden sollen, das in den Umfassungsmauern erhalten war und nur sein Dach und Gewölbe im Brand bei Kriegsende verloren hatte. Lediglich der Kirchturm sollte stehen bleiben – als historisches Stimulanz für das Museum, das am bisherigen Standort des Kirchenschiffes in modernen Pavillons eingerichtet werden würde. Daß sogar ein Teil der Stadtmauer dem neuen Warenhaus weichen sollte, daß also gerade ein Teil jenes Ausschnittes der Stadtgeschichte beseitigt werden sollte, den Henselmann zeichenhaft überhöhte, zeigt nur allzudeutlich, worum es ihm bei seinem Entwurf wirklich ging. Nicht um die historische Tradition selbst, sondern um ihre Aneignung, um das „Neu-Erfinden“ von lokaler Identität. Er wollte gleich zweifach identitätsstiftend wirken. In den rezipierten Formen fand er ein Sinnbild für den Ort und in ihrer Anpassung an moderne Bautechnologie und der gigantischen Höhe des Turms ein Sinnbild für die moderne (sozialistische) Gesellschaft und ihre wirtschaftliche Potenz.

Henselmann erläuterte selbst, welche im Grunde gegensätzlichen gesellschaftlichen Anforderungen an ihn – den Architekten – er mit diesem Entwurf berücksichtigt, welchen Gordischen Knoten er mit leichter Hand löst.

„Seine [des Architekten] Aufgabe ist so kompliziert, weil das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus einen dynamischen Charakter hat, die Bauwerke aber statisch sind. Diese Dialektik zwischen der dynamischen Stadtentwicklung und einer Statik nicht nur der Gebäude sondern auch des Heimatbildes ist das besondere Problem, das uns beschäftigt. Beide, Dynamik und Statik, müssen in einer dialektischen Einheit zusammengeführt werden.“⁹

Wenn man in diesem Zitat den Begriff „Sozialismus“ durch die „fortschrittsorientierten sechziger Jahre“ ersetzt, hat man den Kern seiner Aussage erfaßt und die Vermutung bestätigt, die sich schon aus der Analyse des städtebaulichen Entwurfes für Neubrandenburg ergab: sein „Stadtter“ will als jene dialektische Einheit vom Bild des Fortschritts und dem der Tradition verstanden werden.

⁹ Hermann Henselmann: Unsere Stadtzentren. In: *Die Weltbühne. Wochenschrift für Politik, Kunst, Wissenschaft*. 5. März 1968, S. 303-307, hier S. 304.

III.

Das Neubrandenburger Hochschulgebäude war das dritte einer Serie großplastischer Architekturen, die Henselmann Ende der sechziger Jahre entwarf.¹⁰ Den Auftakt setzte 1967 ein Wettbewerbsentwurf für den Leninplatz in Berlin-Friedrichshain. Einem Lenindenkmal, mitten auf dem Platz, das gleichzeitig eine Leninbibliothek aufnehmen sollte, gab Henselmann die Form einer aufgerollten Fahne. Als Anfang des Jahres 1968 die Fertigstellung der Stadtzentren in der DDR anstand, übertrug er den Gedanken des Bildzeichens auf die geforderten stadtbildprägenden Dominanten. Die ersten vier Entwürfe gestaltete er als Hochhäuser, die letzten beiden als flache Komplexe mit großen Hallen. Für den Wettbewerb um ein Universitätshochhaus in Leipzig entwarf Henselmann von Januar bis März 1968 das schon erwähnte „Buch“.¹¹ Bis Juni 1968 entstanden die Zeichnungen der Neubrandenburger Hochschule als „Stadtmauer und -tor“ und im August 1968 die des hoch aufragenden „Schiffsbugs“ in Rostock, der als Haus der Wissenschaften, Kultur und Bildung genutzt werden sollte.¹² Im darauffolgenden Jahr 1969 plante er einen zylindrischen Turm mit seitlichem Schlitz und Dachaufsatz als „Fernrohr“ – ein Forschungshochhaus für die Zeiss-Werke in Jena. Zuletzt entstanden 1970 das Modell für Plauen, eine Stadthalle mit gläserner Kuppel im Design Plauener Spitze, und das Modell für Halle, ein Freizeitzentrum, dessen große Halle an die Form eines Salzkristalls erinnern soll.

Theoretische Überlegungen zur Semantik seiner Architektur haben Henselmann bei der Wahl seiner Motive ganz offensichtlich nicht geleitet. Lediglich beim ersten seiner Entwürfe, der Berliner Leninbibliothek, hat er die Form des Gebäudes dezidiert aus seinem Inhalt entwickelt: die rote Fahne ist das Symbol der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung und des von Lenin begründeten Sowjetstaates schlechthin. Schon beim zweiten, dem „Buch“, überlagert sich die sinnbildliche Bedeutung des Zeichens – für die Wissenschaft an der Universität – mit

¹⁰ Zu Henselmanns Bildzeichenarchitekturen siehe Bruno Flierl: Hermann Henselmann – Architekt und Architektur in der DDR. In: Hermann Henselmann. Gedanken, Ideen, Bauten, Projekte. Berlin 1978, S. 26-52, in dieser Publikation Abbildungen aller Entwürfe außer dem „Tor“ für Neubrandenburg; ders.: Hermann Henselmann – Bauen mit Bildern und Worten. In: Kunstdokumentation SBZ 1945-1990. Köln 1996, S. 386-429, insbesondere S. 394-398.

¹¹ Karin Löffler: Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche in Leipzig. Leipzig 1993, zum Wettbewerb um das Universitätshochhaus S. 131-143.

¹² Eine signierte und datierte (22.8.68) Handzeichnung Henselmanns ist abgedruckt in: Hermann Henselmann. „Ich habe Vorschläge gemacht“. Hrsg. von Wolfgang Schäche. Berlin 1995, S. 159. Das in den Publikationen von Flierl (1978, Abb. 89-93 und 1996, S. 396) abgebildete Modell ist auf 1969 datiert.

der stadtgeschichtlichen Bedeutung – als Rückgriff auf die Tradition der Verlage. Beim Jenaer Turm liegt der Fall ähnlich: die Zeiss-Werke hatten in der Stadt eine derartig große Bedeutung, daß ein Bild aus ihrem Umfeld stellvertretend für die Stadt als Ganzes stehen konnte. In allen anderen Städten (Neubrandenburg, Rostock, Plauen, Halle) fehlt ein Bezug zwischen dem Inhalt und der Form der Bauten völlig, der lokale Bezug des Motivs war allein ausschlaggebend für seine Wahl.

Wie unbekümmert Henselmann bei seiner Motivsuche vorging, wie wenig ihm auch gesellschaftspolitische Symbolik sozialistischen Inhalts bedeutete, beweist gerade der Neubrandenburger Entwurf. Als Abbild von Architektur fällt dieser aus der Reihe der gebauten Sinnbilder außerarchitektonischen Inhalts heraus. Eine gesellschaftlich relevante theoretische Aussage hätte sich jedoch nur an den Sinnbildern festmachen können – so am Leipziger „Buch“ die These „Wissen ist Macht“.¹³ Bei den anderen zeichenhaften Architekturen verlöre sich eine solche Interpretation in Beliebigkeit. Wichtig war nur, daß er unopportune Motive vermied. Daß die Darstellung einer Kirche oder ein Rückgriff auf Rüstungsindustrie zur sofortigen Ablehnung des Entwurfes durch den „gesellschaftlichen Auftraggeber“ geführt hätte, war klar.

Worum es Henselmann eigentlich ging, liegt auf der Hand. Die Orstypik seines gebauten Bildes mußte unmittelbar einleuchten, jeder neue Bau mußte sich von den zuvor entworfenen völlig unterscheiden und – dem nicht uneitlen Architekten besonders wichtig – die gewählte Form mußte sich in einen möglichst brillanten eigenen Entwurf umsetzen lassen.

Diese Prioritäten lassen sich auch in der Formulierung der Bilder nachweisen. Es ging Henselmann erneut weitaus mehr um die Qualität der neuen Architektur als um eine korrekte Wiedergabe des Bildes. So wählte er für die notwendigen Fenster des Jenaer Forschungsturms eine runde Form, die sich mit „Linsen“ konnotieren ließ, und blieb damit im Umfeld der optischen Industrie. Er konterkariert zwar das eigentlich gewählte Bild des „Fernrohrs“, wenn er dessen Oberfläche mit „Linsen“ perforiert, steigert mit diesem eigenwilligen Oberflächenmuster den architektonischen Reiz seines Entwurfs jedoch sehr.

Ihre suggestive Kraft beziehen alle diese Zeichnungen Henselmanns aus ihrer Realitätsferne. Ohne sich unmittelbar mit der Realisierbarkeit seiner Entwürfe auseinandersetzen zu müssen, konnte er seine Bilder mit großer Unbefangenheit malen.

Seine Bildzeichenarchitekturen waren im Grunde Architekturphantasien, die dann von anderen Architekten – natürlich immer unter Abstrichen an ihrer genialisch wirkenden Spontaneität – zuerst in Modelle und in wenigen Fällen auch in baureife Planzeichnungen umgesetzt wurden.

Die architektonische Großplastik Henselmanns kann man als Ver-

¹³ Flierl 1996 (wie Anm. 10), S. 395.

wirklichung der alten Idee vom Gesamtkunstwerk begreifen, der Verschmelzung von Architektur und bildender Kunst in einem Objekt, das notwendigerweise Architektur sein muß. Einen ersten großen Schritt in diese Richtung hatte Henselmann schon Anfang der sechziger Jahre mit dem Berliner Haus des Lehrers getan: der sieben Meter hohe Bildfries von Walter Womacka, der sich um den gesamten Baukörper herumzieht, war integraler Bestandteil der architektonischen Komposition.

Der wichtigste Anstoß für diese Phase ikonischer Architektur, die in der DDR ganz wesentlich auf Henselmanns Anregungen zurückzuführen ist,¹⁴ ging jedoch von der zeitgenössischen soziologischen Diskussion aus. Nach der ersten Begeisterung über die Aufbauleistungen in den kriegszerstörten Städten hatte inzwischen – in Ost wie West – Ernüchterung über die im Aufbau immer gesichtsloser werdenden Städte eingesetzt. Die von Menschen entleerten Innenstädte waren trostlos und ohne urbanes Leben, die industriell errichteten und überall gleichen Wohnsiedlungen ließen das vermissen, was man heute „Wohnumfeldqualitäten“ nennt. So geriet die Wirkung dieser Umwelt auf den Menschen in das Blickfeld von Psychologen, Soziologen, Städteplanern und Architekten. Selbstverständlich hat Henselmann die Diskussionen außerhalb der DDR engagiert verfolgt und solche resonanten Publikationen wie Alexander Mitscherlichs „Unwirtlichkeit unserer Städte“, die 1965 erschien, rezipiert. Nur wenig später bemühte man sich auch in der DDR, in der 1965 immerhin bereits 90% aller Wohnungen industriell produziert wurden, um wissenschaftlich fundierte Aussagen über das Wohnverhalten.

Mitte der sechziger Jahre führte das Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie, dessen Chefarchitekt Henselmann seit 1966 war, gemeinsam mit dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED eine soziologische Enquête durch. Das Ergebnis verblüffte seinerzeit die Experten. Es stellte sich heraus, daß der Mensch durchaus nicht die berechenbare Einheit ihrer städtebaulichen Planungen war, für den ihn die Planer lange gehalten hatten. Er wurde als irrationales, von Gefühlen bewegtes Wesen wiederentdeckt. 1967, also kurz bevor Henselmann das erste städtische Wahrzeichen entwarf, stellte er erste Ergebnisse der Studie vor:

„Bedeusam ist, daß der Drang zur Mobilität in bezug auf den Wechsel des Wohnortes oder des Wohngebietes nicht so groß ist, wie ursprünglich angenommen wurde; im allgemeinen ist eher das Bedürfnis nach einer festen Anwurzelung vorhanden. Die Menschen möchten bei allem Drang, zu reisen oder Ausflüge zu machen, doch eine unverwechselbare Heimat haben. Dieser Drang nach Beheimatung ist es

¹⁴ Zwei Entwürfe architektonischer Bildzeichen dieser Zeit sind von anderen Autoren bekannt. Das Rostocker Kollektiv R. Lasch schuf mit einem „Segel“ einen Alternativentwurf zu Henselmanns „Schiffsbug“; für Magdeburg, die Stadt des Schwermaschinenbaus, entwarf das Kollektiv P. Michalk einen sechseckigen Turm, dessen Grundriß der Form eines Schraubenkopfes entlehnt ist.

wohl auch, der den Widerspruch gegen die Monotonie seelenloser Typen erzeugt. Wenn wir unsere alten Städtebilder betrachten und auch die Kommunikationsräume, Plätze, Straßen und das Spiel der Raumfolgen, dann ist das Hervorstechendste ihre Unverwechselbarkeit. Diese Unverwechselbarkeit der städtebaulichen Räume verbindet sich mit Gebäuden, die, wie der Informationstheoretiker zu sagen pflegt, ikonographische Zeichen darstellen, als Türme und Tore, eine bestimmte Plastizität der Baukörper, Brunnen und Denkmäler, die das Heimat- und Erinnerungsbild prägen helfen.“¹⁵

Genau hier sollten die städtischen Wahrzeichen Henselmanns wirksam werden.

Es war kein Zufall, daß unter den Architekten der DDR gerade Hermann Henselmann Ende der sechziger Jahre mit diesen Bildzeichenentwürfen hervortrat. Seit jeher hatte er, der sich mit dem Zeichenstift ebenso eloquent auszudrücken wußte wie mit Worten, die Architektur der DDR um außergewöhnliche Lösungen bereichert.

Als im Sommer 1951 die drei Leiter der Meisterwerkstätten der Bauakademie zu einem Wettbewerb geladen waren, in dem binnen weniger Tage eine DDR-spezifische Architektur der Nationalen Traditionen erfunden werden sollte, überzeugte allein der Vorschlag von Henselmann. Sein Entwurf für das Hochhaus an der Weberwiese gefiel im Rückgriff auf Schinkel genauso wie in der architektonischen Qualität. Als nur wenig später die Adaption des Klassizismus an der Stalinallee schal zu werden begann, war es wieder Henselmann, der eine neue Wendung in der DDR-Architekturentwicklung einleitete. Im Wettbewerb für den Platz Bersarinstraße/Warschauer Straße Anfang 1953 reichte er gleich zwei Entwürfe ein: die Turmhelme am östlichen Eingang der Stalinallee zitierten einmal Langhans' neugotischen Turmhelm der Marienkirche, einmal Gontards Kuppeln der Kirchen am Gendarmenmarkt.

Im Wettbewerb um die Gestaltung des Stadtzentrums von Berlin 1959 setzte er sich über die Vorgaben der Auslobung hinweg und schlug als signifikante Stadtkrone nicht etwa ein massives Regierungshochhaus vor, sondern – als Sinnbild für die moderne Informationsgesellschaft – einen schlanken Fernsehturm, dessen rubinroter Kugelkopf auf den nur ein gutes Jahr zuvor in den Weltraum katapultierten Sputnik Bezug nahm. Mit Henselmanns Haus des Lehrers in Berlin, das 1961-64 errichtet wurde, begann die Rezeption des modernen Bautypus eleganter Hochhaussscheiben in der DDR. Kurz vor seiner Emeritierung 1972 hat er mit den architektonischen Großplastiken noch ein letztes Mal markante Zeichen gesetzt.

¹⁵ Hermann Henselmann: Städtebau und Kommunikation. Vortrag auf der Straßentagung 1967. In: Vom Himmel an das Reißbrett ziehen. Hermann Henselmann – Baukünstler im Sozialismus. Ausgewählte Aufsätze 1936 bis 1981. Berlin 1982, S. 73 – 86, hier S. 82.

IV.

Großplastische Architektur hat in Deutschland eine lange Tradition. Zu den bekanntesten expressionistischen Gebäuden, die sich in ihrer Form auf außerarchitektonische Bilder beziehen, gehört Mendelsohns Hutfabrik in Luckenwalde (1921-23), deren Färbereigebäude im Querschnitt an einen Hut erinnert. Die Ostspitze des Chilehauses von Fritz Höger (1922-24) ist als „Schiffsbug“ zu lesen und somit ein eindeutiges Symbol für die Hansestadt Hamburg. Das Chilehaus kann damit als direktes Vorbild für Henselmans „Schiffsbug“ in Rostock gelten. Genau wie Henselmann hatte schon Höger diese Form ganz bewußt gewählt, da sich in ihr die lokale Charakteristik mit mit einer architektonisch dramatischen Wirkung ideal verbinden ließ.¹⁶

Genausowenig wie sich Henselmann vom Bau der Berliner Mauer abhalten ließ, seine Kontakte zu westlichen Architekten zu pflegen und die soziologische Debatte der Zeit zu verfolgen, hat er sich in der Rezeption der zeitgenössischen Entwicklung internationaler Architektur irgendwelche Beschränkungen auferlegt. In den sechziger Jahren waren die Zeitschriften voll von immer größeren Hochhaustürmen und immer gewagteren Konstruktionen. Die Entwürfe suchten die neuen bautechnischen Möglichkeiten in spannungsreicher Architektur auszureizen, traten jedoch durchaus auch als gebaute Bilder auf. Henselmans Phantasie haben sie in jedem Fall beflügelt. In die Reihe der indirekt oder direkt wirkenden Vorbilder gehört die Kirche Notre Dame du Haut in Ronchamps von Le Corbusier (1950-55), die Entwürfe von Oskar Niemeyer für Brasília (1957-1960) oder die Visionen der Metabolisten in Japan, insbesondere der von Kenzo Tange.¹⁷ Eindeutig bildhafte Architektur war die Oper in Sydney von Jörn Utzon (1957-73), deren Standort direkt am Meer für die aufrecht stehenden Betonschalen des Daches die Assoziation an hintereinander aufgefächerte Segel zwingend nahelegt, oder die unmittelbar vor Henselmans Entwürfen fertiggestellte Marina City in Chicago von Bertrand Goldberg (1964-67): zwei zylindrische Hochhäuser, deren Fassaden mit regelmäßig angeordneten halbrunden Balkons besetzt sind und so an Maiskolben erinnern.

Wie genau Henselmann mit seinen Bildzeichenarchitekturen den Geist der Zeit einzufangen vermochte, beweist nicht zuletzt ein parallel entstandener Entwurf aus dem Westen Deutschlands. Die Bayerischen Motorenwerke ließen sich für ihre Hauptverwaltung in München einen

¹⁶ Kai Uwe Scholz: „Flaggschiff aus Stein“. Zur Ikonographie des Chilehauses in Hamburg. In: Elisabeth Fuchs-Belhamri, Kai Uwe Scholz: Zwischen Hamburg und Holstein: Der Architekt Fritz Höger 1877-1949. Hamburg 1997, S. 29-59, zu Högers Bemühungen, durch stadtplanerische Vorarbeiten die dramatisch zugespitzte Bugform des Baus zu erreichen S. 38.

¹⁷ Vgl. dazu Flierl 1996 (wie Anm. 10), S. 397.

„Vierzylinder“ errichten (Karl Schwanzer, 1970-72), dessen Aluminiumverkleidung die Assoziation zum Kernstück des Automotors perfekt machen. Die Wirkung des Turms wird – genau wie es Henselmann in seinen Kompositionen tat – durch einen niedrigeren Bau gesteigert, eine weitere Architekturplastik; hier eine silberglänzende tiefe Schüssel, die das Museum aufnimmt.

V.

Die Henselmann'schen Hochhaustürme und die mit ihrer Projektierung verbundenen städtebaulichen Umstrukturierungsmaßnahmen gigantischen Ausmaßes waren die letzte Blüte, die die Technikbegeisterung und Machbarkeitseuphorie der sechziger Jahre in der DDR trieb. Sie fußten auf einer gewaltigen Überschätzung der Wirtschaftskraft des Landes, die schon kurz darauf einer realistischeren Sicht und der völligen Umorientierung auf Wohnungsbau weichen mußte. Damit markieren sie den Höhe- und gleichzeitig Endpunkt einer Epoche, deren Beginn man im letzten Jahrhundert suchen muß.

Mit dem VIII. Parteitag der SED 1971 wurden alle wirtschaftlichen Kräfte auf den Wohnungsbau konzentriert und die Planungen für großdimensionierten Gesellschaftsbau gekippt. Die Entwürfe Henselmans landeten folglich in der Schublade. Ausgeführt wurden nur die beiden Projekte, die sich zur Zeit des Parteitages schon im Bau befanden. In Leipzig wurde im Anschluß an die Sprengung der Universitätskirche am 30. Mai 1968 der Universitätsturm nach dem Ausführungsentwurf von Helmut Ullmann bis 1975 errichtet. Das Hochhaus in Jena wurde vom Kollektiv H. Rauch, U. Balke, F. Rihl zur Baureife gebracht und noch während des Baus (1970-73) der Universität zugeschlagen.

Dem Neubrandenburger Projekt jedoch war keine Zukunft beschieden. Zwar hatte das Ministerium für Hoch- und Fachhochschulwesen bereits den Rahmen für den Bau der Hochschule gesteckt: sie sollte mit allen Nebengebäuden 4,9 Mio Mark kosten, ihr Bau war für 1971 bis 1975 vorgesehen.¹⁸ Ulbricht persönlich besiegelte das Schicksal des Henselmann'schen Entwurfs, als er während einer Vorstellung des Projektes kommentarlos den Turm aus dem Stadtmodell brach. Seine Zustimmung zum Abriß der Marienkirche gab er nicht.¹⁹ Ulbricht kann durchaus noch unter dem Eindruck des gesellschaftlichen Aufbruchs gestanden haben, den die Sprengung der von Kriegseinwirkungen völlig unbehelligten

¹⁸ Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Betrifft: Konzeption für die baukünstlerische Gestaltung des weiteren Aufbaus der Stadt Neubrandenburg. Neubrandenburg, Juni 1968. Bezirksparteiarchiv der PDS Neubrandenburg, IV IB/2.6/499-501.

¹⁹ Gespräch mit Iris Grund, 1991.

Leipziger Universitätskirche kurz zuvor erzeugt hatte.²⁰ In diesem Zusammenhang könnte ihn auch der eigentlich harmlose Rückgriff auf mittelalterliche Stadttraditionen gereizt haben, denn der Neubau eines „backsteingotischen Tores“ hätte unter dem Eindruck der kurz zuvor erfolgten Vernichtung einer gotischen Kirche möglicherweise den Volkszorn entfachen können.

Der Architekt erlebte, als der ihm sonst so geneigte „gesellschaftliche Auftraggeber“ seine Zustimmung versagte. Henselmann muß diese Zurückweisung als eine große Niederlage empfunden haben. Entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, zur Vermehrung seines Ruhms auch die nicht gebauten Entwürfe zu publizieren, blieb das Projekt der Hochschule für Neubrandenburg unveröffentlicht.

Gabriele Wiesemann M.A., ist Kunsthistorikerin in Bonn

Der Entscheidungsprozeß für die Sprengung der historischen Universitätsgebäude in Leipzig¹

Katrin Löffler
Leipzig

„Bauarbeiter leisteten Maßarbeit“ nannte der „Stadtreporter“ der Leipziger Volkszeitung seine Kolumne über die Sprengung der 700jährigen Universitätskirche am 30. Mai 1968.² So zynisch das auch für die Gegner dieses Zerstörungswerkes

geklungen haben mag, er hatte recht: Ein Bericht über die Schäden an den Gebäuden im Umkreis der Kirche listet Geringfügigkeiten auf: kleinere Mauerschäden, einige Fensterscheiben, eine Lampe, ein Spiegel, ein Aquarium, eine Türfüllung – mehr ging nicht zu Bruch. Unwiederbringlich verloren war allerdings ein Bauwerk von hohem stadt-, universitäts- und kunstgeschichtlichem Rang. In den folgenden Wochen wurden auch die anderen Universitätsgebäude, die den Krieg überdauert hatten, beseitigt.

Die Paulinerkirche war Teil des Dominikanerklosters gewesen, das 1543 im Zuge der Säkularisation der 1409 gegründeten Universität übereignet wurde. Als Bettelordenskirche war sie für den mitteldeutschen Raum von kunstgeschichtlichem Interesse;³ außerdem gehörte sie zu den wenigen Bauten, die in der prosperierenden Handels- und Messestadt aus dem Mittelalter erhalten geblieben waren. Den Zweiten Weltkrieg hatte sie nahezu unbeschadet überstanden. Nachdem im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts auf dem Gelände des alten Klosters Neubauten errichtet worden waren, war sie das älteste erhaltene Bauwerk der Universität.

Sie hatte jahrhundertlang als Ort akademischer Feierlichkeiten und als Begräbnisstätte für Universitätsangehörige gedient, war Wirkungsstätte für Universitätschor und Universitätsorganisten, Gottesdienstraum für Studentengemeinde und katholische Propsteigemeinde;⁴ Theologie-

¹ Dieser Beitrag basiert auf meiner Erschließung und Darstellung des Aktenmaterials zur Vorgeschichte der Sprengung der Universitätskirche Leipzig: Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig, Leipzig 1993.

² *Leipziger Volkszeitung*, 31. Mai 1968, S. 12.

³ Siehe Elisabeth Hütter: Die Pauliner-Universitätskirche zu Leipzig. Geschichte und Bedeutung, Weimar 1993.

⁴ Die katholische Propsteikirche befand sich an der Rudolphstraße gegenüber dem Neuen Rathaus und war beim schweren Bombenangriff auf Leipzig vom 4. Dezember 1943 zerstört worden. Seit Mai 1946 feierte die Gemeinde, durch die Umsiedler nach

studenten hielten von der Kanzel ihre erste Predigt, Musikstudenten übten an der wertvollen Orgel der Firma Eule. Die Kirche war somit vielfältig in das kulturelle, akademische und kirchliche Leben Leipzigs eingebunden; mit ihr verbanden sich zahlreiche persönliche Erfahrungen und Erinnerungen. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß die Absicht der Zerstörung dieses Bauwerkes die stärksten Proteste und Interventionen zwischen dem 17. Juni 1953 und dem Oktober 1989 auslöste.

Die Akten der Parteiarchive, des Stadt-, Bezirks- und Universitätsarchivs machen deutlich, daß die maßgeblichen Entscheidungen zur Beseitigung der Kirche bereits 1960 gefällt wurden. Wenn in späteren Planungsphasen die Erhaltung der Universitätskirche oder des ganzen Komplexes eine der möglichen Bebauungsvarianten war, so war das wenig ernst zu nehmen bzw. der bewußt täuschenden Informationspolitik geschuldet.

Das Skandalon, eine intakte mittelalterliche Kirche zu sprengen, und zwar in solcher Eile, daß nur ein Teil der wertvollen Innenausstattung geborgen werden konnte, war im wesentlichen das Ergebnis zweier Faktoren: Zum einen spielten die städtebaulichen Vorstellungen der Zeit und ihre politisch-ideologische Fundierung eine bedeutende Rolle, und zum anderen gab die Karl-Marx-Universität entscheidende Impulse. Später verhinderten Ignoranz, Unbildung und Machtdemonstration der Parteifunktionäre, daß die Einbeziehung der Kirche in den Neubau ernsthaft erwogen wurde. In den beschließenden Gremien wie der Stadtverordnetenversammlung und dem Senat der Universität wurde dem Abriß fast ausnahmslos zugestimmt; die Motive dafür mögen vielfältig gewesen sein.

Die Einflußnahme der Universität auf den Entscheidungsprozeß war für die Öffentlichkeit nicht erkennbar und dürfte bis heute kaum in ihrem Gewicht bekannt sein; dagegen war der politisch-ideologische Faktor offenkundig.

Städtebauliche und politisch-ideologische Grundlagen

Die Vorstellungen vom Wiederaufbau Leipzigs zielten in den ersten Nachkriegsjahren „nicht auf durchgreifende Neugestaltung, sondern auf rekonstruierenden Wiederaufbau“.⁵ Für den Augustusplatz bedeutete dies die Orientierung auf weitgehende Wiederherstellung des historischen Platzensembles, d.h. des Neuen Theaters, Bildermuseums und Augu-

dem Krieg zahlenmäßig stark angewachsen, ihre Gottesdienste in der Universitätskirche, die dadurch im Stadtzentrum die Kirche mit der höchsten Auslastung war.

⁵ Topfstedt, Thomas: Augustusplatz – Karl-Marx-Platz – Augustusplatz. Aufbauplanung und Neugestaltung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Thomas Topfstedt/Pit Lehmann (Hg.): Der Leipziger Augustusplatz. Funktionen und Gestaltwandel eines Großstadtplatzes, Leipzig 1994, S. 69–76, hier S. 69.

steums, des teilzerstörten Hauptgebäudes der Universität. Die begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten verhinderten die „Realisierung dieses denkmalpflegerisch intendierten Aufbaukonzeptes“.⁶ In den folgenden Jahren gab man Schritt für Schritt die historische Platzgestalt auf.

1950 wurden die „Sechzehn Grundsätze des Städtebaus“ beschlossen, deren städtebauliches Leitbild die „bis 1955 reichende erste Entwicklungsetappe der sozialistischen Baugeschichte in der DDR entscheidend geprägt hat“.⁷ Darin heißt es:

„Im Zentrum der Stadt liegen die wichtigsten politischen, administrativen und kulturellen Stätten. Auf den Plätzen im Stadtzentrum finden die politischen Demonstrationen, die Aufmärsche und Volksfeiern an Festtagen statt. Das Zentrum der Stadt wird mit den wichtigsten und monumentalsten Gebäuden bebaut, beherrscht die architektonische Komposition des Stadtplanes und bestimmt die architektonische Silhouette der Stadt.“⁸

Man verwies auf das Vorbild der Sowjetunion. Führende Architekten der DDR wie Gerhard Kosel und Kurt Liebke hatten selbst jahrelang in der UdSSR gearbeitet. Im „Handbuch für Architekten“ von 1954 wird das „alte, aus krummen Gassen bestehende Moskau“ erwähnt, das zu „einer der schönsten Städte mit vielen geraden, breiten Straßen und modern eingerichteten Wohnhäusern“ umgestaltet werde; auch die Hochhäuser werden hervorgehoben.⁹

Nicht mehr Tempel, Schlösser, Kirchen, Villen für die Bourgeoisie oder Verwaltungsgebäude für Konzerne und Banken sollten errichtet werden, sondern Bauten für das ganze Volk, verkündete Walter Ulbricht in seiner Rede anlässlich der Gründung der Deutschen Bauakademie 1951. Der Architekt, so sagte er, müsse von „Begeisterung für das Neue“ erfüllt sein, nur dann könne er „den fortschrittlichen Ideen der Menschen der neuen Zeit in den Bauwerken künstlerischen Ausdruck verleihen“.¹⁰ In diesen Jahren wurde aber auch gefordert, wertvolle alte Bausubstanz einzubeziehen, so in den „Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus“ und in Ulbrichts Rede 1951:

„In hoher Achtung vor den großen Leistungen der deutschen Architekten der Vergangenheit werden wir die noch vorhandenen Bauwerke von Kunstwert unter Denkmalschutz stellen [...] Wir dürfen nirgends zulassen, daß die schöne Gestaltung historischer Plätze oder Gebäude durch Bauten von formalistischer Stillosigkeit zerstört wird.“¹¹

Der tatsächliche Umgang mit der Tradition sah jedoch anders aus. Es sollte nicht um „Wiederaufbau schlechthin“, sondern um den „Aufbau

⁶ Ebd.

⁷ Topfstedt, Thomas: Städtebau in der DDR 1955–1971, Leipzig 1988, S. 10.

⁸ Handbuch für Architekten, hg. von der Deutschen Bauakademie, Berlin 1954, S. 102.

⁹ Ebd., S. 80f.

¹⁰ Rede Walter Ulbrichts beim Festakt anlässlich der Gründung der Deutschen Bauakademie am 8. 12. 1951, hg. vom Amt für Information der Regierung der DDR.

¹¹ Ebd.

sozialistischer Großstädte“ gehen.¹² Die Widerstände bei der Aneignung des städtebaulichen Erbes „resultierten zum Teil aus einer Unterschätzung ihres kulturellen Wertes. Bestimmend war der Wunsch, wo immer es möglich erschien, das Alte durch Neubauten abzulösen, weil nur in diesen der konstitutive architektonische und städtebauliche Ausdruck einer im Aufbau begriffenen sozialistischen Gesellschaft gesehen wurde.“¹³ Mit entsprechenden Argumenten wurde häufig im Fall der Leipziger Universitätskirche auf platte Art und Weise argumentiert.

Die DDR bildete keine Ausnahme im Bestreben, sich von überkommenen Bautraditionen zu lösen; in allen europäischen Ländern gab es die Tendenz, die Enge der Städte zu beseitigen, großzügig und verkehrsgerecht zu bauen und Modernität zu demonstrieren. In den sozialistischen Staaten wurde allerdings dem Städtebau und der Architektur „eine überragende ideologische Bedeutung beigemessen“;¹⁴ die städtebauliche Programmatik wies der „überkommenen Stadt und ihren historischen Bauten nur noch eine untergeordnete kulturelle Bedeutung“¹⁵ zu.

Dieses Konzept wirkte sich unmittelbar auf den Augustusplatz aus, der seit 1945 Karl-Marx-Platz hieß und zum zentralen Platz bestimmt war.¹⁶ Bereits 1950 wurde der Wiederaufbau des Neuen Theaters aufgegeben und die Errichtung eines neuen Opernhauses angeordnet.¹⁷ Dieser Bau, 1960 eingeweiht, war an den Proportionen des klassizistischen Vorgängerbaus orientiert und stellte die Wiederaufbaupläne für Süd- und Westseite des Platzes nicht in Frage. Entscheidender im Zusammenhang mit den Planungen dieser Zeit war ein anderer Faktor. Ein Wettbewerb

¹² So hieß es beispielsweise im Beschluß des Zentralkomitees der SED über die „Umgestaltung Magdeburgs zu einer sozialistischen Großstadt und die Aufgaben der Partei“ vom 19. Mai 1953, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, Berlin 1954, S. 419.

¹³ Topfstedt (1988, Anm. 7), S. 54f. Daran änderte sich auch in den sechziger Jahren nicht viel: „Die ideologische Bedingtheit des in den 1960er Jahren noch beträchtlich gestörten Verhältnisses gegenüber dem städtebaulichen und architektonischen Erbe erweist sich insbesondere in der konfrontativen Absicht, durch den Bau neuer, gleichsam als ‚Siegesmaler‘ der sozialistischen Gesellschaft verstandener Höhendominanten und Platzensembles die Denkmäler vergangener Geschichtsepochen zu entwerten oder gar zu beseitigen [...]. Dieser Einstellung fielen u.a. die Leipziger Universitätskirche [...] und in Potsdam das Stadtschloß [...] sowie die dortige Garnisonskirche [...] zum Opfer, weil man in ihnen nicht das zu erhalten bereit war, was sie waren, nämlich Baudenkmale hohen Ranges, sondern sie als deplaciert im neuen Ensemble einer sozialistischen Architektur empfand.“ (Ebd., S. 58)

¹⁴ Topfstedt (1994, Anm. 5), S. 71.

¹⁵ Ebd., S. 72.

¹⁶ Leipzig, zweitgrößte Stadt der DDR und Messestadt, gehörte seit 1951 außerdem zu den sogenannten Aufbaustädten, deren Wiederaufbau besonderes politisches Gewicht beigemessen wurde. Das bedeutete, daß die Deutsche Bauakademie als zentrale wissenschaftliche Institution des Bauwesens bei den Planungen mit herangezogen werden mußte und Beschlüsse auf der Ebene des Politbüros gefaßt wurden.

¹⁷ Vgl. dazu Topfstedt (Anm. 5), S. 69ff.

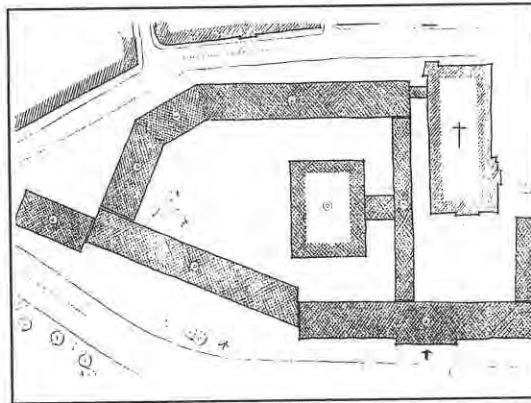
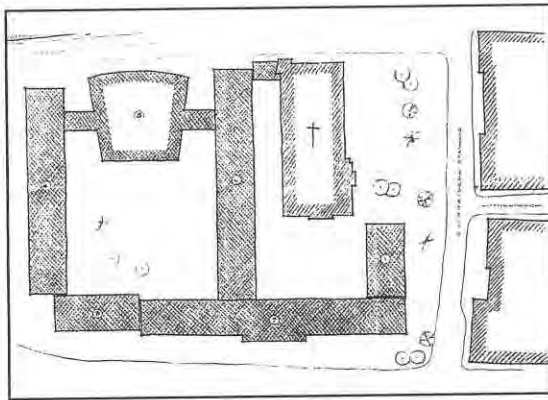
1951 zum Bau der Oper hatte ein „Kulturhochhaus“ ins Spiel gebracht, das dem Wunsch nach städtebaulichen Dominanten entsprach. Da es auf dem Standort des Bildermuseums wegen der Nachbarschaft zum Europa-Hochhaus nicht hätte errichtet werden können, sollte es den Platz des Neuen Theaters einnehmen und die Oper auf die Südseite des Augustusplatzes verlegt werden. Der Plan zu einem solchen Kulturhochhaus wurde spätestens 1953 aufgegeben; allerdings artikulierte sich bereits zu dieser Zeit die „grundsätzliche Disponibilität des historischen Baubestandes und die bauliche Manifestation eines politischen Herrschaftsanspruches in Gestalt einer Hochhausdominante“.¹⁸

Das Vorhaben, den Augustusplatz mit einer städtebaulichen Dominante zu versehen, tauchte ab 1963 in Form des Universitätshochhauses wieder auf. Dieser Hochhaus-Plan spielte in den internen Diskussionen um den Universitätsneubau eine nicht unwichtige Rolle, da er den Abbruch der Altsubstanz nachdrücklicher legitimieren konnte als ein Neubau ohne Hochhaus. Planungen, die das Hochhaus weg vom Augustusplatz und näher an den Ring rückten, wurden demzufolge verworfen.

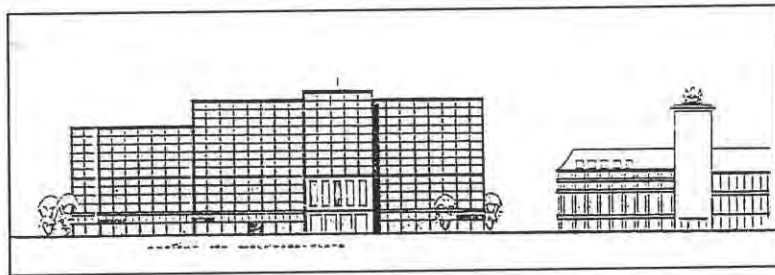
Ein wichtiger Schritt für die städtebauliche Planung Leipzigs war der Politbürobeschluß vom 30. Juni 1959 über den Aufbau des Leipziger Stadtzentrums. Er sah für den Augustusplatz vor, die östliche Platzfront mit Neubauten zu schließen, an der Südseite das Bildermuseum wieder aufzubauen sowie an der Westseite das Augusteum zu erhalten und die Universitätskirche auf einen rückwärtigen Standort zu versetzen, um durch einen vorgesetzten Neubau auch diese Platzfront „einheitlich“ zu gestalten. Die Ostseite erhielt in den Jahren 1961 bis 1965 mit dem Hauptpostamt und dem Hotel „Deutschland“ eine neue Bebauung. Das alte Bildermuseum wurde ab Juni 1962 in mehreren Abschnitten gesprengt; ein geplanter Neubau kam nicht zustande. Die Südseite des Platzes war somit aufgegeben, so daß vom historischen Platzensemble nur noch die Westseite mit der Universität ihr ursprüngliches Aussehen besaß – die Chancen für ihren Erhalt hatten sich dadurch deutlich verschlechtert.

Die Verrollung der Universitätskirche in den Planungen von 1959 war durchaus ernst gemeint, allerdings scheiterten bereits die Bemühungen, einen Projektierungsbetrieb zu gewinnen. Bis zu einem Bebauungsplan, der auch auf die Kirche verzichtete, war es nun kein großer Schritt mehr, forciert durch die Forderungen der Universität. Der Rat der Stadt Leipzig gab am 21. Juni 1960 eine Untersuchung für die Bebauung der Süd- und Westseite ohne Altsubstanz in Auftrag. Vier Architektenkollektive lieferten Entwürfe, einer davon erhielt die Kirche am alten Standort. Dieser Entwurf wurde in einer Ausstellung zum Wiederaufbau Leipzigs im Oktober 1960 nicht gezeigt, vielmehr fragte Stadtarchitekt Walter Lucas in der LVZ, ob es sich lohne, Ruinen auszubauen, die den Anfor-

¹⁸ Ebd., S. 70.



Zwei Varianten für den Standort Karl-Marx-Platz sandte Rektor Georg Mayer Ende Mai 1959 an die SED-Bezirksleitung – beide sahen die Verrollung der Universitätskirche und die Neubebauung des Geländes vor



Der hochgeschossige Neubau am Karl-Marx-Platz hätte nach den Planungen der Universität die Paulinerkirche verdeckt

hochschule ost 1/1998

derungen der Gegenwart nicht genügen. „Oder soll das zerstörte Alte einem neuen Größeren und Schöneren Platz machen, um den zentralen Platz unserer Stadt nach den Grundsätzen des sozialistischen Städtebaus großzügiger und einheitlicher zu gestalten?“¹⁹

Der Protest, den die Bebauungspläne ohne Universitätskirche auslösten, führte dazu, daß der Abbruch der Kirche auf Anweisung Ulbrichts durch die Presse dementiert und die Öffentlichkeit künftig ausgeschlossen wurde.

Die Rolle der Universität

Die Karl-Marx-Universität hatte mit ihren Forderungen nach ausreichend Raum, die nicht unberechtigt waren, maßgeblichen Anteil daran, daß es schließlich zu Bauplanungen kam, die auch die Universitätskirche preisgaben. Die Kriegsschäden an den Universitätsgebäuden waren beträchtlich;²⁰ für die Wiederaufnahme des akademischen Betriebs im Februar 1946 hatten zahlreiche behelfsmäßige Lösungen gefunden werden müssen, so daß die Universitätseinrichtungen in noch größerem Maße als vor dem Krieg über das Stadtgebiet verstreut waren. Die ersten Baumaßnahmen nach 1945 dienten überwiegend der Wiederherstellung zerstörter medizinischer und naturwissenschaftlicher Institute bzw. Kliniken, und auch der Bau neuer Gebäude nach 1951 kam vor allem diesen Bereichen zugute.

Während der gesamten fünfziger Jahre favorisierte die Universität das Konzept eines eigenen Viertels, das zwischen Bayrischem Platz und Technischer Messe entstehen sollte. Dieses Gelände war dafür prädisponiert, denn dort befanden sich bereits viele Universitätseinrichtungen; außerdem lag es zentrumsnah und umfaßte zum großen Teil Freiflächen. Im Jahr 1950 erarbeitete eine Dresdner Architektengruppe einen Plan, der „großzügig angelegt war, aber leider in keinem Verhältnis zu den damaligen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR stand“.²¹ Die weitere Planung des Universitätsviertels wurde vom Entwurfsbüro für Hochbau beim Rat der Stadt Leipzig übernommen.²²

Der Wunsch nach einem geschlossenen Universitätsgebiet südöstlich vom Stadtzentrum führte dazu, daß die Universität das Augusteum gern aufgegeben hätte. In einer Besprechung am 4. November 1955 zwischen Vertretern der Universität, der Stadt und des Zentralkomitees der SED äußerte Hubert Jusek, Verwaltungsdirektor der Universität und später ei-

¹⁹ *Leipziger Volkszeitung*, 16. 10. 1960, S. 8.

²⁰ Die höchste Angabe mit 80 Prozent findet sich bei Heinz Füllner: *Leipziger Universitätsbauten. Die Neubauten der Karl-Marx-Universität seit 1945 und die Geschichte der Universitätsgebäude*, Leipzig 1961, S. 13.

²¹ Ebd., S. 38.

²² Vgl. zu diesen Planungen und zu den Bauleistungen bis 1959 die ausführliche Beschreibung bei Füllner.

hochschule ost 1/1998

ner der vehementesten Streiter für die Neubauvariante, das Augusteum genüge den modernen Anforderungen nicht; die Universität lege deshalb keinen Wert darauf. Auch dessen schlechter baulicher Zustand kam zur Sprache; ein Notdach wurde vorgeschlagen, um das Gebäude vor weiterem Verfall zu schützen. Die Universität äußerte jedoch unmißverständlich ihre prinzipielle Bereitschaft, das Augusteum an einen anderen Träger abzugeben und es beispielsweise als Museum oder Kulturhaus nutzen zu lassen.

Rektor Georg Mayer erbat 1956 mehrere Gutachten zum baulichen Zustand des Augusteums, u. a. vom Direktor des Kunsthistorischen Instituts, Prof. Heinz Ladendorf, der den Wert der historistischen Architektur, die in dieser Zeit generell wenig geachtet wurde, hervorhob. Die Universität nahm nun – vermutlich auf Veranlassung der Aufbauleitung Leipzig – den Wiederaufbau des Augusteums in den Blick, denn das 550jährige Jubiläum der Universität 1959 stand bevor. Es kam aber zu keiner klaren Entscheidung. Stadtarchitekt Lucas konstatierte im Juni 1957, daß das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen nur einen Teil des neuen Perspektivplanes der Universität bestätigt habe und daß das Augusteum nicht darunter sei. Es müsse endlich ein Grundprojekt für den Wiederaufbau in Auftrag gegeben werden, auch wenn die Verwirklichung zeitlich noch nicht abzusehen und bis zur Jubiläumsfeier nicht zu erreichen sei. Auch hinsichtlich des Universitätsviertels bestanden Unklarheiten; Lucas vermerkte überschneidende Interessen von Messe, Deutscher Bücherei und Universität.

Leipzigs Oberbürgermeister Erich Uhlig äußerte im Februar 1958 in einem Bericht für den Rat der Stadt, daß die Vorplanung für das Augusteum bis März 1958 abgeschlossen und der Neubau des Universitätsviertels nicht vor 1970 begonnen werde. Den Akten läßt sich aber entnehmen, daß die Universität nach wie vor den Wiederaufbau des Augusteums ablehnte. Als Anfang 1959 die Parteikommission der Universität über den anstehenden Perspektivplan für die Jahre 1959 bis 1965 debattierte, plädierte Rektor Mayer für einen Neubau. Ende Mai informierte er Paul Fröhlich, den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, über die Vorstellungen der Universität. Zwei Standorte stünden für die gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen zur Diskussion: der alte am Karl-Marx-Platz oder ein neuer im geplanten Universitätsviertel; letzterer sei für die Universität vorteilhafter. Im Stadtzentrum seien aufgrund des Raumbedarfs zehn bis dreizehn Geschosse notwendig; sollte dies nicht mit städtebaulichen Vorstellungen konform gehen – was offensichtlich war – müßte die Straße des 18. Oktober als Standort gewählt werden. Für den Standort Innenstadt waren zwei Varianten beigelegt; beide zeigten die Paulinerkirche 45 Meter in Richtung Universitätsstraße verrollt und einen vielgeschossigen Neubau an ihrer Stelle. Der Perspektivplan, den der Senat am 22. Juni 1959 beschloß, sah keine Mittel für das Augusteum

vor. Die Festschrift zur 550-Jahr-Feier der Universität verkündete die Idee des Neubaus am Karl-Marx-Platz, ohne die historische Bausubstanz zu erwähnen:

„Das Rektorat mit den Prorektoraten und der Verwaltungsdirektion sowie einige gesellschaftswissenschaftliche Fakultäten sollen auf dem Gelände des alten Universitätsgebäudes in einem neuen Gebäude untergebracht werden. Die äußere Begrenzung für eine komplexe Bebauung wird durch den Karl-Marx-Platz, die Universitätsstraße und die Grimmaische Straße festgelegt. Ein Flächenaufteilungsplan und die funktionelle Lösung des Baukomplexes mit der äußeren architektonischen Gestaltung sind in Bearbeitung.“²³

Das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen als zentraler Planträger bestärkte die Universität in ihren Forderungen und informierte am 13. Juni 1959 den Leiter der Abteilung Wissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Johannes Hörnig, über den Stand der Dinge. Das Projekt des Universitätsviertels werde durch Bestrebungen des Deutschen Fernsehfunks gefährdet, im Bereich der Straße des 18. Oktober ein Zentrum des Fernsehfunks zu bauen. Außerdem wolle die SED-Bezirksleitung Leipzig dem Politbüro vorschlagen, den Universitätskomplex am Karl-Marx-Platz aus städtebaulichen Gründen wieder aufzubauen. Aufgrund des Raumbedarfs sei aber ein Wiederaufbau ausgeschlossen; statt dessen brauche man zehn- bis dreizehngeschossige Neubauten.

Aus diesem Schreiben geht auch hervor, daß sich die Universität nicht nur an die SED-Bezirksleitung gewandt hatte, sondern ebenso an den Rat der Stadt und den Rat des Bezirkes. Ihre Wünsche waren demnach bekannt, fanden aber zunächst keine Berücksichtigung. Der Politbürobeschuß vom 30. Juni 1959 schien die Diskussion zunächst zugunsten des Augusteums zu entscheiden, doch die Auseinandersetzungen hörten nicht auf.

In einem Bericht vom 24. Oktober 1959 kritisierte Stadtbaudirektor Helmut Ober, daß der Rat der Stadt versäumt habe, sich mit den zentralen Planträgern abzustimmen. So sei hinsichtlich der Universitätsbauten im Stadtzentrum noch keine Klarheit mit dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen erzielt worden. Im Augenblick bestünden noch Einwände der Universität gegen den Ausbau des Augusteums.

Am 28. Oktober trugen Vertreter des Staatssekretariats und der Universität ihr Anliegen im Wirtschaftsrat des Bezirkes vor. Der Bericht vermerkt, daß sie auf einem geschlossenen Universitätsgebiet beharrten und andere Lösungen für das vorgesehene Gelände (Fernsehzentrum, Messemagistrale) nicht anerkannten. Sie sprachen sich nicht gegen die Erhaltung des Augusteums aus, so der Bericht, sondern gegen dessen Übernahme durch die Universität. Bei der gesamten Leitung, so habe Rektor Mayer geäußert, bestünde kein Interesse an der Traditionsstätte, nur Professor Frings sei in Erinnerungen an die alte Sächsische Akademie

²³ Karl-Marx-Universität Leipzig. Festschrift zur 550-Jahr-Feier, Leipzig 1959, S. 214.

der Wissenschaften verliebt. Auf den Politbürobeschuß angesprochen, hätten sie behauptet, erstmals davon zu hören; die weitere Diskussion habe aber gezeigt, daß alles unternommen werde, den Beschluß zu hintergehen. Die Beratung endete mit dem Ergebnis, daß sich die Universität an die SED-Bezirksleitung wenden wolle, um eine Aufhebung des Politbürobeschlusses zu erwirken.

Zwei Tage später mußte sich der Verwaltungsdirektor der Universität, Hubert Jusek, vor der SED-Bezirksleitung verantworten. Er wurde des parteiwidrigen Verhaltens beschuldigt, und die SED-Parteispitze des Bezirkes Leipzig, an diesem Tag ohne Paul Fröhlich, forderte nachdrücklich den Wiederaufbau des traditionsreichen Augusteums unter Berufung auf den Beschluß des Politbüros und die Äußerungen Walter Ulbrichts, der die Erhaltung der Universität in ihrem historischen Stil gefordert habe. Auch Rektor Mayer wurde kritisiert, der in einer Diskussion um das Augusteum den Umzug in ein solch repräsentatives Gebäude abgelehnt habe.

In Berlin setzte sich wiederum das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen für die Interessen der Karl-Marx-Universität ein. Franz Dahlem, 1. Stellvertreter des Staatssekretärs, wandte sich am 17. November 1959 an Kurt Hager, der im SED-Zentralkomitee u.a. für Wissenschaft zuständig war, und kritisierte die mangelnde Abstimmung der Partei- und Staatsorgane mit der Universität vor der Beschlußfassung. Die Arbeitsgruppe Hoch- und Fachschulpolitik beim Zentralkomitee befand im Januar 1960, daß die Einwände des Staatssekretariats berechtigt seien. Das Staatssekretariat habe aufgrund der unklaren Lage bislang keinen Projektierungsauftrag für das Hauptgebäude vergeben. Als Kompromiß wurde vorgeschlagen, daß die Universität die notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Hauptgebäudes vorfinanzieren und später zurückerhalten solle.

Währenddessen bestand der neue Leipziger Oberbürgermeister Walter Kresse bei der Universität auf der Erfüllung des Beschlusses. Im Dezember 1959 wies er in einer Besprechung mit Universitätsvertretern darauf hin, daß das Hauptgebäude als unter Denkmalschutz stehend behandelt werde; und im Januar 1960 bat er Jusek, mit dem Staatssekretariat den Wiederaufbau des Augusteums, der im nächsten Siebenjahrplan Leipzigs vorgesehen sei, abzusichern. Stadtarchitekt Lucas beklagte sich in einer Sitzung des Rates des Bezirkes im Februar 1960 über mangelnde Unterstützung durch die Universität.

Die Universitätsleitung schien einzulenken, denn ein Brief von Rektor Mayer an den Oberbürgermeister vom 4. März 1960 signalisierte die Bereitschaft, das Augusteum durch die Universität zu nutzen. Allerdings hält eine Aktennotiz von Stadtarchitekt Lucas Ende April fest, daß Verwaltungsdirektor Jusek in Berlin wegen der Unklarheiten bezüglich Augusteum und Universitätsbibliothek verhandeln werde. Jusek scheint sich

noch einmal nachdrücklich für den Neubau eingesetzt zu haben, denn Staatssekretär Girmus bat am 12. Mai 1960 Walter Ulbricht, helfend einzugreifen. Ohne Wissen der Universität und des Staatssekretariats sei der Wiederaufbau des Augusteums in die Vorlage für den Politbürobeschuß eingebracht worden und stoße bei Rektor, Senat und vielen Professoren auf Ablehnung.

Inzwischen waren die Bemühungen um die Verrollung der Universitätskirche gescheitert und dadurch der vorgesezte Neubau in Frage gestellt. Das führte im Zusammenhang mit den beharrlichen Forderungen der Universität nach einem Neubaukomplex dazu, daß die gesamte historische Bausubstanz zur Disposition gestellt wurde. Am 21. Juni 1960 ordnete der Rat der Stadt eine Untersuchung der Bebauung der Süd- und Westseite des Augustusplatzes ohne Altsubstanz an. Walter Ulbricht, der am 9. Oktober 1960 die in Vorbereitung befindliche Ausstellung „Wir bauen unsere Stadt, alle helfen mit“ besuchte, wies die Einwände des CDU-Stadtrates Wittstock bezüglich des Kirchenabbruchs zurück: Die Kirche sei Bestandteil der Karl-Marx-Universität, ihre eventuelle Beseitigung stelle keinen Eingriff in die Belange der christlichen Bürger dar. Und er berief sich auf die Vorschläge der Universität: Die Forderungen der Professoren zur Gestaltung eines Gesamtkomplexes seien gut.

Die Universität war damit ihren Zielen ein großes Stück nähergekommen. Man kann ihr in der Planungsphase bis Anfang 1960 nicht den Vorwurf machen, auf den Abriss der Paulinerkirche hingearbeitet zu haben, da sie bis dahin die Hoffnung auf ein geschlossenes Universitätsviertel und einen Wechsel der Trägerschaft für das Augusteum hegte. Die Geringschätzung des Hauptgebäudes und seine Preisgabe, aus heutiger Perspektive unverständlich, bedeutete nicht gleichzeitig den Wunsch nach Beseitigung der Kirche.

Der Zusammenhang von Abbruch des Augusteums und Abbruch der Kirche wurde aber evident, nachdem sich die Verrollung der Kirche als undurchführbar erwiesen hatte. Nun mußte das Beharren auf einem Neubau auch die Kirche gefährden. Ganz offenkundig zeigte sich die Bereitschaft der Universität, die Kirche aufzugeben, als in der Planungsphase 1962/63 erneut der Aufbau der Altsubstanz als Möglichkeit erwogen wurde (lediglich aus ökonomischen Gründen!). Rektor Georg Mayer schrieb am 27. April 1963 an Oberbürgermeister Walter Kresse, die einhellige Meinung des Senats sei, die Altsubstanz zu beseitigen und einen Neubau zu errichten. Insofern ist den damaligen Entscheidungsträgern der Universität ein gehöriges Maß an Mitverantwortung für die Zerstörung des alten Universitätskomplexes zuzuweisen.

Die weiteren Planungen

Obwohl im Politbürobeschuß vom 30. Oktober 1962 noch einmal die Erhaltung der Altsubstanz erwogen wurde, hatte diese Möglichkeit keine Chance auf Verwirklichung. Zu stark war der Wunsch nach architektonischer Manifestation des politisch-ideologischen Herrschaftsanspruches am zentralen Platz. Die weitere Planung kann hier nicht im einzelnen ausgeführt werden,²⁴ generell aber läßt sich sagen, daß die Kirche und die anderen Universitätsgebäude schon eher der Zerstörung anheimgefallen wären, wenn es nicht ökonomische Probleme gegeben hätte. Alle Vorschläge, wenigstens den Innenraum der Kirche zu erhalten, wurden ignoriert, obwohl sie dem Anspruch auf bauliche Neugestaltung der Westseite des Platzes genügt hätten. Die Jury, die 1968 über die fünf Entwürfe des Wettbewerbs zu befinden hatte, vergab keinen ersten Preis, der zweite Preis ging an das Dresdner Architektenkollektiv. In Berlin wurde dieses Ergebnis nicht berücksichtigt; nach einer Aussprache mit Walter Ulbricht notierte Werner Heynisch, Präsident der Deutschen Bauakademie, daß der Entwurf des Berliner Architektenkollektivs unter Leitung von Hermann Henselmann als Grundlage der weiteren Planung dienen solle. Bis zuletzt war somit die Konzipierung des Universitätskomplexes ein Paradigma für das Funktionieren autoritärer Machtstrukturen.

Katrin Löffler studiert Germanistik, Geschichte sowie Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft in Leipzig

²⁴ Vgl. dazu Löffler (Anm. 1) und Christian Winter: Die Auseinandersetzung um die Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig. Vorgeschichte und Umstände der Zerstörung, Diss. Leipzig 1994.

Vom „Weisheitszahn“ zum Werbesymbol Der Leipziger Universitätsturm im Wandel seiner Bewertung

Thomas Topfstedt
Leipzig

„Als Abschluß der Bebauung des Karl-Marx-Platzes wird auf universitätseigenem Gelände ein neuer zentraler Komplex der Karl-Marx-Universität als Stätte der Forschung, Lehre, Aus- und Weiterbildung errichtet. Damit wird dieser Platz zu einem Zentrum der Wissenschaften, des technischen Fortschritts und durch Kongresse und wissenschaftliche Symposien

zu einem nationalen und internationalen Treffpunkt. Die Raumbestimmung innerhalb des zentralen Komplexes der Karl-Marx-Universität erfolgt im Zusammenhang mit der Hochschulreform. Gebaut wird ein Hauptgebäude an der Westseite des Platzes mit modernsten Ausbildungseinrichtungen und dem Rektorat, in dessen Erdgeschoßzone besonders wirkungsvolle Kommunikationen von studentischer Jugend und Arbeitern, von Lernenden und sich qualifizierenden Bürgern ermöglicht werden. Weiterhin entsteht ein ungefähr 140 m hohes Universitätsgebäude, das durch seine unverwechselbare Gestaltung dem Ensemble das entscheidende Gepräge gibt. An der Südseite des Karl-Marx-Platzes fügt sich in den Grüngürtel des Promenadenringes das Auditorium maximum ein. An diese Komplexe schließen sich weitere Ausbildungsstätten, Hörsäle und Seminarräume sowie die Mensa an. Sie stellen gemeinsam funktionell und gestalterisch das zentrale Ensemble der Karl-Marx-Universität dar. Es ist Ausdruck der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, der beispielhaften Entwicklung der Wissenschaften zu einer Hauptkraft unserer Gesellschaftsordnung. Die überragende Bedeutung besteht auch darin, daß es sich um den ersten Neubau eines zentralen Universitätskomplexes unserer Republik, also einer sozialistischen Universität an traditionsreicher Stätte handelt.“¹

Mit diesen knappen und zugleich vollmundigen Worten umriß Horst Siegel, damals Chefarchitekt der Stadt Leipzig, das Funktionsprogramm und die ideologische Zielsetzung des Leipziger Universitätsneubaus. Die Erschließung der Baustelle, für die im Mai/Juni 1968 durch die Sprengung der teilruinösen alten Universitätsgebäude und der völlig intakten gotischen Universitätskirche auf barbarische Weise Platz geschaffen worden war,² begann noch gleichen Jahr. In frappierendem Tempo – jede Woche etwa ein Geschoß – wuchs der im monolithischen Gleitverfahren gegossene Betonkörper des Universitätshochhauses empor. Die übrigen

¹ Siegel, Horst: Stadtzentrum Leipzig. In: *deutsche architektur* 1968, Heft 10, S. 594/597.

² Zur Planungsgeschichte des Universitätsneubaus und den politischen Gründen, die zur Beseitigung des historischen Universitätskomplexes mit der Universitätskirche führten, siehe Katrin Löffler: Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig, Leipzig 1993.

Bauten wurden in der üblichen Stahlbeton- und Stahlskelettmontagebauweise errichtet. Dank solcher hochrationalisierten Bauverfahren konnte das Rektoratsgebäude bereits im September 1971 seiner Bestimmung übergeben werden. Hochhaus, Seminargebäude und Mensa wurden mit Beginn des Herbstsemesters 1973 genutzt, die Gesellschaftswissenschaftliche Zweigstelle der Universitätsbibliothek und der Hörsaalkomplex 1974 eröffnet. Nach einer insgesamt sechsjährigen Projektierungs- und Bauzeit war der Neubaukomplex einschließlich der Außenanlagen 1975 fertiggestellt und in vollem Betrieb.³

Zu diesem Zeitpunkt hatten viele Universitätsangehörige die dramatischen Konflikte des Jahres 1968 bereits aus ihrem Alltagsbewußtsein verdrängt, doch war auch nirgendwo die noch Ende der sechziger Jahre im Namen des „gesellschaftlichen Fortschritts“ vorgetäuschte⁴ oder tatsächlich ehrlich gemeinte Zustimmung zum Universitätsneubau mehr auszumachen. Die ursprünglich von nicht wenigen gehegte, auf naiver Fortschrittsgläubigkeit sich gründende Erwartung, daß – gleichsam als „Belohnung“ für den Abrißakt – mit den neuen Gebäuden eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Hochschullehrer und die Studierenden erreicht würde, war längst einer großen Ernüchterung gewichen. Sie hatte ihre Ursache sowohl im nicht vollständig verwirklichten Bauprogramm wie auch in grundlegenden strukturellen und bautechnischen Mängeln, die mit der Zeit immer deutlicher zutage traten. So wurde das *Auditorium maximum*, das für das gesamte kulturelle Leben der Uni-

³ Eine sachliche, instruktive Beschreibung des fertiggestellten Bautenensembles gibt Helmut Ullmann: Neubaukomplex der Karl-Marx-Universität Leipzig, in: *deutsche architektur* 1974, Heft 2, S. 72ff.

⁴ So äußerte sich der damalige Rektor der Leipziger Karl-Marx-Universität, Prof. Ernst Werner, in der *Leipziger Volkszeitung* vom 24. Mai 1968: „Ich habe 1946 in den Trümmern der alten Universität mein Studium begonnen. (...) In unseren kühnsten Träumen hätten wir nie geglaubt, daß diese neue Universität [Henselmans Entwurf, d.Verf.] so gigantisch, so zukunftssträchtig aussehen wird. Wir Studenten der ersten Stunde sind begeistert von diesem neuen Plan und stehen voll dahinter. Für uns ist das vor allem ein überzeugender Beweis, daß unser Weg der richtige ist. Wir werden uns des großen Namens, den unsere Universität trägt, auch in Zukunft würdig erweisen.“ Fünfundzwanzig Jahre später bekannte er: „Der Neubau goß die Funktionsuntüchtigkeit gewissermaßen in Stein. Durch den Turm wurden wir von den Studenten getrennt. Das haben wir Henselmann auch immer wieder gesagt. Aber er nahm unsere Einwände gar nicht ernst. Als Protegé Ulbrichts hatte er Rückenwind und war überzeugt davon, daß er den Wettbewerb gewinnen würde. Ich habe aus Befangenheit gegenüber Henselmann nicht an der Jury teilgenommen, weil ich mich mit diesem Mann nicht an einen Tisch setzen wollte. Georg Mayer vertrat mich. (...) Es waren schwere Zeiten. Das einzige, was ich hätte tun können, wäre der Rücktritt gewesen. Dazu fehlte mir der Mut, nicht nur wegen der zu erwartenden Maßregelung, sondern auch wegen der Autoritätsgläubigkeit gegenüber den höchsten Staatsorganen. Darin sehe ich meine Schuld. Der Rücktritt wäre die einzige Chance gewesen, und die habe ich vertan.“ (Löffler 1993, S. 142 f.)

versität eine eminent wichtige Rolle gespielt hätte, bald wieder aus der Planung genommen. Statt dessen entstand 1977-1981 das Neue Gewandhaus, in dem die Universität eher als geduldeter denn als wirklich willkommener Gast ihre alljährlichen Immatrikulationsfeiern und einige andere Veranstaltungen durchführen konnte. Die um einen langweiligen Innenhof gruppierten Neubatrakte, allen voran das unwirtliche Seminargebäude, erwiesen sich mit ihrer Inbetriebnahme wenig funktionabel, weil im Raumprogramm viel zu starr und vor allem nicht erweiterungsfähig für einen Lehrbetrieb, dessen Raumbedarf aufgrund steigender Studentenzahlen kontinuierlich zunahm. Dabei war der größte Teil der naturwissenschaftlichen Fachrichtungen in seinen angestammten Institutsbauten verblieben und lediglich die Gesellschaftswissenschaften (mit Ausnahme einiger Disziplinen wie Kunsterziehung, Musikwissenschaft und Musikpädagogik) im Neubau am Karl-Marx-Platz angesiedelt worden. Dies führte in der Tat zu einer räumlichen Konzentration vieler Lehrinrichtungen an einem Ort, doch wäre ein wesentlich besseres Resultat durch Wiederaufbau beziehungsweise den Ausbau des historischen Universitätsensembles zu erreichen gewesen, wie es die Entwicklungsplanungen für den Altbau noch bis zum Ende der fünfziger Jahre vorgesehen hatten. Nur sehr bedingt war auch ein anderes Ziel, die organische Einbindung des Neubaukomplexes in das Stadtzentrum und damit die „enge Verbindung der studentischen Jugend mit dem gesellschaftlichen Leben in der Stadt“,⁵ verwirklicht worden, denn es fehlte – mit Ausnahme der Galerie im Hörsaalbau – das entsprechend großzügig ausgelegte Raumangebot für eine öffentliche kulturelle Nutzung. Der Neubaukomplex der Karl-Marx-Universität war mit seinen moralisch und materiell rasch alternden Bbautrakten nach den damals international gängigen Prinzipien einer strikten Funktionstrennung ohne städtebauliche oder architektonische Bindung an das historisch gewachsene Gefüge der Leipziger Innenstadt errichtet worden. Was entstand, war eine Art Mini-Campus, dem das Umfeld für fast jegliche weitere Entwicklung fehlte.

Im Gegensatz zu diesen baukünstlerisch belanglosen Gebäuden gelang es, mit dem Bau des sich dem Karl-Marx-Platz zuwendenden Universitätshochhauses eine eindrucksvolle architektonische Geste zu formulieren. Henselmann stellte in seinem Entwurf drei konkav einschwingende, mit einer hellen Stahl-Aluminium-Vorhangsfassade verkleidete Betonscheiben so zueinander, daß sie einen dynamischen, in seiner Großform dreieckig erscheinenden Turmkörper bilden. Im Sinne der damals grassierenden Bildzeichen-Architektur⁶ sollte das Hochhaus als „aufgeschlagenes Buch“ und mithin als bauliche Metapher für „Wissenschaft“ verstanden werden. Eine zusätzliche semantische Aufla-

⁵ Ullmann 1974, a.a.O., S. 72.

⁶ Topfstedt, Thomas: Städtebau in der DDR 1955-1971, Leipzig 1988, S. 61ff.

derung im Sinne einer allgemeinen Siegesymbolik erfuhr der Turm durch seinen 20 Meter hohen, als Stahlfachwerkkonstruktion ausgeführten Aufsatz in Gestalt einer kühn aufgipfelnden „Fahne“. Durch diese eigenwillige Formung hat das Leipziger Universitätshochhaus eine unverwechselbare Gestalt erhalten und prägt noch heute die Stadtsilhouette als das höchste Bauwerk Leipzigs.

Weniger gut stand es freilich von Anfang an um die Gebrauchseigenschaften des Turmes. Nach Henselmans ersten Vorstellungen sollte er fensterlos ausgeführt werden und übereinandergestapelte Hörsäle enthalten, was gewaltige Verkehrsflächen und eine Vielzahl von Nottreppenhäusern und Fahrstühlen erfordert hätte. Dieses funktionell absurde Konzept wurde mit baupolizeilichen und finanziellen Argumenten rasch zu Fall gebracht, doch erwies sich auch die schließlich verwirklichte Nutzung des Turmes als folgeschwere, weil den genuine Abläufen des universitären Betriebes zuwiderlaufende Fehlentscheidung: in das Hochhaus zogen die zu verschiedenen Sektionen zusammengefaßten Fachbereiche (d.h. die ehemaligen Institute) und die Sektionsleitungen ein, wodurch die Lehrenden definitiv von den Studierenden getrennt wurden. Die Hochschullehrer und die wissenschaftlichen Mitarbeiter saßen räumlich beengt und mit einem völlig unzulänglichen Arbeitsinstrumentarium im Turm; die Studierenden aber hatten nach Auflösung der alten Institutsstrukturen und der dazugehörigen, einst wohlausgestatteten Institutsbibliotheken überhaupt keine richtige Heimstatt mehr. Die unausbleibliche Folge war, daß jegliche spontane Kommunikation zwischen Lehrenden und Studierenden und damit die auf einer unmittelbaren räumlichen Nachbarschaft von Forschung und Lehre, von Bibliothek, Seminarraum und Hörsaal beruhende herkömmliche Form der akademischen Ausbildung wenn nicht völlig unterbunden, so doch ungeheuer erschwert wurde.

Wer fortan neue Fachliteratur lesen und sich nicht mit mageren Handapparaten begnügen wollte, mußte unweigerlich den Turm verlassen, so daß die eigentliche wissenschaftliche Arbeit, ja jede produktive geistige Tätigkeit, überall, nur nicht im Universitätsturm, stattfand. Im Hochhaus wurde verwaltet, Präsenzzeit abgesehen und dem Versammlungs(un)wesen gehuldigt. Studenten traf man im Hörsaalbau, im klausrophobische Ängste auslösenden Seminargebäude, in der Universitätsbibliothek, in der Mensa und zu jeder Tageszeit in den zahlreichen Cafés der Innenstadt, wo auf vergnüglich ineffektive Weise viel Zeit zwischen den Lehrveranstaltungen verbracht wurde, weil es eben keine Institutsräume mit Arbeitsmöglichkeiten für die Studenten mehr gab. So führte die mit der Zerschlagung der traditionellen akademischen Strukturen einhergehende konsequente Funktionsentflechtung nicht zu einer besseren Ordnung des Hochschulbetriebes, sondern Schritt für Schritt zu immer schlechteren Arbeitsbedingungen. Hermann Henselmans vielgepriesene-

ner, durch seine kühne Form zweifelsohne bestechender „Turm der Wissenschaft“ wurde für alle, die gezwungen waren, dort ständig zu arbeiten, zu einer Dauerbelastung. Weder funktionierten die Belüftungsanlagen zuverlässig, noch war bei der völlig unpraktischen vertikalen Verteilung der universitären Einrichtungen auf insgesamt 23 Etagen⁷ ein effektiver Personentransport möglich. Zumeist war nur ein Teil der Fahrstühle in Betrieb, wodurch enorm lange Wartezeiten und beklemmende Personenstaus zum Regelfall wurden.

Es verwundert kaum, daß der Universitätsturm von seinen Nutzern nicht gerade geliebt wurde, und daß ihn die Leipziger Bürger, die – wie übrigens auch alle Besucher der Stadt – ohnehin keinen freien Zugang zu den universitär genutzten Räumlichkeiten des Turms hatten, dem Hochhaus mit einer gewissen Gleichgültigkeit begegneten. Dessen ungeachtet fand der seitens der SED-Presse lancierte Spitzname „Uniriese“ in der Öffentlichkeit eine bis heute erstaunlich breite Akzeptanz. Die Universitätsangehörigen hingegen nannten das wenig geschätzte Bauwerk prosaisch kurz „der Turm“ oder sprachen mit ironischer Distanz vom „Weisheitszahn“ (in Studentenkreisen waren des weiteren im Umlauf „Professorenrutsche“ und „Kaderabschußrampe“; damit erschöpfte sich der Volkswitz).

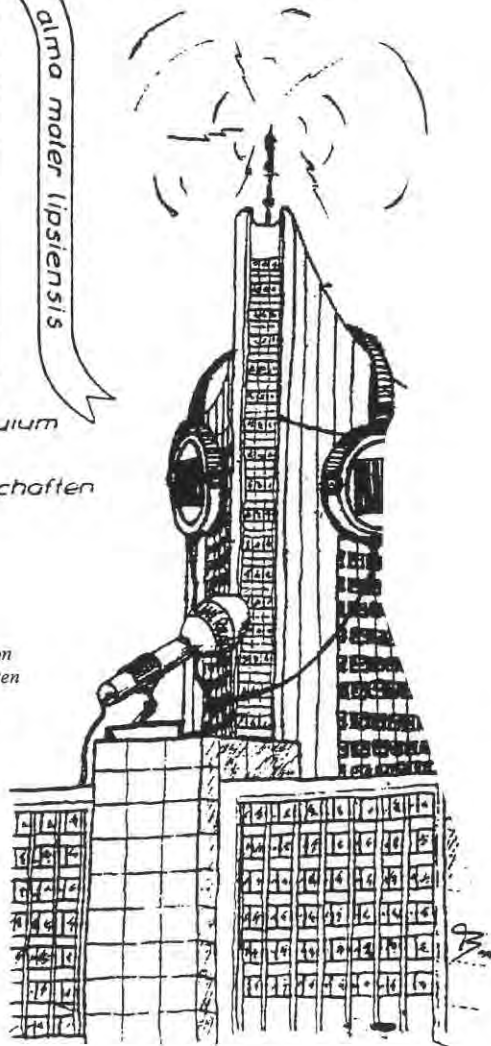
Als mit der politischen Wende 1989/90 die Neustrukturierung der *Alma mater Lipsiensis* begann und diese ihren alten traditionsreichen Namen Universität Leipzig wiedererhielt, war der Universitätsturm zunächst nur von innerbetrieblich administrativem Interesse. Seine Erstaussstattung aus den frühen siebziger Jahren war noch immer so gut wie vollständig vorhanden und, von der maroden Infrastruktur bis hin zu den abgewetzten Fußbodenbelägen und dem tristen Einheitsmeublement der Professoren- und Assistentenzimmer, hoffnungslos verschlissen. Sukzessive wurden mit erheblichem finanziellen Aufwand die gravierendsten Mängel behoben, d.h. neue sanitäre Einrichtungen und zwei neue Fahrstühle eingebaut, die Räume schrittweise renoviert und – dank anfänglich recht großzügiger Berufungsmittel – völlig neu möbliert. Wo es anging, schuf man durch eine zweckmäßigere Raumaufteilung bessere Arbeitsbedingungen für die Wissenschaftler und die Angestellten, richtete Seminarräume mit Handbibliotheken ein und gestaltete im Rahmen begrenzter Möglichkeiten eine Arbeitswelt, mit der sich die Universitätsangehörigen endlich zu identifizieren begannen. Die funktionellen Grundschwächen des Universitätshochhauses – Raumangel, räumliche Trennung der größeren Institute von den Orten der Lehre, lange Wartezeiten und Personenstau vor den Fahrstühlen – aber blieben bestehen und konnten bloß gemildert werden.

⁷ Die Etagen 2, 14 und 26 sind Installationsgeschosse; die 27. Etage enthält das heute leider geschlossene Panorama-Café, zu dem man mittels eines speziellen „Blitzlifts“ gelangte.



Internationales Kolloquium
Sektion
Kultur- u. Kunstwissenschaften
KMU Leipzig
27. - 29. 11 1984

Aus einem Briefkopf der Sektion
Kultur- und Kunstwissenschaften
der
Karl-Marx-Universität, 1984



Aus einer aktuellen Werbung
des Uni-Radios Mephisto

hochschule ost 1/1998

Zu Beginn der neunziger Jahre kam, begleitet von einem rasch sich entfaltenden Bauboom, Bewegung in die Besitzverhältnisse im Leipziger Stadtzentrum.⁸ So bot die Leipziger Messegesellschaft, die sich seit 1991 mit Neubauplänen trug, einige ihrer großen innerstädtischen Mustermeßhäuser zum Verkauf an. Es war dies für die Universität eine einmalige Chance, sich bei Wahrung aller zentralen Standortvorteile räumlich in Richtung Innenstadt zu erweitern, etwa durch die Adaption des Städtischen Kaufhauses, in dessen gewaltiges Bauvolumen die Raumkapazität des Uniturmes bequem hätte umgelegt werden können. Leider wurden diese Mittel nicht bewilligt, so daß der ehemalige Messehauskomplex 1993-1996 zu einem Büro- und Geschäftshaus der Nobelklasse ausgebaut wurde. Die Universität aber verblieb in ihrer alten baulichen Hülle, wobei das Raumproblem durch steigende Studentenzahlen und durch die Rückübertragung zahlreicher, seit 1946 universitär genutzter Immobilien im Stadtgebiet sich immer mehr zuspitzte.

In den Ziel- und Entwicklungsplanungen der Leipziger Universität spielte das Hochhaus zunächst keine exponierte Rolle, wenngleich die hohen Sanierungskosten von Anfang an Sorgen bereiteten und deshalb auch die Möglichkeiten des Verkaufs erwogen wurden. Das Turm-Problem wurde erst im Oktober 1994 zur öffentlichen Angelegenheit, als das Universitätshochhaus vom Sächsischen Staatsministerium für Finanzen zum Verkauf ausgeschrieben wurde. Es eskalierte in der Folgezeit zu einem erbitterten Rechtsstreit zwischen dem sächsischen Freistaat und der Leipziger Universität,⁹ dessen endgültiger Ausgang noch immer offen ist. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen erfuhr der Universitätsturm einen erstaunlichen Prozeß der ideellen Umwidmung: er wurde zum baulichen Symbol der Leipziger Universität erklärt und damit zu einem unveräußerlichen Gut, in dem sich das altverbürgte universitäre Körperchaftsvermögen manifestierte. Rektor Prof. Cornelius Weiss faßte die Gründe für den im Senat mit großer Mehrheit unterstützten Sinneswandel wie folgt zusammen:

„Wir haben unsere Zustimmung [für den beabsichtigten Verkauf, d. Verf.] verweigert, weil wir nicht über die Randbedingungen informiert wurden. (...) Der Universitätsturm hat außerdem eine kostenlose Werbewirkung. Er findet sich auf zahlreichen Postkarten, Städteführern und Postern. Das Hochhaus ist der Orientierungspunkt in Leipzig. (...) Wir haben im Mai 1995 einem Verkauf zugestimmt weil wir die Bedeu-

⁸ Topfstedt, Thomas: „Gründerzeiten“ im Leipziger Stadtzentrum. In: Hans G. Helms (Hrsg.), Die Stadt als Gabentisch, Leipzig 1992, S. 325ff.

⁹ Eine instruktive Chronik der Ereignisse vom Juni 1993 bis zum März 1997 ist unter dem Titel „Hochhaus und kein Ende“ in *Universität Leipzig*, Ausgabe April 1997, S. 8ff, zusammengestellt worden. Siehe auch das Unterkapitel „Beispiel Universitätshochhaus: Intransparenz & Konfliktkarriere“ in der Dissertationsschrift von Peer Pasternack: „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989-1995. Die Arbeit ist an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg eingereicht worden und wird 1998 publiziert.

hochschule ost 1/1998

zung von Immobilien und Wahrzeichen in der neuen Gesellschaft unterschätzen. Außerdem wurden uns hohe Sanierungskosten suggeriert. Nach einem Lernprozeß haben wir unsere Zustimmung dann rückgängig gemacht.“¹⁰

In der Tat ist der Universitätsturm schon im Laufe der achtziger Jahre neben dem Alten Rathaus, dem Völkerschlachtdenkmal und dem Neuem Messegelände zu einem international bekannten Wahrzeichen der Messestadt avanciert. An diese Entwicklung knüpften 1990 die Werbeagenturen geradlinig an, und auch in den universitätseigenen Druckerzeugnissen tauchte das werbewirksame Bild des Turmes immer öfter auf, sei es in strenger Stilisierung oder – wie im Falle des Universitätsfunk-Logos – sozusagen als *architecture parlante et écoutante* mit Mikrofon und Kopfhörern neckisch aufgarniert.

Es wäre sehr verdienstvoll, der Nutzungsgeschichte des Leipziger Universitätsturmes in Verbindung mit seiner Rezeptionsgeschichte einmal systematisch nachzuspüren, und sei es nur zur Erklärung des Wandels der Bewertungsmuster. Denkbar wäre es, daß am Ende einer solchen Untersuchung die bekannte Einsicht des Stoikers Epiktet stünde: „*commovent homines non res, sed de rebus opiniones*“ (nicht die Dinge, sondern die Meinungen über die Dinge erregen die Menschen).

Thomas Topfstedt, Prof. Dr. phil., ist Professor für Kunstgeschichte am Institut für Kunstgeschichte der Universität Leipzig

¹⁰ Weiss, Cornelius: „Fühle mich hintergangen“ (Iv.), in *Kreuzer. Leipziger Illustrierte*, 3/1997, S. 8.

Zeichen der Universität oder platzbeherrschendes Monument? Zur Planungs- und Entstehungsgeschichte des Leipziger Universitätsreliefs¹

Hubertus Adam
Berlin

Als Walter Ulbricht im April 1968 mit Nachdruck dafür plädierte, den Leipziger Universitätsneubau nach der von Hermann Henselmann vorgesehenen und im vorangegangenen Wettbewerb mit dem dritten Preis ausgezeichneten Konzeption – Turmhochhaus und

Faltwerkkuppel des Auditorium Maximum – zu realisieren, stand ein konkretes bildkünstlerisches Programm noch nicht zur Debatte. Dabei waren es zwei Stichworte, die den kunst- und architekturtheoretischen Diskurs der Zeit gründeten: „Synthese“ und „Monumentalität“. Dahinter verbarg sich die Forderung, Plastik, Malerei und Architektur im Stadtraum zueinander in Beziehung zu setzen.²

Der Synthesegedanke avancierte seinerzeit zum bestimmenden Charakteristikum sozialistischer gegenüber kapitalistischer Urbanität und damit zum Medium im Kampf gegen die Konvergenztheorie im Bereich der Architektur. Künstler sollten so früh wie möglich an der Projektierungsarbeit des Architekten beteiligt werden;³ hätten sich die Künste in der spätbürgerlichen Gesellschaft auseinanderentwickelt, so seien im Sozialismus die Grundlagen für eine Wiedervereinigung von bildender Kunst und Architektur gegeben⁴. Die permanente Repetition des Synthe-

¹ Der Autor hat 1994 erstmals die Entstehungsgeschichte des Reliefs dokumentiert: Hubertus Adam, „Unsere Gesellschaft bedarf der monumentalen Darstellung ihrer großen revolutionären Inhalte“. Eine Idee und ihr Scheitern – Anmerkungen zum Leipziger Universitätsrelief, in: Thomas Topfstedt/Pit Lehmann (Hg.), *Der Leipziger Augustsplatz. Funktionen und Gestaltwandel eines Großstadtplatzes*, Leipzig 1994, S. 87-104. Dort auch eine ausführliche Dokumentation der nach 1989 eingeleiteten Diskussion um Erhalt oder Demontage des Kunstwerks.

Ohne intensive Gespräche mit Klaus Schwabe und Rolf Kuhrt hätte dieser Beitrag nicht geschrieben werden können; ihnen sei dafür herzlich gedankt.

² Cf. vor allem: B. Flierl, *Bildkünstlerische Konzeptionen für große städtebauliche Ensembles*, in: *Bildende Kunst* 1966, S. 507-512; außerdem: B. Geyer, *Synthese von Architektur und bildender Kunst*, in: *Deutsche Architektur*, 1970, S. 483-485.

³ G. Hallmann, *Akademie beriet über Synthese von Architektur und Kunst*, in: *Bildende Kunst* 1968, S. 610f., hier S. 610.

⁴ Cf. A. Weidner, *Zur Wiedervereinigung von Architektur und Kunst im Sozialismus*, in: *Bildende Kunst* 1967, S. 201-205.

se-Problems in den Printmedien der DDR deutet aber darauf hin, daß die dort artikulierten Idealvorstellungen mit der Realität wenig gemein hatten; die Geschehnisse in Leipzig stehen zu den Postulaten in krassem Widerspruch: Künstler waren an den Planungen zunächst überhaupt nicht beteiligt.

Nachdem die Altbausubstanz noch im Mai 1968 abgebrochen worden war, konnte mit den Baumaßnahmen auf dem Leipziger Universitätsgelände im Juli begonnen werden. Während für die Universität konkrete Baupläne vorlagen, existierten hinsichtlich der übrigen Neubauprojekte am Platz wenig mehr denn vage Vorstellungen. Ein bildkünstlerisches Konzept für die Universität betraf jedoch auch den Karl-Marx-Platz, mithin einen urbanen Raum der Stadt Leipzig, und war folglich nur im Rahmen einer Gesamtplanung zu entwickeln. Ernst Ullmann, Dozent des Kunsthistorischen Instituts, forderte deshalb am 15./16.8.1968 eine „einheitliche politisch-ideologische und künstlerische Gesamtkonzeption für die Architektur und die bildende Kunst“ ebenso wie „ein ikonographisches Programm der bildkünstlerischen Ausgestaltung des Ensembles“⁵, zunächst allerdings ohne nachhaltigen Erfolg.

Kontroversen um die Konzeption im Jahr 1969

Am 13.1.1969 legte Stadtrat Gehrke dem Rat der Stadt eine erstes Konzept für die künstlerische Gestaltung des Karl-Marx-Platzes vor. Sollte an der platzseitigen Hochhausfassade das Thema „Ernst Thälmann spricht zur Jugend“, am Auditorium Maximum „Lebensfreude“ und an der Rückseite des Gebäudekomplexes zur Universitätsstraße hin „Die Bedeutung der revolutionären Studenten- und Dozentenschaft während der Novemberrevolution“ visuell umgesetzt werden, so forderte Gehrke als Vorgabe für die Supraporte über dem Haupteingang im nördlichen Drittel des Rektoratsgebäudes „Lehre, Forschung – Anwendung der wissenschaftlichen Arbeit in der Praxis“⁶.

Weil keinerlei Absprache mit der Universitätsleitung erfolgt war, lehnte der Stadtrat die Konzeption jedoch ab. Das bewog den Vertreter der Stabsgruppe Neubau, Manfred Kossok, die Bildung einer aus Professoren bestehenden, somit rein universitären Arbeitsgruppe anzuregen.⁷

Inzwischen hatte der Rat der Stadt selbst eine umfangreiche „Politisch-ideologische Gesamtkonzeption zur Durchführung der Beschlüsse des Politbüros zur baukünstlerischen Stadtgestaltung“ vorgelegt. Diese

⁵ Ernst Ullmann, Dominante und (oder) Zweckbau? Die neue Karl-Marx-Universität in Leipzig und die Baukunst, in: *Neues Deutschland*, 15./16.8.1968.

⁶ Stadtrat Gehrke, Politisch-ideologische Konzeption der künstlerischen Gestaltung des Karl-Marx-Platzes, 8.1.1969: UAL (Universitätsarchiv Leipzig), R199, S. 57-61.

⁷ Manfred Kossok (Stabsgruppe Neubau) an Prorektor Möhle, 15.1.1969; UAL, R199, S. 70. Kossok war seit dem 20.6.1968 Beauftragter des Rektors für den Neubau.

Grobdisposition zur memorialen Überformung der Topographie Leipzigs⁸ wurde am 5.2.1969 von der Bezirksleitung der SED angenommen und zur weiteren Ausarbeitung bestimmt.⁹ Als ideologischer Nukleus sollte der Karl-Marx-Platz auf die Verbindung von Wissenschaft und Revolution verweisen, getreu einem Diktum Walter Ulbrichts: „Marx wurde und war deshalb ein großer Wissenschaftler, weil er zugleich Revolutionär war, und konnte deshalb ein Revolutionär von weltgeschichtlichem Rang werden, weil er durch und durch Wissenschaftler war.“¹⁰

Der „Politisch-ideologischen Gesamtkonzeption“ zufolge war dieser Gedanke in einem „monumentalen Kunstwerk“ auf Höhe des geplanten Auditorium Maximum zu konkretisieren, während dem Eingang des Universitäts-Hauptgebäudes jetzt das Thema „Karl Marx und das revolutionäre weltverändernde Wesen seiner Lehre“ zugesprochen wurde. Universitätsbezogene Themata hätten die Innenbereiche des Neubaukomplexes charakterisiert: „Sozialistische Wissenschaft und Forschung“ (Hörsäle), „Jugend und Sozialismus“ (Hof), „Einzug der Arbeiter- und Bauernstudenten in die Universität 1946“ und „Durchsetzung der Hochschulreform“.

Weiter sah man vor, exponierte Punkte des übrigen Stadtraums durch Denkmäler oder Wandbilder ideologisch zu besetzen, beispielsweise den Dimitroff-, Engels-, Thälmann- und den in Karl-Liebknecht-Platz umbenannten Bayrischen Platz. Bezeichnenderweise erfüllte sich das Konzept der ideologischen Codierung erst nachts. Es wurde gefordert, die Koordinaten dieser memorialen Topographie anzustrahlen und zu akzentuieren, während der historisch gewachsene Stadtraum im Dunkeln verblieb; es sei „ein Prinzip der Modulation auszuarbeiten, das die inhaltlichen Hauptakzente der ideologischen Konzeption auch nachts erlebbar werden läßt und die Dominanten der spezifischen Stadtsilhouette erleuchtet.“ Mit der Anstrahlung des Hochhauses und des Universitätsreliefs fand die Idee später – wenn auch nur partiell – ihre Realisierung.

Mittlerweile war an der KMU ebenfalls eine bildkünstlerische Konzeption ausgearbeitet worden, die am 19.3.1969 der Universitätsleitung vorlag,¹¹ aber von den Fixierungen des Stadtrates deutlich abwich. Eine

⁸ Zum Begriff der „memorialen Topographie“: H. Adam, Von der Last der Monumente. Politische Denkmäler der DDR in Leipzig, in: *Leipziger Blätter*, H. 25/Herbst 1994, S. 82-87.

⁹ Cf. „Politisch-ideologische Gesamtkonzeption zur Durchführung der Beschlüsse des Politbüros zur baukünstlerischen Stadtgestaltung“. Vorlage des Oberbürgermeisters, angenommen in der Sitzung der SED-BL vom 5.2.1969: StAL, SED-BL IVB-2/3/067]

¹⁰ Laut der „Politisch-ideologischen Gesamtkonzeption“ äußerte Ulbricht diese Sentenz auf einem Kolloquium zum 150. Geburtstag von Karl Marx 1968.

¹¹ Cf. Stabsgruppe Neubau, Kulturell-künstlerische Gestaltung des Neubauensembles am Karl-Marx-Platz, 6.3.1969; UAL, R199, fol.74/75; Beilage: Gerhard Winkler, Standorte für Kunstwerke am Komplex Karl-Marx-Platz, Karl-Marx-Universität, 27.2.1969; *ibid.*, fol. 76-78.

Koordination gelang offensichtlich nicht. Als ideologischer Hauptaussträger war an eine Unterlaufplastik „Idee des Marxismus“ auf dem Karl-Marx-Platz gedacht. Diese vage Thematik sollte durch andere Kunstwerke differenzierend konkretisiert werden: ein Wandbild „Wissenschaft und Internationalität“ am Formkern des Auditorium Maximum, ein Marx-Standbild mit beigeordneter narrativer Reliefwand im Innenhof und eine Gestaltung aus Glas und Beton über dem Eingang des Rektoratsgebäudes, die „der Jugend zu widmen“ sei.

Die noch sehr unbestimmten Vorgaben wurden durch ein ausführliches Papier präzisiert,¹² das die im Frühjahr 1969 auf Kossoks Anregung hin entstandene Arbeitsgruppe erstellte. Sie setzte sich aus Mitgliedern des Baukombinates Leipzig, dem Helmut Ullmann vorstand, und einem Kollektiv des VBKD des Bezirks Leipzig unter Leitung von Bernhard Heisig zusammen. Erstmals waren hier als Gesamtsumme für Werke der bildenden Kunst 3,5 Mio. Mark ausgewiesen.

Weiterhin fungierte dort das plastische Monument „Idee des Marxismus-Leninismus“ auf dem Platz, „im Kreuzungsbereich aller Hauptblickbeziehungen und Erlebnisbereiche des Karl-Marx-Platzes“, als ideologischer Nukleus. Das Monument solle als bedeutendster Bildträger des Komplexes in Erscheinung treten und „die ideologisch-inhaltliche Hauptaussage übernehmen“.¹³ Die Supraporte über dem Haupteingang sei der „sozialistischen studierenden Jugend“ zu widmen – die dritte inhaltliche Vorgabe innerhalb weniger Monate. Für das Kunstwerk, das als Beton-Klinker-Kombination oder als Hochrelief in Aluminium ausgeführt werden und 14,40 x 6 Meter messen sollte, standen als Orientierungssumme 250.000 Mark zur Verfügung.¹⁴ Im Inneren des Gebäudes müsse diesem Objekt, in dem „bewußt das illustrative Moment auszuschalten“ war, ein Wandbild korrespondieren: „Das Streben der studierenden sozialistischen Jugend nach Erkenntnis, abgehandelt an historischen Marksteinen der Entwicklung der Wissenschaften“.¹⁵

Das Karl-Marx-Denkmal im Hof wurde ebenso aus dem im Februar entwickelten Konzept übernommen wie der den zylindrischen Formkern des Auditorium Maximum schmückende Wandfries „Internationalität und Wissenschaften“, mit seinen gewaltigen Dimensionen von 140 x 9,5 Metern und einem Kostenaufwand von 800.000 Mark das größte und zugleich teuerste Kunstwerk des Neubaukomplexes.¹⁶

Aus bislang ungeklärten Gründen wurde die thematische Vorgabe für dies Supraporte im Laufe des Jahres 1969 erneut revidiert. Nun hieß der

¹² Bildkünstlerische Grundkonzeption für den Komplex Karl-Marx-Universität, 14. 4. 1969; UAL, R199, fol. 159-173.

¹³ Cf. *ibid.*, fol. 162v.

¹⁴ *Ibid.*, fol. 163r., 167r.

¹⁵ *Ibid.*, fol. 168r.

¹⁶ Cf. *Ibid.*, fol. 163v., 169r.; durch Beleuchtung sollte die nächtliche Rezeption des Wandbildes ermöglicht werden.

Titel, wie es schon der Rat der Stadt im Frühjahr vorgesehen hatte, „Karl Marx und das revolutionäre weltverändernde Wesen seiner Lehre“. Allerdings stieß die redundante Memorierung der Person Karl Marx – durch den Namen von Universität und Platz, durch das platzbeherrschende Monument, das Denkmal im Hof und nun auch noch durch die Supraporte – auf Kritik, und man versuchte, der memorialen Tautologie durch eine Erweiterung der Vorgabe („Leninismus – Marxismus unserer Epoche“) zu entgehen.¹⁷ Ausschlaggebend für diese Neudefinition war das bevorstehende Leninjahr 1970.

Einigung im Frühjahr 1970

Trotz vielfältiger Konsultationen zwischen bildkünstlerischer Arbeitsgruppe, Universitätsleitung, Rat der Stadt, „Beirat für Architektur und bildende Kunst beim Rat der Stadt“¹⁸ und SED-Kreisleitung war die Situation am Ende des Jahres 1969 völlig verfahren. Es drängt sich die Vermutung auf, daß die diversen Kompetenzüberschneidungen konkurrierender und zur gegenseitigen Absprache nicht befähigter Gremien und Kommissionen sich kontraproduktiv auswirkten. Auf einer Beratung beim Rat der Stadt kam der Chefarchitekt Horst Siegel zu einem vernichtenden Urteil: Die thematischen Vorgaben für die einzelnen Kunstwerke seien ungenügend durchgearbeitet; die mehrfachen Beratungen der Gesamtkonzeption hätten nicht zu einer Bestätigung geführt; die Frage des zentralen Monuments sei „völlig unklar“; zur Gestaltung des Innenhofes und des Frieses am Auditorium Maximum gäbe es unterschiedlichste Ansichten. Auch müsse geprüft werden, ob die Größe der Supraporte über dem Haupteingang hinreichend sei.¹⁹

Hilfe erhoffte man sich daraufhin von einem weiteren Gremium, einer aus Wissenschaftlern der Universität gebildeten Mentorengruppe, die in ständigen Kontakt mit den (noch zu bestimmenden) Künstlern die Konzeption weiterentwickeln sollte.²⁰

Schließlich konnte der Rat der Stadt der SED-Bezirksleitung im Früh-

¹⁷ Stellungnahme der KMU zur Vorlage „Komplex Karl-Marx-Universität – Bildkünstlerische Grundkonzeption“, 28.10.1969; UAL, R199, fol. 199/200.

¹⁸ Nach mehrfacher Annahmung durch die SED-Bezirksleitung wurde der Beirat erst am 5.8.1970 durch das dem Büro des Chefarchitekten der Stadt unterstellte „Büro für architekturbezogene Kunst“ ersetzt; cf. Peter Guth, Wunschbilder und Wirklichkeit – Ein Versuch über architekturbezogene Kunst in Leipzig, in: Büro für architekturbezogene Kunst und Denkmalpflege Bezirk Leipzig (Hg.), Architekturbezogene Kunst Bezirk Leipzig 1945-1990. Standortinventar, Leipzig 1990, hier S. 14.

¹⁹ W. Soltau (wiss. Sekretär der Stabsgruppe Neubau), Aktennotiz über eine Beratung des Rates der Stadt, 8.12.1969; UAL, R199, fol. 228/229.

²⁰ Cf. Aktennotiz des Prorektors Poeggel v.18.12.1969 über eine Aussprache beim Rat des Bezirks und Rat der Stadt am 13.12. über bildkünstlerische Gestaltung des Karl-Marx-Platzes; UAL, R199, fol. 207-209.

jahr 1970 eine in Zusammenarbeit mit der Universität erstellte und aktualisierte politisch-ideologische Gesamtkonzeption vorlegen.²¹ Die Vorgabe für die Gruppenplastik auf dem Platz hieß jetzt, das früher einmal für die Supraporte vorgesehene Thema aufgreifend, „Die revolutionäre, siegreiche Arbeiterklasse im Sozialismus und die allseitig gebildete, sozialistisch erzogene zukunftsfrohe Jugend“. An Stelle des Marx-Denkmal im Innenhof trat eine Großplastikgruppe „Genosse Walter Ulbricht im Gespräch mit Wissenschaftlern und Studenten“ – die erste Plastikgruppe der DDR mit der Person Ulbrichts, wie die Autoren lobend konstatierten.²² Die Titel für den Fries des Auditorium Maximum („Die Wissenschaft – eine Hauptproduktivkraft im Sozialismus“) und die Supraporte des Rektoratsgebäudes („Leninismus – der Marxismus unserer Zeit“) blieben bestehen, für das Wandbild im Gebäudeinneren formulierte man „Arbeiterklasse und Intelligenz sind im Sozialismus in untrennbarem Bündnis unter Führung der Arbeiterklasse, mit der Partei an der Spitze, verbunden“. Zusätzlich sollte das Hauptgebäude durch ein Schriftband mit der bekannten Feuerbach-These Marx' bekrönt werden: „Die Philosophen haben die Welt verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“ Da dieser Leitsatz allerdings schon an den Universitäten Jena und Berlin angebracht worden war, wurde als Alternative eine andere Marx-Sentenz angeführt: „Die Theorie wird erst zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.“

Mit dieser Konzeption erklärte sich die Bezirksleitung einverstanden, lehnte aber die Vorgaben für das übrige Stadtgebiet Leipzigs (Johannis-, Engels-, Karl-Liebknecht-Platz, Platz der Republik, Rosental) als zu wenig detailliert ab.

Für die Universität war eine Grundlage geschaffen worden, die sich umsetzen ließ. Erstmals finden sich in der Konzeption auch Künstlernamen und Fristen für Wettbewerbe. Entwürfe für den Fries des Auditorium Maximum sollten bis zum 1.12.1970 eingereicht werden, als Künstler wurden Willi Sitte, Bernhard Heisig²³ und Gerhard Bondzin vorgeschlagen. Abgabetermin für den Wettbewerb um Supraporte und Innenwandbild sollte der 1.7.1970 sein; man dachte an eine Konkurrenz zwischen Walter Womacka, Willi Neubert, Max Gerhard Uhlig und Klaus Schwabe (Supraporte) sowie Wolfgang Mattheuer, Werner Tübke, Lothar Zitzmann und Arno Rink (Wandbild).

²¹ Rat der Stadt, Verwirklichung der politisch-ideologischen Gesamtkonzeption zur bildkünstlerischen Gestaltung nach Schwerpunkten. Vorlage v. 5.2.1970 für die Sekretariatssitzung der SED-Bezirksleitung, 12.2.1970; StAL (Staatsarchiv Leipzig), SED-BL IV B-2/3/104.

²² Diese Idee war im Sommer schon wieder aufgegeben worden; cf. E.Ullmann, Revolutionäre Inhalte fördern monumentale Kunst in Synthese mit der Architektur, in: *Universitätszeitung der Karl-Marx-Universität Leipzig*, 1970, Nr. 30, S. 6.

²³ Nach eigenen Aussagen fertigte Heisig einige Entwürfe für den Fries des Auditorium Maximum an; cf. Brief Heisigs an den Verfasser, Anfang 1994 (undat.).

Neben ortsansässigen Leipziger Kapazitäten griff man somit auf auswärtige Künstler zurück, die sich mit Wandbildern in der DDR schon einen Namen gemacht hatten.

Wettbewerb für die Portalgestaltung

Die Wettbewerbe für die Portalgestaltung und das Wandbild im Inneren des Rektoratsgebäudes wurden den Festlegungen entsprechend im März 1970 ausgeschrieben. Abweichend von den ursprünglichen Überlegungen konzentrierte sich die Konkurrenz für das Wandbild auf Arno Rink, Lothar Zitzmann und Werner Tübke, bei der Portalgestaltung auf Gerhard Eichhorn, Max Gerhard Uhlig, Bernhard Heisig und Klaus Schwabe. Von Lothar Zitzmann abgesehen, beschränkte man sich auf Leipziger Künstler und verzichtete auf die überregionale Prominenz. Eingereicht werden mußten für die Supraporte Entwürfe im Maßstab 1:10.²⁴

Das genaue Programm hatte im Februar 1970 gelautet:

- „Durch eine oder mehrere sozialistische Menschengruppen ist auszudrücken:
- das von kapitalistischer Ausbeutung befreite Volk ist unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze, der SED, die geschichtsbildende Kraft in der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus;
 - unter Führung der Partei hat sich der Mensch seine Umwelt erobert und gestaltet sie schöpferisch – die sozialistische Gemeinschaft der Menschen beherrscht Wissenschaft und Technik, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten gestalten die Zukunft der Menschheit – den Sozialismus/Kommunismus;
 - die Ideen des kommunistischen Manifestes, die Lehren von Marx, Engels und Lenin sind in der DDR verwirklicht; die Arbeiterklasse hat keine von den Interessen des Volkes getrennten Interessen, diese Lehren führten zur Oktoberrevolution und zum Aufbau des Sozialismus in der UdSSR als Grundmodell des Sozialismus, sie bestimmen die Entwicklung der Welt von heute und morgen, so auch die in der DDR in fester Freundschaft und Verbundenheit zur Sowjetunion.“²⁵

Alle Teilnehmer bedienten sich einer mehr oder minder zeichenhaften Bildsprache. Gerhard Eichhorn zeigte in seinem graphischen Entwurf die nach links blickenden Köpfe von Lenin und Marx im Typus der Profilstaffel, davor zwei Fäuste, die eine mit Fackel, die andere mit Hammer und Sichel. Wabernde flammenartige Elemente, denen auch die Haare Marx' angeglichen waren, bildeten zusammen mit Fragmenten von Sternen einen die heterogenen Bildelemente vereinenden unruhigen Hintergrund. Erkennbar sind auch eine Friedenstaube und das Symbol des Händedrucks, hier als Zeichen des gemeinsamen Kampfes von Marx und Lenin, aber auch als Hinweis auf die SED zu verstehen.

Max Gerhard Uhlig gestaltete seinen Entwurf in einem an Gestaltungsprinzipien Walter Womackas angenäherten plakativ-populären Stil.

²⁴ Also ungefähr im Format 144 x 60cm.

²⁵ Rat der Stadt, Verwirklichung... (Anm. 21).

Das Zentrum der streng dreigliedrigen Komposition nahm ein aufgeschlagenes Buch mit dem beherrschenden Schriftzug „Karl Marx“ ein, darunter der Händedruck und eine Nelke. Eine Profilstaffel mit fünf Köpfen unterschiedlicher Nationalität repräsentierte den sozialistischen Leitwert²⁶ „Völkerfreundschaft“ auf der rechten Seite, während sich in der linken Szene eine Bäuerin mit Ährengarbe und ein Mann mit Zirkel gegenüberstehen. Der zwischen beiden Figuren befindliche Hammer erlaubt, diese Szene der Vereinigung von Bauern und technischer Intelligenz unmißverständlich als symbolische Umsetzung des Staatswappens der DDR zu verstehen.

Ein Alternativentwurf Uhligs macht deutlich, daß er mit seinen Bildelementen die Struktur der Fassadenverkleidung aufgreifen wollte. Dieser Gedanke fand jedoch bei der Jury keine Resonanz. Vielmehr müsse sich die Gestaltung „gegen die Fassade und ihre Struktur als eigene Individualität“ absetzen, so Jury-Mitglied Ernst Ullmann.²⁷

Ullmann selbst favorisierte die im Gegensatz zu Eichhorn und Uhlig nicht graphisch, sondern malerisch aufgefaßten Entwürfe von Bernhard Heisig,²⁸ die zusammen mit dem Bildhauer Gerhard Lichtenfeld plastisch umgesetzt werden sollten. Heisig reduzierte die Vielzahl von Symbolen auf eine einzige einprägsame Symbolgestalt mit weit ausgebreiteten Armen, eine aufstrebende (Ikarus-)Figur, Paraphrase über das zu dieser Zeit beliebte Thema „Der Mensch greift nach den Sternen“.²⁹ In einer Variante, dem eigentlichen Wettbewerbsbeitrag, fügte Heisig den Kopf von Karl Marx und eine aufrecht stehende Figur hinzu, die ein Atommodell mit Elektronenbahnen hält. In der DDR-Ikonographie fungierte das Element als Signifikant für den ungebremsten Fortschritt der Wissenschaft schlechthin.

Klaus Schwabe reichte ein in Zusammenarbeit mit dem Maler Frank Ruddigkeit und dem Grafiker Rolf Kuhrt entstandenes Modell ein. Auffälligstes Merkmal des Entwurfs ist der gewaltige, leicht nach rechts orientierte Marxkopf auf der linken Reliefhälfte. Die zugehörige linke Hand ist zur Faust geballt und stößt auf der rechten Seite vor, Marx' rechte

²⁶ Zum Begriff „sozialistischer Leitwert“: H. Adam, Zwischen Anspruch und Wirkungslosigkeit. Bemerkungen zur Rezeption von Denkmälern der DDR, in: *Kritische Berichte*, 1991, H. 1, S. 44-64, hier S. 52ff.; ders., Arme, magere Mythen. Überlegungen zur Ikonographie des Sozialismus, in: K. Flügel/W. Ernst (Hg.), *Musealisierung der DDR? 40 Jahre als kulturhistorische Herausforderung*, Bonn 1992, S. 25-43.

²⁷ Ernst Ullmann, Entwürfe für Portalwand und Wandbild stehen zur Diskussion, in: *Universitätszeitung*, 1970, Nr. 30, S. 7.

²⁸ Zu Heisigs Entwürfen cf. auch: Peter Guth, Wände der Verheißung. Zur Geschichte der architekturbezogenen Kunst in der DDR, Leipzig 1995, S. 227f.

²⁹ „Ich wollte eine Figur die den Arm ausstreckte, so daß sie wie eine Sonnenuhr wirkend bei der wechselnden Tagesbeleuchtung auch wechselnde Sichten bot. Es war eine Figur, die 'der Jugend' gewidmet sein sollte...“: cf. Brief Bernhard Heisigs an den Verfasser, Anf. 1994 (undat.).

Hand hält die den linken Abschluß bildende Fackel. Damit breitet Marx das übrige Geschehen gleichsam vor dem Betrachter aus. Durch die Fackel ist Marx als Prometheus charakterisiert, eine schon zu Lebzeiten des Philosophen übliche mythologische Überhöhung.³⁰ Den Gedanken „Leninismus – der Marxismus unserer Zeit“ setzten die Künstler mit der vor den Lippen des Marxporträts angeordneten Gruppe, die von Lenin geführt wird, durchaus suggestiv um: Marx' Gedanken werden durch Lenin zur Tat. Die Leningestalt greift typologisch auf Gerassimows berühmtes Bild „Lenin auf der Tribüne“³¹ zurück, ist aber als Ganzkörper durch den wehenden Umhang des Revolutionärs zusätzlich dynamisiert.³²

Eine an Lenin anschließende, die gesamte Reliefhöhe ausfüllende, ungelentk modellierte Figur bildet die Mittelachse des Reliefs. Sie weist zum einen mit einer deiktischen Geste auf die in einer zurückliegenden Ebene aufmarschierende Menschenmenge, deren Protagonisten sich die Hand reichen und damit die Vereinigung der Arbeiterparteien oder den Zusammenschluß von Arbeiterklasse und Intelligenz symbolisieren, und zum anderen auf die astralen Elemente am rechten Bildrand, welche die Zukunft des Sozialismus repräsentieren. In üblicher Leserichtung kann das Relief auch als Zeitstrahl verstanden werden: unterdrücktes Proletariat (Arbeitergestalt mit erhobenem linkem Arm zwischen Fackel und Marxporträt) – Marx – Lenin – Vereinigungsszene (DDR) – Zukunft. Diese Bewegung wird zusätzlich durch die fahnenartigen Elemente des Hintergrundes unterstützt, die aber auch als Buchseiten interpretiert werden könnten.

Alle Entwürfe, die von der Jury am 4.7.1970 erstmals begutachtet wurden, blieben bis zum Ende des Monats in der Leipzig-Information ausgestellt. Anschließend fiel die Entscheidung zugunsten des Entwurf von Ruddigkeit/Kuhrt/Schwabe. Werner Tübke führte in der Folgezeit das Innenwandbild aus.³³

Entstehungsprozeß des Reliefs

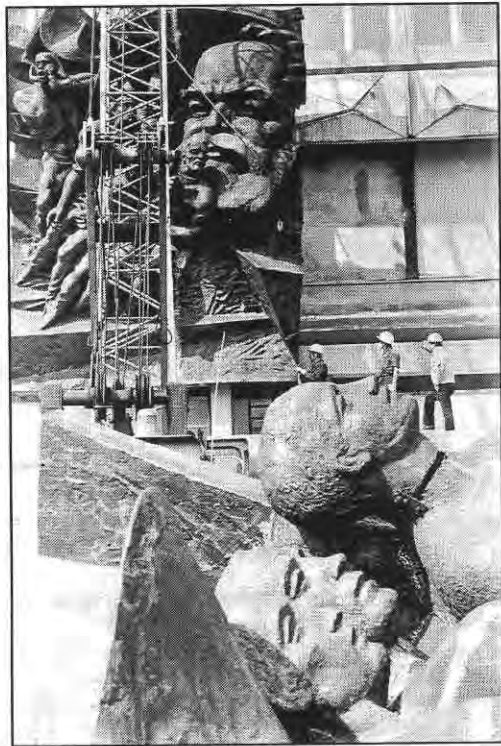
Welche Gründe die Jury dazu bewogen haben mögen, den Entwurf der drei Künstler auszuwählen, bleibt unklar. Ernst Ullmann hatte sich im Vorfeld der Entscheidung vehement für das Projekt Heisigs ausgesprochen und bezweifelt, ob das Tonmodell von Schwabe und seinen Mitarbeitern ohne Qualitätsverlust vergrößert werden könne. Man muß den

³⁰ Cf. eine allegorische Darstellung nach dem Verbot der *Rheinischen Zeitung* 1843: W. Blumenberg, Marx, Reinbek 1962, S.47.

³¹ Dieses Bild von 1929 (Zentrales Lenin-Museum, Moskau) geht zurück auf ein historisches Foto Lenins; abgeb. in: H. Weber, Lenin, Reinbek 1992, S. 145.

³² Ähnlich, wenn auch weniger dynamisch, M. G. Manisers Lenin-Denkmal in Uljanowsk (1940); frdl. Hinweis v. Martin Schönfeld, Berlin.

³³ Dazu: E. Beaucamp, Werner Tübke – Arbeiterklasse und Intelligenz. Eine zeitgenössische Erprobung der Geschichte, Frankfurt/M. 1985.



*Relief „Karl Marx und
das revolutionäre welt-
verändernde Wesen sei-
ner Lehre“ während der
Montage im Spätsommer
1974*



Künstlern jedoch zugute halten, daß ihre Komposition die Anforderungen der Ausschreibung am ehesten erfüllte und zudem auf penetrante DDR-Symbolik verzichtete, die in den kunstgewerblichen Entwürfen von Uhlig und Eichhorn dominierte. Im Gegensatz zu Heisig war das Tonmodell plastisch aufgefaßt, wenn auch gewisse Schwächen (Mittelfigur!) kaum übersehen werden konnten. Ob die Jury bewußt junge Künstler mit dem Auftrag betraute, die im Umgang mit Auftraggebern und diversen Kommissionen weniger erfahren und damit möglicherweise leichter zu beeinflussen waren, muß dahingestellt bleiben. Nach eigenen Aussagen der drei Beteiligten kam der Wettbewerbssieg relativ unerwartet: „Passiert ist uns dann tatsächlich, daß wir gegen die Konkurrenz... den Wettbewerb gewonnen hatten. Das mußte nicht nur uns, sondern viele andere ebenso überrascht haben.“³⁴

Eine zügige Ausführung des Preisträgerentwurfs wurde jedoch verhindert, da sich schon im Herbst des Jahres 1970 die Rahmenbedingungen erneut änderten. Ausschlaggebend dafür war ein Beschluß des Ministerrates, die Bauarbeiten am Auditorium Maximum vorerst einzustellen.³⁵ Zudem entfiel das dominierende Monument auf dem Karl-Marx-Platz, an dem Dieter Dietze arbeitete.³⁶ Im März 1971 teilte das Baukombinat der Bezirksleitung mit, daß Verträge für die künstlerische Gestaltung in Höhe von 1,2 Mio. Mark abgeschlossen worden seien,³⁷ man entschied sich, keine weiteren Aufträge zu bewilligen. Damit hatte sich die anfangs für die bildkünstlerische Ausgestaltung veranschlagte Summe von 3,5 Mio. auf annähernd ein Drittel reduziert.

Schließlich brachte das Jahr 1971 mit der Ablösung Walter Ulbrichts auf dem 16. Plenum und den neuen städtebaulichen Richtlinien des eilig anberaumten VIII. Parteitag (Forcierung des Wohnungsbaus) das Ende für das Programm der memorialen Überhöhung der Stadtzentren.

Die sich überstürzenden Ereignisse eines guten halben Jahres hatten zur Folge, daß das Relief von einem peripheren Ideologieträger zu einem platzbeherrschenden Kunstwerk avancierte,³⁸ mithin in den Stadtraum hineinwirkte und sich nicht mehr vornehmlich auf die Universität bezog. Dafür war aber der Entwurf von 1970 nicht geeignet. „Wir [sc. Schwabe,

³⁴ Klaus Schwabe, in einem Brief vom 23.11.1993 an den Verf.

³⁵ Cf. Protokoll Sekretariatssitzung der SED-BL v. 11.11.1970; StAL, SED-BL IV B-2/3/126.

³⁶ Dem Kustos der Universität, Rainer Behrends, zufolge hieß das Thema zuletzt „Der Mensch erobert den Kosmos“ (lt. Schreiben an den Verf. v. 16.12.1992); nach Klaus Schwabe „Walter Ulbricht inmitten einer ihn verehrenden Kinderschar“. Versuche des Verfassers, mit Dietze selbst Kontakt aufzunehmen, mißlang.

³⁷ Brief des VE Wohnungs- u. Gesellschaftsbaukombinates Leipzig an die SED-BL, 4.3.1971; StAL, SED-BL V B-2/3/137.

³⁸ Zeitweilig erwogen die Architekten, einen schachtelartigen Rektoratssaal über dem Haupteingangsbereich auf Stützen in den Platzraum vorspringen zu lassen. Das Relief hätte dessen platzseitige Stirnwand geschmückt.

Ruddigkeit, Kuhrt, H.A.] waren sehr erstaunt, als man wieder an uns herantrat und von uns, auf der Basis des Wettbewerbsgewinns (nicht des Entwurfs!) eine veränderte, wenn nötig völlig neue, aber nun platzbeherrschende Lösung abforderte.“³⁹

Wie eine Tonskizze belegt, wurde der ursprüngliche Entwurf Schritt für Schritt umgearbeitet. Zunächst rückte die (ursprünglich in der hinteren Reliefebene befindliche) aufmarschierende Menschenmenge mittels einer keilförmigen Formation ins Zentrum der Gestaltung. Das aufbrechende Proletariat mit Lenin an der Spitze fand sich nun nach links verschoben, die Leninfigur entfiel ganz. Die anfängliche Idee, das Geschehen vor den Armen Marx' sich abspielen zu lassen, war damit aufgegeben. Konsequenterweise hätte auch auf den nun unmotiviert großen Kopf des Philosophen verzichtet werden müssen, doch versagten sich die Auftraggeber diesem Vorschlag der Künstler.

In einer weiteren Tonskizze wurde der Mann mit erhobenem Arm in der linken oberen Ecke zu einem Rufer umgearbeitet. Auf der linken Seite wurde eine Szene des Lernens eingefügt, um das Relief zur symmetrischen Dreigliedrigkeit zu erweitern. Aus dieser Konzeption entwickelte sich ein Tonmodell im Maßstab 1:5, das Ende 1971 fertiggestellt war⁴⁰ und als Vorlage für den Gips im Maßstab 1:1 diente. Das Tonmodell entsprach daher der späteren Bronzeausführung.

Vergleicht man Tonmodell und Bronzeausführung mit dem ersten Entwurf, so fällt auf, daß die zeichenhafte Bildsprache einer realistischen Figurenauffassung gewichen ist. Der festgesetzte Termin für die Einweihung (25. Jahrestag der DDR) erzeugte einen großen Zeitdruck, so daß die Künstler arbeitsteilig voringen. Schwabe konzentrierte sich auf den linken Teil, Ruddigkeit auf die Mittelgruppe, Kuhrt arbeitete an der rechten Seite.

Die achtfigurige Zentralgruppe wird von einer entschlossenen weiblichen Figur angeführt, die als Nike oder – eingedenk des Bildes von Delacroix – als Freiheit verstanden werden kann. Sie verkörpert die vorwärtsdrängende Kraft des Sozialismus. Ein aufragendes fahnenartiges Element akzentuiert die Hauptperson (und einzige weibliche Figur!) des Reliefs zusätzlich. Dahinter staffelt sich der Demonstrationszug in die Tiefe, wobei die äußeren Gestalten als Scharnierfiguren den Bezug zu den seitlichen Feldern herstellen. Eine gerade die Jacke anziehende männliche Gestalt scheint sich von dem siebenfigurigen Zirkel der Diskutierenden oder Lernenden gelöst zu haben und ist im Begriff, sich in den Zug der Aufbrechenden einzureihen. Unter den Studierenden befindet sich auch ein Schwarzafrikaner, der die Idee der Völkerfreundschaft re-

³⁹ Klaus Schwabe, aus dem Brief an den Verf. v. 23.11.1993.

⁴⁰ Es wurde im Januarheft 1972 der *Bildenden Kunst* publiziert; J. Schmidt, Dieter Dietze – Klaus Schwabe. Zwei junge Leipziger Bildhauer, in: *Bildenden Kunst* 1972, S. 17-20, hier S. 19.

präsentiert. Links vom Fächer der Mittelgruppe vermittelt der auf der Höhe der Schläfen des Marxkopfes nach vorne Geneigte zu der diagonal Richtung Mitte drängenden, aus sechs Personen bestehenden Gruppe der Arbeiter. Arbeiterklasse und Intelligenz, so lehrt das Relief, konstituieren gemeinsam die zukunftsreiche sozialistische Gesellschaft. Dem Rufer links korrespondiert am rechten oberen Reliefrand eine ähnlich exponierte, skeptisch in die Ferne schauende Gestalt, möglicherweise eine Darstellung der Wachsamkeit.

Um das optische Auseinanderbrechen der additiv gereihten Bildfelder zu vermeiden, vereinheitlichte das Künstlerkollektiv die Kleidung der Personen durch eine kleinteilige Fältelung, zum anderen hinterlegte es die gesamte Szenerie mit einem an kubofuturistische Gestaltungstendenzen der Jahre um 1918⁴¹ angelehnten Reliefgrund aus gesplitterten Fahnen- und Sternfragmenten. Es handelt sich mithin um eine „grafische, keine tektonische“⁴² Lösung, wie Schwabe selbst rückblickend zugestand. Die gewaltige Relieftiefe von drei Metern erlaubte aber, die Umrisslinie in Schrägsicht (also von der Ecke Goethe-/Grimmaische Str.) zu Henselmans Hochhaus-Silhouette in Bezug zu setzen und somit wenig ansatzweise die Idee der „Synthese“ zu verwirklichen.⁴³ Die Position an der Fassade des Rektoratsgebäudes blieb dagegen eher zufällig, keineswegs zwingend.

Größte Schwierigkeiten bereitete die Ausführung des Gusses. Weder die Künstler noch die Gießerei Lauchhammer hatten Erfahrung mit dem Bronzeuß eines Kunstwerks von solcher Größe. Zudem mußte Schwabe zu dieser Zeit einen sechsmonatigen Reservedienst bei der NVA absolvieren. Fünf Stukkateure erstellten das Modell aus 40 Tonnen Gips über einer Drahtkonstruktion; der Guß erfolgte in 60 Teilen. Unter Termindruck mußte das entstehende Relief noch einmal zur Hälfte auseinandergenommen werden, da zwischen den Teilen noch eine Spalte von 30 cm klaffte. Die dem Rektoratsgebäude vorgesetzte Stahlträger-Stützkonstruktion, in welche die Einzelteile des Reliefs eingehängt wurden, war von den Künstlern in Zusammenarbeit mit Bauingenieuren entwickelt worden, da die Architekten die Zusammenarbeit aufgekündigt hatten und das Gebäude selbst das immense Gewicht des Kunstwerks nicht tragen konnte. Termingemäß wurde das Relief zwei Tage vor dem 25jährigen Republikjubiläum am 5.10.1974 übergeben. Seine Gesamtkosten betrugen 1,12 Mio. Mark.⁴⁴

⁴¹ Cf. die kurze Besprechung durch Dietrich Schubert in: ders., Alfred Hrdlickas Denkmal für Friedrich Engels, in: *Pantheon*, Jg. 41, 1983, S. 245-253, hier S. 249. Schubert war der erste westliche Kunsthistoriker, der das Relief publizierte.

⁴² K. Schwabe, Brief an den Verf. v. 23.11.1993.

⁴³ Zur problematischen Wahrnehmung des Reliefs cf. Peter Guth 1995, S. 236f.

⁴⁴ Nach Informationen von K. Schwabe erhielten die Künstler für ihre fast fünfjährige Arbeit zusammen ein Honorar von 120.000 M – auch für DDR-Verhältnisse eine eher kärgliche Summe. Die Kosten für die Stukkateurarbeiten betragen 200.000 M, der

Rektor Gerhard Winkler würdigte die „bildkünstlerische Darstellung der bewegenden Kraft unserer Ideologie, die der Universität ein neues Wahrzeichen gebe“. Es sei abschließend zu einem „freundschaftlichen Gespräch“ zwischen Horst Schumann, dem 1. Sekretär der Bezirksleitung, und den Künstlern gekommen, vermeldete die „Leipziger Volkszeitung“ so lapidar wie nichtssagend.⁴⁵

Hubertus Adam, hat Kunstgeschichte, Archäologie und Philosophie in Heidelberg studiert, promoviert z.Z. zum Thema Nietzsche-Rezeption in bildender Kunst und Architektur, ist Redakteur der Fachzeitschrift Bauwelt in Berlin und als freier Architektur- und Kunstkritiker tätig

Guß in Lauchhammer erforderte 800.000 M. 1970 waren – ohne Kalkulationsgrundlage – von den 1,5 Mio. M für die bildkünstlerische Ausgestaltung der Universität lediglich 550.000 M für das Relief vorgesehen. Die Beschaffung des Differenzbetrages (750.000 M) bereitete im Jahr 1973 erhebliche Schwierigkeiten, zumal noch Kosten für die zusätzlichen Baumaßnahmen anfielen. Cf. Vorlage des Rektors an die SED-BL über die Realisierung des Neubau-Komplexes, 21.2.1973: StAL, SED-BL IV C-2/3/104.

⁴⁵ Relief an der Universität feierlich enthüllt, in: *Leipziger Volkszeitung*, 6.10.1974.

„Die Fledermaus“ oder „Antiimperialistische Solidarität“ aus der Perspektive des Blochschen „Prinzips Hoffnung“

Ein Gespräch mit dem Maler Hartwig Ebersbach,
Schöpfer der „Fledermaus“-Installation im Hörsaalgebäude
der Leipziger Universität, und dem Kustos Rainer Behrends

hochschule ost: Herr Ebersbach, Herr Behrends, uns interessieren die Umstände der Entstehung des Kunst-Objekts, das im universitätsinternen Sprachgebrauch den Namen „Fledermaus“ bekam. Es ist neben dem Tübke-Bild und dem Marx-Relief eines der nun noch drei festinstallierten Kunstwerke im Gebäudekomplex der Universität Leipzig und es rankt sich, ja nun nicht gerade eine Legende, aber doch eine Art von Konfliktgeschichte um dieses Kunstwerk. Können wir versuchen, die Entstehungsgeschichte zu rekonstruieren?

Ebersbach: Ja, Anstoß der Entstehung war ein vom Rat des Bezirkes Leipzig ausgeschriebenener Wettbewerb aus Anlaß des 30. Jahrestages der SED-Gründung und ihres IX. Parteitages im Jahre 1976. An dem hatte ich mich beteiligt, auf Einladung. Die Aufgabe, die gestellt war, lautete, ein Kunstwerk zu einem der ausgeschriebenene Schwerpunktthemen zu schaffen. Die Schwerpunktthemen waren unter anderem: Weiterentwicklung der führenden Rolle der Arbeiterklasse, die sozialistische Entwicklung auf dem Lande und das Bündnis zwischen Arbeitern und Genossenschaftsbauern, die Freundschaft zur Sowjetunion und zu anderen sozialistischen Bruderländern, die internationale Arbeiterbewegung sowie der Kampf um Demokratie und Fortschritt in den imperialistischen Ländern und, als letzter Punkt, der Schutz des realen Sozialismus und die Sicherung des Friedens.

Ich weiß nicht mehr genau, wer an diesem Wettbewerb alles teilgenommen hat. Ich habe an solchen Wettbewerben teilgenommen, um meine eigentliche Malerei zu finanzieren. Ebenso habe ich in einem hervorragenden Team Messegestaltung gemacht. Insofern war ich einigermaßen vertraut mit dem Problem, wie man auf Messen und Ausstellungen politische Schwerpunkte verkauft. Bei dieser Wettbewerbsausschreibung nun fiel mir auf, daß ein wichtiges politisches Thema von der Abteilung Kultur des Rates des Bezirkes einfach vergessen worden war: die internationale Solidarität. Ich habe das also dort gesagt und einen Entwurf zu diesem Thema gemacht.

Der Entwurf bestand aus verschiedenen, wie auf einer Wäscheleine aufgehängten, unterschiedlich großen Bildteilen. Die Mitte bildete eine

hochschule ost 1/1998

große Zentralfigur, ein Auferstehender, und auf den Flanken waren Gescheiterte und Siegreiche dargestellt. Die Idee dazu ist mir durch die Lektüre von Blochs „Prinzip Hoffnung“ gekommen. Ich hätte damals schon gern den Sozialismus mit erneuert, aber nach einer anderen Phantasie. Also, ich habe nicht Lenin, sondern Bloch gelesen, eben das „Prinzip Hoffnung“. Für mich ist das Interessanteste im „Prinzip Hoffnung“, seinem vielleicht wichtigsten Werk, die Utopie, auch die Gescheiterten können Siegreiche, Sieger der Geschichte sein. Wie damals zum Beispiel Chile. Und dieses Hoffnungsbild hat mir sehr gefallen, allerdings nicht leninistisch, weil es nicht um Gewalt ging, sondern als Utopie, als Traum.

Ich habe also den Vorentwurf gemacht. Bei meinen Arbeiten auf Messen und Ausstellungen mit der DEWAG in Dresden lernte ich einen jungen Architekten kennen. Wir haben die „Messe der Meister von Morgen“ gemacht, deren Zentralgestaltung. Der junge Mann, Georg Honerla, war sehr experimentell und sehr interessiert an künstlerischen Fragen. Wir haben dann irgendwann zusammen weitergearbeitet an dem Entwurf. Er hat mir Dreiecksflächen hineingearbeitet zwischen die Bildteile, so daß die Bilder anfangen, allmählich zu kippen, auf den Betrachter zu. So entstand diese freie Figur, die im Raum hängt.

Das wurde mit Wohlwollen beim Rat des Bezirkes angenommen und ich durfte mir aus zwei Standorten, wo es ihrer Meinung nach hätte realisiert werden sollen, einen aussuchen. Das war einmal im Freien, in Grünau, als Neubaugebiet damals attraktiv, und zum anderen die Universität. Ich habe überlegt und mir dann gedacht, naja, Neubaugebiet. Die Frauen, die da von der Arbeit kommen oder vom Einkaufen mit ihren schweren Netzen, die gucken nur nach unten und nicht nach oben. Außerdem hätte ich experimentell neue Techniken versuchen, untersuchen müssen, also wie kriege ich denn Freiluftmalerei hin, Keramik oder was auch immer. Das war zu gespenstisch. Aber in der Universität wußte ich, wenn es da hängt, gehen Tag für Tag tausende Studenten vorbei, müssen vorbei, können nicht ausweichen und laufen darauf zu. Und dann habe ich das der Universität eingeredet. Doch da hören wir vielleicht Herrn Behrends dazu, wie das alles weitergegangen ist.

Behrends: Am 15. Juli 1976 fand eine Beratung statt, an der Hartmut Klopsch, Hartwig Ebersbach, der Leiter der damaligen Stabsgruppe Neubau, Dr. Sudau und ich teilgenommen haben. Der Anlaß war, daß Hartmut Klopsch, der mal bei mir Student gewesen ist, sagte, also wir haben ein Projekt mit Hartwig Ebersbach, und das ist jetzt soweit, daß man ernsthaft darüber reden könnte, wo es realisiert werden soll. Danach bin ich bei Hartwig Ebersbach in der Liviastraße gewesen, habe mir mit ihm seine Entwürfe angesehen und schließlich gesagt, daß ich mir denken könnte, es für den Hörsaalbau in dessen erster Etage zu vollenden. Denn durch den Einschnitt 1968 standen von der Investbausumme nicht 2,5

hochschule ost 1/1998

sondern nur noch 0,5 Prozent für baugebundene Kunst zur Verfügung, und für das Gebäude z.B., in dem die allermeisten Leute verkehren würden, nämlich den Hörsaalbau, war dadurch überhaupt keine Kunst mehr vorgesehen. Die war vollständig gestrichen worden.

Wir strebten aber natürlich danach, dies irgendwie zu kompensieren, und da kam diese Idee zur rechten Zeit. Außerdem hatte mich dieses Projekt sehr begeistert. Die Fassung, über die wir damals sprachen, war so gedacht, daß das verspannte Segeltuch sein sollte. Also von dieser Idee war ich ungeheuer fasziniert. Am 15.7.76 fand also diese Beratung statt, und es wurde gesagt, wir könnten den Hörsaalbau dafür nehmen, Herr Ebersbach war bereit, das Gemälde für diesen Raum zu gestalten. Es wurde festgelegt – und das war entscheidend –, daß die Finanzierung durch den Rat des Bezirkes erfolgt. Damit war das klar. Im Juli 1976 wurde der Vertrag über das Projekt vom damaligen Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Professor Piazza, unterzeichnet. Es wurde in den Universitätsplan aufgenommen, und damit war für alle Beteiligten die Bahn frei. Daraufhin entstand ein Werkvertrag, der vorsah, daß diese Tafelbilderkombination, nun mit dem Arbeitstitel "Internationale Solidarität", geschaffen wird. Zeitablauf und Finanzierung wurden festgelegt, und Herr Ebersbach hat dann eine Konzeption eingereicht, die noch in unseren Akten zum Kunstwerk existiert.

Ebersbach: Und dann mußte ich plötzlich gesellschaftliche Berater haben. Also beim Rat des Bezirkes ging das Konzept ja noch durch unter dem Titel „Internationale Solidarität“. Aber an der Universität, bei den Gesellschaftswissenschaftlern, gab es Probleme. Vom Arbeitstitel „Internationale Solidarität“ hat sich das dann zum Titel „Antiimperialistische Solidarität“ verwandelt.

hochschule ost: Können Sie sich an die Argumentation erinnern?

Ebersbach: Es wurde angemerkt: Da müsse man schon differenzieren, was Solidarität ist. Das sei keine Caritasbewegung für ein in den Brunnen gefallenes Kind. Das müsse aus der Tradition der Arbeiterbewegung schon vorbereitet sein, der Drang zur Überwindung eines Systems. Und den Leuten, die das schon geprobt haben, denen kommt Hilfe zu.

Behrends: In dem Werkvertrag, den wir gerade erwähnt haben, ist der Passus enthalten: gesellschaftliche Beratergruppe, Gremium beim Prorektor für Gesellschaftswissenschaften. Dieses Gremium hat ein einziges Mal getagt. Es bestand aus Professor Piazza als Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Dr. Soltau von der Neubaugruppe, Hartmut Klopsch, der den Rat des Bezirkes vertrat, dann Dr. Dietmar Keller, 2. Sekretär der Kreisleitung der SED an der Karl-Marx-Universität, Profes-

sor Kossok, Revolutionswissenschaftler und Lateinamerikaforscher, Professor Hackethal und Professor Barthel, das waren auch zwei Gesellschaftswissenschaftler, und Manfred Teufel, damaliger Chef des Büros für baugebundene Kunst.

hochschule ost: War dieses Gremium extra für diese Entscheidung gegründet worden, oder war das eine ständige Einrichtung?

Behrends: Die hat Professor Piazza für dieses Projekt gegründet, und es wurde, wie gesagt, nur ein einziges Mal beraten.

Ebersbach: Um das „Konzept zu qualifizieren“. Ich mußte mich dann theoretisch bilden zu dem Thema, um zu Differenzierungen zu kommen und habe dann eine inhaltliche Konzeption geschrieben. Es gibt da Schwerpunktthemen, internationale Arbeiterbewegung, realer Sozialismus, antiimperialistische nationale Befreiungsbewegung...

hochschule ost: Das heißt, Sie haben also Fachliteratur dazu gelesen, auf Empfehlung des Gremiums?

Ebersbach: Ja sicher, ich weiß auch nicht mehr, wo ich das her hatte.

Behrends: Ich besitze das Konzept noch, wir können also daraus zitieren. Die wichtigen Aussagen sind natürlich die Sachen, die unmittelbar mit der Arbeit zu tun haben und deren Impuls. Also es wird hier gesagt: Bildee – eine sozialistische Auferstehung. Dann werden ganz wichtige Aussagen gemacht zu dem Bild, und ausgeführt, es wäre dem Bild mit einem Titel "Trotz und Hoffnung" besser gedient. Dann wurden die Erlebensebenen charakterisiert, die durch die Bildform entstehen – anlaufen, einlaufen, unterlaufen. Das war ja das, was mich von Anfang an begeistert hat, daß es also ein Bild ist, das mich sozusagen aufnehmen kann.

Dann muß Herr Ebersbach offenbar sehr schnell gearbeitet haben, denn ich habe am 14. September an ihn einen Brief geschrieben, und da war ich etwas beleidigt. Also in dem Brief steht: "Es wird mir gesagt, daß Sie jetzt die Arbeit an dem großen Bildwerk abgeschlossen haben und das in Partnerschaft mit der Universität entstehen sollte." Also, da ist zwischen dieser offiziellen Rederei im Juli bis September das Bild fertiggestellt worden, und Sie hatten es bereits zur Nachjury für die 8. Kunstausstellung der DDR eingereicht. Das war demzufolge alles schon passiert, und das habe ich Ihnen damals geschrieben und Sie auch wissen lassen, einerseits begrüße ich, daß Sie fertig sind, andererseits bin ich traurig, daß Sie mich nicht davon unterrichtet haben.

Dann hat der Rates des Bezirkes reagiert und mitgeteilt, das Bild sei zur 8. Kunstausstellung nachgereicht und auch angenommen worden, werde aber dort nicht ausgestellt.

Ebersbach: Das wußten die damals schon?

Behrends: Das wußte der Rat des Bezirkes schon. Aber statt dessen ist es ja dann im Informationszentrum auf dem Sachsenplatz ausgestellt worden. Da wurde ein Hilfsgerüst gebaut, in dem das Bild hing. Claus Baumann hat seinerzeit einen Text dazu geschrieben. Am 21. Dezember 1977 fand dann die Endabnahme statt. Nach der Ausstellung auf dem Sachsenplatz wurde das Bild zunächst in der Universität eingelagert, weil die Fertigstellungsarbeiten am Hörsaalgebäude noch liefen. Die Decke war noch nicht installiert.

Ebersbach: Ja, ja, da hatten wir noch Hudeleien, weil durch die Brandschutzbestimmungen die Maße der Decke dann andere waren als wir sie vorab hatten. Wir befürchteten sogar, daß die Konstruktion vielleicht nicht mehr aufstellbar sein würde unter diesen Bedingungen.

Behrends: Am 26. Juni 1978 wurde erklärt, daß weder die Feuerwehr noch sonst jemand Bedenken anmelde, und daß die Installation beginnen kann. Dann haben Sie bis Ende August eingebaut, mit Herrn Honerla, und am 11. Oktober haben wir eine öffentliche Diskussion zum Kunstwerk veranstaltet. Daß es eine öffentliche Vorstellung geben solle, das hatten Herr Ebersbach und ich bereits 1977 miteinander vereinbart.

Ebersbach: Das hat in meiner Erinnerung dann noch einmal einen ganz anderen Zusammenhang bekommen. Ich weiß nur noch, als das Bild dann hing, kam es zum Krach. Und ich erinnere, daß Herr Rathmann, damals Rektor der Universität, gesagt hat, das Bild kommt mir nicht ins Haus. Und wenn ich es eigenhändig mit dem Hammer wieder herunterhole, das Bild kommt nicht ins Haus. Das war, als es schon hing.

hochschule ost: Aber Professor Rathmann war damals in der Kommission, die über Konzeption beraten hatte, doch dabei, haben Sie beide erinnert? Wieso dieser Sinneswandel?

Behrends: Also ich halte das schlichtweg für eine Legende. Meine Erinnerung ist eine andere. Der Termin war gemeinsam vereinbart und als Aushang gedruckt worden. Wenige Tage vor dem Termin sausten dann plötzlich Leute herum und erzählten, die Universität würde sich gegen dieses Bild sträuben und wäre für einen sofortigen Abriß. Es war ja schon installiert. Das kam mir böhmisch vor. Ich hatte das Projekt betrieben, die

hochschule ost 1/1998

beiden Künstler hatten gebaut, wir hatten das Ganze mit den Handwerkern diskutiert, die sich allerdings nicht gerade erfreut über das Werk äußerten. Aber das war nur eine Debatte am Rande. Dann kam plötzlich Herr Professor Heisig und sagte, was ist denn hier los, die Universität will das Bild beseitigen usw. Ich sagte, ich weiß nur, wir wollen öffentlich reden, zu der anberaumten Diskussionsrunde. Also gut sagte er, ich komme und dann werden wir ja sehen. Sie werden sich erinnern, Herr Ebersbach, in dem Flur saßen ziemlich viele Leute. Jeder, der kommen wollte, konnte kommen. Wir hatten gedacht, es passiert irgend etwas. Dann hat Herr Professor Piazza, der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften ein paar völlig belanglose Worte gesprochen, und Herr Ebersbach hat im Anschluß daran versucht, sein Bild zu erklären.

Ebersbach: Ja, ich kann mich erinnern, das war ziemlich schwierig. Alles hat gesagt, das wäre gar nicht nötig gewesen. Also die Unruhe, ich weiß nicht, ich habe mit dem Rathmann nicht selbst gesprochen. Es ist mir nur zugetragen worden, daß er das Bildwerk mit dem Hammer herunterholen wollte, wenn es nicht anders ginge, eigenhändig. Ich habe dann jedenfalls Angst bekommen und habe versucht, Hilfe zu holen. Ich habe Professor Heisig angerufen und ich weiß nicht, wen noch. Ich könnte mir vorstellen, den Rat des Bezirkes als Auftraggeber. Da habe ich dann gesagt, da spinnt einer, helft mir.

So war es dann auch, es kam zur öffentlichen Verteidigung. Ich habe mich vorbereitet, war sehr aufgeregt, da ich nicht wußte, was passiert. Alle waren da, außer Rathmann selbst, der hat seinen Prorektor vorgeschickt. Es war schon eine eigenartige Geschichte. Das Bild ist dann auch nach Dresden zur Kunstausstellung gegangen, ist aber dort nicht aufgehängt worden. Ich bin selbst nach Dresden gefahren, um die Begründung für die Ablehnung – es gäbe dort keinen Platz im Foyer –, selbst nachzuprüfen. Es hätte Platz gegeben. Also es gab nicht nur eine, sondern viele komische Geschichten um das Bild herum. Ich habe dann auch gesagt, wenn das Bild mal hängt, wir nehmen das nie wieder ab, und wir haben dann nicht mehr daran gerührt, damit es hängen bleibt.

hochschule ost: Wer Ihnen diese Hiobsbotschaft gebracht hatte, daß der Rektor Rathmann gegen das Werk sei, wissen Sie aber nicht mehr?

Ebersbach: Nein, das weiß ich nicht mehr. Ob mir der Rat des Bezirkes das zugetragen hat oder wer nun sonst, das kann ich nicht mehr sagen.

hochschule ost 1/1998

Entwicklungsvertrag

Zwischen dem Rat des Bezirkes Leipzig, Abteilung Kultur,
703 Leipzig, Karl-Liebknecht-Str. 145

und dem Maler und Grafiker Hartwig Ebersbach
701 Leipzig, Stallbaumstr. 13

für die Zeit vom 1. 6. 1975 bis 30. 11. 1975
und folgendes vereinbart:

- Der Künstler erarbeitet sich ein Thema aus dem Stoff der Entwicklung der Gesellschaft seit der Gründung der SED. Den Schwerpunkt bildet die Gestaltung des Prozesses der erfolgreichen Politik der SED, wie z. B.
 - die weitere Entwicklung der führenden Rolle der Arbeiterklasse
 - die sozialistische Entwicklung auf dem Lande und des Bündnis zwischen Arbeitern und Genossenschaftsbauern
 - die Freundschaft zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Bruderländern
 - die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung sowie der Kampf für Demokratie und Fortschritt in den imperialistischen Ländern
 - der Schutz des realen Sozialismus und die Sicherung des Friedens.
- Das Ergebnis bilden Skizzen und Entwürfe für ein Tafelbild oder eine Grafikfolge zu Ehren des 30. Jahrestages der SED und des IX. Parteitages.
- Der Rat des Bezirkes verpflichtet sich, den Künstler bei der Aufnahme von Kontakten zu gesellschaftlichen Partnern helfend zu sein, ihm bei der Beschaffung von notwendigen Dokumenten und Materialien zu unterstützen und ihm während der Arbeit zu beraten.
- Während der Dauer des Vertrages erhält Hartwig Ebersbach monatlich 600,00 Mark auf das Konto Nr.:
- Nach Ablauf des Vertrages erfolgt eine gemeinsame Auswertung, in der festgelegt wird, ob die Erteilung eines Auftrages erfolgt.
- Die angefertigten Skizzen und Entwürfe bleiben Eigentum des Künstlers.
- Der Vertrag ist in dreifacher Ausfertigung ausgestellt. Jeder Vertragspartner erhält ein Exemplar, das dritte ist für den Kulturfonds der DDR bestimmt.

W. W. W.
.....
Rat des Bezirkes - Abteilung Kultur

H. Ebersbach
.....
Künstler

Datum:

II, 1975 V 5/1/25-6/75-60x

hochschule ost 1/1998

WERKVERTRAG NR. ____/19__

Diesem Vertrag liegen der Beschluß zur Durchsetzung von Ordnung und Disziplin bei Leistungen, für die Honorare und Gebühren bezahlt werden vom 4. 11. 1970, die Honorarordnung Bildende Kunst vom 20. 5. 1971 und die Anordnung über die künstlerische Ausgestaltung von gesellschaftlichen Bauten mit Werken der sozialistisch-realistischen architekturbezogenen Kunst vom 23. 12. 1971 zugrunde.

Betrifft Investobjekt ./.

Zwischen Auftraggeber Rat des Bezirkes, Abteilung Kultur,
703 Leipzig, Karl-Liebknecht-Str. 145

gesellschaftlicher Beratergruppe Gremium beim Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der Karl-Marx-Universität

und Auftragnehmer Hartwig Ebersbach
7012 Leipzig, Stallbaumstr. 13

wird nachstehender Vertrag abgeschlossen:

- Mit der Unterzeichnung beauftragt der Auftraggeber den Auftragnehmer mit der Herstellung/Gestaltung einer Tafelbilderkombination mit dem Arbeitstitel
"Internationale Solidarität"
- Politisch-ideologische Vorgabe: Verkörperung der internationalen Solidarität durch eine in der Achse der Tafelbilderkombination befindliche bildhafte Umsetzung der solidarischen Hilfe, der Bildnisgestaltungen aus der Welt des realen Sozialismus und der unterdrückten Völker zugeordnet werden.
- Bestimmungsort des Kunstwerkes: Foyer des Vorlesungstraktes der KMU
- Der Auftragnehmer verpflichtet sich mit der Unterzeichnung, diesen Auftrag unter nachstehenden Bedingungen zu übernehmen:
 - Ausführung und Technik ÖL auf miteinander verbundenen Leinwandflächen
 - Material 300 x 500 cm
 - Termin II. Quartal 1977
- Als Honorar ist vereinbart: 17.000,00 M
Die Honorierung erfolgt entsprechend den Arbeitsabschnitten
 - 30% = 5100,00 M nach Vertragsabschluß, Termin Juli 1976
 - 40% = 6800,00 M nach bestätigtem Entwurf, Termin III. Quartal 1976
 - 30% = 5100,00 M nach Endabnahme, Termin siehe unter 4.3
- Mit der Unterzeichnung des Vertrages erklärt der Auftraggeber, daß er über die Gestaltungsweise und den Leistungsstand des Künstlers unterrichtet ist.
- Sollte sich bei einer Einblicknahme in den Arbeitsgang ergeben, daß einer der Partner den Vertrag zu lösen beabsichtigt, die Honorierung gemäß der Honorarordnung Bildende Kunst (§ 8) vereinbartem des Vertrages erfüllt wird.

hochschule ost 1/1998

hochschule ost: Mit Professor Rathmann haben Sie nicht darüber gesprochen?

Ebersbach: Nein, ich habe zwar später mal einen Schüler von Herrn Rathmann kennengelernt, der beim Verlag Volk und Wissen als Lektor gearbeitet hat. Der hat mir gesagt, er könne sich überhaupt nicht vorstellen, daß der Rathmann so reagiert.

Behrends: Jedenfalls, der tagelang vorher angekündigte Eklat fand an diesem Tage nicht statt, fiel aus. Aber alle waren da. Das wäre ja nun die Möglichkeit gewesen, dagegenzuschießen, aber es hat keiner getan. Also war das Bild am Platz, und es hieß von diesem Augenblicke an „die Fleckermaus“.

hochschule ost: Wo kam der neue Name her?

Ebersbach: Wahrscheinlich die Assoziation von einem zufliegenden Vogel. Wenn sie die Treppe heraufkommen, kommen sie langsam in das Bild, sie werden aufgenommen. Es war einfach der populäre studentische Titel.

hochschule ost: Vielleicht können wir noch einmal versuchen, den Inhalt dieser öffentlichen Diskussion zu rekonstruieren. Heute kann sich ja kaum noch einer vorstellen, daß ein Künstler vor einer speziell für sein Werk installierten Kommission von Wissenschaftlern seine Werkintentionen de facto verteidigen muß, daß man in solcher Runde mit ihm diskutiert über die Anmutungen, nicht nur über die ästhetischen, sondern auch über die inhaltlichen Probleme seines Kunstwerkes. War das für Sie ein normaler oder ein außergewöhnlicher, nur bei dieser speziellen Arbeit erfahrener Vorgang?

Ebersbach: Also ich habe immer Probleme gehabt, auch mit anderen politischen Bildern, die ich gemacht habe. Zum Beispiel mit dem Chile-Bild. Das war für das Armeemuseum in Dresden viel zu blutig. Also: Die Armee konnte kein Blut sehen! Dann David und Goliath, das hat auch Probleme gemacht, weil sie den Ebersbach offensichtlich immer als schillernde Figur, als Schlitzohr aufgefaßt haben. Es könnte sich hinter den Bildgestaltungen etwas verbergen, das sie nicht genau beurteilen können. Der Vorwurf war in diesem Fall: Die Sowjetunion sei groß und die DDR klein, ob ich vielleicht das meinte. Also es war immer kompliziert, wenn ich mal versucht habe, in die Diskussion einzugreifen oder im Kunstzusammenhang, etwa sozialistischer Realismus, erneuernde Elemente oder sinnhafte Befragungen für mich herzustellen. Oder auch mal andere Quellen zu nutzen, als die, die man schon kannte, den Bloch eben,

hochschule ost 1/1998

der für mich eine Fundgrube war. Das hat mich wahnsinnig fasziniert und ich habe mir gedacht, da könnte man auch Kunst erneuern, damit auch am System rütteln und etwas wach machen. Ich habe da schon konstruktiv gedacht. Die gesellschaftliche Beratung war insofern wichtig, als sie gesagt haben, wir wollen Konkretes. Ich mußte also dann die Figuren konkret machen, sie mußten konkrete Züge bekommen. Links oben sind der Barrikadensänger Ernst Busch, Gagarin, Neruda, Angela Davis. In der unteren Ebene die Gescheiterten, wie z.B. Che Guevara, Lumumba. Also, es sollte nicht so eine allgemeine Auferstehung sein, unverbindlich, namenlos. Und ich muß sagen, das hat dem Bild nicht geschadet.

Behrends: Zumal ja die ganze Konkretisierung nicht so geführt worden ist, daß sie sofort ablesbar wäre, sondern eingefügt in den ganzen Duktus.

Ebersbach: Dann hat es auch noch eine ästhetische Verwandlung gegeben damals. Der Entwurf war noch in der Ästhetik des Vorbildes Lovis Corinth, und bei der Übertragung habe ich dann gemerkt, das läßt sich nicht einfach übertragen, das braucht neue Form, neue Ästhetik. Da habe ich mich sehr schwer getan. Da bin ich in eine richtige Krise gekommen. Dazu gibt es Legenden, die sind aber auch wahr. Vielleicht habe ich sie selbst verbreitet. Ich habe an dem Bild nackt gemalt, nachts und am offenen Fenster. Tagsüber konnte ich nicht malen, selbst das Tageslicht hätte mich abgelenkt, aber nachts war ich mir überlassen und die Welt war offen, ich konnte also alle Ströme auf mich beziehen und für mich reproduzieren an diesem offenen Fenster. Da gab es eine Veränderung, mein Bruder, Wolfram Ebersbach, auch ein Maler und oft unterschätzt, hat mir da behilflich sein können. Er hat mir ein Kokoschka-Buch gebracht in dieser Zeit und da gibt es ein Bild, das mich inspiriert hat. Ich kannte es auch noch von der Reproduktion. „Gentleman pleas“ waren damals sicherlich verpönt, aber ich habe es mir geleistet, und es ist ein eigenständiges Bild geworden.

Ich kann mich auch noch erinnern an die Montage. Ich habe noch Erinnerung an die Überraschungen, die es damit gegeben hat, daß es drei Erlebnisebenen gibt. Also so nah heranzugehen an das Bild, wie ich selbst dran bin beim Malen, damit man über die Struktur etwas erfahren kann, über den Künstler. Was ist das für einer, der sowas macht, wie er es macht. Dann etwas zurückgehen, dann sich das erschließen, was auch gemeint ist. Und dann gibt es noch etwas: wie funktioniert es im Raum als dritte Ebene, wenn man noch weiter zurückgeht. Und es spiegelt sich auch noch in der Decke wie eine Riesenorgel. Das war schon ein tolles Erlebnis! Das war nicht geplant, aber es hat der Sache sehr gedient.

Aber alle inhaltlichen Geschichten, die Diskussionen, das kriege ich jetzt nicht mehr zusammen. Da habe ich auf Sie gehofft, Herr Behrends, daß Sie vielleicht noch etwas wissen.

hochschule ost 1/1998

Behrends: Ein Problem damals, als das Bild entstand 1977, war ja in der Leipziger Kunst das Thema Solidarität. Es war z.B. so eine Sache mit dem Soli-Beitrag. Das war ja so ein freiwilliger Zwang. Jeder lieferte da monatlich irgendetwas ab, und es kam nie eine Erklärung, was eigentlich mit dem Geld passiert. Alle wußten, daß es in der gesamten DDR jeden Monat ein erheblicher Betrag sein mußte. Und da fing das mit Diskussionen unter den Studenten an, wanderte dann in Richtung der jungen Künstler. So entstanden dann um Mattheuer herum Bilder zum Thema. Jürgen Schäfer zum Beispiel hat damals solch ein Bild gemalt, wo aus einer absolut nackten Erde eine offene Hand herauskommt und ein normaler Bürger gibt was in die Hand hinein. Aber so, als wollte er damit nichts zu tun haben. Und so brach hier eine Diskussion aus um das Thema: Was ist eigentlich Solidarität? Ist das so eine Geschichte, die man einfach abarbeitet? Man schmeißt einfach etwas rein? Oder ist es eine Sache, die mit einem selber etwas zu tun hat, ist es eine existentielle Geschichte. Und da kam dieses Bild, die „Fledermaus“.

Die Mittelfigur der ganzen Installation ist einer, der sich erheben will, und wenn er sich erheben kann, ist es ein Riese, eine gigantische Figur! Aber damit er sich erheben kann, sind an den schmalen Seiten viele, viele Hände, die ihn nicht tragen, sondern stützen, die Hilfe zur Selbsthilfe geben. Das war plötzlich ein Thema, mit dem das Bild ganz aktuell wurde. Und da hatte es auch seine wirkliche Brisanz, deshalb verebten dann sicherlich auch sehr schnell Diskussionen gegen das Bild, wenn es denn welche gegeben hat.

Beim Hinsehen – wissen Sie, wenn man ein Buch nicht gelesen hat, ein Musikstück nicht gehört hat, ein Bild nicht gesehen hat, kann man unendlich viel reden, aber wenn man dann konkret vor so etwas geführt wird, relativiert sich manches sehr schnell. Ich glaube, das ist bei diesem Bild passiert. Zumal es in einem malerischen Gestus vorgetragen wurde, der damals schlicht und einfach zunächst schockierte. Also man mußte entweder hinsehen oder sich abwenden, eine andere Entscheidung gab es nicht. 1977, das war lange bevor die „Wilden“ erfunden worden sind. Daß hier plötzlich ein Angebot vor allem an die jungen Leute war, die damals studierten, etwas, das ihnen entsprach, was sozusagen in ihnen rumorte, das machte das Bild eigentlich schnell zu einem festen Bestandteil seiner Umgebung. Zumal es eben völlig ungeplante Effekte gab, die Herr Ebersbach geschildert hat: daß es sich im Fußboden, in der Dekke gespiegelt hat und sozusagen eine Erscheinung im Raum wurde, was sehr schön ist, auch heute noch.

hochschule ost: Und gab es nach dieser einen öffentlichen Diskussion unmittelbar nach der Bildinstallation weitere Debatten? Gab es organisierte Führungen und Diskussionen?

hochschule ost 1/1998

Ebersbach: Nein, ich war froh, daß es damit seinen endgültigen Platz gefunden hat, mit seiner Abnahme und Annahme. Wenn ich jetzt in der Konzeption lese, welche Schwerpunkte ich konzipiert habe, die ich mir auch irgendwo hergeholt hatte – also Ästhetik wächst auch erst in meiner eigenen Entwicklung, da sind eine Reihe von Sätzen drin, die habe ich damals noch gar nicht ahnen können, die muß ich also auch irgendwo her haben. Ich habe gesammelt, organisiert, zitiert, es klingt gut: Kunst ist noch nie für die Vergangenheit gemacht worden. Kunst sieht dann der Gegenwart ähnlich, wenn sie nicht die Veränderungen aus dem Auge verliert. Das hat die gesellschaftliche Relevanz einer *dokumenta* heute, die ständige Emanzipation des Menschen. Sie greift ein in revolutionäre Prozesse und weist auf eine möglichst nahe Zukunft hin. Hier haben wir es wieder, Prinzip Hoffnung, Utopie. Ich hab damals noch nicht wissen können, daß Utopien auch Ideologien gebären und daß Ideologien eigentlich mehr schaden als nützen, weil sie Gesellschaft und Menschen entzweien. Gut, so kompliziert sind die Dinge. In dieser Zeit, als selbst hinter einem schwarzen Rahmen der Verdacht lag, es könnte ein symbolischer Ausdruck sein – also da meint er ja sicher auch was damit, wenn er ein Bild schwarz rahmt -, in diesen sensiblen oder, sagen wir mal, hysterischen Zeiten wurden solche Sätze in einer Konzeption auch geprüft, was meint er, was steckt dahinter.

hochschule ost: Ich finde es allerdings kurios, daß es zur Konzeption des Werkes eine sehr intensive Diskussionsrunde gab, doch das Beratungsgremium sich dann nicht noch einmal zusammengefunden hat, als das Bild fertig war.

Ebersbach: Das war dann die Abnahme. So liefen Projekte ab. Man reicht ein Ideenprojekt ein, das war bei mir sehr ausführlich mit Modell beim Rat des Bezirkes. Dann kommt das Ausführungsprojekt, dort wird entschieden oder verhandelt, wo das hinkommt. Und dann kommt die Abnahme, die Endabnahme. Insofern war es ein ganz normaler Ablauf, wie ich das von der Messe her auch kannte. Nur die ganze Unruhe, die es zwischendurch gab und plötzlich der Hammer, wo immer der herkam, das hat das ganze Ding kompliziert.

Behrends: Zu der Frage, ob es danach noch studentische oder andere Diskussionen gegeben hatte, da muß ich ganz einfach gestehen: Mir haben die Diskussionen gereicht, die nach der Fertigstellung von Tübkes Wandbild geführt worden waren, und die ich nicht wiederholen wollte und nicht wiederholen will. Daß da irgendwelche Gruppen auftreten und sagen, so sind wir nicht und das Bild entspricht uns nicht, so etwas wollte ich mit niemandem wieder führen. Es hat auch niemand gefordert und gewollt. Sie haben sich das Bild selber angesehen und gut.

hochschule ost 1/1998

Ebersbach: Aber der Titel hängt heute nicht mehr drunter: „Antiimperialistische Solidarität“. Das ist jetzt neutral.

Behrends: Aber was Peter Guth in der Anmerkung 734 in seinem Buch „Wände der Verheißung“ schreibt, das stimmt nicht. „Bei der offiziellen Bildabnahme durch den Rat des Bezirkes und Künstlerkollegen wurde die Universität überstimmt. Für den Mechanismus ist interessant, daß der Rat des Bezirkes die Universität zwingen konnte, das Bild aufzuhängen.“ Das ist schlicht und einfach falsch. Er war nicht dabei. Ich habe es nachvollzogen. Am 21. Dezember haben wir das Bild übernommen und damit war die Sache abgetan. Also das ist zu korrigieren, sollte es eine zweite Auflage geben.

Ebersbach: Da müssen wir ihn fragen, meiner Meinung nach war er dabei. Und „überstimmt“, gut, wenn Herr Rathmann zum Schluß selbst den Schwanz einzieht und seine Prorektoren vorschickt...

Behrends: Der Rat des Bezirkes hat die Universität zu keinem Zeitpunkt zu irgend etwas gezwungen. Im Gegenteil, er hat uns über Hartmut Klopsch gefragt, ob wir Interesse entwickeln können.

Ebersbach: Das bezieht sich sicher auf die öffentliche Verteidigung. Wenn die Legende stimmt – lassen wir es mal unter Legende laufen –, „das kommt runter, das Bild und wenn ich das mit dem Hammer mach“, dann ist das vielleicht eine Überziehung der Tendenz, daß das Bild trotz Widerständen an der Universität geblieben ist oder in die Universität gekommen ist. Dann müssen wir es so sehen.

hochschule ost: Zur Tendenz der Diskussion hatten Sie gesagt, der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Herr Professor Piazza habe sozusagen ganz neutrale Einleitungsbemerkungen gemacht.

Behrends: Das Bild ist weder unter Druck zur Universität gekommen, noch trotz Widerständen bei ihr verblieben. In der Diskussion hat Herr Ebersbach dann sein Bild verteidigt, sehr engagiert, sehr kompliziert. Er wollte sein Bild in geschichtsphilosophische Zusammenhänge erheben, und dann ist man ihm ins Wort gefallen: „Halt die Klappe...!“

hochschule ost: Öffentlich?

Behrends: Naja, Herr Heisig ist da nicht zu bremsen.

hochschule ost: Gab es kontroverse Meinungen in dieser öffentlichen Verteidigung?

Behrends: Es gab zum Beispiel, soweit ich mich erinnere, Nachfrage nach dieser Galerie der Köpfe. Warum der und jener. Aber das ist natürlich normal, wenn ich dort Gagarin male oder Angela Davis, die ja damals nicht auf der Verliererstrecke waren.

Ebersbach: Das ist die obere Ebene, die der Sieger, der möglichen Sieger.

Behrends: Naja, die möglichen Sieger, von denen wir wissen, daß sie bald, also sehr bald weg und echte Verlierer waren und nicht die Verlierer, die Sie unten als Stein gemalt haben. Das Bild ist heute aus ganz anderer Perspektive ebenso spannend, wie es 1977 spannend war.

hochschule ost: Also die Nachfragen waren ganz konkret, zu ganz konkreten Bilddetails, aber keine offenen Polemiken?

Ebersbach: Also ich weiß das nicht mehr, vielleicht können Sie mir da helfen. Mir war dann auch wie bei jeder Prüfung schwarz vor Augen und ich habe dann eben meine Sachen abgelassen, von denen ich glaubte, die müßten bekannt gemacht werden. Sicher auch zur Ästhetik und zur Malform. Warum ich also diese Form gewählt habe, die Ruppigkeit, weil man damit Lebendigkeit herstellt und sich nicht nur eine Illustration ergibt. Und auch solche Inhalte, die für mich wichtig gewesen sind, Auseinandersetzung mit dem „Prinzip Hoffnung“. Da weiß ich genau, wo die Kritik auch angekommen ist, daß ich mich lieber mit Lenin beschäftigen sollte.

hochschule ost: Das war vor der Kommission, der Hinweis auf Lenin?

Ebersbach: Ich habe es dann auch aufgegeben, nach diesen vielen Enttäuschungen, Bilder mit gesellschaftlicher Relevanz zu machen. Ich habe eine Kehrtwendung gemacht, habe mich selbst definiert als die kleinste Gesellschaft und habe eine existentialistische Position eingenommen, habe alles über *mich* erklärt: „Ich bin die Welt“. Ich habe alle Energien nach innen gerichtet. Da habe ich einen neuen Ansatz gefunden, das hat mich eigentlich erst bekannt gemacht im Westen. Da gab es dann Anerkennung, die ich im eigenen Land nicht gefunden habe, Ausland war das damals, Bundesrepublik, noch weiter weg.

hochschule ost: Aber mit Ihrem Bild identifizieren Sie sich noch?

Ebersbach: Nach wie vor. Natürlich. Dazu bekenne ich mich. Auf meinem Entwicklungsweg gibt es viele Irrungen und Wirrungen, zu denen bekenne ich mich. Zu den guten Versuchen, auf die ich auch gerne wie-

der zurückkomme, die ich auch gerne zeige, stehe ich. Irrungen und Wirrungen sind ein System, mit dem ich damals groß geworden bin, und ich als Subjektiver, als Individuum, Sie wissen ja, das hat eine Vorgeschichte: Der Künstler in der Gesellschaft, was ist das. Da gab es frühe Diskussionen, da habe ich viel Ärger gehabt mit einem Selbstbildnis mit Freunden. Ich habe das dann verbrannt. Da wurde diskutiert „Vom Ich zum Wir“. Die Kollektivgeschichte. Und ich habe es genau umgekehrt gemacht, „Vom Wir zum Ich“. Daß sich da Kollisionen ergeben mußten, ist klar.

Behrends: Was mich dann mit dem Bild noch danach beschäftigt hat: 1980 produzierte der Seemann-Verlag ein Buch über die Kunstschatze der Karl-Marx-Universität. Unter den Gemälden wollte ich dieses Bild aufgenommen haben. Ich habe einen Text geschrieben, habe auch Fotos herstellen lassen. Da hat mir dann der Herr Keil, der Verlagschef vom Seemann-Verlag, am 7. Mai 1980 geschrieben: "Das Werk 'Antiimperialistischer Widerstandskampf und internationale Solidarität' wurde in Absprache mit dem Herausgeber Professor Ullmann ersatzlos gestrichen. Das Übergewicht an zeitgenössischer Kunst wäre noch stärker geworden." Das war nun wirklich der einzige Eingriff, den ich erfahren habe, daß hier also ein Kollege, noch dazu von der Universität, sagte, nein also das brauchen wir nicht. Es war schon merkwürdig. Es wäre nämlich das einzige wirklich zeitgenössische Bild gewesen in dem Band, deshalb wollte ich es gern drin haben. Das war 1980 aber offenbar noch etwas zu früh.

Das Gespräch führte Monika Gibas.

Erziehungsbilder – Wandmalereien an Hochschulen der DDR diesseits und jenseits der Staatsbürgerkunde

Martin Schönfeld
Berlin

1. Vom Erziehungsgedanken zum Erziehungsstaat

Der Nationalsozialismus hatte durch seine gewalttätige Politik in erschreckender Weise die Demokratieunfähigkeit breiter Bevölkerungskreise und einen Mangel an moralischem Gefühl und Ethik zutage gefördert. Mit der Befreiung Deutschlands von diesem bislang einmaligen Terrorsystem wurde die demokratische Neubildung der deutschen Gesellschaft zur dringenden Aufgabe. Die Westalliierten prägten das Schlagwort der „Reeducation“. In diesem Sinne forderten in den ersten Nachkriegsjahren deutsche Philosophen und Erziehungswissenschaftler eine „Umstimmung des Volkscharakters“ (Otto Friedländer 1945), eine „Versittlichung“ (Wilhelm Flitner 1945) oder eine „reinigende Umschmelzung“ (Karl Jaspers 1945). Johannes R. Becher, der spätere erste Kulturminister der DDR, hatte 1946 eine von ihm verfaßte Schrift unter den programmatischen Titel der „Erziehung zur Freiheit“ gestellt. Becher sprach von einem kollektiven Wandlungsprozeß als entscheidender Grundlage einer neuen Gesellschaft. Eine wesentliche Rolle sollten dabei die Literatur und die Dichtung spielen.

Zur allgemeinen geistigen Erneuerung hatte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Kulturoffiziere eingesetzt. Sie waren mit der deutschen Kultur sehr vertraut und bauten ihre Hoffnungen zu einer moralischen Erneuerung der Bevölkerung auf eben deren klassischen Werke. Noch in den Trümmern und notdürftig wiederhergestellten Veranstaltungsorten fanden die ersten Theateraufführungen und Musikveranstaltungen statt. Auch im Ausstellungswesen drängte die SMAD auf baldiges Engagement, so daß bereits 1946 die ersten großen überregionalen Ausstellungen in Berlin und Dresden stattfinden konnten. Die von der SMAD eingesetzte Deutsche Verwaltung für Volksbildung forcierte ihrerseits die Reform des öffentlichen Schulwesens. In der SBZ wurde 1946 die Einheitsschule eingeführt, die bildungspolitisch als ein großer Fortschritt hin zu einer Demokratisierung des Bildungswesens gewertet wurde.

Die kulturpolitische Linie der SMAD blieb nicht ohne Folgen für die von ihr besonders protegierte politische Kraft: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) stellte in ihren ersten kulturpolitischen

Programmen nicht weniger die erzieherische Bedeutung der Kunst und Kultur heraus. Fortschreitend bestimmte sie die wesentliche Aufgabe der Kunst als ein Mittel zur Bewußtseinsbildung der Bevölkerung. Schauspiel, Musik, Literatur und die bildende Kunst sollten auf die Öffentlichkeit einwirken und die von der SED formulierten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen vermitteln. Spätestens mit der Staatsgründung der DDR bestimmte sich die Aufgabe der bildenden Kunst als eine politisch-propagandistische. Die Partei beanspruchte für sich die Rolle eines kollektiven Erziehers der Öffentlichkeit, und somit sah sie sich gerechtfertigt, die Kunst als ein Medium in diesem umfassenden Erziehungsverhältnis zu nutzen. Die allgemeine politische Erziehung zur Volksdemokratie zielte auf Überzeugungsarbeit, und zu diesem Zwecke sahen die SED und ihre Funktionäre die Instrumentalisierung der Künste als gerechtfertigt an.

2. Künstlerischer Aktivismus

Mit den von der SED erhobenen Forderungen an das Schaffen der bildenden Künstler zeigten sich breite Teile der Künstlerschaft einverstanden. Bereits seit 1946 hatten sich besonders in Berlin und Dresden Arbeitsgemeinschaften der in der SED organisierten bildenden Künstler formiert. Sie griffen die Ideen einer sozialpolitisch engagierten Kunst aus den 20er Jahren auf. Sie wollten sich mit ihren Werken an der Demokratisierung der Gesellschaft aktiv beteiligen. Der Künstler sollte nicht mehr isoliert in seinem eh nicht mehr vorhandenen Atelier arbeiten. Er sollte statt dessen in der Öffentlichkeit stehen und die beklagte „Entfremdung“ zwischen Kunst und Publikum aktiv überwinden.

Die geforderte gesellschaftspolitische Inanspruchnahme der Kunst weckte unter den Malern den Drang zu einem künstlerischen Aktivismus. Der am gesellschaftlichen Aufbau aktiv beteiligte Künstler wurde zum neuen Leitbild. Seine Werke sollten ein Teil der Öffentlichkeit sein und nicht nur in den Salons feiner Ästheten hängen.

Die Maler erhoben das Wandbild, das direkt *al fresco* oder *al secco* auf die verputzte Wandfläche aufgemalte Bild, zur „Forderung unserer Zeit“ (Alice Lex-Nerlinger 1948). Das Wandbild entsprach der gesellschaftlichen Demokratisierung als ein demokratisches, weil allen Bevölkerungskreisen zugängliches Bild. Die Künstler verwiesen auf die Maleereien der mexikanischen Muralisten Rivera, Orozco und Siqueiros, die ihnen direkter Anstoß und Anregung waren. Der künstlerische Elan und sein gesellschaftspolitischer Wille fanden ihren Ausdruck in einer Reihe von Wandbildgestaltungen, die seit 1948 entstanden sind.

Viele dieser Werke der frühen Wandbildbewegung in der DDR fielen nachfolgend dem Formalismus-Verdikt zum Opfer und sind heute nicht

mehr erhalten.¹ Die der Wandmalerei eigenen stilistischen Vereinfachungen wurden zum Vorwand einer kunstpolitischen Kampagne genommen. Anhand der Wandmalereien führte die Partei der Öffentlichkeit und den Künstlern vor, daß in der bildenden Kunst formale Abstraktionen nicht geduldet wurden.

Entstanden die Wandmalereien zunächst noch aus einem spontanen Aktivismus der Künstler heraus, so wurde mit der Staatsgründung der DDR der künstlerische Elan in „geordnete“, gesetzliche Bahnen gelenkt.

3. Institutionalisierung

Während die erste Kulturverordnung der SBZ vom 31.3.1949 noch keine konkreten Vorgaben für den öffentlichen Kunstauftrag nannte, sah die zweite Kulturverordnung vom März 1950 vor, daß ein bis zwei Prozent der Investitionssumme eines jeden öffentlichen Bauvorhabens für die künstlerische Ausgestaltung von Verwaltungs-, Schul- und Sozialbauten bereitgestellt werden sollten. Sie machte die künstlerische Ausgestaltung mit einer „volksnahen und realistischen“ Kunst zur offiziellen Vorgabe. Mit der „Anordnung über die künstlerische Ausgestaltung von Verwaltungsbauten“ wurde 1952 das Auftragsverfahren dahingehend geregelt, daß eine zentrale Staatliche Auftragskommission und entsprechende bezirkliche Gremien für die Durchführung und Begutachtung des jeweils zu schaffenden Werkes verantwortlich waren.

Diese Institutionalisierung des künstlerischen Auftrages sicherte den Künstlern öffentliche Gelder, auf die sie angewiesen waren, hatte doch der Staat den privaten Kunsthandel weitgehend eingeschränkt und den Künstlern damit eine wichtige Lebensgrundlage genommen. Gleichzeitig waren damit die Aufträge eingebunden in ein System regulierender und kontrollierender Instanzen, die der Künstler und sein Werk von der Idee bis zur Ausführung durchlaufen mußte. Das gab den nachfolgend in reicher Zahl entstandenen Auftragswerken den Charakter von Konsens-Gestaltungen, die die Zustimmung der unterschiedlichsten Kommissionen und Betrachter finden mußten. Die Wandmalereien, die in den Hochschulbauten der DDR gestaltet wurden, zählen somit zu den indirekten Herrschaftszeichen des vergangenen Staates. Sie waren Bestandteile eines real gewordenen ideologischen Konstruktes und haben das Leben der einzelnen Individuen mit eingefaßt. Diese Wandmalereien sind auch heute noch Spiegelbild der damals dominanten kollektiven Konzepte.

¹ Vgl. Martin Schönfeld: Das „Dilemma der festen Wandmalerei“ – Die Folgen der Formalismus-Debatte für die Wandbildbewegung in der SBZ/DDR 1945-1955, in: Kunstdokumentation SBZ/DDR 1945-1990, hrsg.v. Günter Feist, Eckhart Gillen, Beatrix Vierneisel, Köln 1996, S. 444ff.

4. Erziehungsbilder

Mit der Bildungsreform verband sich seit Beginn der 50er Jahre ein großzügiger Auf- und Ausbau von Erziehungseinrichtungen. Dazu gehörten in großer Zahl Kindergärten, Grund- und Oberschulen, Erziehungsheime, Fach- und Hochschulen, Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, Forschungsinstitute und fortschreitend Verwaltungsschulen und Parteischulen. Zu den auszumückenden Gebäuden gehörten nicht nur die Unterrichtsräume, sondern auch die Verwaltungstrakte oder die dazugehörigen Sozialgebäude wie Studentenwohnheime. Bei geringen zur Verfügung stehenden Investigeldern beschränkte sich die Ausstattung zumeist auf den Ankauf einiger Landschaftsaquarelle oder sonstiger Genreszenen. Die Universitätsneubauten waren jedoch Investitionsmaßnahmen von großem Umfang, so daß die dabei anfallenden Beträge für eine künstlerische Ausgestaltung oftmals auch teure bildhauerische Arbeiten und Wandmalereien ermöglichten. Nur zu verständlich ist es, daß, im Unterschied zu den eher dekorativ gedachten Bildankäufen, bei einem Wandbild großer Wert auf die inhaltliche Aussage eines solchen Werkes gelegt wurde. Diese Arbeiten verliehen den Hochschulräumen ihre bildungspolitische Programmatik und gesellschaftspolitische Bedeutung.

Berufliche Perspektiven

Ein besonderer Schwerpunkt in der Bildungspolitik der SBZ und nachfolgenden DDR stellte die Öffnung der Hochschulen für bislang benachteiligte Gesellschaftsschichten dar. Zu diesem Zwecke wurden gleich in den ersten Nachkriegsjahren „Vorstudienanstalten“ eingerichtet, die ihre Studenten zum Abitur führten. Mit der Staatsgründung der DDR wurden sie in „Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten“ (ABF) umbenannt. Die ABF sollten den Arbeiterinnen und Arbeitern den Weg an die Hochschulen eröffnen. An die Stelle der traditionellen bildungs- und beamtenbürgerlichen Intelligenz sollte eine eigene, parteitreue Gefolgschaft treten und die Elite des neuen Staates verkörpern. Zur Eröffnung der Leipziger ABF sprach Bruno Leuschner am 28. Oktober 1949 diesen Gedanken offen aus:

*„Die Arbeiter- und Bauern-Kinder repräsentieren nicht ihre eigene Person, sondern sie vertreten ihre Klasse. Das deutsche Volk erwartet von ihnen, daß sie besondere Leistungen vollbringen. Sie sollen helfen, eine Wissenschaft zu formen [!], die bereit ist dem Volke freiwillig und mit Freude zu dienen.“*²

An genau diesem Ort, in der Aula der Leipziger ABF, schuf im Frühjahr 1950 der Leipziger Künstler Walter Münze einen Wandbildzyklus von elf Darstellungen beruflicher Tätigkeiten.³ Der Besucher blickt beim

² *Leipziger Volkszeitung*, 29.10.1949.

³ Seine Wandmalereien verdeckten einen Aschenbrödel-Wandbild-Zyklus aus dem

Betreteten des Saales auf die sieben Darstellungen der Ostwand, die Szenen aus dem Arbeits- und gesellschaftlichen Leben der „schaffenden Intelligenz“⁴ vorstellen und die beruflichen Ziele umschreiben: Der Betriebsleiter bei der Erläuterung des Wirtschaftsplanes, zwei Agrarwissenschaftler, eine Lehrerin mit ihren Schülern, der Kinderarzt in seiner Praxis und schließlich eine junge Familie auf dem Weg zur Maidemonstration. Dem Haupteingang direkt gegenüber ist das größte Bild angebracht, das dem sowjetischen Typus des „Konferenz-Bildes“ entspricht.⁵ Offensichtlich handelt es sich hier um eine internationale Konferenz, symbolisiert durch einen an den Präsidiumstisch herantretenden Vertreter Afrikas und eine im Hintergrund hängende Weltkarte. Die administrative, politische, internationale Arbeit wird durch Bildform und Bildgröße besonders hervorgehoben. Wollte der Student den Saal verlassen, so betrachtete er an der Westwand vier Darstellungen der Arbeitswelt, die auf seine Herkunft in der Landwirtschaft und Industrie verwiesen: Die Reparatur einer Lokomotive, Landarbeiter am Traktor, Schmelzer im Stahlwerk und schließlich das Bild zweier Hauer im Bergwerk, welches das bekannte Pressephoto des ersten Aktivisten der DDR, Adolf Hennecke, malerisch variierte. Der berufliche Weg des ABF-Studenten erhielt in der antithetischen Struktur des Bildprogramms seine Gestalt. Herkunft und berufliches Ziel wurden diesem beim Betreten und Verlassen des Raumes vorgestellt. Von den Arbeitern und Bauern sollte der Weg des Einzelnen zur Leitung des Arbeiter-und-Bauernstaates führen.

Abseits von den in der Leipziger ABF geschilderten sozialistischen Karrieremodellen gestaltete der Berliner Künstler Arno Mohr in seinem Wandbild „Der Wendepunkt“ 1955/1956 im Foyer der Aula der Kunsthochschule Berlin-Weißensee sein persönliches Bekenntnis über die Aufgabe des bildenden Künstlers in der sozialistischen Gesellschaft. In drei Szenen gibt Mohr einen marxistischen Rückblick auf die jüngere Geschichte: Kapitalismus, symbolisiert von den geplagten Landarbeitern, und Sozialismus, verdeutlicht durch die Bildszene der Landaufteilung, werden einander antithetisch gegenübergestellt. Im Bildzentrum steht Karl Marx für den „Wendepunkt“ der geschichtlichen Entwicklung.⁶ Am rechten Bildrand variierte Mohr das von ihm 1951 geschaffene Ölgemälde „Landaufteilung“, doch mit einem wichtigen Unterschied: Als Bezug

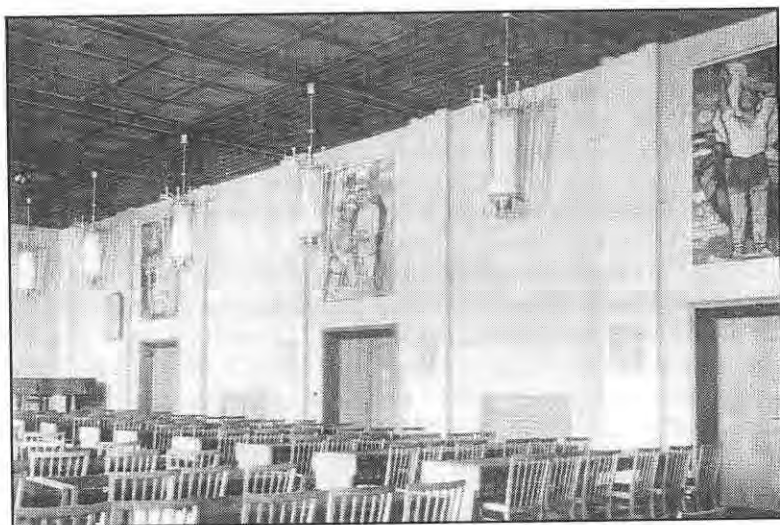
19. Jahrhundert. Nähere Angaben dazu in: Peter Guth: *Wände der Verheißung*, Leipzig 1995.

⁴ *Leipziger Volkszeitung*, 18.7.1950.

⁵ Es zeigt überraschende kompositionelle und motivische Übereinstimmungen mit dem Bild „Das Parteikomitee der Fabrik“ von Ivan Lukomskij (1937).

⁶ Dabei hat Arno Mohr das wesentliche Schema seiner Komposition und einzelne Motive – so die verweisende Armhaltung des Mannes rechts neben Marx – aus dem Fresko „Klassenkampf der Neuzeit“ (1935) von Diego Rivera übernommen.

zum Anbringungsort des Wandbildes wird die Darstellung durch einen das historische Geschehen der Bodenreform schildernden Künstler erweitert. Er steht mit Palette und Staffelei nicht isoliert im Atelier, sondern mitten unter den Landarbeitern und ist im Begriff, das Leben der Menschen und ihre Arbeit im Bilde festzuhalten. In der Kunsthochschule mußte diese Szene über Arno Mohrs persönliches Bekenntnis hinaus einen programmatischen Charakter erhalten und den angehenden Künstlern das Leitbild des aktiv in seiner Gesellschaft schaffenden Künstlers vorstellen. Allerdings ist auf dem Wandbild die Leinwand des Künstlers noch weiß. Mohr ging es nicht um eine Stellungnahme hinsichtlich der künstlerischen Form, sondern um eine Bestimmung des Standortes des Künstlers in seiner Gesellschaft.



Wilhelm Lachnit: Wandbilder im Festsaal der ehemaligen Arbeiter- und Bauernfakultät der Technischen Universität Dresden (Weberplatz), 1954

Staatsbürgerkunde

„Erziehung zum Staatsbewußtsein in Verbindung mit Verkehr und Technik“ lautete das Thema des Wandbildes, das die beiden Dresdner Künstler Erich Gerlach und Alfred Hesse 1954 im Foyer des Hörsaals der

hochschule ost 1/1998

Dresdner Hochschule für Verkehrswesen schufen.⁷ Die „Erziehung zum Staatsbewußtsein“ erhielt Gestalt in der Figur Wilhelm Piecks, um den sich die Professoren und Studenten zu einem Vortrag versammelt haben. Und auch die seitlich dargestellten Arbeiter und Arbeiterinnen unterbrechen ihre Beschäftigung und erweisen dem Präsidenten ihre Achtung.

Der Student, der täglich den Hörsaal aufsucht, vollzieht dabei die Bewegungsrichtung der Gestaltung optisch nach. An den seitlichen Wänden der Treppenläufe kann er die Stahlwerker, Maurer, Straßenarbeiter und Landvermesser sehen, die mit ihren Gesten auf die Bildmitte verweisen und somit die unterschiedlichen Szenen des Wandbildes verknüpfen. Hat er das obere Foyer mit dem Bildzentrum des dozierenden Präsidenten erreicht, so sieht er diesen als einen ruhig argumentierenden, rational und durch Einsicht überzeugenden Redner und eben nicht als einen charismatischen, die Massen mobilisierenden Agitator, wie sich beispielsweise die Gestaltung Lenins in der sowjetischen Malerei eingebürgert hatte. Wilhelm Pieck überragt zwar seine Zuhörerschaft, ist jedoch eher ein *primus inter pares*. Das Wandbild will Achtung, Zustimmung und Sympathie für den Präsidenten des Landes stiften. Mit seiner Person sollte die von ihm vertretene Idee, die Schaffung einer sozialistischen Volksdemokratie, beim täglichen Gang in den Hörsaal Akzeptanz finden. „Staatsbewußtsein“ gelangte in dem Gedanken der Ehrfurcht gegenüber den Vertretern des Staates zur Anschauung. Und selbst die Professoren ordneten sich auf dem Wandbild dieser staatspolitischen Lektion ein und erkennen den Staatspräsidenten als den obersten Erzieher der Gesellschaft an.

Forschung und Lehre

Die schlichte Darstellung des Unterrichts an den Hochschulen gelangte nicht weniger zur Ausführung, auch wenn die thematische Aufgabengestaltung auch hier den gesellschaftspolitischen Bezug suchte. Für die drei von Wilhelm Lachnit 1954 im Fest- und Lesesaal der ABF Dresden geschaffenen Wandbilder lauteten die Themen:

- a) *Studentische Jugend im Familienkreise in deutscher Landschaft,*
- b) *Junge Geologen in ihrer Verbundenheit mit der alpinen Natur,*
- c) *Erholungssuchende an der See, wie sie die Beziehung zu werktätigen Fischern aufnehmen.*⁸

Diesen Vorgaben entsprechend zeigen Lachnits drei Wandbilder die Szene einer jungen Familie beim Picknick im Walde, vier junge Männer, die einen Berggipfel erklommen haben und nicht nur die Gesteinsformationen studieren, sondern auch den Ausblick genießen, und schließlich

⁷ Karl Kröner: Gutachterbericht, 29.12.1954, in: Archiv der TU Dresden, Künstlerischer Beirat Nr. 6.

⁸ Karl Kröner: Gutachterbericht, 11.12.1954, in: Archiv der TU Dresden, Künstlerischer Beirat Nr. 6.

hochschule ost 1/1998

Studenten, die sich am Strand von einem Fischer die Physiognomie eines Fisches erklären lassen.

Doch nicht nur diese naive Schilderung des studentischen Lebens scheint den programmatischen Themenstellungen förmlich entgegen gesetzt zu sein. In der Formensprache wählte Lachnit einen simplifizierenden, naiven Figurentyp und einen flächigen Farbauftrag, die an die klassische Strenge der Gestaltungen Karl Hofers erinnern. Kräftige Farben unterstreichen die nicht minder dekorativen Ambitionen des Künstlers.

Ein solches Maß expressiver Vereinfachung rief die Hüter des sozialistischen Realismus auf den Plan. Trotz aller heftigen Diskussionen im Dresdner „Supraportenstreit“ verhinderte die allmähliche kunstpolitische Liberalisierung eine Übermalung der Gestaltungen.

Weitaus didaktischer stellte Johannes Wagner 1962 die „Physiologische Chemie in Forschung und Lehre“ im Institut für Physiologische Chemie der Universität Halle dar. Im Zentrum des triptychonal gestalteten Wandbildes stehen die Chemiker im Labor. Offensichtlich suchen sie in der praktischen Arbeit den experimentellen Nachweis der Substanzen und die Zusammensetzung der Stoffe zu ergründen, deren chemische Formeln und Strukturmodelle im linken Bildflügel angedeutet werden. Dabei stellt Wagner den lebenden Menschen, verkörpert von einer weiblichen Aktfigur, in das Zentrum der schwebenden Formeln und verleiht der Lehre und Forschung eine betont humanistische Bedeutung, die im rechten Bildflügel, der Darstellung einer jungen Familie bei der Obsterte, wiederholt wird. Der Wissenschaftler soll seine Arbeit von Forschung und Lehre in Verantwortung gegenüber dem menschlichen Leben ausführen.

Ein vergleichbar humanistisch geprägtes Ausbildungsziel beschrieben Max Gerhard Uhlig und Friederike Schubert 1953/54 in zwei Wandbildern im Hörsaal des Anatomischen Institutes der Universität Leipzig. Während auf dem hörerseitig linken Bild das Studium anhand von Motiven der Mikroskopie und einer klassischen anatomischen Vorlesung geschildert wird, gelangte im rechten Bild die Operation zur Ansicht. Die Ausbildung und die künftige Berufsaufgabe wurden so einander gegenübergestellt. Einzelne Details der beiden Wandbilder akzentuieren das ethische Ziel der Ausbildung. Im linken Bild kann ein verdecktes Gerippe als Motiv des Sieges über den Tod gelesen werden. Das rechte Bild stellt in dem einleitenden Motiv einer Genesenden den helfenden Wert der Operation heraus.

Gesellschaftsbilder

Der Leipziger Künstler Werner Tübke schuf 1972/73 für das Leipziger Rektoratsgebäude das Wandbild „Arbeiterklasse und Intelligenz“. Sein Werk gehört zu den – besonders in den vierziger und fünfziger Jahren

dominant gewesenen – „Einheitsbildern“, die den geforderten gesellschaftlichen Konsens der unterschiedlichen Klassen und beruflichen Schichten demonstrativ herausstellten.⁹ Doch verzichtet Tübke auf die traditionellen Symbole wie etwa den freundschaftlichen Händedruck der sich begegnenden Berufsgruppenvertreter. Dafür gestaltet sich in seinem Werk das Zusammenleben von Arbeiterklasse und Intelligenz als ein bewegtes Gesellschaftspanorama der Stadt Leipzig.

Zwischen den diskutierenden und lauschenden Studenten befinden sich die wichtigsten Persönlichkeiten der Hochschule: der Altrektor Mayer, der Leiter des Rechenzentrums der Universität und die sechs Dekane der Hochschule. Und auch im rechten, der Arbeiterklasse vorbehaltenen Bild Drittel, vertreten von Bauarbeitern, die gerade die Spitze des Universitätshochhauses errichten, haben sich die institutionalisierten Vertreter der Arbeiterklasse postiert. Porträtiert wurden der damalige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig Paul Fröhlich, der Vorsitzende des Rates des Bezirkes und der damalige Oberbürgermeister der Stadt. Doch die in der programmatischen Titelstellung postulierte Illusion einer Einheit der gesellschaftlichen Schichten kommt nicht zustande. Die Gestaltung verharrt in einem passiven Nebeneinander, und so muß die gesellschaftliche Einheit förmlich scheitern. Denn außer kompositionellen Bezügen und das Einpassen von Gelenkfiguren, die beide Gesellschaftsbereiche miteinander verknüpfen, gibt es keine weiteren Bezüge der Berufsgruppen zueinander. Dabei ist es ausgerechnet der Künstler, der diese beruflichen Bereiche jeweils überschreitet. Genau auf der Trennungslinie zwischen beiden Sphären stehend, beugt er sich zu seiner Frau und seinen Kindern. Offensichtlich kann diese Position des Künstlers als ein Selbstbekenntnis betrachtet werden, zwischen den gesellschaftlichen Schichten der Arbeiterklasse und der Intelligenz stehend, beide in sich verkörpernd und doch nicht direkt dazugehörend.

In dem Wandbild Werner Tübkes wirkt die offensichtliche Beziehungslosigkeit wie ein unverhoffter Einbruch der Wirklichkeit in das Werk und legt damit die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit offen.

5. Jenseits der Doktrin

Die Wand-Raum-Bild-Installation „Antiimperialistische Solidarität – Widerstandskampf“, von Hartwig Ebersbach 1978 gestaltet und im Foyer des Hörsaalbaus der Leipziger Universität (Eingang Hörsaal 14) angebracht, ist gewissermaßen ein Gegenwerk zu dem manierten Gesell-

⁹ Vgl. z.B. das Wandbild von Max Lingner am Berliner Haus der Ministerien 1952/1953. Eine ausführliche Darstellung der Entstehungsgeschichte des Wandbildes von Werner Tübke in Eduard Beaucamp: Werner Tübke – Arbeiterklasse und Intelligenz, Frankfurt/Main 1985

schaftspanorama von Werner Tübke: Es enthält nichts von feiner *peinture*, sondern kehrt den malerischen Gestus heraus. In diesem Sinne ist es auch kein klassisches Wandbild. Es strebt mit seinen bogenartigen Flügeln in den Raum. Nicht nur die Malerei ist Gestus, sondern auch das Bild als Objekt mutiert in seiner Anordnung zu einer gestischen Form. Ziel des Künstlers ist es, „Widerstandskampf“ und die „Antiimperialistische Solidarität“ zu einem Bild der Aktion, der konkreten Tat werden zu lassen. In dem von Ebersbach vollbrachten schöpferischen Akt wird der aktive Widerstand bei der Gestaltung der Porträtbilder einzelner Widerstandskämpfer förmlich nachvollzogen. Die Identifikation der einzelnen historischen Personen tritt gegenüber dem malerischen Akt zurück.

Das Bild von Hartwig Ebersbach ist keine trockene Vorstellung einer politischen Programmatik, sondern vielmehr im ursprünglich aktivistischen Sinne ein Appell an den Betrachter, Solidarität und Widerstand zu leben. Über eine damit womöglich subversiv intendierte Bildaussage, eine an den Betrachter gerichtete unterschwellige Aufforderung zum Widerstand im autoritären Sozialismus, soll hier nicht spekuliert werden.

Trotz aller Programmatik mußte bereits am Ende der siebziger Jahre die individuelle Aussage des Künstlers nicht mehr der didaktischen Bildaufgabe geopfert werden. Eine freie Gestaltung überließ dem Betrachter Interpretationsmöglichkeiten. Die Programm-Malerei der 50er und 60er Jahre war damit überwunden und die bildliche Überzeugungsarbeit brauchte nun nicht mehr geleistet zu werden. Die vormals strengen Erziehungsbilder vermittelten dagegen noch feste gesellschaftspolitische Vorstellungen. Zumindest auf dem Wege der öffentlichen Bildpropaganda sollte Klassenbewußtsein und Loyalität gegenüber der Staatsmacht eingeübt werden. Die Erziehungsbilder vervollständigten den bereits vorgegebenen ideologischen Rahmen. Die moralische Integrität des Kunstwerkes sollte in ihrer optischen Spiegelung der gewünschten Verhältnisse dem Erziehungsstaat seine Absolution erteilen.

Die Wandbilder von Arno Mohr und Wilhelm Lachnit zeigen jedoch auch, daß innerhalb der offiziellen ideologischen Vorgaben gesellschaftliche und ästhetische Vorstellungen der Künstler überleben konnten, auch wenn die Künstler und ihre Werke deshalb mit heftiger Kritik öffentlich bestraft wurden. Von diesen beiden eigenständigen Positionen innerhalb des damals noch stalinistisch geprägten DDR-Sozialismus spannt sich ein bezeichnender Bogen zu der Arbeit von Hartwig Ebersbach, der beweist, daß Erziehungsbilder auch jenseits der Staatsbürgerkunde geschaffen werden konnten, wenn es denn den Willen der Auftraggeber und der Künstler dazu gab.

Martin Schönfeld, Kunsthistoriker M.A.,
Doktorand an der Freien Universität Berlin.

hochschule ost 1/1998

Zweierlei Maß

Kunst am Bogensee

Jörn Schütrumpf
Berlin

Anders als Görings „Karinhall“ in der Schorfheide und Hitlers „Berghof“ auf dem Obersalzberg überstand Goebbels Landsitz den Krieg weitgehend unversehrt.¹ Nördlich von Berlin, tief in den Wäldern bei Wandlitz am kleinen Bogensee hatte er im englischen

Landhausstil eine Villa samt Gebäuden für die Bediensteten und die SS-Wachmannschaften sowie – etwas abseits gelegen – ein Haus für seine Schwiegermutter errichten lassen. Ab Sommer 1944, als die Bombardements den Aufenthalt im Reichspropagandaministerium in der Berliner Wilhelmstraße immer gefährlicher machten, befand sich am Bogensee Goebbels' Hauptquartier – hier holten sich die „Schriftleiter“ wöchentlich die neuesten Sprachregelungen ab, im eigens eingerichteten Kinoraum begutachteten der Reichspropagandaminister und sein Anhang die Wochenschauen, mit denen der „Durchhaltewille“ der Bevölkerung gestärkt werden sollte.

1946 übergab die SMAD insgesamt 23 Schlösser und ähnliche Gebäude, darunter auch Goebbels' Landsitz, an die gerade gegründete Freie Deutsche Jugend. Diese Häuser waren nicht zur Erholung für von Krieg und Nachkrieg besonders drastisch betroffene Jugendliche gedacht; in ihnen hatte die Jugendorganisation Schulen einzurichten.² Diesen Schulen wurde ein hoher Stellenwert zugemessen, konnte sich die SED doch gerade unter Jugendlichen anfangs kaum auf Anhänger stützen.

Schon 1945 hatte die Besatzungsmacht angesichts eines Organisationsgrades der deutschen Jugendlichen am Ende der NS-Zeit von 95 Prozent ihren ursprünglichen Gedanken, in einer künftigen Jugendorganisation nur Mitglieder zu dulden, die nicht der Hitlerjugend angehört hatten, aufgeben müssen. 1946, nach der Gründung der FDJ, folgte nun der nächste Schritt. Da sich viele einfache Hitlerjungen und BDM-Mädchen verweigerten und an ihren NS-Ideen festhielten (vor allem an der These

¹ „Karinhall“ ließ Göring selbst in Schutt legen, während der „Berghof“ am 25. April 1945 durch die Royal Airforce zerstört wurde. – Ulrich Chaussy, Christoph Püschner: Nachbar Hitler. Führerkult und Heimatzerstörung am Obersalzberg, Berlin 1995, S. 7f.

² Ulrich Mählert: Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949, Paderborn u.a. 1995, S. 154.

hochschule ost 1/1998

vom „Übermenschen“), konzentrierte sich die SED nun auf deren Leitfiguren: das ehemalige untere Führungskorps von HJ und BDM.³

Bei der Umerziehung der Jugendlichen, nicht zuletzt der aktivistischen NS-Anhänger, spielten die Schulen der FDJ eine wichtige Rolle. Hier wurde ein wesentlicher Teil des Personals ausgebildet, mit dem in der Folgezeit die Schlüsselstellungen in der Gesellschaft erobert wurden.⁴ Gerade Angehörige der Jahrgänge 1927/28 bis ca. 1930, also jener Jahrgänge, aus denen der Kern der späteren DDR-Eliten hervorging, die das Land bis 1989 regierten,⁵ erlebten hier ihren Karrierestart in die Nachkriegszeit.

Zur zentralen Schule, zur „Jugendhochschule der FDJ“, avancierte Goebbels' letztes Hauptquartier. Nach Ulbrichts strategischer Wendung weg von einem gleichberechtigten Bündnis aller Hitler-Gegner und hin zu einer Versöhnung mit den „nationalsozialistischen Massen“⁶ im Zuge der Stalinisierung der SED wurden die Schulen, sowohl der SED als auch der FDJ, noch wichtiger. Denn ein zentrales Instrument bei der Eroberung der Gesellschaft waren die „Apparate“ (Partei, kommunale und staatliche Verwaltungen, Jugendorganisation, Gewerkschaft etc.), die nach 1948 massiv ausgebaut wurden; entsprechend stieg der Bedarf vor allem an jungen, von der Geschichte der deutschen Linken „unbelasteten“ Kadern, die mit einem entsprechenden Geschichtsbild motivierbar waren. Goebbels' Villa wurde zu klein, zusätzliche Baracken mußten errichtet werden.

Doch auch das reichte nicht. Deshalb erhielt Anfang der fünfziger Jahre die FDJ die Genehmigung, auf dem Gelände eine richtige Schulanlage zu errichten. Kurt Liebknecht und Hermann Henselmann legten im Politbüro Pläne für ein Ensemble vor, das – an der vorhandenen Bebau-

³ Diese Idee hatte der Jugendsekretär der sächsischen KPD, Robert Bialek, noch 1945 entwickelt und mit Zustimmung von Wilhelm Pieck zuerst in Sachsen erprobt. – Heinz Lippmann: Honecker. Porträt eines Nachfolgers, Köln 1971, S. 63f. Über das weitere Schicksal Bialeks siehe Michael Herms, Gert Noack: Der „Schlesierausschuß“ der VVN im Visier der SED-Führung (1946 bis 1952), hefte zur ddr-geschichte 47, Berlin 1997, S. 21f.

⁴ Ein Überblick zu dieser Problematik findet sich bei Mihai D. Gheorghiu: Die Schulen der Kommunistischen Parteien und ihr Erbe. Studie über die Ausbildung ehemaliger Eliten, in: Utopie kreativ, Heft 64, S. 77ff.

⁵ Nicht viel anders war die Entwicklung in der Bundesrepublik, nur daß hier diese Generation zum Teil heute noch an den Schalthebeln sitzt.

⁶ Walter (Ulbricht): Für die Versöhnung des deutschen Volkes, in: Deutsche Volkszeitung, Prag, 18. Oktober 1936, auch abgedruckt in: UTOPIE kreativ, H. 71, S. 32ff.; Jörn Schütrumpf: Versöhnung der antifaschistischen und nationalsozialistischen Massen: in ebd., S. 28ff.; ders.: „Besprechungen zwischen ehemaligen VVN-Kameraden ... dürfen nicht mehr stattfinden.“ Antifaschismus in der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hg.): Parteiauftrag: ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, München/Berlin 1996, S. 143ff.

ung orientiert – sich in die Landschaft einfügen sollte. Ulbricht verlor beinahe die Beherrschung:

„Es handele sich hier nicht um den Bau eines Erholungsheimes, sagte er, nicht um eine Feriensiedlung, sondern um eine Hochschule der Jugend, um ein Institut sozialistischer Erziehung, um ein Denkmal des Sozialismus. Das müsse sich auch im Baustil manifestieren. Ohne Rücksicht auf die Zeichnung der Architekten entwarf Ulbricht mit einem Rotstift auf dem Millimeterpapier griechische Tempel mit ionischen Säulen. Dabei entwickelte er seine grundsätzlichen Vorstellungen über sozialistische Architektur, entwarf ein Bild von neu entstehenden sozialistischen Städten, wies wiederholt auf das Projekt der Stalinallee hin, betonte das gigantische Vorbild der Sowjetunion.“⁷

In dieses Ambiente wurden mehr als dreißig Jahre später aus verschiedenen Hoch- und Fachschulen der DDR eine Reihe Kunststudenten eingeladen.⁸ Es stand der 40. Jahrestag der Existenz der Jugendhochschule, deren erster Lehrgang vom 22. Mai bis 6. Juli 1946 durchgeführt worden war, bevor. Der forumähnliche Platz mit Blockrandbebauung und Repräsentativbauten an den erhöht angelegten Stirnseiten war allerdings in den fünfziger Jahren nicht beendet worden. Ulbricht Vorgaben hatten die Kosten bis Ende 1952 schon auf das Dreifache der Planungen hochschnellen lassen – von den ursprünglich veranschlagten 6 Millionen DM hatte allein die Stukkateursarbeiten zweieinhalb Millionen verschlungen. Nun, in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, sollte die klaffende Lücke mit einem dem Stil des Platzes nachempfundenen Bau geschlossen werden; um die Patina, die sich auf die bestehende Anlage gelegt hatte und ihre Monstrosität noch verstärkte, vollständig zu beseitigen, reichten die Mittel hingegen nicht. Man beschränkte sich auf eine künstlerische Neugestaltung der Eingangsbereiche zu den Wohnbauten. Außerdem wurde für eine kleine Plattenbausiedlung eine Schneise in den Hochwald geschlagen.

Die Kunststudenten sollten sich an der Neugestaltung der Anlage beteiligen, denn Künstler, die schon fest im Beruf standen, waren für solche Aufträge kaum noch gewinnbar.⁹ In der Projektbeschreibung hieß es:

„Die Jugendhochschule 'Wilhelm Pieck' wird bis 1985 umfassend rekonstruiert und erweitert. Gleichlaufend dazu wird sie [...] bildkünstlerisch ausgestaltet. Der Ein-

⁷ Lippmann, S. 147.

⁸ Ausführlicher dazu Monika Flacke: „Junge Kunst im Auftrag“. Die „bildkünstlerische Ausgestaltung“ der FDJ-Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ in Bogensee, in: dies. (Hg.): Auf der Suche nach dem verlorenen Staat. Die Kunst der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Berlin 1994, S. 120f.; dies., Jörn Schütrumpf: Junge Kunst im Auftrag. Die Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“, in: Monika Flacke (Hg.): Auftragskunst der DDR 1949-1990, München/Berlin 1995, S. 343.

⁹ Zu den Schwierigkeiten, mit denen die SED-Führung schon in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zu kämpfen hatte, als es um eine Ausgestaltung des „Palastes der Republik“ ging, siehe: Bärbel Mann, Jörn Schütrumpf: Galerie im Palast der Republik, in: Auftragskunst der DDR, S. 245ff.

satz von Kunstwerken und die Realisierung einer einheitlichen Gestaltungskonzeption hat zum Ziel, die Erziehung standhafter, der Partei ergebener Funktionäre der FDJ sowie die Vertreter ausländischer Jugendorganisationen zu unterstützen und ihr ästhetisches Empfinden zu schulen. Ziel ist, die bildkünstlerische Ausgestaltung bis zum 22. Mai 1986, dem 40. Jahrestag der Schule, abzuschließen.“¹⁰

An der Ausschreibung hatten sich mehr als 100 Studenten verschiedener Hoch- und Fachschulen beteiligt¹¹ – Maler, Bildhauer, Grafiker, Keramiker, Innenarchitekten, Gebrauchsgraphiker, Fotografen, Textil-, Metall-, Email- und Holzgestalter. Für die einzelnen zu gestaltenden Bereiche der Jugendhochschule wurde ein Konzept entwickelt und mit den zuständigen Vertretern der Jugendhochschule durchgesprochen. Das besondere Augenmerk lag auf der Gestaltung des Innenhofes, während man in anderen Bereichen eher großzügig verfuhr: „In den Bereich des Appellplatzes sind Standort und Form der Wilhelm-Pieck-Ehrung so zu erarbeiten, daß eine spannungsvolle Gesamtanlage entsteht.“¹² Die Bilder, die für die Wohnhäuser, das Kulturhaus, die Schulungsräume usw. in Auftrag gegeben wurden, stellte man unter die Themen: „Revolutionäre Traditionen“, „Kommunistische Zukunft“ sowie „FDJ und Gegenwart“. Anders als bei vergleichbaren Aufträgen in der frühen DDR wurden den Künstlern keine großen Einschränkungen bei der Bildfindung auferlegt.

Wie zwei Mentoren der Studenten, die Malerin Jutta Damme und der Maler Bernhard Heisig, berichteten, wurden die Studenten nicht direkt von der FDJ angesprochen, sondern die Betreuung war den Lehrern überlassen.¹³ Zur Auswahl der Studenten, die sich am Projekt beteiligen durften, hieß es: „Die Aufgaben sind entspr. ihrer zentralen kulturpolitischen Bedeutung den leistungsstärksten FDJ-Studenten bzw. Diplomanden und Aspiranten zu übertragen und durch die jeweiligen Abteilungs-

¹⁰ Konzeption für die bildkünstlerische Ausgestaltung der Jugendhochschule 'Wilhelm Pieck'. Beschluß des Sekretariats des Zentralrates der FDJ, 28.6.1983, hrsg. vom Sekretariat des Büros am 1. Juli 1983, in: Bernd Ludewig: Erfahrungen und Ergebnisse aktiver gesellschaftlicher Auftragspolitik der FDJ, dargestellt am Beispiel des zentralen Jugendobjektes „Bildkünstlerische Ausgestaltung der Jugendhochschule 'Wilhelm Pieck'“, Diplomarbeit (Mschr.), Parteihochschule 'Karl Marx' beim ZK der SED, Berlin 1987, Anlage 1.

¹¹ Hochschule der Bildenden Künste Dresden, Kunsthochschule Berlin-Weißensee, Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle, Hochschule für Graphik und Buchkunst Leipzig, Fachschule für angewandte Kunst Schneeberg, Fachschule für angewandte Kunst Heiligendamm.

¹² Künstlerische Gestaltung der Jugendhochschule Wilhelm Pieck. Zentrales Jugendobjekt der künstlerischen Hoch- und Fachschulen. Konzeptionelle Beteiligung der Kunsthochschule Berlin, S. 3. Archiv Kuntzsch, Dietmar, Berlin. Dietmar Kuntzsch, Professor für Architektur an der Kunsthochschule Weißensee, war mitverantwortlich für die Innenhofgestaltung in Bogensee.

¹³ Gespräch Monika Flacke mit Jutta Damme, damals Professor an der Hochschule in Dresden, am 7.7.1994, und Bernhard Heisig, damals Professor an der Hochschule in Leipzig, am 8.7.1994.

leiter bzw. Leiter der Meisterklassen verantwortlich zu mentorieren.“¹⁴ Die Lehrer entschieden also über die Freiräume der Studenten. Die Mentoren selbst mußten sich auf unterschiedliche Weise auf das Projekt einlassen. Dietmar Kuntzsch, als Mentor für die Innenhofgestaltung mit der Wilhelm-Pieck-Ehrung zuständig, war enger mit der FDJ verbunden.¹⁵ Bernhard Heisig hingegen, eingesetzt als „künstlerischer Leiter“ des Projektes, kümmerte sich wenig um die Umsetzung in Bogensee.

Das Projekt Bogensee war aufgrund seiner Größe für die einzelnen Arbeitsgruppen in seiner Gesamtheit nicht zu überblicken, auch arbeiteten die verschiedenen beteiligten Hochschulen nicht zusammen. Die Bilder und Skulpturen, die für die Jugendhochschule geschaffen wurden, sind weder in der Qualität noch in der künstlerischer Aussage einheitlich. Die Studenten arbeiteten zusammen mit ihren Lehrern an den Hochschulen, ohne auf den Auftraggeber, den Zentralrat der FDJ, Rücksicht nehmen zu müssen. Jutta Damme berichtete, daß sie mit den Studenten nach Bogensee gefahren sei, um einen Eindruck von der Anlage zu erhalten. Einfluß auf die Bilder habe dieser Ausflug jedoch nicht gehabt.¹⁶

Einschränkend hierzu ist anzumerken, daß es den Studenten schwergefallen sei, das Thema „Kommunistische Zukunft“ zu bearbeiten – so schreibt Bernd Ludewig, der als Beauftragter des 2. Sekretärs des Zentralrats der FDJ das Projekt über drei Jahre lang begleitete, in seiner Diplomarbeit. Daraufhin habe die Jugendorganisation „zwecks besserer Durchdringung und Bewältigung“¹⁷ Untergruppen gebildet.

Für die Studenten bot die Teilnahme an dem Bogenseeprojekt durchaus Vorteile: Sie konnten ein zusätzliches Jahr an der Hochschule verbringen und erhielten Geld dafür. Hartmut Piniek meinte sogar, daß die Studenten diesen Auftrag als Geldquelle gesehen hätten; außerdem wäre bei großem Engagement auch eine Westreise genehmigt worden.¹⁸

Wie stets in der Kunst der DDR hatten die Maler am stärksten mit der Nähe zur Politik zu kämpfen, während Keramiker, Innenarchitekten und verwandte Produzenten sich seit 1955 weitgehend aus der politischen Bevormundung entlassen sahen. Für die Freiheit bzw. Nicht-Freiheit, die den Kunststudenten bei der Verwirklichung des Bogenseeprojektes gewährt wurde, ist deshalb die Malerei ein brauchbarer Indikator. Sie be-

¹⁴ Gespräch Monika Flacke mit Dietmar Kuntzsch am 10.10.1994.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ein großer Teil der fertiggestellten Bilder und Skulpturen findet sich im Katalog: Junge Kunst im Auftrag. Jugendobjekt „Bildkünstlerische Ausgestaltung der Jugendhochschule 'Wilhelm Pieck'“ (Katalog), hrsg. vom Zentralrat der FDJ, Potsdam 1986.

¹⁷ Vgl. Ludewig, S. 45.

¹⁸ Hartmut Piniek, 1950 in Wolgast geboren, studierte nach einem Berufsleben als Maler, Bühnenmaler, Schweißer und wissenschaftlicher Zeichner an der Hochschule für Graphik und Buchkunst in Leipzig bei Professor Heisig von 1979 bis 1984. Danach war er Meisterschüler bei Heisig und später bei Professor Rink.

wegt sich von der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen System bis hin zu diffusen und abstrahierende Bildern.

Aus der Klasse von Jutta Damme stammt das Bild „Lebensader“ von Siegfried Appelt.¹⁹ Das Bild hinterläßt zwar keinen beklemmenden Eindruck, doch ist es in gedämpften Tönen gemalt, die keine optimistische Stimmung verbreiten. Eher nachdenklich und verloren wirken die Gestalten. Das Bild ist in zwei Hälften geteilt, in eine Licht- und in eine Schattenseite. Die Figuren agieren allein, sind isoliert und in sich versunken. Sie wirken beinahe resigniert. Die „Lebensader“ scheint fundamental gestört zu sein.

Bruno Griesel²⁰ aus der Heisig-Klasse, stellte sich mit dem Bild „Diskussion“²¹ dem von der FDJ ausgegebenen Thema „Kommunistische Zukunft“. Zu sehen sind zwei Männer, die – entgegen der Titelaussage – nicht miteinander diskutieren. Der jüngere Mann schweigt, während der ältere sich leicht vorbeugt und sich ungläubig an die Stirn faßt. Mit seinem rechten Arm umgreift er in einer beinahe väterlichen Geste den Rücken des jungen Mannes. Stocksteif und kerzengerade scheint dieser die Ausführungen zu hören, ihnen aber nicht folgen zu wollen. Das Hintergrundplakat macht deutlich, worüber die beiden streiten. Offenbar versucht der Ältere dem Jüngeren die Lehren des Leninismus nahe zu bringen, und er kann nicht glauben, daß diese nicht angenommen werden.

Hartmut Piniek, Schüler von Heisig, wollte sich zunächst nicht an dem Projekt beteiligen, bis er durch „Bernhard Heisig dazugekommen“²² sei. Sein Bild „Familie unterwegs“ ist eine Art Selbstporträt. Im Vordergrund des Bildes steht eine Familie, die der Künstler als seine eigene bezeichnet hat. Sie ist eingebunden in einen Kreis von Menschen, die, sich den Rücken zukehrend, auf etwas zu warten scheinen. Allerdings fällt auf, das dieses Warten kein Ziel hat. Piniek schätzte das Bild offenbar so sehr, daß er eine Kopie anfertigte und nach Bogensee gab.

Der „Stehende“ von Ulrich Schollmeyer,²³ ein weiterer Absolvent von

¹⁹ Siegfried Appelt, 1956 in Wittenberg geboren, studierte von 1979 bis 1984 an der Hochschule für bildende Kunst in Dresden bei Jutta Damme. Zusätzlich reichte er für Bogensee die Bilder: Lebensader, Menschen unter Tage, Am Strand und Zinnerz (Lebensader) ein. Vgl. Junge Kunst im Auftrag, S. 93.

²⁰ Bruno Griesel, 1960 in Jena geboren, studierte von 1981 bis 1986 an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig bei Professor Bernhard Heisig.

²¹ Im Zusammenhang mit dem Auftrag in Bogensee entstanden außerdem die Bilder: Student, Studierende und Familie. Vgl. Junge Kunst im Auftrag, S. 97.

²² Gespräch Monika Flacke mit am 25. August 1992 in Oelzschau bei Leipzig. Das Bild „Familie unterwegs“ war das einzige, das für die Jugendhochschule entstand. Vgl. hierzu: Junge Kunst im Auftrag, Potsdam 1986, S. 99.

²³ Ulrich Schollmeyer, 1959 in Altenburg geboren, studierte von 1980 bis 1985 an der Hochschule für bildenden Künste in Dresden. Zusätzlich reichte er für Bogensee die Bilder: Berührung, Lösung, Tanz, Paar, und Ausfahrt ein. Vgl. Junge Kunst im Auftrag, S. 101.

Jutta Damme, wendet dem Betrachter den Rücken zu. Seine Kopfhaltung macht deutlich, daß er auf eine junge Frau wartet. Die Landschaft, vor der er – wie der Wanderer über dem Nebelmeer von Caspar David Friedrich – steht, erinnert an die Ödnis der Landschaften im Braunkohlebergbau.

Die Freiheit, die der Auftraggeber Zentralrat der FDJ den Kunststudenten ließ, war für die Auftragspolitik der späten DDR generell typisch²⁴ und wäre überhaupt nicht erwähnenswert, hätte sie nicht so sehr kontrastiert mit dem Klima, das in der Jugendhochschule der FDJ, aber auch in vergleichbaren Einrichtungen gepflegt wurde. An diesen Schulen, in denen das hauptamtlich beschäftigte Personal für die Apparate ausgebildet wurde, offenbarte sich das ganze Dilemma der SED-Kaderpolitik: Nach 1945 war für fähige, oft mit Schuldgefühlen über eine – nicht selten nur vermeintliche – eigene NS-Vergangenheit belastete Jugendliche das Angebot, im neuen System Schlüsselpositionen besetzen zu dürfen, durchaus attraktiv gewesen. Hingegen für die in den fünfziger Jahren ins Berufsleben eintretende Generation hatte diese Perspektive schon deutlich an Attraktivität verloren, zeigte sich doch, daß der Disziplinierungsdruck, dem die neuen Eliten ausgesetzt waren, sie in bedingungslos Ausführende verwandelt hatte – bei Strafe des eigenen sozialen Absturzes. Die Folge war, daß eine „negative Auslese“ einsetzte. Sieht man von idealistisch gestimmten Jugendlichen ab, die es zu allen Zeiten gab und die oft sehr schnell aus dem Apparaten auch wieder „ausgeschieden“ wurden, ließen sich nun diejenigen, die glaubten, sich auch außerhalb der Apparate verwirklichen zu können, immer seltener auf eine FDJ- und Parteikarriere ein.

So zogen in die Schulen von FDJ und Partei nicht nur intellektuell immer anspruchslosere, dafür um so besser disziplinierbare Kursanten ein, auch das Niveau des Lehrpersonals – schon am Anfang dieser Entwicklung nicht sonderlich hoch – bewegte sich abwärts. Zum einen wurden selbständige Köpfe, da unbequem, schon ab 1949 zunehmend verdrängt. Prototypisch dafür kann das Beispiel von Heinz Kallabis (Jg. 1930, Flüchtling aus Breslau) gelten: Ende der vierziger Jahre 2. Sekretär der FDJ-Gebietsleitung der Wismut, ab 1955 Aspirant an der SED-Parteihochschule, 1960 Promotion mit einer noch heute lesenswerten Dissertation über die Brigadeentwicklung, ab 1962 stellvertretender Leiter dieser Schule, 1964 aus ideologischen Gründen entfernt, danach Betriebssoziologe in Berlin, ab 1965 erneuter Aufstieg, dieses Mal an der Gewerkschaftshochschule in Bernau bis zum Leiter einer Sektion, 1969 wegen Revisionismus fristlos entlassen.²⁵ Solche Karriereverläufe wirk-

²⁴ Ausführlich zur Entwicklung der Auftragspolitik in der DDR: Monika Flacke (Hg.): Auftragskunst der DDR 1949-1990, München/Berlin 1995.

²⁵ Heinz Kallabis: Ade, DDR. Tagebuchblätter 7. Oktober 1989 bis 8. Mai 1990, Berlin 1990.

ten sich nicht nur durch die Aussonderung einzelner nivellierend auf das Niveau der Lehrerschaft an den Schulen von FDJ, SED usw. aus. Nicht minder wichtig war der Disziplinierungsdruck, der so auf die im Lehrkörper Verbleibenden ausgeübt wurde.

Zum anderen gingen von den Absolventen der Universitäten nur noch diejenigen an die Schulen von FDJ, SED usw., denen – aus welchen Gründen auch immer²⁶ – kaum etwas anderes übrigblieb.

Ergebnis dieser Entwicklung war, daß an den Schulen – nicht zuletzt an der Jugendhochschule – ein Klima herrschte, das von hohem Disziplinierungsdruck und Niveauverfall gekennzeichnet war. Schüler, Lehrer und die Erwartung der übergeordneten Apparate, willfähigen Nachwuchs zu erhalten, hatten sich weitgehend angeglichen. Die Schulen „produzierten“ zwar weiterhin für Schlüsselpositionen das Personal, das jedoch in der Lebenswirklichkeit außerhalb der Schulen immer weniger in der Lage war, seine Aufgaben: Organisation und Disziplinierung der Gesellschaft wahrzunehmen. Mit dem an den Schulen Erlernten ließ sich gegenüber Dritten, vor allem gegenüber Jugendlichen, die dem Staat indifferent bis ablehnend gegenüberstanden, keinerlei Autorität mehr erwerben. Und Druck ließ sich in der späten DDR auch immer weniger ausüben.

Nicht zuletzt junge Künstler waren kaum noch zu begeistern, gar zu etwas zu zwingen. Sie konnten nur noch auf die Art und Weise zum Mittun motiviert werden, wie beim Auftrag für die Jugendhochschule geschehen. Das, was sie in verschiedenen Bildern thematisierten, hätte – wäre es von einem Lehrer oder gar von einem Schüler ausgesprochen worden – an der Jugendhochschule sofort zu einem politischen Erdbeben geführt. Da jedoch von Künstlern anderes nicht mehr zu haben war, entschloß sich der FDJ-Zentralrat, das Ergebnis seines Auftrages zu feiern.:

„Die Erfahrungen und Ergebnisse dieses dreijährigen Prozesses lassen unmißverständlich erkennen, wie wichtig und unabkömmlich der politische Einfluß auf die Entwicklung von Künstlern und ihrer Kunst ist (...) Nur so wurde es möglich, daß sich die Persönlichkeitsentwicklung noch enger mit dem künstlerischen Schaffensprozeß verknüpfte, daß die Einheit von politisch-ideologischer Arbeit und künstlerischem Schaffen auf einem immer höheren Niveau hergestellt werden konnte.“²⁷

Jörn Schüttrumpf arbeitet als Historiker und Publizist in Berlin

²⁶ Dabei konnte auch eine Studienunterbrechung durch eine Entbindung ausschlaggebend sein – ein Fall, den der Verfasser Anfang der achtziger Jahre an der Karl-Marx-Universität Leipzig aus ziemlicher Nähe selbst miterlebte.

²⁷ Ludewig, S. 3.

Neubau und Rekonstruktion der Berliner Charité

Peter Korneli
Dresden
& **Geerd Dellas**
Berlin

Diese Betrachtungen sind keine „Aufarbeitung zur Bewältigung der Geschichte“, sondern ein Stück „Baugeschichte“, ein Kapitel aus der Geschichte des Krankenhausbaues in Deutschland zur Zeit der Teilung Deutschlands. Der Bericht befaßt

sich mit einem bedeutenden Medizinischen Universitätskomplex, mit dem wahrscheinlich berühmtesten Namen unter den deutschen Universitätskliniken, mit der Charité in Berlin.

Wie in der Bundesrepublik, begann man auch in der ehemaligen DDR Anfang der 60er Jahre mit grundsätzlichen Überlegungen zur Reform des Medizinstudiums, zu neuen Organisationsformen für die Verbindung von Krankenbetreuung und medizinischer Forschung sowie zu neuen Anforderungen, wie sie die Entwicklung der Medizintechnik stellte. Einfluß darauf hatten auch Erkenntnisse aus den Planungen im Ausland, wie z.B. für Vidovre und Herlev in Kopenhagen, für das Kantonsspital in Basel oder für das AKH in Wien, ebenso wie die großen Neubauten in der Bundesrepublik in München Großhadern, Aachen u.a. Entscheidende Impulse für Zielsetzung, Organisation, Technik und Architektur des Krankenhausbaues jener Jahre gingen vom McMasers Health Sciences Center in Kanada aus. Diese grundsätzlichen Überlegungen und die Erfahrungen aus den genannten Beispielen führten zu räumlichen und organisatorischen Forderungen an den „Medizinischen Hochschulbau“, die von der „Arbeitsgruppe Medizinischer Hochschulbau“ beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen formuliert wurden und den Planungen für Universitätskliniken zu Grunde gelegt wurden.

In dieser Arbeitsgruppe, vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen berufen, fanden sich Vertreter verschiedener Forschungs- und Planungsteams, die in Jena, Weimar, Dresden u.a. Orten an dieser Problematik arbeiteten. Deren Ergebnisse und Erkenntnisse wurden gewissermaßen gebündelt und auf wissenschaftlichen Tagungen oder anderen Veröffentlichungen als Planungsgrundlagen für den medizinischen Hochschulbau empfohlen und eingeführt.¹ Doch nur einmal gelang die Umsetzung der in diesem Zusammenhang Idealvorstellungen: beim Neubau und der Rekonstruktion der Charité.

¹ Vgl. dazu ausführlich den Artikel von Korneli/Gläser in diesem Heft.

Während zu dieser Zeit in der alten Bundesrepublik und im westlichen Europa noch der Krankenhausneubau im Vordergrund stand (München Großhadern, Aachen, AKH Wien.) gewann etwa ab 1975 die Betrachtung der Altbausubstanz und die rationelle Nutzung bestehender Krankenhäuser in der DDR immer größere Bedeutung. Und das, angesichts eines Bestandes an Gesundheitsbauten von 100 Millionen m³ Rauminhalt und 530 Krankenhäusern mit 170 000 Krankenhausbetten, vor allem auch aus notwendigen wirtschaftlichen Erwägungen.

Auch die Planung für die Charité in Berlin begannen 1973 mit Überlegungen, ein komplexes Universitätsklinikum an einem neuen Standort in Berlin-Pankow, in Herzberge oder Kaulsdorf zu errichten und den historischen Platz in Berlin-Mitte für das Universitätsklinikum aufzugeben. Trotz bereits bestehender Beschlüsse der Staatlichen Plankommission konnte dieser, sicherlich falsche Weg vermieden werden. Ein besonderes Verdienst kommt dabei Prof. Ehrhardt Gißke, dem Direktor der Aufbauleitung Sondervorhaben Berlin zu, der sich vehement für die Erhaltung des historischen Standortes und die Einbeziehung der vorhandenen historischen Bausubstanz einsetzte.

Die berühmte Berliner Charité 1710 als „Pesthaus“ vor den Toren der Stadt gegründet, hatte nach wechselvollem Schicksal ihre größte Bauperiode von 1897 bis 1917 erlebt. In diesen 20 Jahren entstand jener Gebäudekomplex, der sich als Bild verbindet mit der früheren Stellung, die dieses Universitätsklinikum bis in die 30er Jahre unseres Jahrhunderts einnahm. Nach den Plänen von Kurt Diestel wurde eine städtebaulich geschlossene und in der Architektur einheitliche Anlage errichtet. Dieser Klinikkomplex, nach den Forderungen und Erfahrungen der neueren ärztlichen Wissenschaft und Gesundheitslehre der Zeit um 1900 gebaut, konnte die Forderungen der Medizin unserer Tage nicht mehr voll erfüllen.

Mit dem Beschluß des Politbüros der SED und des Ministerrates der DDR vom Juli 1975 wurde die Entscheidung für den Neubau und die Rekonstruktion der Charité am alten Standort getroffen. Damit waren die wesentlichsten Ausgangspositionen für die Planung gegeben:

- Der historische Standort mit seiner großen Tradition bleibt erhalten und wird weiterentwickelt.
- Die bestehenden Gebäude und die architektonische Konzeption der Anlage werden weitgehend erhalten und durch eine grundlegende Rekonstruktion an die zukünftigen Anforderungen angepaßt.
- Zur Ergänzung und Erweiterung der vorhandenen Bausubstanz werden Neubauten errichtet, die im Zusammenwirken mit der vorhandenen Bausubstanz der Qualifizierung des gesamten Bereiches Medizin der Humboldt-Universität dienen sollen.

Die bestehende Situation am jetzigen Standort erlaubt die bei der Größe und Kompliziertheit der baulichen Aufgabe notwendige Realisie-

rung in Etappen. Diese Planung und ihre Ergebnisse soll im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen stehen.

Die Grundsätze der Arbeitsgruppe medizinischer Hochschulbau konnten bei dieser Planung weitgehend angewandt und verwirklicht werden. Die von Prof. Ehrhard Gißke geleitete Aufbauleitung Sondervorhaben wurde zum Generalauftragnehmer bestimmt. Erhard Gißke nahm persönlich großen Anteil, besonders während des Baues.

Die grundlegenden Studien wurden von Korneli und Eberlein (Weimar) zusammen mit Gerhard Guder (Dresden) und Josef Kaiser (Berlin) erarbeitet. Im Jahre 1975 wurde Prof. Dr. Korneli zum „Leitenden Architekten“ für dieses Vorhaben an die Aufbauleitung Sondervorhaben berufen. Mit ihm kamen von der TU Dresden Dietrich Gläser, Wolfgang Janzen (verst.) und Heinrich Bollow (verst.) in die Entwurfsgruppe. Als Generalprojektant für die Durchführung wurde der Ingenieurhochbau Berlin unter Leitung von Karl-Ernst Swora benannt. Die medizinischen Anforderungen sowie die organisatorischen Grundlagen wurden unter Leitung von Prof. Dr. med. Geerd Dellas erarbeitet, der als Direktor für Neubau und Rekonstruktion in enger Zusammenarbeit mit den Architekten großen Einfluß auf alle Entwürfe und den Bau nahm.² Die Gesamtleitung übernahm als „Generalauftragnehmer“ Prof. Erhard Gißke, der Direktor der Aufbauleitung Sondervorhaben Berlin. Die Bauleitung lag in den Händen von Fritz Oske. Auch von Seiten der Arbeitsgruppe Medizinischer Hochschulbau wurde diese Arbeit aktiv unterstützt. Hier muß besonders der Einfluß von Prof. Dr. Horst Klinkmann genannt werden. Über die große Zahl der Mitarbeiter gibt die Veröffentlichung zur Eröffnung des Charité Neubaues „Charité, Neubau und Rekonstruktion des Universitätsklinikums der Humboldt-Universität zu Berlin“³ ausführlich Auskunft.

Für die Generalplanung gingen unsere Überlegungen von folgenden Grundprinzipien aus:

- (1) Ausgangspunkt: Alle Einrichtungen des Bereiches Medizin der Humboldt-Universität werden schrittweise am Standort Charité konzentriert. Diese Forderung bedeutete die Erweiterung dieses Standortes über die bisherigen Grenzen hinaus. Das bedeutete die Einbeziehung von Außenkliniken – Frauenklinik, Augenklinik, Unfallklinik, Ortho-

² Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau, H. 19, 1/19.2, hrsg. vom Institut für Hoch- und Fachschulbau Dresden, 1980, „Stand und Entwicklungstendenzen des Medizinischen Hochschulbaues“. III. Internationale wissenschaftliche Tagung... 23. bis 24. April 1980 in Dresden.

³ Charité, Neubau und Rekonstruktion der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Hauptstadt der DDR 1976-1982, Herausgeber: Aufbauleitung Sondervorhaben Berlin. Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik, Bauinformation DDR, Berlin 1982.

pädische Klinik – in den klinischen Komplex bereits in der ersten Baustufe.

- (2) Ausgangspunkt: Altbauten und Neubauten werden so miteinander verbunden, daß sie eine funktionelle Einheit bilden. Neubau oder Rekonstruktion bestehender Gebäude sind gleichwertige Maßnahmen zur Qualifizierung des Gesamtkomplexes. Ziel dieser Überlegung war die Schaffung einer „Arbeitseinheit für alle Fächer“, im übertragenen Sinne eine „Arbeitseinheit unter einem Dach“.
- (3) Ausgangspunkt: Um die vorhandene Substanz voll in die Verfügungsfläche eines zukünftigen modernen medizinischen Hochschulkomplexes einzubeziehen, wird sie entsprechend ihrer funktionellen und technischen Möglichkeiten eingesetzt. Grundlage hierfür war eine Flächenanalyse.
- (4) Ausgangspunkt: Es wurden neue Formen der Arbeitsorganisation unter dem Aspekt der Gemeinschaftsarbeit angestrebt, die bei der zunehmenden Spezialisierung allein die erstrebenswerten und erforderliche „Gesamtschau“ ermöglichen können. Sie verlangen neben der räumlichen Zusammenfassung aller Bereiche die Zusammenarbeit in zentralen Einrichtungen, in denen sowohl die Spezialisten als auch die immer komplizierter und teurer werdende Ausrüstung zusammengefaßt werden.
- (5) Ausgangspunkt: Die zukünftige Funktionsstruktur soll einer Gliederung nach Prozeßgruppen folgen, das sind Gruppen von Nutzern mit gleichen oder weitgehend gleichen Tätigkeiten und damit gleichen Ansprüchen an die Bausubstanz und Ausrüstung. Gleiche Funktionen wurden, z.T. auch über die Fachgrenzen hinweg, in Funktionszonen zusammengefaßt, um alle Forderungen der jeweiligen Prozeßgruppe zu gewährleisten. Dieses Ordnungsprinzip mußte zugleich eine Gliederung in differenzierte Reinheitszonen ermöglichen, d.h. es mußte dabei auch eine Ordnung der Funktionen entsprechend den besonderen Forderungen der Krankenhaushygiene erfolgen. Der Gesamtbereich wurde so gegliedert, daß eine Steigerung der Reinheit der Räume in Richtung auf die Raumgruppen mit höchsten Hygieneanforderungen wie z.B. Operationsabteilung möglich ist.

Das Ergebnis dieser Überlegungen führte zu der inzwischen realisierten Konzeption.

Für alle Funktionen mit besonders hohen Ansprüchen an die Bausubstanz, an die technische Gebäudeausrüstung und an die Medizintechnik wurden Neubaufächen errichtet, die sämtliche dieser Ansprüche voll erfüllen.

Alle vorrangig operativ tätigen Fächer wurden in einem neuen Chirurgisch Orientierten Zentrum räumlich zusammengefaßt und funktionell miteinander verbunden. Weiterer Bestandteil dieses Zentrums ist die ge-

samte Intensivmedizin. Für die nicht operierenden Disziplinen wurde die Altbausubstanz rekonstruiert. Die Verbindung zwischen beiden Schwerpunkten bildeten der zum Neubau gehörende diagnostische Funktionalbereich, die Physiotherapie und die zentrale Poliklinik, die in rekonstruierten Altbauten arbeitet.

Ein leistungsfähiger Wirtschaftsbereich mit Zentralküche und Speisesälen wurde an zentraler Stelle geschaffen. Im Bereich des Invalidenparks entstand ein Wohnensemble für die Mitarbeiter der Charité. Ein neues Heizwerk wurde an der Scharnhorststraße errichtet.

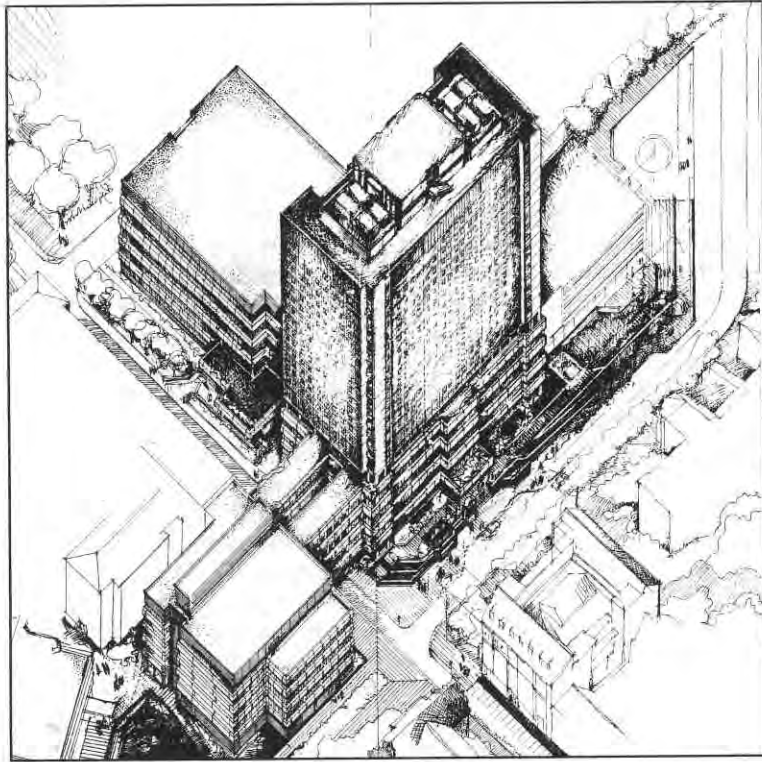
Die 1. Baustufe von 1976 – 1982 umfaßte den Neubau des Chirurgisch Orientierten Zentrums, die Errichtung des neuen Gebäudes für die Speiserversorgung, den Wohnungsbau und das Heizwerk.

Die architektonische Konzeption der alten Charité mit ihren roten Backsteinbauten, im Sommer übergrünt von wildem Wein, blieb erhalten, ja sie sollte dort wiederhergestellt werden, wo spätere Eingriffe das bekannte Bild dieses Ensembles, wie es sich mit dem Namen Charité verbindet, entstellend verändert hatten. Der Neubau des Chirurgisch Orientierten Zentrums wurde zum funktionellen wie städtebaulichen Zentrum der Charité zwischen dem historischen Klinikgelände und den Komplexen der theoretischen Institute an der Hessischen/Hannoverschen Straße. Um ein sinnvolles Zusammenwachsen und funktionelles Durchdringen von Neubau und vorhandener Altbausubstanz zu erreichen, wurde der Komplex des COZ über die Luisenstraße bis in das alte Klinikgelände hinein fortgeführt. Nach Abschluß und Fertigstellung des gesamten Komplexes ist eine „Arbeitseinheit unter einem Dach“ von der zentralen Poliklinik bis zum Funktionsbereich des Chirurgisch Orientierten Zentrums entstanden, die hier nur kurz beschrieben werden soll:

Der zentrale Funktionaltrakt des COZ wurde über die Luisenstraße in das historische Gelände der Charité weitergeführt. Er enthält zentrale Diagnostikbereiche und andere Abteilungen, die von allen Kliniken genutzt werden. Er liegt damit im Mittelpunkt zwischen dem ambulanten Bereich und dem großen stationären Bereich des chirurgischen Zentrums und kann somit von beiden Seiten gleichermaßen genutzt werden.

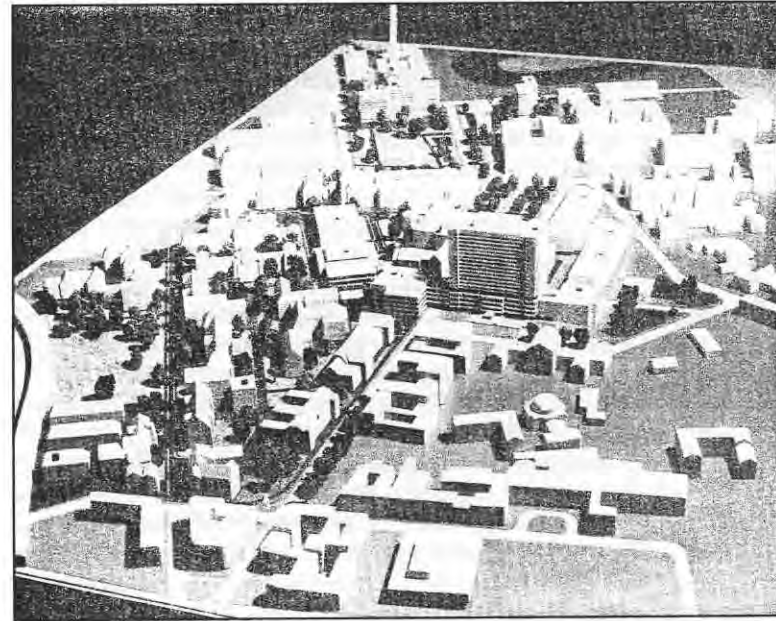
Nördlich vom Funktionaltrakt und dem darüberstehenden Bettenhaus entstand der zentrale Operationsbereich. Die Verbindung zwischen dem Operationstrakt und dem zentralen Verkehrskern bildet die Funktionszone für die Intensivmedizin. Der zentrale Verkehrskern in der Mitte des Funktionaltraktes verbindet mit 14 schnell laufenden Aufzügen in vertikaler Richtung das Bettenhaus mit seinen 15 Pflegegeschossen.

Eine horizontale Verbindung wurde auf der Kellerebene zwischen dem Versorgungszentrum und dem COZ geschaffen. Auf dieser Ebene liegen die Ver- und Entsorgungszentralen, die Zentralsterilisation, die Desinfektionsanlagen und andere Dienstleistungsbereiche. Damit wird diese Ebene zur Haupttransportebene für alle horizontalen Transporte.



Charité – chirurgisch orientiertes Zentrum, Bettenhaus

hochschule ost 1/1998



Charité – Modellfoto

Die zentrale Eingangsebene für das COZ bildet das Erdgeschoß des Funktionalbereiches mit dem zentralen Verkehrskern in der Mitte. Die Führung ambulanter und gehfähiger stationärer Patienten sowie der Besucher erfolgt über die Haupthalle an der Rezeption bzw. Auskunft vorbei entweder zur Aufnahme oder in die entsprechenden Ebenen der Funktionsdiagnostik.

Die Anfahrt der liegenden Patienten führt zu einer Aufnahme für liegende und Akutpatienten mit geschlossener Wagnenvorfahrt im therapeutischen Funktionalbereich und Op-Bereich. Von der Aufnahmehalle für liegende Patienten sind die traumatologische Poliklinik, der Notfallaufnahmebereich, die ITS sowie der Aufzugskern zu den Pflegestationen zu erreichen.

Die Verteilung der Funktionen auf den vier Ebenen des Funktionalbereiches wurde so vorgenommen, daß die Frequenz ambulanter Patienten von unten nach oben abnimmt. Zugleich wurde eine Differenzierung der horizontalen Wege angestrebt, so daß jeweils auf der südlichen Seite die allgemeinen Wege verlaufen, während die Nordseite nach Möglichkeit den internen Wegen vorbehalten bleiben sollen.

hochschule ost 1/1998

Die beschriebene Gliederung entspricht dem Bestreben, Funktionszonen für Prozeßgruppen mit gleichen oder ähnlichen Ansprüchen an die Raumqualitäten zu schaffen. Eine rationelle Nutzung kostenintensiver Geräte für die Funktionsdiagnostik wird durch die Bildung solcher zentraler Bereiche erzielt. Das gleiche gilt für die Operationsabteilung. In einem selbständigen Baukörper ist für alle Fachdisziplinen ein zentraler Operationsbereich mit 26 Op-Einheiten vorgesehen.

Hier ist nun Gelegenheit, noch einmal auf die erforderliche Gliederung in Reinheitszonen hinzuweisen, die ja eine Steigerung der Hygieneanforderungen in Richtung auf die Op-Abteilung ermöglichen sollte. Die klar gegliederten Prozeßgruppen Intensivmedizin und Operationsabteilung sind durch ein strenges System von Hygienebarrieren, von anderen Bereichen getrennt. Die Wegeführung strebt an, undefinierte Kreuzungen auf den Wegen zu diesen Bereichen zu vermeiden.

Die Operationssäle sind auf 3 Ebenen mit jeweils 8 Op-Saaleinheiten verteilt.

Der Funktionsablauf im Operationstrakt wurde nach getrennten prä- und postoperativen Wegen geplant. Dadurch wird nicht nur genügend Stauraum gewonnen, sondern es ergeben sich psychologische und hygienische Vorteile für den Patienten durch einen kreuzungsfreien Ablauf im Operationssaal. Die Op-Abteilung ist symmetrisch aufgebaut. In der Mittelzone zwischen 4 Op-Sälen auf jeder Seite ist eine Raumgruppe vorgesehen, in der die Funktionsräume der Anästhesie, ein Aufwachraum die Substerilisation und Flächen für einen Betten- und Sterilgutvorrat angeordnet sind. Die Operationseinheiten haben direkte Verbindung (ebenengleich) zur Intensivtherapie und postoperativen Intensivüberwachung. Die Transporte zur Zentralsterilisation und zur zentralen Bettenaufbereitung sind kreuzungsfrei gewährleistet.

In der 2. Ebene des Op-Traktes sind die Entbindungsabteilung sowie die pädiatrisch-neonatologische Intensivtherapie und die Frühgeborenenabteilung eingeordnet. Die Entbindungsabteilung ist in direkter räumlicher Nachbarschaft zur neonatologischen Intensivtherapie und zum Pflegebereich für Frühgeborene und pathologisch Neugeborene angeordnet, so daß alle Elemente der Perinatalogie direkt miteinander verbunden und zu einer Einheit zusammengefügt sind.

Die Funktionsflächen für die Intensivmedizin sind auf den vier Ebenen des Verbindungsbaues zwischen Funktionstrakt und Op-Block (BT 4) angeordnet. Sie sind auf der Südseite vom zentralen Aufzugsknoten direkt zu erreichen und schließen auf der Nordseite über eine Schleuse an den Op-Bereich an.

Die Pflegestation aller Fächer des Chirurgisch Orientierten Zentrums sind in 15 Etagen (Ebene 6 – 20) im Hochkörper über dem Funktionaltrakt zusammengefaßt. Jede Pflegeebene teilt sich in zwei Stationen. Jede Station enthält 32 Betten. Die Stationen sind teilbar in zwei Pflegegrup-

pen. Jede Pflegegruppe verfügt über einen Behandlungsraum und einen Schwesternarbeitsraum unrein. Beide Pflegegruppen zusammen nutzen den Schwesternaufsichtsplatz, den Schwesternarbeitsplatz rein, Patientenbad, Teeküche, Lager und Tagesraum. Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, die Pflegegruppen einer Station, wenn notwendig oder erwünscht, durch zwei verschiedene Fächer zu belegen. Jeder Pflegestation sind weiterhin Arzt-, Schwestern- und Studentenräume zugeordnet. Die Diensträume und der Seminarraum (eine pro Ebene) wurden an der Nordseite angeordnet. Alle Neben- und Funktionsräume sind im Innenkern des Bettenhauses untergebracht.

Entsprechend der These von der Differenzierung der Wege und Gänge ist der Personalfur an der Nordseite vom Patientenflur klar getrennt. Wir sehen einen besonderen Vorteil, weil es so möglich ist, funktionelle Überlagerungen zu vermeiden und gegenseitige Störungen auszuschließen. Die Hauptaufgabe des Universitätsklinikums, die Ausbildung, verlangt eine Durchdringung aller Bereiche mit Unterrichtsräumen und Flächen. Im Bettenhaus, dem Schwerpunkt für die praktische Ausbildung, ist auf jeder Etage ein Seminarraum (insgesamt 15) angeordnet. Darüber hinaus verfügen die Stationen über Schreibtischarbeitsräume für Studenten, Diplomanden und Doktoranden. In jeder Etage des Funktionaltraktes stehen Seminarräume (zugleich Konferenzräume) zur Verfügung. In den Operationsabteilungen, der Entbindungsabteilung und den ITS-Bereichen sind Unterrichtsräume nicht vorhanden. Hier werden Studenten wie sonstiges Personal praktisch eingesetzt. Die dafür erforderlichen Flächen sind berücksichtigt.

Als erste Ergänzung wurde am östlichen Ende des Funktionalbaues ein Unterrichtstrakt, der neben einem Hörsaal mit ca. 350 Plätzen weitere Seminarräume enthält, errichtet. Dieser Unterrichtsbereich ist direkt vom zentralen Verkehrskern zu erreichen. Von außen wird er über einen gesonderten Eingang mit Halle, Garderoben und Sanitäreinrichtungen erschlossen.

Diese hier beschriebene Gliederung führte zu spezifischen Grundsätzen für Organisation und Leitung. Das Profil des Bereiches Medizin wird durch seine Disziplinen bestimmt, die sich in einem historischen Prozeß herausgebildet haben. Bei aller Notwendigkeit zur Konzentration und Zentralisation, bei aller Notwendigkeit, die einzelnen Funktionsbereiche prozeßorientiert zu gliedern – unabhängig von den Fachgrenzen – wurde niemals daran gedacht, die gewachsenen Klinikstrukturen aufzulösen. Strukturveränderungen waren jedoch dort notwendig, wo die alten Strukturen diesen notwendigen Konzentrationsprozeß hemmten (z.B. in der Labor- und Röntgendiagnostik).

Neue Organisation- und Leitungsformen mußten auch für den Operationstrakt gefunden werden. Eine wichtige Konsequenz bestand darin, die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität zu garantieren. Wir denken, daß

diese Grundsätze im Modell zur Leitung und Organisation zentralisierter Funktionsbereiche der Charité verwirklicht werden konnten.

Zum Schluß soll noch einmal auf den wichtigen Grundsatz der Erhaltung und Nutzung der wertvollen Altbausubstanz hingewiesen werden. Entgegen den Vorschlägen für einen anderen Standort in Berlin wurde die Charité auf dem historischen Standort weiterentwickelt, obwohl es allen Beteiligten klar war, daß diese Lösung große Probleme mit sich brachte. Allen Planern war aber auch die „Bedeutung dieses historischen Standortes“ klar.

Das bestehende Gebäudeensemble und die architektonische Konzeption der Anlage wurden erhalten und durch eine grundlegende Rekonstruktion und Modernisierung an die zukünftigen Anforderungen angepaßt. Damit wurde die Planung nicht nur dem historischen Standort gerecht, sondern es war auch möglich, die umfangreiche wertvolle, bestehende Bausubstanz neben ihrer historischen Würdigung sinnvoll in den zukünftigen Komplex einzufügen.

Eine räumliche Einheit, möglichst unter „einem Dach“, wurde angestrebt. Die „Zentrale Poliklinik“ entstand in den Gebäuden entlang der begrenzenden Luisenstraße. Als Folge dessen wurden die bestehenden Gebäude untereinander und mit dem Neubau verbunden.

Das typische Gesicht der alten Gebäude wurde fast vollständig erhalten und sorgfältig repariert. Die Neubauteile sollen sich durch ihre einfache klare Gliederung von der historischen neugotischen Architektur absetzen und durch ihre Zurückhaltung die Altbauten zur Geltung kommen lassen.

Durch diese Einstellung gegenüber der historischen Altbausubstanz und durch deren Behandlung in der Generalplanung wurde die gezeigte integrierte Lösung des Neubaus und der Rekonstruktion sowie Modernisierung der Berliner Charité zum Beispiel für ein Herangehen an solche aktuelle Aufgaben, nämlich

- die vorhandenen Krankenhäuser funktionsfähig zu erhalten,
- diese Gesundheitseinrichtungen der sich ständig weiter entwickelnden und immer komplexer werdenden medizinischen Aufgabenstellung anzupassen,
- die historischen Gebäude nicht nur sondern auch als lebendige Architekturdenkmale und als Zeugnisse der Medizingeschichte zu erhalten.

Peter Korneli, Prof. Dr.-Ing., Architekt BDA, war 1970-1986 Vorsitzender der AG Medizinischer Hochschulbau, 1986-1990 Leiter des Instituts für Gesundheitsbau Berlin und ist freier Architekt in Dresden. Er ist Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Krankenhausbau und Gesundheitswesen des Bundes Deutscher Architekten (BDA).

Geerd Dellas, Prof. Dr. med., war Direktor für Neubau und Rekonstruktion der Charité und ist Professor für Gynäkologie und Geburtshilfe an der Universitätsfrauenklinik der Charité

hochschule ost 1/1998

Mensabauten

Interview mit Ulf Zimmermann, Architekt in Dresden

hochschule ost: Herr Zimmermann, Sie waren bis 1990 Architekt bei TU-Projekt, einem Bautechnischen Projektierungsbüro des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, angesiedelt an der TU Dresden. Was ist das für eine Einrichtung gewesen?

Zimmermann: TU-Projekt ist 1968 aus den Entwurfsinstituten der einzelnen Lehrstuhlinhaber an der Fakultät für Architektur hervorgegangen. Sicher hat bei der Gründung auch eine Rolle gespielt, daß man nicht gern gesehen hat, daß die Professoren damit zusätzliches Geld verdienten. Doch wichtiger war wohl etwas anderes: Man glaubte zu dieser Zeit noch, daß mit der Hochschulreform in größerem Umfang finanzielle Mittel für das Hochschulwesen zur Verfügung gestellt würden. Dafür wurden qualifizierte Planungseinrichtungen in Dresden, Weimar, Wismar und Leipzig geschaffen. Wir in Dresden waren zahlenmäßig mit immerhin 80 Mitarbeitern am stärksten besetzt. Jedes Planungsbüro sollte für ein bestimmtes Territorium Planungsleistungen erbringen. Allerdings sind dann nahezu alle Mensen bei uns in Dresden geplant worden. Wozu es nicht gekommen ist, war die ursprünglich erwartete große Expansion im Hochschulbau.

Neben TU-Projekt und den anderen Planungsgruppen gab es noch das Institut für Hoch- und Fachschulbau, gleichfalls an der TU Dresden angesiedelt. Seine Aufgabe bestand in der Grundlagenforschung, die in entsprechenden Schriftenreihen dokumentiert wurde. Angeschlossen war dem Institut eine Gutachterstelle, der jedes Projekt vorzulegen war.

hochschule ost: Als Projektleiter haben Sie unter anderem den Bau von sieben Mensen realisiert: für die TH Ilmenau, die TH Merseburg und die Ingenieurhochschule Wildau auf dem jeweiligen Campus, für die Martin-Luther-Universität in Halle/S. Am Weinberg, dann die Mensa Nord in Berlin, für die DHfK in Leipzig auf deren Campus, für die TU Dresden am Fritz-Foerster-Platz.

Zimmermann: Es kommen noch die Kombinationen dazu: Mensa und Hörsaalgebäude in Zwickau und Mensa und Bibliothek in Mittweida.

Ich war dadurch, daß ich mit meiner Architektengruppe mehrere Mensen gebaut hatte, plötzlich Mensa-Spezialist geworden. Der Bau von

hochschule ost 1/1998

Mensen wurde forciert, nachdem auf die „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ orientiert wurde. Nach 1945 waren vorwiegend Lehrgebäude gebaut worden, kaum jedoch Mensen. Und so erfolgte die Mensaversorgung teilweise in ehemaligen Bauarbeiterbaracken.

Für uns bei TU-Projekt war es ein Glücksfall, daß diese neue Orientierung erfolgte. Dadurch haben wir fast nichts für den sog. „Schubkasten“ geplant. Beinahe alles ist baulich umgesetzt worden.

Eines der schönsten Projekte war übrigens das für die Mensa der damaligen Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst. Leider sind wir über die Fundamentierungsarbeiten nicht hinausgekommen. Es war Ende der achtziger Jahre, und aus irgendeinem Grunde wurde der Bau gestoppt, die Bewehrung durch ca. 2 m hohe Plastezelte konserviert. Was daraus geworden ist, weiß ich nicht. Wir haben diesen Baustopp sehr bedauert, weil damit eine neue Konzeption von Mensabauten realisiert worden wäre.

hochschule ost: Inwiefern neue Generation?

Zimmermann: Wir hatten mit der Ilmenauer Mensa, die für vier- bis fünftausend Essenteilnehmer konzipiert wurde, einen Mensatyp in der DDR entwickelt, den wir noch fünfmal in seiner Grundkonzeption an anderer Stelle gebaut haben. Dazu gibt es noch einen Ableger, nach dem die Mensa in Rostock errichtet worden ist. Diese Modifizierung des Ilmenauer Projektes ist dann für die Mensen in Freiberg, in Cottbus und wohl auch in Greifswald wiederverwendet worden.

Ursprünglich waren diese Wiederverwendungen an anderen Standorten nicht geplant. Die Ilmenauer Mensa ist 1972 fertiggestellt worden. Unter Beibehaltung der Bauhülle, der funktionellen und baulichen Grundstruktur wurden dann in den folgenden Jahren die anderen Mensen gebaut. Dabei konnten wir im Rahmen der jeweiligen örtlichen Anpassung Korrekturen am Projekt vornehmen. Neben der Berücksichtigung spezieller Nutzeranforderungen – hier ging es um funktionelle Veränderungen – wurden insbesondere die für das Raumempfinden charakteristischen Teile variiert. Vor allem über diese unterschiedliche innenräumliche Ausprägung wollten wir jedem Nutzer ein in seiner Wirkung ortsspezifisches Haus übergeben. Dem Bemühen, das Bauwerk an Vorhandenes anzuschließen, die den Standort prägende räumliche und architektonische Struktur, den Ort also, zu respektieren und zu interpretieren, waren freilich Grenzen gesetzt.

Die originäre Konzeption entstand 1965 ohne Kenntnis anderer Mensaplanungen. Denn wir hatten weder Zugang zu entsprechender Literatur, noch durften wir außer Landes fahren, konnten also andere Lösungen nicht in Augenschein nehmen. Es blieb, mit gesundem Menschenverstand an die Aufgabe heranzugehen. Und so haben wir gefragt, was hat

uns, als wir studierten, an unserer Mensa nicht gefallen. Zum Beispiel wollten wir den Eindruck einer Massenabspeisung durch geeignete Maßnahmen verhindern. Das gelang, indem wir nicht alle notwendigen Sitzplätze in einen großen Raum anordneten, sondern eine Aufspaltung in mehrere kleine Räume vornahmen. Es sollte kreuzungsfreie Wege für ankommende und abgehende Gäste geben. Das ließ sich durch die Lage der Küche im Obergeschoß organisieren. Und wir haben gesagt, das Gebäude soll ganztägig zu nutzen sein. Deshalb wurden eine Bierstube und eine Cafeteria in die Mensa integriert. Gerade diese Nebeneinrichtungen stießen jedoch auf enormen Widerstand der Ökonomen, die nur die Monofunktion Mensa sahen.

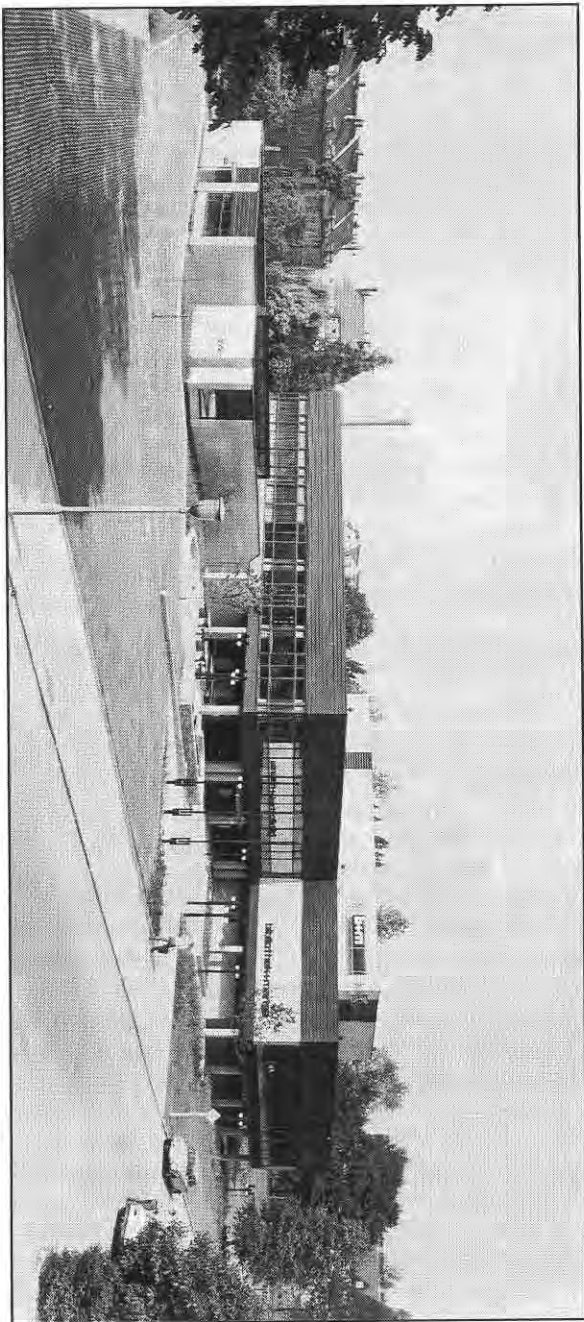
Als es zum Bauen kam, hatten wir gewissermaßen einen Standard für viele Jahre geschaffen. Später rüttelten wir daran und sagten: die Abschottung der Säle wollen wir aufgeben, um ein interessanteres Kommunikationsmilieu zu erreichen, indem wir die Speisesäle als offene Bereiche ausbilden, Niveauunterschiede schaffen usw. Dies stieß wiederum auf Widerstand, denn man sagte: Nein, eure alte Konzeption ist doch in Ordnung, so müssen wir weiterbauen.

hochschule ost: Waren es Kostengründe, die da bei den Gegenargumenten eine Rolle gespielt haben?

Zimmermann: Überhaupt nicht. Der Widerstand resultierte daraus, daß wir so viele Mensen nach dem gleichen Grundmuster gebaut hatten. Es war der Fluch der bösen Tat: Es gab diese eine Konzeption, sie wird mehrfach gebaut, man gewöhnt sich daran und sagt, die ist doch gut. Dann kommt man selbst, will etwas anderes machen und stößt auf Unverständnis.

Wir haben es dann allerdings doch noch geschafft, in Mittweida und in Zwickau. Es kam jedoch noch ein anderes Argument hinzu: Ich hatte gefragt, warum wir eigentlich immer nur einzelne Gebäude bauen. Erst eine Bibliothek, dann die Mensa, dann noch dieses und jenes. Warum aber versuchen wir nicht einmal eine Fusion, eine Vereinigung verschiedener Funktionsstrukturen unter einem Dach? Unter diesem Aspekt haben wir verschiedene Entwürfe erarbeitet. Wir zeigten auf, daß damit Grund und Boden gespart werden kann, zum anderen gewisse Räume oder Einrichtungen nur einmal benötigt werden. Heizungszentralen, Toilettenanlagen und Gardaroben sind gemeinsam nutzbar. Folglich, so unser Argument, hat das alles etwas mit Ökonomie zu tun.

Und es kam hinzu, daß sich damit viel interessantere Kommunikationslösungen ergaben. Die Eingangshalle ist nicht nur Durchgangs- oder Verkehrsraum, sondern auch Erlebnisbereich. Besonders dann, wenn Cafeteria oder Bierstube mit in diesen Bereich integriert werden. Nicht nur



hochschule ost 1/1998



Mensa & Bibliothek in Mittweida, Eingangshalle
Holzstele: Prof. Hans Brockhase, Schwarzenberg

hochschule ost 1/1998

der einzelne Raum interessierte uns, sondern das Gesamtgebäude mit seiner Verflechtung der einzelnen Bereiche.

hochschule ost: Und bei der Entwicklung solcher Ideen waren Sie weitgehend abgeschlossen von internationalen Diskussionen?

Zimmermann: Richtig. Wir wissen ja alle, daß die Mauer nicht nur aus materiellen, sondern insbesondere aus ideologischen Gründen gebaut worden ist. Wir sollten mit bestimmtem Ideengut nicht konfrontiert werden. Ich habe eine Zeitlang noch Literatur auf dem Privatweg bekommen. Dann ging auch privat nichts mehr durch, alles wurde konfisziert. Einmal lag eine Fachzeitschrift beim Parteisekretär vor, aber er weigerte sich, sie mir auszuhändigen. Sie wurde eingezogen und der Architekturbibliothek zur Verfügung gestellt. Insofern realisierten wir völlig autonome Entwicklungen bei diesen „gesellschaftlichen Bauten“, wie das damals hieß. Ich kann das aber nur für den Bereich sagen, den wir bearbeitet haben.

Ich hatte mehrfach versucht, daß, wenn ein neues Projekt anstand, eine Studienreise ins westliche Ausland zu erhalten. Es war nicht möglich.

hochschule ost: Wie weit gingen denn die Vorgaben für die Projekte? Gab es neben Kosten- auch technische, vielleicht Materialvorgaben, und wurden ästhetische Vorgaben formuliert?

Zimmermann: Es gab Vorgaben hinsichtlich des Flächen- und des Kubaturaufwandes und damit auch hinsichtlich der Kosten. Diese waren einzuhalten. Hinsichtlich der Materialien gab es weniger Regularien, bis auf die Tatsache, daß wir vom Grundsatz her alles mit sogenannten Fertigteilen errichten mußten.

Nur bei den großen Mensen war das nicht der Fall. Die sechs Großmensen, die wir gebaut haben, sind alle in Stahl errichtet worden, als sogenanntes Stahlskelett mit Stahlbetondecken. Bei der Wahl der Ausbauelemente haben uns die Baubetriebe teilweise arg mitgespielt, weil sie ihr Sortiment einsetzen wollten und alles versucht haben, um den manuellen Aufwand zu senken. Als wir z.B. äußerten, Sichtmauerwerk an der Mensa Nord in Berlin einzusetzen, gab es hartnäckigen Widerstand, der jedoch glücklicherweise gebrochen werden konnte.

Hinsichtlich des Innenausbaus, und das sieht man auch in den Mensen, waren wir in jeder Hinsicht freier. Erstens war hier die Reglementierung geringer, und zweitens konnten wir auf qualifizierte Handwerksbetriebe zurückgreifen. Vieles konnte für die jeweilige Bauaufgabe individuell entworfen werden: Leuchten, Stühle, Tische usw. Damit waren wir unabhängig von dem Sortiment, das die Industrie anbot. Außerdem ging vieles von den einsetzbaren Industrieprodukten in den Export. Zuverlässiger war da schon ein Gürtler, der immer unsere Leuchten herstellte.

hochschule ost 1/1998

Wenn er den Auftrag annahm, konnte ich mich hundertprozentig auf die fristgerechte Lieferung verlassen. Auch deshalb haben wir viele Ausstattungselemente individuell entworfen.

Einschränkungen konnten höchstens dadurch entstehen, daß der ausführende Betrieb – wir mußten ja oft mit VEB Innenprojekt arbeiten – zum Zeitpunkt der Realisierung mitteilte, dieses Material oder jenes Ausstattungselement ist nicht beschaffbar. Kam z.B. ein neues, gestalterisch befriedigendes Produkt auf den Markt – ich erinnere mich an die eigens für den Palast der Republik entwickelten neuen Stühle –, dann wollten viele dieses einsetzen, aber die produzierte Stückzahl konnte den Bedarf nicht decken. Insofern war es meist schwierig, das jeweilige Wunschmodell zu bekommen.

hochschule ost: Sie waren bei den Mensa-Projekten immer zugleich Innen- und Außenarchitekt?

Zimmermann: Ich habe immer meine Probleme wenn jemand glaubt, man müsse einen sog. Innenarchitekten einsetzen, der das Objekt im Innern „schön“ macht. Deshalb, weil man die Arbeit am Gebäude im Grunde nicht trennen kann. Ich denke doch nicht in Rohbaudimension, sondern sehe das Gebäude im fertigen Zustand vor mir.

Plato hat gesagt, das Reinste ist die Idee, die Umsetzung aber leidet am Handwerklichen. Aber wie soll ich meine Ideen jemandem anderen mitteilen? Also muß ich das Ganze schon so weit wie möglich in der Hand behalten. Für mich geht es um eine ganzheitliche Arbeit und um eine ganzheitliche Wirkung, und insofern möchte ich alles, bis zum Tisch, bis zum Stuhl, bis zur Leuchte und bis zur Kunst schon in der Hand behalten. Das ist mir zugestanden worden.

Nun muß ich aber auch sagen, daß wir vielleicht aufgrund unserer Arbeit ein paar Privilegien hatten. Wir erhielten zwei Architekturpreise, für die Mensa Dresden und für die in Mittweida. Diese Auszeichnungen haben uns sicher einige Türen geöffnet und uns eine Stellung eingebracht, wo manches etwas leichter ging, als es landesweit üblich war. Dadurch, daß wir einiges realisiert hatten, konnten wir immer wieder darauf verweisen, was wiederum neue Umsetzungen erleichterte.

hochschule ost: Sie hatten als Architekt auch die Bekunstung der Mensen zu verantworten?

Zimmermann: Es gab ja in der DDR einen bestimmten Prozentsatz der Bausumme, der für Kunst reserviert war – das gilt wohl heute ebenso, nur hält sich keiner daran. Diesen Prozentsatz haben wir natürlich in Anspruch genommen. Die Verknüpfung von architektonischer Gestaltung und künstlerischer Form war immer mein besonderes Anliegen. Ich habe

hochschule ost 1/1998

mir deshalb immer ausbedungen, daß ich die bildkünstlerische Ideenkonzeption entwickle.

Bei einer solchen Konzeption ging es darum zu entscheiden, an welche Stellen und in welchen Techniken künstlerische Werke integriert werden sollten: Glas-, oder eine Textilgestaltung, Malerei oder Holzgestaltung usw. usf. Hinsichtlich der Auswahl der Künstler haben wir Vorschläge gemacht, konnten diese aber nicht immer durchsetzen.

Leipzig ist für mich ein Beispiel mit sehr schlechten Erfahrungen. Bei diesem Vorhaben wurden wir eigentlich das einzige Mal regelrecht ausgebootet. An der DHfK gab es einen „Kunstwart“, wohl auf dem Gebiet Kunstgeschichte tätig, der zu keiner kooperativen Zusammenarbeit bereit war. Wir haben zwar einiges durchsetzen können, z.B. die Glasgestaltung im Erfrischungsraum mit den hinterleuchteten Glaselementen von Rudi Sitte oder im Kaminraum ein Bild von Günter Richter. Aber im Nachhinein sind die Räume regelrecht mit Kunst überfrachtet worden. Das alles geht auf diese eine Person zurück, die uns nie mehr eingebunden hat.

In Halle hatten wir Schwierigkeiten, weil sich dort der Verband Bildender Künstler sehr stark machte und seine eigenen Leute unterbringen wollte. Am Ergebnis sah man, daß einige, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Funktion beteiligt waren, zwar die größte Fläche in Anspruch genommen haben, aber damit nicht zurechtgekommen sind.

Angenehme Erinnerungen habe ich an das Hallenser Ehepaar Rataiczky, mit dem wir mehrfach zusammengearbeitet haben. Sie konnten Gobelins und an verschiedenen Objekten auch Glasfenster realisieren. Von ihnen hängen Arbeiten sowohl in Ilmenau als auch in Berlin, Halle und Dresden.

hochschule ost: Noch einmal zurück zum Rohbau und zur Außenfassade. Waren denn die Baubetriebe mit ihren Sortimenten in irgendeiner Weise auf Ihre Bedürfnisse eingerichtet, wenn sie schon den manuellen Aufwand für individuelle Fertigteile vermeiden wollten?

Zimmermann: Beim Stahlbau konnten wir die sog. Menzeldecken einsetzen, kleinformatige Fertigteile, die ca. sechs Meter überspannten. Probleme hatten wir immer mit der Fassade, weil wir dort individuelle Brüstungs- und Simselemente vorgesehen hatten. Sie waren aus Leichtbeton und mußten individuell gefertigt werden, d.h. man mußte speziell für dieses Objekt eine Stahl-Form herstellen.

Bei den Mensen, die wir mit Fertigteilen, sog. VGB – Vereinheitlichter Geschosßbau hieß das damals – gebaut haben, gab es vorgefertigte Stützen, Riegel und Deckenplatten. Die Fassaden sind von uns immer individuell gestaltet worden. In Wildau haben wir Stahlelemente vorgestellt und dann Wärmedämmpakete mit einer Alu-Blende angebracht sowie Holzfenster eingesetzt. Diese Konstruktion wählten wir auch in Mittwei-

da und teilweise in Zwickau. Es war der Versuch, aus dem unflexiblen Sortiment der Fassadengestaltung auszubrechen, weil dessen Elemente ursprünglich für den Typus des Bürogebäudes entwickelt wurden: zwei Scheiben am Giebel, an den Längsseiten Brüstungselemente. Dies war die klassische Konstruktion des VGB, womit viele gesellschaftliche Bauten errichtet wurden.

Wir bekamen die Baubetriebe aus dem jeweiligen Territorium zugeordnet. Für Dresdner Bauvorhaben war es nicht möglich, Fertigteile aus Berlin zu beziehen. Was den Einsatz individueller Elemente betrifft, kam es immer auf Verhandlungsgeschick an. Es war entscheidend, daß man dort den richtigen Partner fand. Manchmal brauchte es vielleicht auch persönliche Sympathien, aber immer brauchte man eine große Portion Hartnäckigkeit. Ich behaupte, es war im gestalterischen Bereich mehr möglich, als vielerorts realisiert wurde. Nur mußte man erhöhten Einsatz und Courage zeigen.

hochschule ost: In welcher Weise waren diejenigen, die das Gebäude dann einmal nutzen sollten, also die Hochschulen, eingebunden in der Projektierung, und wie waren Sie als Architekt an der Bauausführung beteiligt?

Zimmermann: Wenn ein neues Projekt anstand, ist unsere Planung immer im größeren Rahmen vorgestellt und darüber diskutiert worden. Nach der Übergabe haben wir natürlich – weil jeder Architekt sein härtester Kritiker sein sollte – immer nach Schwachstellen gesucht. Wir haben dann beim nächsten Objekt versucht, solche Fehler oder Schwachstellen auszumerzen. Es war insgesamt ein kooperatives Verfahren, in dem das Institut für Hoch- und Fachschulbau mit seinen Fachleuten ebenso beteiligt war wie jeder zukünftige Nutzer.

Die Beteiligung des Architekten an der Bauausführung geschah über Autorenkontrollen. Diese Tätigkeit war über sog. Autorenkontrollverträge abgesichert. Wenn ich mich an Mittweida erinnere, bin ich wohl durchgehend einmal in der Woche dort gewesen, am Schluß auch zwei- oder dreimal. Bei der Dresdner TU-Mensa, die ja vor unserer Haustür lag, waren wir täglich anwesend. Die Zusammenarbeit mit den Bauleitern war fruchtbringend und kooperativ, denn sie haben nichts anderes gebaut, als unsere Pläne besagten. Verglichen mit heute muß ich schon sagen: Die Kollegialität war seinerzeit größer.

Das Gespräch führte Peer Pasternack.

Ulf Zimmermann, Dipl.-Ing., war bis 1990 Architekt bei TU-Projekt und ist heute als freier Architekt BDA in Dresden tätig

Sportstudenten, Kunst und Ästhetik ex post facto betrachtet

Günter Witt
Leipzig

Geschehenes, Vergangenes, Abgeschlossenes *ex post facto*, also hinterher und aus heutiger Sicht rückschließend zu betrachten, birgt stets einige Gefahren in sich, die unwillkürliche Verklärung ebenso wie die

ungerechte Verurteilung oder das ungewollte Vergessen vielleicht wesentlicher Fakten. Denn es geht um Rückerinnerungen, die selten ganz frei sein können von einer subjektiven Sichtweise.

Alltäglich und selbstverständlich war es für eine Sporthochschule jedenfalls wohl nicht, einen Bestand von rund 500 Werken der Malerei, Grafik und Plastik zu besitzen und in ihren Räumlichkeiten und Freianlagen wirkungsvoll zu präsentieren. Eher war dies überraschend und ungewöhnlich, wenn man dem Staunen und den Fragen von Besuchern und Gästen, aber alljährlich auch von neuimmatrikulierten Studenten folgte.

Allgemein üblich war es ebensowenig, eine Wissenschaftsdisziplin Ästhetik an einer akademischen Bildungsstätte des Sports einzurichten, die die Studenten mit der Ästhetik des Sports und der Kunst vertraut machte. Eher war dies ein Einzelfall, wenn man von Vergleichen mit Hochschulen dieser Art in anderen Ländern ausgeht.

Die Rede ist von der Spezialsammlung „Sport in der bildenden Kunst“ und von der Wissenschaftsdisziplin „Sportästhetik“ der nicht mehr existierenden Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHfK) in Leipzig.

Welche Beweggründe waren es vor allem, die die DHfK als höchste Bildungseinrichtung für Trainer, Sportlehrer und Sportfunktionäre der DDR und als Ort unzähliger Begegnungen mit internationalen Gästen auf Tagungen, Konferenzen und Lehrgängen veranlaßten, diesen Aspekt in ihr Konzept von Lehre, Forschung und Alltagsleben der Hochschule aufzunehmen? Der Kern aller Überlegungen und der ihnen folgenden praktischen Schritte war das Ziel, der Allgemeinbildung und der geistigen Kommunikation der Studierenden durch die alltägliche Begegnung und den spontanen Umgang mit bildender Kunst, also durch die Gestaltung eines kulturell-ästhetischen Mikroklimas in den Innen- und Außenräumen, ständig neue Impulse zu verleihen. Und dieser Vorgang sinnlich-konkreter Aneignung, dieser Zugang zur Kunst über eigene persönliche

hochschule ost 1/1998

Erfahrungen, sollte durch die Aufnahme eines systematischen Lehrangebots von Wissen über die Ästhetik von Kunst und Sport zu einem Bildungsgewinn der Studenten verschmelzen.

Der Platz für die Sportästhetik im Ausbildungsprogramm der 1950 gegründeten Deutschen Hochschule für Körperkultur war zwar schon in ihren Anfangsjahren „reserviert“ worden, Analysen der Struktur der Sportwissenschaft und Prognosen für ihre Entwicklung betonten in den sechziger Jahren zwar die Dynamik der sportwissenschaftlichen Entwicklung, ihre notwendige Profilierung und Differenzierung durch neue wissenschaftliche Arbeitsfelder und -bereiche, wie die ausdrücklich erwähnte Sportästhetik, aber es bedurfte einiger Voraussetzungen, vor allem personeller Natur, um diese Vorstellungen zu realisieren.

Im Jahre 1975 wurde dann mit der Entwicklung der Wissenschaftsdisziplin Sportästhetik begonnen.[1] Und die Tatsache, daß eine solche neue wissenschaftliche Arbeitsrichtung an der DHfK einen festen Platz in der sehr verzweigten Wissenschaftsstruktur finden und in relativ kurzer Zeit durch ihre Arbeitsergebnisse behaupten konnte, fand innerhalb und außerhalb der Sportwissenschaft der DDR Beachtung.[2]

Hatte die DHfK seit den fünfziger und sechziger Jahren schon einen kleinen aber sehenswerten Bestand von Kunstwerken Thema Sport bilden können, zu dem die Bronzefiguren von Rudolf Oelzner auf dem Vorplatz der DHfK seit Anfang der fünfziger Jahre zählten und der dann im Laufe der Jahre um das Gemälde „Gustav-Adolf Schur und die Jungen“ von Bert Heller (1959), die Plastiken „Mädchen auf dem Schwebebalken“ von Herbert Burschik (1961), „Porträt eines Zehnkämpfers“ von Gerhard Geyer (1963), „Porträt Baron Pierre de Coubertin“ von Wieland Förster (1962) und eine Reihe von Grafiken bereichert wurde, verband sich mit der neuen Wissenschaftsdisziplin Sportästhetik eine Forcierung und Systematisierung der Sammlungstätigkeit.

Die weiträumigen Flure und Treppengänge des Hauptgebäudes der DHfK dienten der Präsentation der wachsenden Bestände an Gemälden, Grafiken und Plastiken, die Freiflächen vor und innerhalb der Hochschule wurden mit Plastiken gestaltet. Die Bestandsentwicklung dieser Sammlung konnte schon 1980 in einem Katalog dokumentiert werden.[3] Bereits 1985 machten der rasche Zuwachs an Kunstwerken [4] und die bildkünstlerische Gestaltung des 1977 fertiggestellten Mensa-Gebäudes ein neues Gesamtkonzept für die Präsentation der Kunstwerke erforderlich.

Ein repräsentativer neuer Katalog, der den sich ständig erweiternden Bestand, verbunden mit Analysen und Interpretationen, vorstellen sollte, lag 1989 druckfertig vor, konnte aber nicht mehr realisiert werden. Die Zeit der gesellschaftlichen Veränderungen verband die künftige Existenzform der DHfK mit Ungewißheiten und Unsicherheiten, so daß die Be-

hochschule ost 1/1998

stände an Gemälden, Grafiken und Kleinplastiken, um sie vor Beschädigung oder Verlust zu sichern, Anfang 1991 zunächst eingelagert wurden.

Wie ist das enorme Wachsen des Bestandes an Werken der bildenden Kunst zu erklären? War es das Resultat der Sammlerleidenschaft einer kleinen Schar kunstbesessener Mitarbeiter der DHfK, die – sich frei in Raum und Zeit bewegend – ein solches ‘Hobby’ betrieb und sich dabei auf das schon erwähnte Entwicklungskonzept der Sporthochschule berief? Oder gab es auch einen größeren Hintergrund, der den Nährboden und das Klima für diese fruchtbare Tätigkeit schuf?

In der Tat fand die individuelle, unverzichtbare Leidenschaft der für die Kunstsammlung verantwortlichen Mitarbeiter in hohem Maße in Bemühungen der Sportorganisation (DTSB) und des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der DDR stimulierende Impulse. Seit Beginn der sechziger Jahre wurden die Grundideen des Schöpfers der modernen Olympischen Spiele, Pierre de Coubertin, von der „Hochzeit von Muskel und Geist“, also von der notwendigen Verbindung von Sport und Kunst, seiner Charakteristik des Sports als „Gelegenheit und Auftraggeber für die Kunst“ in Veranstaltungen der DDR-Sportorganisation und des NOK (Gespräche mit Künstlern, Kunstwettbewerbe, Kunstpreis, Kunstausstellungen usw.) geistig erschlossen und mit praktischen Schritten zu ihrer Realisierung verbunden. Das war für die Arbeiten an der DHfK außerordentlich günstig.

Voraussetzung für das Projekt einer Sammlung und Galerie „Sport in der bildenden Kunst“ war dennoch eine langfristig gesicherte finanzielle Basis. Den Verantwortlichen standen Mittel im Haushalt der Hochschule zur Verfügung, es gab Zuwendungen des Staatssekretariats für Körperkultur und Sport zur Finanzierung größerer Aufträge oder Ankäufe, der Kulturfonds der DDR stellte Dauerleihgaben von Werken bereit, und es kamen Kunstwerke auch durch Schenkungen in den Besitz der Hochschule. Dieser sichere, wenn auch nicht grenzenlose finanzielle Spielraum war zunächst nur eine Chance, die es auf der Grundlage eines langfristig angelegte Entwicklungskonzepts zu nutzen galt. Es zielte auf Aufträge an bildende Künstler und war zugleich offen für „zufällige“ Angebote von Künstlern und Galeristen.

Das Wichtigste für die substantielle Entwicklung der Bestände waren indessen die zahlreichen engen persönlichen Kontakte zu Malern, Grafikern und Bildhauern, die im Verlauf der Jahre von Ideenfindungen, feinfühligem Beobachtungen und Erörterungen schöpferischer Arbeit am Werk zu verständnis- und anspruchsvollen Partnerschaften gediehen. Es waren die auf diese Weise gewachsene gegenseitige Achtung und Anerkennung, die Offenheit in den Fragen und Meinungsäußerungen gegenüber dem Partner, die jene Atmosphäre schufen, die das Entstehen von Kunst begünstigt. Auch der gemeinsame Mut zum Risiko, bei künstlerischen

novationen nicht auf das allgemeine Verständnis zu stoßen, stärkte die geistige Verbundenheit miteinander. Da Entdeckungen bei Atelierbesuchen genauso zu Ankäufen für die Sammlung führten, wie Werke im Auftrag sie bereicherten, kam eine Abwertung des Auftrags niemanden in den Sinn.

Die heutzutage gängige Schmähung unter der Formel „Auftragskunst = systemnahe Kunst = politisch instrumentalisierte Kunst = Nichtkunst“ zeugt nicht nur von Ignoranz gegenüber ganz normalen, üblichen Praktiken in der ganzen bisherigen Geschichte der Kunst, sondern auch von absoluter Unwissenheit über die Vorgänge bei der Entstehung von Kunst und im Verhältnis von Mäzen und Künstler. Mehr noch, der stupide Gebrauch dieser Formel hat eher den Geruch von politischer Instrumentalisierung derer, die sie heutzutage ständig verwenden.

Ein schematisches pauschales Urteil über die bildende Kunst der DDR als Ganzes in ständiger Wiederholung zu fällen, ist nur dazu geeignet, eine differenzierte Bewertung ihrer künstlerisch-ästhetischen Qualität zu verhindern. Das trifft in gleicher Weise auf die Beurteilung der bildkünstlerischen Werke zum Thema Sport zu, denn sie sind Teil und Resultat der generellen Kunstentwicklung in der DDR.

Die Malerei, Grafik und Plastik zu dieser Thematik aus den fünfziger und sechziger Jahren trägt alle Spuren jener Zeit. Das waren nicht nur die schmerzlichen Nachwirkungen des Kahlschlags der Nazikulturpolitik gegen die moderne Kunst der zwanziger Jahre, deren Kontinuität durch die Vernichtung unzähliger Kunstwerke und die Vertreibung bedeutender Künstler aus Deutschland brutal abgebrochen war. Großen Schaden richtete die unsägliche Formalismus-Diskussion Anfang der fünfziger Jahre an, die sich gegen die „spätbürgerliche Dekadenz“ und den „Avantgardismus in der Kunst“, gegen den „amerikanischen Kosmopolitismus“ in unglaublicher Schärfe richtete. Die blindwütigen Attacken verletzten nicht nur direkt betroffene Künstler, sondern irritierten eine ganze Künstlergeneration und beeinträchtigten die Kommunikation mit der Weltkunst auf schwerste Weise. Beschädigt wurde die bildende Kunst der DDR auch durch Bestrebungen, sie auf den Weg des sozialistischen Realismus im plattesten dogmatischen Verständnis zu führen oder sie durch kulturpolitische Kampagnen wie den „Bitterfelder Weg“ 1959 und 1964 eng mit dem sozialistischen Leben zu verbinden. Auf die sportliche Thematik bezogen führte dies zu geradezu grotesken Forderungen wie beispielsweise zu dem Ausspruch Walter Ulbrichts 1963, daß die Maler den Skisport und die Winterlandschaft nur gut malen könnten, wenn sie diese Sportart selbst betreiben würden. Das alles hinterließ natürlich Spuren in der bildenden Kunst jener Zeit.

Aber spätestens mit Beginn der siebziger Jahre bildete sich zunehmend ein eigenes Verständnis der Maler, Grafiker und Bildhauer von ihrer Kunst aus, besannen sie sich auf echte Traditionen und Innovationen,

schufen sie Werke, die ihre subjektive, differenzierende Sicht auf die sie umgebende Umwelt artikulierten, den Sport eingeschlossen. Der wachsende Widerspruch zur offiziellen Kunstpolitik wurde offenbar zum Stimulans für individuelle künstlerische Emanzipationen. Aus dieser Zeit stammt der größte Teil des Bestandes an Kunstwerken der Spezialsammlung „Sport in der bildenden Kunst“ der DHfK Leipzig.

Kennzeichnend für sie war ihre Vielfalt an Themen und künstlerischen Handschriften. In ihr fanden sich bloße Abbilder der Realität wie auch gewollte Vorbilder, auch geträumte Wunschbilder oder vermeintliche Zerrbilder zum Thema Sport. Aber sie wurde nie zur „Hall of Fame“ des DDR-Sports. Sie widerspiegelt die generelle Entwicklung der bildenden Kunst der DDR, vor allem in den siebziger und achtziger Jahren. Die Werke aus jener Zeit stellen Fragen nach dem Sinn des Lebens, auch nach dem Sinn des Sports, vor allem des Hochleistungssports mit allen seinen Aspekten, immer drängender, oft in Metaphern. Sie fallen durch ihre Freude am Experiment auf. „Außenbeobachter“, also Besucher der DHfK, haben das häufig festgestellt:

„... Wer dabei jetzt an Prachtwerke muskelstrotzender und zielstrebigster Helden und Aktivisten des Ostblock Realismus der 50er und 60er Jahre denkt, findet sich nur noch zum Teil bestätigt. Auch in der sportlichen Kunstszene hat sich ausgewirkt, was Experten schon lange behaupten und wonach die DDR-Kunst auf eigenen Füßen steht und vor allem souverän geworden ist. Da wird munter experimentiert und phantasiert, aber vor allem handwerklich gekonnt gearbeitet... Die sportlichen Kunstbanauen und die kulturellen Sportbanauen der Bundesrepublik müßten eigentlich vor Neid erblassen...“

So H. Pieper nach seinem Besuch der DHfK in der *Süddeutschen Zeitung* vom 5.10.1983.[6]

Die Qualität der Sammlung und ihrer Präsentation in der DHfK-Galerie, in Räumen und auf Plätzen der Hochschule sowie in Ausstellungen wurde durch die Werke bedeutender Künstler des Landes bestimmt.

Die Spannweite reicht – außer den schon genannten – in der Malerei von Dietrich Burger über Bernd Hertel, Peter Hoppe, Carl Marx, Wolfgang Mattheuer, Harald Metzkes, Günther Rehn, Günter Richter, Willi Sitte, Volker Stelzmann, Heinz Wagner, Fred Walther bis Lothar Zitzmann, in der Grafik von Wolfgang Böttcher über Reiner Ende, Dieter Goltzsche, Günther Huniat, Rolf Kuhrt, Reinhard Minkewitz, Arno Mohr, Rolf Münzner, Peter Pfefferkorn, Frank Ruddigkeit, Rainer Schade, Peter Schnürpel, Joachim Scholz, Max Schwimmer, Hans Ticha, Hans Joachim Triebisch bis Baldwin Zettl, in der Plastik von Senta Baldamus über Heinz Bebernis, Wilfried Fitzenreiter, Hans-Joachim Förster, Markus Gläser, Bernd Göbel, Karl Hillert, Gerhard Lichtenfeld, Wolfgang Rommel, Baldur Schönfelder, Siegfried Schreiber, Klaus Schwabe, Otto Berndt Steffen bis Erich Wurzer, um nur einige jeweils herauszuheben.

Sie vertreten drei Generationen von bildenden Künstlern. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Hochschule jungen Künstlern, durch Auf-

träge und Förderverträge ebenso wie durch die Einladung von Nachwuchskünstlern aus der DDR zu einem einwöchigen Pleinair an der DHfK 1983.

Ein Vorhaben verdient eine gesonderte Betrachtung, weil es die Grundidee einer täglichen Begegnung mit der Kunst auf ganz besondere Weise realisierte: Die bildkünstlerische Gestaltung der 1977 neubauten Mensa nach einem komplexen Konzept. In harmonischer Übereinstimmung mit ihren jeweiligen Funktionen boten die Räume Möglichkeiten, ganz unterschiedliche künstlerische Techniken und Handschriften wirken zu lassen.

Im Eingangsbereich dominierten zwei Gemälde von Lothar Zitzmann, der Imbißraum erhielt durch eine Glasgestaltung von Rudolf Sitte seine spezifische Atmosphäre wie die Bierstube durch 18 Keramikreliefplatten von Marika Sänglerlaub. Das Restaurant beeindruckte durch die Noblesse der Wandgestaltungen von fünf Metallreliefs (Kupfer und Emaille), die von Rüdiger Roehl und Jan Skurin geschaffen wurden. Zwei Beratungsräume wurden mit Applikationen von Agathe Böttcher bzw. Collagen von Frieder Heinze gestaltet, die kleinen Mensasäle durch eine großflächige Kreidezeichnung von Rainer Schade bzw. durch Keramik-Wandreliefs von Astrid Dannecker. Den Höhepunkt bildete der große Mensa-Saal, um dessen Konzept sich der Leipziger Kunstwissenschaftler Dr. Claus Baumann bis zur Realisierung sehr verdient machte.

Rolf Münzner, Frank Ruddigkeit, Peter Schnürpel und Peter Sylvester schufen jeweils ein Wandbild (von 360 x 460 cm), Klaus Schwabe ergänzte die Raumgestaltung durch eine Holzplastik-Gruppe. Faszinierend war bei diesem Vorhaben nicht nur die in der Kunstgeschichte recht selten anzutreffende Tatsache, daß vier ausgeprägte Künstlerpersönlichkeiten über viele Wochen hinweg gleichzeitig in einem Saal an ihrem Wandbild arbeiteten, sondern daß die Entstehung der Kunstwerke vom ersten Tag an bis zur Fertigstellung von hochinteressanten Kunstdiskussionen begleitet war, an denen sich Studenten, Lehrkräfte und Angestellte gleichermaßen beteiligten.

Ähnliches war auch bei der Gestaltung der Freiflächen des Hochschulgeländes zu erleben, ob bei der Aufstellung der Bronze-Gruppe „Stabwechsel“ von Senta Baldamus (1974) oder der Sandstein-Stele „Antiker Fünfkampf“ von Hans-Joachim Förster (1985). Eine vorgesehene vollständige Neugestaltung des Vorplatzes der DHfK mit einem künstlerisch gestalteten Brunnen, mit Plastiken und gärtnerischen Anlagen konnte nicht mehr verwirklicht werden.

Insgesamt kann rückblickend ohne jede Übertreibung gesagt werden, daß das Konzept des täglichen Hochschullebens mit Kunst angenommen wurde. Gab es in der ersten Zeit noch ein Pro und Contra im Hinblick auf den „Aufwand“ für die bildende Kunst oder Reserviertheiten gegenüber neuen, ungewohnten künstlerischen Sichtweisen, so konnte man bald

immer öfter Studenten, Lehrkräfte und Angestellte von „unserer Galerie“ sprechen hören.

Das durch die Begegnung mit der bildenden Kunst angeregte Interesse durch die Vermittlung von Kenntnissen zu fundieren oblag vor allem der Wissenschaftsdisziplin Sportästhetik. Sie bot im ersten Semester zunächst fakultative, später obligatorische Vorlesungsreihen zum Bild des Sports in der Kunst der einzelnen historischen Epochen, von der Antike bis zur Gegenwart, an. Es fanden Übungen mit den Studenten statt, wie Bilddiskussionen nach Führungen durch die Galerie. Es bildeten sich Oberseminare, in denen sich vor allem die Studenten trafen, die ihre Diplomarbeiten über Sport in der Kunst bestimmter Geschichtsperioden oder über das Bild bestimmter Sportarten in der Kunst vorbereiteten oder auch Teilergebnisse in den Veranstaltungen zu den Studententagen vortrugen.

Die Wissenschaftsdisziplin betreute bzw. begutachtete Diplomarbeiten, Dissertationen und Habilitationsschriften, die ihren Gegenstand von Lehre und Forschung betrafen, auch von Diplomanden und Doktoranden anderer Hochschulen und Universitäten. Ihre eigenen Ergebnisse in Forschung und Entwicklung machte sie durch Artikel und Buchpublikationen, durch Gastvorlesungen an anderen Hochschulen und Vorträge auf nationalen und internationalen wissenschaftlichen Veranstaltungen publik.

Von großem beiderseitigen Nutzen war die Zusammenarbeit mit der Sportorganisation der DDR, ob bei der Ausbildung von Trainern und Übungsleitern an den Sportschulen des DTSB, bei der Erarbeitung von Anschauungsmitteln wie Dia-Tonschau oder Schallplatten zum Thema „Kunst und Sport“ oder bei der Vorbereitung der Kunstgespräche, -wettbewerbe und -ausstellungen anlässlich der Turn- und Sportfeste.[5] Die Wissenschaftsdisziplin Sportästhetik der DHfK konnte also auf ihre Weise einiges zurückerstatten für die selbst erfahrene Förderung und Unterstützung.

Eine Herausforderung und Anerkennung zugleich war die Übertragung der wissenschaftlichen und organisatorischen Verantwortung für das Internationale Symposium „Kunst und Sport“ der Vereinigung der Europäischen Nationalen Olympischen Komitees (ENOK) in Leipzig 1983. Die Teilnehmer machten sich auch mit der Wirksamkeit der Wissenschaftsdisziplin Sportästhetik als Galerist der DHfK bekannt und hielten mit ihrer Anerkennung nicht zurück.[6]

Sehr positiv war die Resonanz auf die Galerie der DHfK „Sport in der bildenden Kunst“, wenn sie eigene Ausstellungen im Ausland veranstaltete wie in Budapest (1988), Sofia (1989), Athen, Larissa (1989) oder sich mit Werken ihres Bestandes an Ausstellungen beteiligte wie in Rabat, Casablanca (1973), Berlin (1978, 1979, 1985/90, IOC-Session 1988), Moskau (1979), Krakow (1979), Warschau (1979, 1984), Rostock

(1980), Altenburg (1980), Nürnberg (1982), Leipzig (1983), Paris (1984), Jena (1987, 1989), Cottbus (1988), Lublin (1989).

Die Spezialsammlung „Sport in der bildenden Kunst“ verabschiedete sich zunächst 1991 mit vielbeachteten Ausstellungen in Recklinghausen, wo die BBC London sie für eine TV-Dokumentation filmte, sowie in Düsseldorf und Stuttgart.[7; 8]

Danach wurde sie geschlossen von der Kustodie der Universität Leipzig übernommen.[9] Sie erfuhr 1994 eine Premiere ganz eigener Art: In einer Ausstellung „Zeitläufe“ präsentierte die Kustodie den Leipzigern und ihren Gästen über mehrere Wochen hinweg eine große Auswahl von Werken der Malerei, Grafik und Plastik dieser Sammlung.[10]

Unsere Betrachtung *ex post facto* läßt offenbar keinerlei Rückschlüsse für die Gegenwart und Zukunft zu. Es bleibt der allgemeine Wunsch, die Bestände der Leipziger Spezialsammlung zu erhalten und nach Möglichkeit zu ergänzen und zu erweitern, und daß irgendwann sich die Chance eröffnet, sie wieder öffentlich und ständig zu präsentieren.

Ob der Versuch, Sportstudenten, Kunst und Ästhetik in einem produktiven Verhältnis zueinander zusammenzuführen, wirklich gelungen ist, läßt sich schwer beweisen. Und eine Beweisführung *per experimentum crucis*, also durch eine Wiederholung des Versuchs, um über die Richtigkeit oder Falschheit des ersten Versuchs zu befinden, wäre ein absurder Gedanke. Denn der konkrete Versuch auf diesem einzelnen Gebiet scheiterte zwangsläufig, weil er Bestandteil des größeren „Versuchs DDR“ war, mit dessen Scheitern auch sein Schicksal, seine Abwicklung, besiegelt war.

Was bleibt, ist die Hoffnung, daß sich subjektive Faktoren, also menschliche Begeisterung, Fantasie und Energie, dieser Idee widmen, um auch in einem anderen sozialen Beziehungsgeflecht einen erneuten Versuch zu wagen.

Günter Witt, Prof. Dr. phil., war von 1973 an Leiter der Wissenschaftsdisziplin Sportästhetik an der DHfK Leipzig und lebt seit 1990 im Ruhestand

Literatur:

- [1] Witt, G.: Stellung, Problemfelder, Gegenstand, Methoden und Stand der Wissenschaftsdisziplin Sportästhetik, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Deutschen Hochschule für Körperkultur Leipzig*, 23. Jg. 1982 Heft 2, S. 19-34.
- [2] Haag, H.: Sportphilosophie, in: Haag, H./Strauß, B. G./Heinze, S.: *Theorie- und Themenfelder der Sportwissenschaft*, Schorndorf 1989, S. 94-123.
- [3] *Sport in der bildenden Kunst der DDR – Katalog der Galerie der Deutschen Hochschule für Körperkultur Leipzig* (Autoren: G. Witt/I. Petzold), Leipzig 1980, 96 S.

[4] Werkverzeichnis der Galerie „Sport in der bildenden Kunst der DDR“ – Deutsche Hochschule für Körperkultur Leipzig (Autorin: Ch. Klaucke/Mitarbeit P. Tzschoppe und G. Witt) Leipzig 1985, 65 S.

[5] Witt, G.: Sammlungen „Sport in der bildenden Kunst“, in: Kunst und Sport – Ausstellung zum VIII. Turn- und Sportfest und zur XI. Kinder- und Jugendspartakiade der DDR 1987 (Katalog), S. 35-38.

[6] Internationales Symposium „Kunst und Sport“. Veranstaltet vom Nationalen Olympischen Komitee der DDR (NOK) im Auftrag der Vereinigung der Europäischen Nationalen Olympischen Komitees (ENOK) Leipzig, vom 5. bis 7. Juli 1983 (in dtsh., engl. u. franz. Sprache), 108 S.

[7] Witt, G.: Sport in der bildenden Kunst – Nachdenken über eine real existierende Spezialsammlung, in: In Abwicklung? Werke aus der Sammlung der Deutschen Hochschule für Körperkultur Leipzig (Katalog), S. 45-56, hrsg. Träger der „Woche des Sports“ anlässlich der Ruhrfestspiele 1991 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sportmuseum Köln (Redaktion: A. Petersen/weitere Beiträge von: E. Beaucamp, H. Bernett, M. Lämmer, und K. Ruhrberg), 84 S.

[8] Witt, G.: „In Abwicklung?“, in: *Mitteilungsblatt des Deutschen Sportmuseums Köln*, 11. Jg. Nr. 4/5 1991, 8 S.

[9] Behrends, R.: Aus den Sammlungen der Universität – „Sport und bildende Kunst“ im Bestand der Kustodie, in: *Universität Leipzig – Mitteilungen und Berichte* Heft 5/1993, S. 36-37.

[10] *Zeitläufe – Sport in der bildenden Kunst – Eine Sammlung* (Katalog). Hrsg. AOK Leipzig/Universität Leipzig 1994 (Redaktion: R. Behrends/Beiträge von: R. Behrends, G. Witt), 192 S.

Die Kustodie der Leipziger Universität als Sammel- und Popularisierungseinrichtung für moderne Kunst Interview mit Kustos Rainer Behrends

hochschule ost: Herr Behrends, Sie sind seit Anfang der siebziger Jahre Kustos der Universität Leipzig. Uns interessiert die Geschichte der Kustodie der Leipziger Universität als Kunst sammelnde und Kunst präsentierende Institution.

Behrends: Die Kunstbestände in Universitäten in eine eigene Verwaltungsorganisation – die Kustodie – zu überführen, wie das in der DDR gehandhabt wurde, das ist etwas Neues gewesen. Bis zur Gründung von Kustodien haben Universitäten gelegentlich Verzeichnisse ihres Kunstbesitzes angelegt und diese beim Rentamt oder im Archiv hinterlegt. Eine Betreuung des Kunstbesitzes gab es nicht. In Leipzig ist eine solche Auflistung der historischen Bestände an Kunstwerken erstmals 1913 erfolgt. 1951 hat es dann im Zusammenhang mit einer Qualifikationsarbeit eine zweite Bestandsüberprüfung gegeben. Es wurden Kriegsverluste festgestellt und neu Hinzugekommenes aufgezeichnet. An eine systematische Betreuung, an wissenschaftliche Bearbeitung oder Verwaltung war damals nicht gedacht. Zur Begründung von Kustodien als eigenständige Verwaltungseinrichtungen an Universitäten kam es erst im Gefolge der 3. Hochschulreform Ende der sechziger Jahre und zwar aus folgendem Grunde: Die 3. Hochschulreform in der Deutschen Demokratischen Republik hatte die gewachsene historische Universitätsstruktur zerschlagen. Die Fakultäten und Institute wurden aufgelöst – das war 1968. Mit dem Verschwinden dieser Struktureinheiten hingen deren Kunst- und Buchbestände sozusagen in der Luft. Die Bibliotheksbestände wurden den Universitätsbibliotheken zugeschlagen. Aber für die nicht unbedeutenden Kunstwerke, die sich über Jahrhunderte angesammelt hatten, mußte eine Regelung getroffen werden. Die neue Hochschulgesetzgebung schuf die Möglichkeit, für nennenswerte Kunstbestände eine Verwaltungseinheit zu schaffen und diese Verwaltungseinheit führte die Bezeichnung Kustodie.

hochschule ost: Nennenswerte Kunstbestände – wer hat das definiert?

Behrends: Das hatten mehr oder weniger die einzelnen Universitäten selbst zu entscheiden. Kriterien waren die historische Bedeutung und der Umfang der Sammlungen. Mit der Einrichtung der Kustodie als Verwal-

tungseinheit an der Leipziger Universität im Jahre 1972 wurde es möglich, den gesamten Kunstbesitz in allen seinen Teilen zusammenzuführen. Zunächst sollte festgestellt werden, was ist von dem 1951 Verzeichneten noch da, was ist zwischen 1951 und 1971 dazugekommen. Die Kustodie sollte den gesamten Kunstbestand der Universität künftig also zentral betreuen.

hochschule ost: Gab es strategische Vorstellungen in den entsprechenden ministeriellen Beschlüssen und konkrete Vorgaben für die Einrichtung dieses Bereichs an den Universitäten?

Behrends: Vorgaben in dem Sinne gab es wohl nicht. Es gab in der Hochschulgesetzgebung die Möglichkeit, eine solche Einrichtung zu schaffen und die Leipziger Universität hat sich dazu entschlossen. Anfangs war lediglich an eine Planstelle zur Registrierung der Bestände gedacht, nicht an eine auszubauende Verwaltungseinheit. Es war auch nicht vorgesehen, die Sammlung zu erweitern oder öffentlich mit Ausstellungen oder Publikationen in Erscheinung zu treten.

hochschule ost: Es kam dann ja aber doch dazu, daß die Kustodie nicht nur bloß Verwaltungs- sondern ausgedehntere Aufgabenstellungen hatte, nämlich auch Kunstsammlung, Kunstpräsentation. In welchem Zeitraum ist das passiert und wie sind die Entscheidungsprozesse verlaufen?

Behrends: Das ist eine personengebundene Entscheidung gewesen. Ich habe 1972 den Auftrag bekommen, mich der Aufgabe der Generalisierung des universitären Kunstbesitzes anzunehmen. Das war zunächst im Rahmen meiner Tätigkeit am Kunsthistorisches Institut, nach der Hochschulreform innerhalb der Sektion Kunst- und Kulturwissenschaften im Bereich Kunstwissenschaft. Für mich lag es einfach nahe, in diesem Zusammenhang auch Ausstellungen des Kunstbestandes zu initiieren. Ich habe 1974 eine erste Ausstellung gemacht über einen Künstler, der in unserem Sektionsbereich tätig war. Die Umsetzung meiner Ausstellungsideen war möglich geworden, da sie beim damaligen Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, dem der Kustos unterstand, auf Gegenliebe stieß. Er teilte meine Überzeugung, daß man mit dem Kunstbestand der Universität arbeiten müsse und ihn nicht nur formal verwalten sollte. Allerdings war längere Zeit kein geeigneter Raum vorhanden. Als endlich der Hörsaalbau fertiggestellt wurde, stand dann die Frage, ob hier nicht eine ständige Ausstellungsmöglichkeit geschaffen werden könnte. Im Erdgeschoß des Hörsaalgebäudes war ursprünglich eine Garderobe geplant. Diese Idee wurde aber bereits vor Inbetriebnahme aufgegeben, weil sie genau gegenüber des Eingangs lag und weil zu diesem Zeitpunkt schon klar war, daß es kein Personal geben würde, das diese Garderobe betreut.

hochschule ost 1/1998

Diesen "herrenlosen" Raum von 180 Quadratmetern ohne Funktion habe ich ergriffen und wir zeigen dort regelmäßig seit 1979 Ausstellungen. Dabei wurde es spätestens seit 1979 zum ungeschriebenen Gesetz an der Karl-Marx-Universität Leipzig, daß es neben dem historischen Kunstbestand auch Ausstellungen mit aktueller zeitgenössischer Kunst geben würde. Als Angebot zur Information, zur Diskussion, aber auch als eine Möglichkeit, original künstlerisches Material zu präsentieren, was in Qualifizierungsarbeiten eingehen sollte. Das hat dann eine gewisse Zeit auch ziemlich gut geklappt. Damit im Zusammenhang ist begonnen worden, den historischen Bestand durch zeitgenössische Kunst zu ergänzen. Zwar nicht systematisch – dafür fehlten immer die Mittel – aber nach Maßgabe der sich bietenden Möglichkeiten. Der Bestand von 1951 wurde erweitert, ergänzt und allmählich ein zeitgenössischer Kunstbestand aufgebaut.

hochschule ost: Sie sagen, Sie selbst haben die Idee entwickelt, mit den Beständen zu arbeiten, diese zu präsentieren, zu erweitern. Gab es für Sie außer den Prorektoren für Gesellschaftswissenschaften weitere Gesprächspartner, mit denen Sie Ihr Konzept beraten und entwickeln konnten? Ein Gremium, das beratend wirkte und letztlich Entscheidungen traf?

Behrends: Nein, das hat es nicht gegeben. Es war im Prinzip immer ein Ein-Personen-Betrieb in Abstimmung mit dem jeweiligen Prorektor. Wir hatten natürlich bestimmte Dinge gesetzt, als grobe Ziele sozusagen. So haben wir überlegt, im Hörsaalbau aktuelles Kunstgeschehen zu präsentieren. Die Konzentration auf aktuelle Kunst hing auch damit zusammen, daß wir bis nach der Wende keine Sicherheitsvorkehrungen hatten. Es war ein mehr oder weniger ungesicherter Raum. Dort war es nicht machbar, mit den unersetzbaren Kunstbeständen des Fundus aufzutreten. Aber das war nicht der Hauptgrund für diese Prioritätensetzung. Wir wollten aktuell sein. Eine weitere Setzung war, zeitgenössische Kunst in aller Breite zu verstehen, also nicht nur Malerei, Graphik, Plastik, sondern auch angewandte Bereiche – Plakate, Fotografie, Kunsthandwerk. Und noch eine Festlegung hatten wir getroffen: Einmal im Jahr eine Ausstellung mit Künstlern zu machen, die an der Universität tätig sind und aller fünf Jahre eine Gemeinschaftsausstellung von diesen. Zwei davon hat es gegeben, die letzte 1989. Das Institut für Kunstpädagogik hat im vergangenen Jahr die erste Gemeinschaftsausstellung mit uns veranstaltet.

hochschule ost: Da erübrigt sich also die Frage, wie selbständig die Universität in diesen Dingen denn wirklich war. Sie sagen, sie war selbständig, es gab keine zentralen Planvorgaben und aufwendige Genehmigungsverfahren, an die Sie als Kustos gebunden waren. Auch "die Par-

hochschule ost 1/1998

tei" hat sich da nicht eingemischt, etwa die Bezirksleitung der SED und deren Kultur- oder Wissenschaftsabteilung?

Behrends: Nein, das gab es nicht. Natürlich hat die SED-Kreisleitung der Universität auch schon mal etwas "empfohlen". Diese "Empfehlungen" waren dann so zu verstehen, daß sie Anweisungen waren. Gelegentlich habe ich das nicht so verstanden, sondern tatsächlich als Empfehlung genommen. Bei passender Gelegenheit hat dann auch der zuständige Kreisleitungsfunktionär erklärt, wenn Sie nichts für die Partei tun, wird die Partei auch nichts für Sie tun. Das hat die Partei auch eingehalten. Also Ärger hat es schon ständig gegeben, aber auch die Respektierung fachlich fundierter Meinungsäußerung.

hochschule ost: Sie sagten, die Mittel waren stets knapp, besonders hinsichtlich der Erweiterung der Sammlung der zeitgenössischen Kunst. Wie wurde das ausgehandelt, gab es da einen Fond?

Behrends: Nein, es hat innerhalb des Haushalts keinen Fond gegeben, der ein Ankauf-Etat gewesen wäre. Wenn überhaupt mit Geldern gearbeitet werden konnte, waren das Gelder, die aus irgendwelchen anderen Titeln zur Verfügung gestellt wurden. Das heißt, es gab keinen festen Haushaltsplan für die Kustodie und es gab auch keine Größenordnungen, von denen man fest ausgehen konnte. Das war aber in gewisser Weise kompensierbar. Zum Beispiel ist sehr viel an zeitgenössischer Kunst, die an die Universität kam, über das Auftragswesen des Rates des Bezirkes Leipzig initiiert worden. Etwa in der Form, daß ein Auftrag da war, der für die Universität und mit ihr entwickelt wurde, oder daß die Universität als sogenannter gesellschaftlicher Partner in so einen Vorgang einstieg und dann die Möglichkeit bekam, das fertige Kunstwerk in ihren Bestand zu übernehmen. Das war in der Regel zunächst eine Leihgabe. Diese konnte aber nach einiger Zeit in den Bestand überführt werden.

hochschule ost: Welche Größenordnungen hatte dieser Bestand an neu hinzugekommenen Objekten, können Sie das ungefähr sagen?

Behrends: Bis 1989 waren das ungefähr 200 bis 250 Arbeiten, also ungefähr ein Drittel des überkommenen historischen Bestandes. Nach 1990 ist der Bestand sehr, sehr stark angewachsen, nicht zuletzt, weil wir komplett den Bestand zeitgenössischer Kunst zum Thema Sport von der ehemaligen DHFK übernommen haben. Das allein sind ca. 750 Arbeiten. Heute haben wir einen Bestand an zeitgenössischer Kunst, der mindestens doppelt so groß ist wie der historische Bestand.

hochschule ost 1/1998

hochschule ost: Noch einmal zurück zu den Auswahlverfahren für die Sammelobjekte. Sie als Kustos konnten frei vorschlagen, was die Universität an zeitgenössischer Kunst ankauft? Mit wem haben Sie sich beraten und wer hat letztlich über Ihre Vorschläge entschieden?

Behrends: Das wurde mit der entsprechenden Abteilung beim Rat des Bezirkes, also entweder dem Abteilungsleiter oder dem Referenten, der dafür zuständig war, beraten. Wenn das nicht ausreichte, wurde der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der Universität hinzugezogen. Dann wurde abgewogen, ob die Universität in den Vertrag einsteigen will oder nicht. Als Partner mußte natürlich der zuständige Prorektor einen solchen Vertrag unterschreiben. Formal hat er also festgelegt, ob die Universität das Stück für ihre Sammlung wollte. Aber man wußte, daß da jemand war, der fachlich zuständig war – der Kustos – und dessen Wort war letztlich entscheidend.

hochschule ost: Es wurden der Universität also auch Angebote gemacht vom Rat des Bezirkes. Nach welchen Kriterien ist das passiert, was wurde der Universität angeboten und was haben Sie dann ausgewählt?

Behrends: Es gab ein paar Dinge, die wir unbedingt wollten. Zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Jubiläum „575 Jahre Universität“ wollten wir zwei große Wandteppiche zum Thema „Universität – gestern und heute“ haben. Zu finanzieren waren die natürlich über die Universität nicht. Der Rat des Bezirkes hat also die entsprechenden Mittel freigemacht, damit der Vertrag zustande kommen konnte. Die Universität wurde als der vertragsführende Partner und als der endgültige Besitzer eingesetzt.

Oder ein zweites Beispiel: Der Rat des Bezirkes hatte an den Leipziger Maler Günther Albert Schulz den Auftrag vergeben, ein Bild zum Thema „Das Jahr 1945“ zu gestalten. Das sollte kein Historienbild sein, sondern subjektive Erfahrungen, Empfindungen, Schicksale spiegeln. Der Künstler legte ein Konzept vor, in dem das Thema in Form von Aktbildern bearbeitet werden sollte, gedacht als fünfteiliges Tafelgemälde. Es gab dann Probleme mit dem Auftraggeber, dem Rat des Bezirkes. Günter Albert Schulz, der ja mit einem Lehrauftrag an der Universität tätig war, hat sich bei mir darüber beklagt, daß diese für ihn wichtige künstlerische Aufgabe nicht voranging. Da haben wir uns als Universität eingeschaltet und unsere Bereitschaft erklärt, den Auftrag zu betreuen und das fertige Werk in unseren Bestand zu übernehmen. Es hat sich im Nachhinein als das Hauptwerk des Künstlers erwiesen. Ähnlich lief das bei der sogenannten „Fledermaus“ Hartwig Ebersbachs, die ursprünglich auch ein Entwicklungsvorhaben des Rates des Bezirkes Leipzig war.

hochschule ost 1/1998

hochschule ost: Haben Sie oft so gezielt mit Künstlern gearbeitet, und spielten dabei Künstler, die an der Leipziger Universität wirkten, eine besondere Rolle?

Behrends: Es war sozusagen Plangegegenstand, in jedem Jahr einen der Künstler, die an der Universität arbeiteten, mit einer eigenen Ausstellung zu präsentieren. Das hat nicht immer geklappt, da sich mancher auch zierte. Aber im Prinzip hat das funktioniert. Wir haben sowohl Künstler vorgestellt, mit denen die Universität dienstlich verbunden war, etwa Gabriele Meyer-Dennewitz und Günter Albert Schulz. Aber auch schon verstorbene Leipziger Künstler, wie den Begründer des Instituts für Kunstpädagogik, Hans Schulze, haben wir mit Ausstellungen ins Gedächtnis gerufen. Ich habe mich dann auch vor allem um Künstler meiner Generation bemüht, um die sogenannte zweite Generation der „Leipziger Schule“: Stelzmann, Hachulla, Kuhrt, Sylvester und andere.

hochschule ost: Noch einmal zur Ausstellungstätigkeit. Waren Sie nur in der Universität selber aktiv, oder haben Sie sich an internationalen oder nationalen Ausstellungsprogrammen beteiligen können?

Behrends: Seit die Kustodie ein durchgesetztes Unternehmen war – durchgesetzt heißt, daß zu mir noch eine zweite Arbeitskraft hinzugekommen war, also seit 1980 – und seit man wußte, daß es so etwas gibt, sind wir sehr häufig als Leihgeber angefordert worden. Und wir waren natürlich auch beteiligt an den unterschiedlichsten Ausstellungen, sowohl nationalen als auch solchen im „nichtsozialistischen Ausland“. Zum Beispiel waren wir mit einer großen Ausstellung über den Leipziger Verleger Philipp Erasmus Reich, der zu den großen Verlagspersönlichkeiten der Spätaufklärung gehört, in Hannover und in Frankfurt am Main präsent. Am Ende der DDR war die Universität beteiligt an der Projektierung und Durchführung einer merkwürdigen Ausstellung zur Feier des 40. Jahrestages. In Berlin hatte man gedacht, mit Leipzig als Vorzeigemetropole der DDR in der nichtpaktgebundenen Metropole Wien eine Ausstellung zum 40. Jahrestag zu machen. Dazu gab es einen Ministerratsbeschluß. Im Konzept war zu lesen: Leipzig als historische Größenordnung, Leipzig und die sozialistische Messe, Leipzig und der sozialistische Wohnungsbau, Leipzig, Leipzig, Leipzig... Und das sollte von Einrichtungen der Stadt und der Universität gemeinsam realisiert werden. Der Kollege Dr. Dieter Gleisberg vom Museum der Bildenden Künste, Vertreter anderer städtischer Museen und ich als Kustos der Universität haben dann beraten und beschlossen, das Konzept so nicht zu übernehmen. Zuerst war uns ein bißchen unwohl, aber dann haben wir vorgeschlagen, wir gehen nach Wien mit einer Ausstellung zur Kulturgeschichte Leipzigs von der Gründung Leipzigs bis zum I. Weltkrieg. Dieses Programm wurde in Berlin

eingereicht. Der damalige Kulturminister Hoffmann, der ja aus Leipzig kam, stimmte zu. Also waren wir mit der großen Ausstellung „Merkur und die Musen“ zu Gast im Künstlerhaus Wien. Diese Ausstellung fand Aufmerksamkeit und zog eine Reihe neuer Projekte nach sich, die dann nach 1989 realisiert wurden: die Mozart-Ausstellung in Wien, Meisterwerke aus Sachsen in Mannheim. Wir sind eigentlich nahtlos im nationalen und internationalen Leihverkehr aus der DDR in die jetzige Zeit gekommen.

hochschule ost: Sie schildern das Ganze als eine Angelegenheit mit ziemlich großen individuellen Spielräumen, die Sie als Kustos hatten, allerdings auch ohne Mitarbeiterstab und finanzielle Mittel. Wie war das möglich? Solche Ausstellungen zu organisieren ist ja eine sehr aufwendige Sache, zudem geht es ja auch nicht nur um solche Dinge, sondern auch um Betreuung der alten Bestände, Sammlungen usw.

Behrends: Der Personalbestand hat sich allmählich erweitert, nachdem wir 1983 das Ausstellungszentrum Kroch-Haus installieren konnten, das im September 1983 mit der Ausstellung „Luther und Leipzig“ eröffnet worden war. Da war klar, es mußte jemand da sein, der die ständigen Ausstellungen als Aufsicht betreute. Es kam also eine Arbeitskraft hinzu. Danach konnten wir noch eine Stelle einrichten für jemanden, der sich als wissenschaftlicher Konservator intensiv um die Sammlung selbst kümmert. Dadurch war der Personalbestand der Kustodie allmählich auf vier Personen gewachsen und somit eine gewisse Arbeitsfähigkeit gegeben.

Die Mittel für die Sammlungserweiterung waren immer ein Problem, sind das auch noch heute, trotzdem wir seit drei Jahren reguläre Haushaltsmittel haben. In der DDR ist das über viele Jahre nur über Absprachen gelaufen, über Umwidmung von Mitteln aus anderen Etats oder eben über die Stadt Leipzig und über Mittel des Kulturfonds. Heute haben wir einen eigenen Haushaltstitel, aber nur mit großem Glück ist der wirklich auch festgeschrieben, denn es wird oft gekürzt. Aber es gibt immerhin reguläre Mittel genau für diese Zwecke. Insofern ist der jetzige Zustand ein wichtiger Schritt nach vorn.

hochschule ost: Was uns über die Sammel- und Ausstellungsaktivitäten der Kustodie hinaus noch interessiert, ist der Zusammenhang zwischen Kunst am Bau und den Kustodien. Wurden Sie als Kustos in die Entscheidungen zur künstlerischen Gestaltung der Leipziger Universitätsneubauten, die 1972 zur Zeit Ihres Amtsbeginns noch im Entstehen waren, einbezogen? Am bekanntesten ist ja das Tübke-Bild im Hauptgebäude der Universität Leipzig und natürlich das große Relief am Hauptgebäude. Waren Sie in die Entscheidung darüber einbezogen, erinnern Sie sich an Diskussionen, Beratungen zu diesen Objekten?

Behrends: Nein, das war ich nicht. Es gab seit 1951 eine gesetzliche Verordnung in der DDR, daß im Bereich des gesellschaftlichen Bauens 2,5 Prozent des Gesamtinvestitionsvolumens für bildende Kunst eingesetzt werden mußten, das ist aber schon 1968 stark eingeschränkt worden. Also 1968 war das Jahr, als das erste Mal spürbar ernste Probleme in der Wirtschaft auftraten und da ist diese gesetzliche Regelung auf 0,5 Prozent verändert worden. Das hatte für den Neubau am Karl-Marx-Platz zur Folge, daß ein sehr umfangreiches, ehrgeiziges Kunstprojekt, das alle Objekte umfassen sollte, also Hauptgebäude, Mensa, Seminarhaus, Hörsaalgebäude, radikal gekürzt wurde. Nur Aufträge, die bereits ausgelöst waren, die also 1969 als nicht mehr rückführbar galten, wurden realisiert. Das waren im wesentlichen zwei: das Relief am Hauptgebäude und das Tübke-Gemälde an der Wand dahinter. So sind diese zwei auch die einzigen ausgeführten geblieben. Das heißt, es gab noch einen dritten Auftrag: im Eingangsbereich des Hauptgebäudes war eine Fahnenwand aus Glas, aber diese ist nicht erhalten. So blieben die beiden genannten, die damals übrigens als interne Wettbewerbe ausgeschrieben worden sind.

hochschule ost: Was heißt „interne Wettbewerbe“?

Behrends: Gemeint sind damit Einladungswettbewerbe. Das heißt, man hat nicht allgemein ausgeschrieben, sondern es wurden drei oder fünf Künstler ausgesucht für die Teilnahme, diese konnten dann ihre Ideen entwickeln. Das Relief von Ruddigkeit, Schwabe und Kuhrt hat eine solche Ausschreibung gewonnen. Und Werner Tübke mit dem Wandgemälde. Diese Objekte sind als nicht mehr rückführbar erklärt und dann auch ausgeführt worden. Aber in diese Entscheidungen waren Kustos oder Kunstverwaltung nicht integriert. Das ist über städtische und bezirkliche Gremien abgehandelt worden.

hochschule ost: Wer war von der Universität an der Entscheidung beteiligt?

Behrends: Für die Universität war damals Professor Ernst Ullmann, der Lehrstuhlinhaber für Kunstgeschichte, in dem Preisgremium vertreten.

hochschule ost: Gab es über die Entscheidungen des Preisgremiums Diskussionen in der Universität?

Behrends: Das Tübke-Wandbild und das Relief sind aus Einladungswettbewerben hervorgegangen und finanziert aus Mitteln für Kunst am Bau. Als das Tübke-Bild dann fertig war und zur Besichtigung stand, hat es zunächst niemandem außer dem Künstler gefallen. Es stieß auf massive Ablehnung, die auch artikuliert wurde. Das lag zum Teil an der For-

hochschule ost 1/1998

mensprache von Werner Tübke, vor allen Dingen an bestimmten manieristischen Elementen in dem Bild. Und das lag daran, daß er den Wettbewerb nicht mit einer gestalterischen Idee, sondern mit einer inhaltlichen Idee gewonnen hatte: Mit der Idee, das Bild absolut konkret zu machen. Es gibt in dem ganzen Bild nichts, was er erfunden hätte. Es sind alles Portraits, ein riesiges Gruppenbild. Dadurch ist es natürlich in einem sehr hohen Maße konkret. Und das hat damals viele eher schockiert, vor allem die Studenten. Sie waren damals ja gewöhnt, die Wirklichkeit verklärt zu bekommen oder agitatorisch überhöht. Und da kommt Tübke doch relativ nüchtern daher. Und er malte zum Beispiel das Rechenzentrum in einem fahlen Licht, das bekam so einen faden Charakter. Da kamen dann Studentenkollektive, haben sich das angeschaut und faßten Entschlüsse: daß sie so nicht sind und daher fordern, daß das Bild sofort weggenommen wird. Das hat natürlich damals in der Universitätsleitung niemand wirklich ernst genommen. Diese Studentengruppen waren im übrigen nicht geschickt, sondern kamen aus eigenem Antrieb und erklärten, wie sie sich selber sehen wollten. Dieses Maß an Entfernung von der Realität, das sich in diesen Protesten ausdrückte, hat mich wirklich schockiert.

hochschule ost: Was waren das für Studenten?

Behrends: Unterschiedlichste Studienrichtungen. Ich erinnere mich sowohl an Studenten der Gesellschaftswissenschaften, wie auch an Veterinärmedizinstudenten. Das hatte sich ja vorher schon in der Dresdner Kunstaussstellung angedeutet, als Tübke den Entwurf vorstellte. Schon da hatten sich Meinungen gebildet, in der Richtung: So sind wir nicht, sondern die Jugend in der DDR ist... Aber fünf Jahre später, als Hartmut Ebersbach sein Bild vorstellte, war das schon anders.

hochschule ost: Es fällt auf, daß auch die älteren Bauten der Leipziger Universität relativ wenig „bekunzt“ sind, vergleicht man das mit anderen Universitäten. Woran lag das? Sie sagten, die radikale Mittelkürzung datiert erst aus dem Jahre 1968?

Behrends: Vor 1968 ist in großem Umfang in der Liebigstraße gebaut worden, zum Beispiel der relativ große Komplex Carl-Ludwig-Institut. Zu diesem gab es ein großes Kunstprogramm, auch über Wettbewerbe. Das Material haben wir heute in der Sammlung. Wir haben das von den Erben der Künstler, die daran beteiligt waren, übernommen. Daraus ist nichts geworden, weil auch damals am Ende das Geld für die Ausführung fehlte, und wohl auch der Wille, die Kunstwerke wirklich haben zu wollen.

Das Gespräch führte Monika Gibas.

hochschule ost 1/1998

Die Kustodie der Technischen Universität Dresden Mehr als nur eine Einrichtung zur Verwaltung von Musealien

**Karin Fischer &
Jürgen Schieferdecker**
Dresden

Eine Spezifik an ostdeutschen Hochschulen, welche glücklicherweise zum großen Teil die gravierenden Strukturveränderungen seit der Wiedervereinigung überstanden hat, besteht in der im Jahre 1971 begonnenen Einrichtung von Kustodien.

Beim Suchen nach einer Definition des Begriffs Kustodie in den gebräuchlichen Nachschlagewerken erfährt man bestenfalls, daß es sich um ein „kleines Ordensgebiet der Franziskaner“¹ handelt. Beim Schlagwort „Kustode“ oder auch „Kustos“ kommt man der Sache näher. Dieser wird definiert als „Wächter, Hüter oder auch Bewahrer in der Person eines Wissenschaftlichen Sachbearbeiters an Museen u.ä.“² Analog erhielten die an Universitäten und Hochschulen der DDR installierten Einrichtungen die Bezeichnung Kustodien und die dort beschäftigten Wissenschaftler den Status eines Kustos, wie es in Museen üblich ist. Das Aufgabenfeld konzentrierte sich vorrangig auf die Pflege und Bewahrung musealen Gutes, das die Hochschulen in vielfältigen Sammlungen und im Kunstbesitz ihr eigen nennen.

Die erste Kustodie wurde an der Friedrich-Schiller-Universität Jena gegründet. Mit der Konzentration auf den umfangreichen kunsthistorischen und wissenschaftsgeschichtlichen Besitz konnte sie ihre Spezifik über viele Jahre bewahren. Andere Einrichtungen setzten, ihrem Profil entsprechend, andere Prioritäten. Bis 1980 entstanden Kustodien u.a. in Leipzig, Greifswald, Rostock, Dresden und Freiberg, wobei letztgenannte Hochschule die Verwaltung, die Pflege und den Schutz ihrer umfangreichen, kulturhistorisch bedeutenden Sammlungsbestände besonders appellativ zum Programm erklären konnte. Vergleicht man die Schwerpunkte der Arbeit verschiedener Einrichtungen, so fällt auf, daß es einen relativ großen Spielraum gab und daß neben oben angeführten Dominanten die jeweiligen speziellen Interessen und Fähigkeiten der einzelnen Leiter Profil und Aufgaben der Kustodien wesentlich mitbestimmten.

Am Beispiel der Technischen Universität Dresden sah das in der Diktion der „Universitätsmitteilungen“ vom Oktober 1979 so aus: „Auf

¹ Duden, Bd. 5 (Das Fremdwörterbuch). 5. Aufl. Mannheim, Wien, Zürich 1990, S. 443.

² Duden, Bd.1 (Rechtschreibung der deutschen Sprache). 20. Aufl. Mannheim, Wien, Zürich 1991, S. 428.

Weisung des Rektors wurde ab 1. 10. 1979 im Rahmen der Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften eine Kustodie gebildet. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, die Sektionen und Einrichtungen der Universität bei der Pflege progressiver und revolutionärer Traditionen zu beraten und den geschichtlichen Beitrag der Universität für den wissenschaftlich-technischen und gesellschaftlichen Fortschritt herausarbeiten zu helfen (u.a. Sammlungen, Kunstbesitz).“

Die Aufgabenstellung zielte also auf die umfassende Relevanz des Begriffs „Kustos“, dem man im weiteren Sinne gerecht zu werden suchte. Dabei war eine ideologische Beeinflussung der Kustodien durch Partei- und staatliche Leitungen von vornherein beabsichtigt. In Dresden bildeten umfangreiche Vorarbeiten auf dem Gebiet der Geschichte des technischen Bildungswesens und der Dresdner Hochschulgeschichte das Fundament, auf dem die neugegründete Kustodie weiterbaute. Die Inventur der musealen Bestände der Universität war eine zweite wichtige Aufgabe. Bei der Vorbereitung und Durchführung konnte man sich auf das Denkmalpflegegesetz der DDR (1975), die Verordnung über den Staatlichen Museumsfonds (1978) und das Kulturgutschutzgesetz (1980) berufen. Man hatte nun mit der Kustodie eine institutionelle Basis für die Bewahrung und Pflege historischer Sachzeugen, deren vorrangige praktische Aufgabe darin bestand, den wertvollen Besitz an technischen und naturwissenschaftlichen Sammlungsgegenständen aus der Vergangenheit zu sichern und zu inventarisieren.

Im Besitz der TU Dresden befindet sich neben den bereits genannten Musealien eine umfangreiche Kunstsammlung. Dazu zählen sowohl der sogenannte Altkunstbesitz aus der Zeit vor 1945 als auch die Werke, welche seit der Wiedereröffnung der Hochschule im Jahre 1946 erworben wurden oder durch Schenkung in die Sammlung gelangten. Seit Beginn der 1950er Jahre existiert ein „Künstlerischer Beirat“, den bis 1975 der Bildhauer und Grafiker Werner Scheffel (1912-1996) leitete. Die Aufgaben dieses Beirates bestanden zunächst in der Beratung von Aufträgen für baugebundene Kunst sowie darin, Empfehlungen für den Ankauf von Kunstwerken zu geben. Der Kunstbesitz, damals auf Karteikarten registriert, wurde mit Einrichtung des Museumsfonds der TU Dresden Bestandteil desselben. Nach Gründung der Kustodie gingen die Aufgaben der Inventarisierung und zentralen Erfassung des Kunstbesitzes an diese über, während Ankäufe, Ausleihe, Anbringung von Kunstwerken im öffentlichen Raum sowie die Präsentation weiterhin beim Künstlerischen Beirat verblieben.

Wenn an der Hochschule damals bei Kunstankäufen propagandistische Aspekte nur wenig zum Tragen kamen, so war dies in erster Linie das Verdienst Werner Scheffels. Unter seiner Ägide konnten annähernd 1000 Kunstwerke vorteilhaft erworben oder für ausgewählte Standorte

bei namhaften Künstlern direkt in Auftrag gegeben werden. Das bedeutete nicht nur eine erhebliche Förderung der Künstler, sondern vor allem auch die stille und beharrliche Durchsetzung einer progressiven Konzeption gegen die Indolenz der Kulturfunktionäre. Sein Engagement, beispielsweise auch für einen Künstler wie Hermann Glöckner (1889-1987), der der offiziellen Kulturpolitik als suspekt galt, trug Scheffel Maßnahmen ein, die ihn schließlich vorzeitig sein Amt aufgeben ließen.

Über den Kunstbesitz wird an anderer Stelle noch ausführlich zu sprechen sein. Hier soll jedoch darauf hingewiesen werden, daß das Wirken des Künstlerischen Beirates eine gute Dresdner Tradition fortsetzt. Bereits seit der Jahrhundertwende und früher ist eine rege Beziehung zwischen der Hochschule, vor allem der damaligen Kulturwissenschaftlichen Abteilung und der Architekturabteilung, und der Kunst- und Kulturöffentlichkeit der Stadt zu verzeichnen. Das wird sowohl an den später als „Brücke“-Maler bekannt gewordenen vormaligen Dresdner Architekturstudenten deutlich als auch an einer Eigentümlichkeit im Dresdner Museumswesen jener Jahre: Hochschullehrer wie z.B. Cornelius Gurlitt (1850-1938), Georg Treu (1843-1921) oder Hermann Hettner (1821-1882) übernahmen in Personalunion Direktorenposten an Dresdner Museen.

Hier scheint es nun geboten, auf die 1979 proklamierte Hauptaufgabe der Kustodie der TU Dresden einzugehen, die Erforschung der Hochschulgeschichte. Die damalige Leitung der Universität hätte die Kustodie gern in erster Linie als ein Funktionalorgan in allen Fragen der Traditionspflege gesehen, wobei von vornherein festgelegt war, welche Traditionen zu pflegen seien. Es kam hauptsächlich in Frage, was ins Bild paßte, woraus eine gewisse Einseitigkeit resultierte, denn selbstverständlich wurden ideologische Maßstäbe angelegt, um zu entscheiden, was opportun sei. So war es beispielsweise nicht üblich, das Wirken studentischer Verbindungen zur Kenntnis zu nehmen. Dagegen wurde der Pflege „proletarisch-revolutionärer Traditionen“ seitens der SED- und FDJ-Kreisleitungen und der Universitätsleitung unter dem Aspekt der „kommunistischen Erziehung“ besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Im Umfeld der Kustodie entstanden zahlreiche Publikationen zur Geschichte der TU Dresden. Vorarbeiten in Form von Dissertationsschriften über einzelne Abschnitte der Hochschulgeschichte sowie gesellschaftswissenschaftliche Belege und hochschulpädagogische Arbeiten, die sich mit Biographien bedeutender Dresdner Wissenschaftler oder mit der Geschichte von Wissenschaftsdisziplinen befaßten, waren bereits vor Gründung der Kustodie entstanden. Sie dienten der Vorbereitung eines Bandes über die Geschichte der TU Dresden.³ Die Kustodie verfügt damit auch heute noch

³ Geschichte der Technischen Universität Dresden 1828-1978. 1. Aufl. Berlin 1978.

über einen Fundus an wichtigem Faktenmaterial, denn etliche der Verfasser – überwiegend Doktoranden aus unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen – nutzten die Gelegenheit, trotz des obligatorischen „roten Anstrichs“ konkret historische Arbeiten vorzulegen. Der Einzelne konnte damit durchaus seine Nische finden, wenn er nicht gewillt war, die erforderliche Belegnote mit Hilfe politischer Gemeinplätze zu erreichen.

Bei dem Versuch, ein differenziertes Bild zu zeichnen, muß angemerkt werden, daß die Hochschulgeschichte in der DDR als Bestandteil der marxistischen Geschichtswissenschaft einer Ideologisierung im Sinne von Geschichtspropaganda unterworfen war. Diesem Ziel diente auch die Berufung von Kustoden in den „Arbeitskreis Universitäts- und Hochschulgeschichte beim Institut für Hochschulbildung der Humboldt-Universität zu Berlin“, der unmittelbar durch das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen angeleitet wurde. Man kann sich daher der Einschätzung entsprechender Forschungsarbeiten anschließen, es habe den Anschein,

„als sei in mancher tendenziösen Darstellung der sogenannte Klassenstandpunkt wichtiger als der exakte Umgang mit Fakten... Die Folgen solcher Demagogie sind unausbleiblich und unübersehbar: Eine Art innerer Zensur hat gewissermaßen bei der Abfassung von Texten die 'Schere im Kopf' angesetzt. Die äußere Zensur – hochschulgeschichtliche Veröffentlichungen mußten für gewöhnlich vom Prorektor für Gesellschaftswissenschaften 'abgesegnet' werden – hat ein übriges getan, den Gedanken nur beschränkten Freiraum zu verschaffen. Eine Folge ist zumindest die Überhäufung der Vorworte und Einleitungen mit ideologischen Gemeinplätzen...“⁴

Aufschlußreich in diesem Sinne ist eine Schrift mit Hinweisen für die Forschungsarbeit an der Geschichte der TU Dresden,⁵ welche als methodische Anleitung für die Mitarbeit von Fachvertretern an dem Buch zur Geschichte der TU Dresden dienen sollte. Sie enthält im Anhang ein „Schema für die Erforschung der Geschichte der TU“, das im wahrsten Sinne des Wortes die sehr eng verstandene schematische marxistisch-leninistische Geschichtsauffassung erkennen läßt. Ungeachtet dessen finden sich aber in der Schrift durchaus wertvolle Hinweise zum Herangehen an ein solches Projekt. Ein weiterer Ausdruck der Ideologisierung mit dem Ziel „bei der Vertiefung und Festigung eines marxistisch-leninistischen Geschichtsbewußtseins und bei der Aneignung der histori-

⁴ Mauersberger, Klaus: Hochschulgeschichtsschreibung an der TU Dresden nach 1945 – Stand und Ausblick. Referat beim Workshop zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina am 4./ 5. Juli 1994. In: Technische Hochschulen und Studentenschaft in der Nachkriegszeit. Braunschweig 1995, S. 23.

⁵ Klaus, Werner: Hinweise für die Forschungsarbeit an der „Geschichte der TU Dresden“. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Dresden, Heft 1. Dresden 1973.

schen Traditionen, auf denen die DDR beruht, mitzuwirken“⁶ waren die in den 80er Jahren an etlichen Hochschulen, so auch in Dresden, eingerichteten Traditionskabinette bzw. Traditionsbereiche an den Sektionen. Meist lag der Darstellung eine Periodisierung zugrunde, die durch Zäsuren in Gestalt bestimmter Parteitagebeschlüsse vorgegeben wurde. Mit vielen Zitaten, grafischen Darstellungen, Texttafeln und Fotos und nur wenigen, eher als Illustration dienenden Exponaten versuchte man 1984 in Dresden, die sogenannten progressiven und revolutionären Traditionen der Universität so aufzuzeigen, wie es die Leitungsgremien wünschten.

Neben diesen der Geschichtspropaganda verpflichteten Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kustodie am meisten ideologisch vereinnahmt wurde, gab es ab 1980 einen weiteren Schwerpunkt: Die Erfassung und Erschließung des musealen Fonds. Dieser zentralen Erfassung der an Universitäten und Hochschulen sehr zahlreich vorhandenen Musealien kommt eine besondere Bedeutung zu. Anders als an den Hochschulen im Westen Deutschlands wurden in der DDR technische, naturwissenschaftliche und Kunstsammlungen in der Verantwortung der einzelnen Hochschulen belassen. Sicher spielte dabei der überall waltende zentralistische Geist und das Bedürfnis, alles unter Kontrolle zu haben, keine unwesentliche Rolle. Wichtig ist jedoch, daß auf diese Weise die wertvollen Bestände, bis auf Ausnahmen, erhalten geblieben sind.

Die technischen und naturwissenschaftlichen Sammlungen der TU Dresden befanden sich zunächst noch unter der Verantwortung der einzelnen Sektionsdirektoren, wobei der Direktor der Sektion Architektur gemeinsam mit dem Künstlerischen Beirat, wie bereits erwähnt, für den Kunstbesitz zuständig war. An der TU Dresden hatte man im Jahre 1979 eine Inventurkommission eingesetzt, deren Aufgabe darin bestand, die Voraussetzungen für die Festschreibung eines musealen Fonds zu schaffen. Zunächst konnten 2717 museale Objekte erfaßt werden. Das Registrieren mittels elektronischer Datenverarbeitung erfolgte ab 1980 durch die Kustodie, welche nun eine Katalogisierung des Bestandes vorbereiten konnte. Gleichzeitig begann die fotografische Dokumentation der Musealien.

In zunehmendem Maße mußten auch praktische Aufgaben beim Umgang mit den Sammlungsgegenständen gelöst werden. So waren es zunächst weniger die Fragen der Präsentation als Probleme der Pflege und Erhaltung sowie der sicheren und sachgemäßen Unterbringung, die die Mitarbeiter der Kustodie beschäftigten. Hierzu zählen auch Maßnahmen zur Konservierung und Restaurierung, die in Gang gesetzt werden mußten. Seit dem Jahr 1983 erarbeitete man – auf der Grundlage des Gesetzes zum Schutz des Kulturgutes – in der Kustodie Richtlinien für die TU Dresden, welche vor allem eine geschützte Unterbringung der wertvoll-

sten Sammlungen zum Ziel hatten. Besonders die „Krone-Sammlung“ mit dem „Historischen Lehrmuseum für Photographie“, aber auch die Mineralogisch-geologische Sammlung sowie Teile des Kunstbesitzes, um nur einiges zu nennen, konnten besser beherbergt und dadurch äußerer Gefährdung entzogen werden. Im zentralen Depotraum gelang es zum Beispiel, durch den Einbau einer Entfeuchtungsanlage die raumklimatischen Bedingungen zu verbessern.

Höheren Orts sah man auch die Bemühungen um Erhaltung und Vermehrung der Sammlungen immer stärker unter dem alles bestimmenden ideologischen Aspekt. Dies zeigt eine im Jahre 1984 durch das zuständige Ministerium herausgegebene Konzeption „Zur Leistungssteigerung der wissenschaftlichen Museen und Sammlungen im Bereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen“⁷. Unter den 182 wissenschaftlichen Museen und Sammlungen der DDR sind darin auch die Sammlungen der TU Dresden aufgeführt. Neben Fragen der Bewahrung, der Pflege und des Kulturgutschutzes ging es um „die Erhöhung der politisch-weltanschaulichen und Bildungswirksamkeit“ der Sammlungen, verbunden mit dem Auftrag, „mit allen Maßnahmen auf die aktuellste Vermittlung von Erkenntnissen für die fortschreitende sozialistische Bewusstseinsentwicklung der Werktätigen zu zielen...“⁸ An dieser Stelle sei angemerkt, daß – ungeachtet des offiziell deklarierten Kulturgutschutzgesetzes – in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wiederholt Anfragen an die Kustodie gerichtet wurden, welche Musealien man wohl zum Verkauf gegen Devisen anbieten könne. Unter Hinweis auf das betreffende Gesetz wurde jedoch in keinem Fall den Begehrlichkeiten des nach 1989 unrühmlich bekannt gewordenen Bereiches „Kommerzielle Koordinierung“ nachgegeben.

Für die im Zweijahresrhythmus durchgeführten Inventuren konnte zunehmend moderne Rechentechnik genutzt werden. Nach dem bescheidenen Beginn mit Lochkarten kam es 1986 zur Einführung eines Programms für den ESER-Großrechner, womit das Einheitssystem der Elektronischen Rechentechnik im RGW bezeichnet wurde. Im Jahr darauf erhielt die Kustodie den ersten Personalcomputer, den in der DDR hergestellten PC 1715, mit dem die datenmäßige Erfassung der zu diesem Zeitpunkt 4141 festgeschriebenen Sammlungsgegenstände durchgeführt werden konnte – ab 1988 erfolgte dies mit eigener Software. Der Schritt vom Zentralrechner zum Personalcomputer brachte einen sehr großen Qualitätsgewinn mit sich. Die dezentrale detaillierte Erfassung aller Angaben in Datenbanken führte nicht nur zu einer Verbesserung der Substanz,

⁷ Ein maschinengeschriebenes Exemplar dieser Konzeption befindet sich in den Akten der Kustodie der TU Dresden.

⁸ Ebd.

⁶ Aus einem Schreiben des Leiters der Kustodie vom 15. September 1981.

sondern auch zu einer ungleich einfacheren Handhabbarkeit. Die Möglichkeit, die Geräte in den Diensträumen der Kustodie ständig zur Verfügung zu haben, trug ebenfalls dazu bei.

Heute sind in den Datenbanken der Kustodie in 40 eigenständigen Sammlungen etwa 11 000 Exponate erfaßt. Hinzu kommen ca. 30 000 Einzelobjekte der Gesteinsammlungen, 8 000 Farbstoffproben und mehr als 350 000 Belege des Herbariums. Ein kürzlich erschienener Bildband unter Federführung der Kustodie gibt Auskunft über die Geschichte und den gegenwärtigen Zustand der Sammlungen.⁹

Im Jahre 1982 begann die Kustodie der TU Dresden sich einer besonderen Aufgabe zuzuwenden, nämlich der Erfassung von Grabstellen bedeutender Hochschullehrer auf den Dresdner Friedhöfen. Eine wertvolle Vorarbeit hatte bereits 20 Jahre zuvor der mit Archivaufgaben befaßte Hochschulhistoriker Arthur Weichold (1898-1988) geleistet. Auf dieser Grundlage konnte eine Kartei aller noch vorhandenen Grabstellen mit fotografischer Dokumentation angelegt werden. Mit finanzieller Unterstützung durch die Universität, aber auch mit staatlichen Denkmalpflegemitteln gelang es den Mitarbeitern der Kustodie, mehr als 60 Grabstellen aus der Zeit von 1860 bis in die 1950er Jahre zu sichern und relativ umfangreiche Erhaltungsarbeiten an verschiedenen Steinen und Anlagen ausführen zu lassen. Neu eingerichtet wurden in den 1980er Jahren zwei Gedenkstätten für Professoren, deren Grabstellen durch Kriegseinwirkungen oder versäumte Pflegemaßnahmen nicht mehr zu rekonstruieren waren. Auf diesem Gebiet leistete die Dresdner Kustodie einen ganz speziellen Beitrag zur Traditionspflege, der auch heute noch von Bedeutung ist. Hier schließt sich der Kreis, und wir wenden uns noch einmal dem Kunstbesitz zu.

Nach 1975 nahm zwar die amtliche Kulturpolitik moderatere Formen an, da aber an der TU Dresden die Investitionsmittel zunehmend knapper wurden, mußten zur Erweiterung des Kunstbesitzes andere Wege beschritten werden. Neben der Einrichtung eines bescheidenen jährlichen Ankaufsfonds im Etat der Universität gelang das vor allem durch Stiftungen und Übereignungen. Die Georg-Nerlich-Stiftung soll hier aus Gründen des Umfangs und der Qualität besonders gewürdigt werden: Mit einer Stiftungsurkunde vom 30. Mai 1980 erklärte Georg Nerlich (1892-1982), der Universität wesentliche Teile seines künstlerischen Lebenswerkes zu übereignen. Nerlich, an der Breslauer Kunstakademie ausgebildet, wirkte ab 1917 als Kunstpädagoge, Maler und Grafiker in Breslau, Kattowitz und Oppeln. Studienreisen führten ihn u.a. nach Italien und

⁹ Sammlungen und Kunstbesitz der Technischen Universität Dresden. Leipzig und Dresden 1996.

Südfrankreich, in seinen ersten Schaffensjahren war er vom deutschen Expressionismus beeinflusst, wie Holzschnitte und eine Reihe von Lithographien erkennen lassen. In der Zeit des Nationalsozialismus fielen einige seiner Arbeiten der Aktion „Entartete Kunst“ zum Opfer, der größte Teil des bis 1945 geschaffenen Œuvres ging jedoch durch Kriegseinwirkungen verloren.

1946 kam der Künstler nach Dresden, wo er die Chance eines neuen Anfangs erhielt und diese konsequent nutzte. Das für Nerlichs weitere Entwicklung wesentlichste Ereignis war zweifellos seine Berufung zum Professor für Malen und Grafik an die Architekturabteilung der damaligen Technischen Hochschule Dresden im Jahre 1948. Nun konnte er das entfalten, was heute als sein Lebenswerk gilt. Die Darstellung des Wiederaufbaus seiner neuen Heimat beschäftigte ihn ebenso wie die unverehrte Schönheit des unmittelbaren Lebensraumes an der als „Blaues Wunder“ bekannten Brücke in Dresden-Loschwitz, die Umgebung der Stadt oder die Ostseeküste. Eine besondere Spezialität des meisterlichen Aquarellisten wurden Schmetterlingsvariationen und Vogelkompositionen. Neben seinem bis weit über die Emeritierung hinaus wahrgenommenen Lehramt schuf Nerlich eine Fülle von Tafelbildern, Aquarellen und Kaltnadelradierungen. Als einer der richtungweisenden Kunstpädagogen Dresdens hat er darüber hinaus in knapp zwei Jahrzehnten ganze Generationen von Architekten nachhaltig geprägt und im spezifisch Künstlerischen ihres Berufes gefördert.

Daß die Technische Universität Dresden mit der Annahme der Stiftung die Gewähr einer lebendigen Nutzung, Bewahrung und Pflege gab, empfand Nerlich ausdrücklich als Erfüllung seines langen und arbeitsreichen Lebens. Die Stiftung bestand zunächst aus 42 Tafelbildern, 200 Aquarellen und Zeichnungen sowie einer Mappe Druckgrafik mit 85 Holzschnitten, Lithographien und Radierungen, im Jahre 1983 folgten 28 Skizzenbücher mit insgesamt ca. 400 Blättern und ein Jahr später drei weitere Tafelbilder. Aus Anlaß der Stiftung richtete die Universität dem Künstler 1980, zwei Jahre vor seinem Tod, eine Ausstellung aus. Auch in Zukunft sind Auswahlexpositionen aus diesem reichen Fundus vorgesehen.

In Anbetracht der Bedeutung Georg Nerlichs erhielten vor Übernahme der Stiftung einige ausgewählte Museen Gelegenheit zu einer unentgeltlichen beschränkten Werkauswahl. So gelangten Arbeiten in die Nationalgalerie Berlin und in die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden. Die Hauptverantwortung für die Pflege des Nerlich'schen Lebenswerkes fiel verständlicherweise der TU Dresden zu, die den übergebenen Teil des Nachlasses in den Bereich Kunstbesitz ihres Musealen Fonds aufnahm. Der überwiegende Teil der Stiftung ist dem internen Leihgabendienst der

Universität zugänglich und wird genutzt für die künstlerische Ausgestaltung der Arbeits- und Gesellschaftsräume.

So konnte der Kunstbesitz der Universität neben den jährlichen Ankäufen, weiterhin ergänzt durch Werke aus dem Kunstfonds der Stadt und des früheren Bezirkes Dresden, auf gegenwärtig ca. 3000 Werke der Malerei, Grafik, Plastik und der baugebundenen Künste erweitert werden. Dazu zählen heute auch die Kunstwerke, die den zuvor selbständigen Hochschulen gehörten, welche bis 1994 als Fakultäten in die Technische Universität Dresden integriert worden sind.

Bemerkenswert ist dabei die weite Spanne der Gestaltungsmittel und -aufgaben. Sie reicht zum Beispiel bei der baugebundenen Kunst von Gipsschnitten der Supraporten im Studentenwohnheim an der heutigen Fritz-Löffler-Straße 18 über gewichtige Figurengruppen bis hin zur monumentalen Stahlplastik von Hermann Glöckner am Fritz-Foerster-Platz.

Während mit der Ausführung von Werken der architekturbezogenen Kunst neben Dresdner Künstlern wiederholt auch namhafte Bildhauer von außerhalb betraut wurden, sind die Tafelmalerei und die grafischen Bestände im Kunstbesitz der Universität in erster Linie als qualitätvolle Auswahl der Dresdner Schule zu charakterisieren. Der Erwerb von Arbeiten vorwiegend Dresdner Provenienz geschah nie aus Lokalborniertheit, wenn auch eine gewisse moralische Verpflichtung zur Förderung von Künstlern des Dresdner Raumes im Künstlerischen Beirat der TU stets gegenwärtig gewesen ist. Starke Einzelgänger wie Hermann Glöckner oder Willy Wolff (1905-1985) zogen so noch zu Zeiten in die Sammlung ein, als ihnen sonst kaum eine Chance öffentlicher Wirksamkeit gegeben war. Neben den auf Ausstellungen oder in den Ateliers der Künstler erworbenen Werken nehmen Auftragswerke einen relativ schmalen Raum ein. Hierbei handelt es sich vor allem um die Porträts von Rektoren und namhaften Wissenschaftlern in Ergänzung einer aus der Vergangenheit überkommenen lückenhaften Bildnisfolge.

Eine kleine Gruppe von Plastiken außerhalb der baugebundenen Kunst stellt die zahlenmäßig bescheidenste Werkskategorie in der Kunstsammlung der TU Dresden dar. Sie ist, wie fast alle beweglichen Kunstwerke, in den Leihgabendienst des Künstlerischen Beirats einbezogen, der seit 1952 jedem Angehörigen der Universität die Möglichkeit gibt, seinen Arbeitsplatz mit originaler Bildkunst auszustatten, soweit der nach 1989 nicht weiter aktualisierte Fundus das gegenwärtig noch zuläßt.

Resümierend kann zur Arbeit der Kustodie eingeschätzt werden, daß im Bereich der technischen Musealien nach wie vor mit Zuwachs aus den laufenden wissenschaftlich-technischen Forschungsleistungen der Universität gerechnet werden kann, so daß beispielsweise die Aufgaben im

Bereich der Dokumentation und Inventarisierung weiterhin erhebliche Anstrengungen erfordern werden. Eine wichtige Rolle spielt auch die öffentliche Präsentation der Bestände in Ausstellungen, wie der für 1998 geplanten Exposition zum Werk des Pioniers der wissenschaftlichen Photographie, Hermann Krone, die gemeinsam mit dem Dresdner Kupferstichkabinett vorbereitet wird. Für die Präsentation von Kunstwerken wird künftig, abgesehen von den an Bauinvestitionen gebundenen Werken der Kunst im öffentlichen Raum und einzelnen, traditionsverpflichteten Auftragserteilungen, neben der Gewinnung von Sponsoren noch stärker der Weg der Leihnehmerschaft beim Kunstfonds des Freistaates Sachsen zu gehen sein. Wie weit das ausreichen kann, diesbezügliche Traditionsverpflichtungen nach innen und nach außen abzudecken, muß abgewartet werden.

Die Aufgabe der Nutzung, Pflege und Bewahrung des insgesamt rund eine Million museale Einzelstücke umfassenden Fonds bleibt, unabhängig von dem oben genannten Problem, ebenso eine ständige Aufgabe der Kustodie wie die wissenschaftliche Aufarbeitung und kritische Durchleuchtung der Universitätsgeschichte sowie deren qualitätvolle Öffentlichmachung für die interessierte Allgemeinheit.

*Karin Fischer, Dr. phil., Kustodin an der Technischen Universität Dresden
Philosophische Fakultät, Kustodie.
Jürgen Schieferdecker, Prof. Dipl.-Ing., Technische Universität Dresden
Fakultät Architektur, Künstlerischer Beirat*

Unterlassene Reform Hochschulgründung und Studium als Forschungsprozeß

Uwe Hirschfeld
Dresden

*Mitten hinein versetzt zu werden,
ist am besten.*

Ernst Bloch,
Tübinger Einleitung in die Philosophie

Eine Vorbemerkung¹

Mein Beitrag beschäftigt sich mit dem Entwurf der Möglichkeit eines ostdeutschen Hochschulaufbaus im Bereich des Sozialwesens, der nicht realisiert wurde.

Bewußt verzichte ich an dieser Stelle darauf, die historisch realen Gestaltungsmöglichkeiten zu pro-

blematisieren.² Gleichwohl eine geschichtswissenschaftliche Untersuchung sicherlich nötig, aufschlußreich und spannend wäre, liegt hier der Schwerpunkt eindeutig auf der Illustration des Unterlassenen. Daß etwas „nicht-ist“, macht es zumeist auch unbegreiflich, undeutlich, blaß. Wenn mein Beitrag nun den Versuch unternimmt, die Reform so darzustellen, als wäre sie gewagt und realisiert worden, so ist dies weniger der Trauer ob der entgangenen Möglichkeit geschuldet, als vielmehr der Hoffnung, Impulse für die Gegenwart zu geben.

¹ Leicht gekürzter Vorabdruck meines Beitrages zum Reader der Werkstatt „Forschung an Fachhochschulen“, die im Februar 1997 gemeinsam von der Hans-Böckler-Stiftung und dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik durchgeführt wurde.

² In einer kleinen Studie für die Hans-Böckler-Stiftung des DGB habe ich die curriculare Situation der Politikwissenschaft an Fachbereichen und Hochschulen für Sozialarbeit in Ostdeutschland untersucht (Hirschfeld 1994). Die darin deutlich gewordene Problematik der Lehre während des Hochschulaufbaus bildet eine wesentliche Grundlage für die hier angestellten Überlegungen.

Der Verzicht auf die „koloniale“ (Selbst-)Unterwerfung der ehemaligen DDR (und sei es nur an diesem Punkt) hätte nicht nur eine politische Brisanz des Projekts in Ostdeutschland garantiert, sondern möglicherweise auch die Skizze einer Perspektive für die – reformbedürftige – westdeutsche Hochschullandschaft geboten. Womit wohl schon gesagt ist, warum es auf Seiten der Regierenden kein drängendes Interesse an solch einem Vorhaben gab.³

Wer heute nicht an Veränderung interessiert ist, wird bei der Lektüre also beruhigt den Kopf schütteln können und sagen, alles Spekulation: so war es nicht, so ging es eben einfach nicht. Alle anderen sollten bedenken: jeder Verzicht auf Fragen, auf die Diskussion von Alternativen, bestätigt das Bestehende, die in der Vergangenheit vorherrschenden Tendenzen werden in ihrer Dominanz bestärkt. Zukunft ist in ihren vielfältigen Möglichkeiten nur dann denkbar, wenn man auch die (verhinderten oder unterlassenen) Möglichkeiten der Vergangenheit nicht unterschlägt. Dazu möchte mein Artikel eben seinen kleinen Beitrag liefern.

Und noch eine weitere wichtige Vorbemerkung: Mir ist sehr wohl klar, daß sich im Kontext eines Hochschulaufbaus nicht jede wissenschaftlich anspruchsvolle Forschung realisieren läßt. Nur ist die umgekehrte Schlußfolgerung – Hochschulaufbau und Forschung schließen sich grundsätzlich aus – ebenso falsch. Dies gilt insbesondere dann, wenn man „Forschung“ nicht nur in den objektivierten und institutionalisierten Standards einer globalen scientific community verortet (was zumindest in den Sozialwissenschaften ohnehin oft von elitär verklärter Selbsttäuschungen zeugte), sondern auch (ich betone – um gleich den entsprechenden Mißverständnissen vorzubeugen: auch!) als einen individuellen, kollektiven und gesellschaftlichen Lernprozeß, zu dessen Momenten die *Wiederholungen* und *ständige Neu-Entdeckungen* unverzichtbar gehören. Das eigenständige Lernen der Studierenden in einem sozialen Feld ist Forschung, auch wenn der renommierte Akademiker in den Ergebnissen

³ Daß es auch noch andere Gründe gibt, sei zumindest erwähnt: Da das *Tempo* der „Vereinigung“ *politisch* und *wirtschaftlich vorgegeben* war, mußten westdeutsche DozentInnen (und Strukturen) schnellstens implantiert werden. Wenn man will, kann man den Herrschenden an dieser Stelle sogar einmal sozialtechnischen Weitblick attestieren: die Ausbildung von SozialarbeiterInnen darf nicht wesentlich länger dauern als das Produzieren der gesellschaftlichen Probleme, mit denen sie umzugehen haben: Arbeitslosigkeit, Armut, Orientierungslosigkeit usw. Pointiert ausgedrückt: mit der wirtschaftspolitischen Entscheidung für die überstürzte Währungsunion und für den crash-Kurs der rabiaten Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt war auch die Notwendigkeit einer raschen Übernahme der westdeutschen Muster im Bereich des Sozialwesens geschaffen. Daß der „geheime Lehrplan“ dieser, in hochschuldidaktischer und sozialarbeiterisch-fachlicher Hinsicht unsinnigen Konstruktion, entgegen den Anstrengungen der DozentInnen, in erster Linie (wie alle Kolonialeinrichtungen) das Gefühl der eigenen Unfähigkeit, der eigenen Unterlegenheit, kurz politische Apathie produziert, war vielleicht nicht bewußt gewollt, wurde und wird aber zumindest hingenommen.

vielleicht „nichts Neues“ zu erkennen vermag. Wenn also hier von Forschung die Rede ist, so in diesem erweiterten, forschendes Lernen⁴ einschließenden Sinne.⁵

Erzählt werden nun Momente der Geschichte, wie eine *Evangelische Fachhochschule für Sozialarbeit in Dresden* ganz anders wurde als die, die es heute dort gibt. Daß es um eine „private“ Hochschule geht, ist naheliegend: hier sind die Gestaltungsräume gegenwärtig am größten, hier wäre der öffentliche, hochschulpolitische Versuch wohl am leichtesten zu realisieren gewesen.⁶

Sie werden also beispielsweise eine Rede lesen, die nicht gehalten wurde. Sie bekommen einen Semesterbericht zu lesen, der ebensowenig geschrieben wurde wie die anderen Beispiele: alles erfunden.

Die fiktiven Texte arbeiten die Dimensionen⁷ von „Hochschul-

⁴ Auch hier noch einmal der Versuch, kommende Mißverständnisse – die mir im Gespräch immer wieder begegnen – schon im Vorfeld zu klären: mit einer hochschuldidaktischen Orientierung auf forschendes Lernen werden andere Formen der Lehre *nicht* hinfällig. Die Beteiligung von Studierenden an Forschungsvorhaben bedeutet *nicht* die Abschaffung von traditionellen Seminaren und Vorlesungen – wohl aber erhalten sie in der Gesamtheit der Lehr- und Lernformen einen anderen Stellenwert.

⁵ Mißverständnisse (2. Teil): Selbstverständlich wird an vielen Fachhochschulen Ostdeutschlands Forschung praktiziert. Mein Entwurf will nun nicht behaupten, daß es sonst, außerhalb des skizzierten Modells, keine Forschung gibt. Doch wäre es ja einmal interessant gewesen, die Forschungstätigkeit (in diesen drei Dimensionen, s.u.) als leitende Orientierung einer Hochschule zu setzen.

⁶ Der Gedanke einer „privaten Hochschule“ kann noch weiter gesponnen – dabei durchaus die Schwäche der DDR- und BRD-Reformkräfte verdeutlichend: warum gab es keine Anstrengungen, mittels einer eigenen, selbstständigen Stiftung, eine den Gewerkschaften nahestehende (ich sage dies im Bewußtsein aller noch zu diskutierenden Probleme!) Fachhochschule für Sozialarbeit in den neuen Bundesländer einzurichten? Warum blieb dies mal wieder den Konservativen in Politik und Kirche (Sachsen!) überlassen? Vielleicht hätte man nicht so eine traumhafte, fast 100%ige staatliche Finanzierung wie an der Ev. FH Dresden erreicht, aber selbst wenn es einiges gekostet hätte, wäre es doch eine einmalige Gelegenheit gewesen, hochschulpolitische Kompetenz zu erwerben und (orientiert an der Größe der Ev. FH) jährlich etwa 100 SozialarbeiterInnen „arbeiterorientiert“ (auch diesen Begriff setze ich hier in aller Vorsicht!) zu qualifizieren.

⁷ Es sollen drei *Dimensionen* angesprochen werden: *Erstens* ist die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Befassung mit den sozialen und kulturellen Umbrüchen in den neuen Bundesländern zu bedenken. *Zweitens* geht es um forschendes Lernen der Studierenden als einer hochschuldidaktischen Methode, die nicht nur prinzipiell sinnvoll mit der angestrebten beruflichen Handlungskompetenz von SozialarbeiterInnen korrespondiert, sondern (unter Berücksichtigung der ersten Dimension) in Ostdeutschland besonders erforderlich ist. *Drittens* soll in Erwägung gezogen werden, daß der Aufbau einer Hochschule – unter Berücksichtigung der ersten und zweiten Dimension – selbst als ein (zumindest in Teilen) organisationspolitisches Experiment angelegt und reflektiert werden kann.

gründung und Studium als Forschungsprozeß“ *nicht* systematisch heraus, vielmehr veranschaulichen sie unterschiedliche Aspekte, möglichst in ihrer gegenseitigen und alltäglichen Verwobenheit: hoffentlich farbig, sicherlich chaotisch: Steinchen eines unvollständigen Mosaiks. Als Fußnoten eingefügt finden Sie meine persönlichen Anmerkungen: Hinweise auf historische Erfahrungen, Literatur⁸ und die aktuelle Realität bzw. das, was der Verfasser gegenwärtig dafür hält. Änderungen der Lage und Täuschungen sind nicht ausgeschlossen, erstere sogar erwünscht.

Da der Text mit meiner beruflichen Biografie verbunden ist, ist er auch Selbstkritik. Für wichtige Aufforderungen und Anregungen danke ich daher ausdrücklich meinen ostdeutschen StudentInnen und KollegInnen und einigen Westdeutschen auch.⁹

* * *

Aus der Rede von Malte Grünke, der Sprecherin des Rektorats der Ev. Hochschule für Soziale Arbeit Dresden (EHSAD) anlässlich des siebenjährigen Bestehens der Hochschule am 10. Juli 1998

Sehr geehrte Damen und Herrn, daß ich heute hier vor Ihnen stehen und sprechen darf, ist ein hochschulpolitischer Glücksfall. Lassen Sie mich persönlich ein wenig zurückblicken: Es war im Sommer 1991, als ich von der Gründung der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit in Dresden hörte. Von einem Bekannten hatte ich erfahren, daß diese Hochschule etwas anders werden sollte als die westdeutschen und die neuen Hochschulen hier in Ostdeutschland, die nach dem Muster des Westens aufgebaut wurden. Dabei reizte mich am wenigsten, daß es eine *evangelische* FH sein sollte, ich hatte mit Kirche bislang wenig zu tun gehabt und die Sympathien aus der Zeit vor und während der Revolution hatte sie – zumindest die Amtskirche – nach dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik schnell wieder verspielt.

Was mich damals hatte aufhorchen lassen, war der Hinweis, daß diese

⁸ Daß es sich dabei, insbesondere bei den hochschulpolitischen Texten, zu einem großen Teil um Literatur handelt, die erst nach 1989/90 geschrieben wurden, soll nicht irritieren. Die meisten Ideen, die darin aufgegriffen werden, sind durchaus schon älter. So gehen beispielsweise die Reformvorstellungen der Personalstruktur im Grundsatz auf Überlegungen der „Bundesassistentenkonferenz“ von 1968 zurück. Da ich keine historische Untersuchung vorlegen wollte (was sicherlich bei diesem Thema reizvoll wäre), war mir der Verweis auf aktuelle hochschulpolitische Schriften wichtiger als die Angabe ursprünglicher Quellen.

⁹ Ihnen möchte ich meinen Artikel widmen: *Anette Bringt, Friedemann Affolderbach, Andreas Warschau, Harald Wagner, Tobias Eiselen* und *Günter Rexilius*. Die gedachte Hochschule wäre ihre gewesen.

Fachhochschule viele Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen ausgeschrieben hatte, die Promotionsmöglichkeiten – in Kooperation mit der TU Dresden – boten. Außerdem wußte ich schon aus Gesprächen, daß die Hochschule ihren Weg gemeinsam mit allen Beteiligten erarbeiten wollte, daß man nicht die Fehler des Westens wiederholen wollte. Und da ich nicht nur ein fachliches Interesse hatte, zu Zeiten der DDR hatte ich Psychologie studiert und lange Zeit mit geistig Behinderten gearbeitet, sondern mich auch sehr für die Bedeutung von Organisationen und Institutionen für pädagogische Prozesse interessierte, entschloß ich mich zur Bewerbung.

Und wenn ich nun meinen persönlichen Rückblick auf wenige Stichworte verknappe, wird doch die Besonderheit unserer Hochschule deutlich: Beginn der Tätigkeit als WiMi im Wintersemester 91/92; Promotion im Sommer 1994; dann über drei Jahre als Leiterin einer Jugendeinrichtung tätig, schließlich in diesem Semester Berufung zur Professorin für Sozialarbeitswissenschaft mit dem Schwerpunkt Pädagogik. Ich glaube sagen zu können, daß dies an keiner anderen Fachhochschule Ostdeutschlands möglich gewesen wäre.

Und damit bin ich bei meinem ersten Stichwort: Ostdeutschland. Diese EHSAD ist eine, ja, man kann sagen: *die* ostdeutsche Hochschule. Sie ist es nicht nur, weil sie ihren geografischen Ort in Dresden hat, sie ist es vor allem, weil sie in der *Geschichte* des Landes verankert ist.

Schon die Zusammensetzung des Gründungsrektors macht dies deutlich: in der kollektiven Hochschulleitung war die einzige westdeutsche Professorin in der Minderheit, sowohl die Verwaltungsleitung als auch die zweite Professorin und der wissenschaftliche Mitarbeiter kamen aus den neuen Bundesländern. Darüber hinaus sorgte vor allem der Gründungsbeirat mit seinen kirchlichen VertreterInnen dafür, daß die Hochschule sich stets ihres Standortes bewußt blieb.

Vielleicht ist hier Gelegenheit, auf die organisatorische Struktur einzugehen, die sich, durch die Betonung der Selbständigkeit der Hochschule, doch sehr von anderen unterscheidet. Zunächst das Kuratorium. Es hat in etwa den Part übernommen, der ansonsten im staatlichen Bereich dem Ministerium zufällt, entsprechend der Devise der *Entstaatlichung und Veröffentlichung* von Hochschule.¹⁰ Das Kuratorium, es besteht aus 20 Personen (Vertretern des Freistaats, der Landeskirche, der Gewerkschaften, aus der Praxis und von anderen Hochschulen), das Kuratorium also nimmt – auf Vorschlag der Hochschulkonferenz – die Berufungen vor und genehmigt Ordnungen und Haushaltspläne, wenn sie die entsprechenden Gremien passiert haben.

Von ihm wurde auch das Gründungsrektorat eingesetzt, daß die Hochschule die ersten fünf Jahre leitete. Seitdem werden die Mitglieder

¹⁰ So der – programmatische – Titel eines Gutachtens von Michael Daxner (Köln 1991) für die Bundestagsfraktion der Grünen; siehe Daxner 1993, 14.

des Rektorats von der Hochschulkonferenz gewählt und vom Kuratorium bestätigt.

Noch ein Wort zum Gründungsbeirat: er arbeitet in zwei Sektionen. Die eine Sektion, der vor allem Fachleute aus der sozialpädagogischen und diakonischen Arbeit, der Kommunal- und Landespolitik angehören, hat ihren Schwerpunkt in der praxisbezogenen Beratung der Hochschule; die zweite Sektion umfaßt Personen aus verschiedenen Wissenschaftsfeldern und -einrichtungen, insbesondere auch aus der Hochschulforschung (dort deckt sie sich teilweise mit den KollegInnen, die die Begleitforschung zum Hochschulaufbau durchführen). Aber auch wenn der Beirat weitgehend in zwei Abteilungen arbeitet, werden die Empfehlungen doch stets vom Plenum ausgesprochen.

Das hochschulintern wichtigste Entscheidungsgremium ist die Hochschulkonferenz. Hier werden alle Grundsatzentscheidungen der Hochschule getroffen. Gerade in der Aufbauphase der Hochschule haben die Mitglieder der Konferenz ein enormes Arbeitspensum bewältigt. Wäre die EHSAD nicht eine so kleine Hochschule (wir haben mittlerweile über 400 StudentInnen und 25 hauptamtliche DozentInnen), wäre es vielleicht nicht so zu leisten gewesen. Und die Gremienarbeit der Hochschule, ich möchte hier noch an die unzähligen Ausschüsse erinnern, wäre sicherlich auch schon nach wenigen Jahren zusammengebrochen, bzw. in Ritualen, Desinteresse, wenn nicht gar allseitiger Apathie versackt – ein Zustand, der mir, und wohl auch vielen von Ihnen, aus anderen Hochschulen bekannt ist –, wenn nicht von Anfang an deutlich erfahrbar gewesen wäre, daß die Entscheidungen der Gremien die Hochschule auch *tatsächlich* gestalten.

Sicherlich darf man die besonderen Voraussetzungen unserer Hochschule nicht unterschätzen, auf ihre Überschaubarkeit hatte ich schon hingewiesen. Die zweite spezifische Voraussetzung ist wohl, daß wir in den ersten Jahrgängen¹¹ noch viel vom Schwung des Aufbruchs der ostdeutschen Bürgerbewegung getragen wurden: wenn schon viele politische Vorstellungen und Projekte schnell am Beitritt zur Bundesrepublik gescheitert waren, so wollten viele StudentInnen doch wenigstens an dieser Hochschule, die sich eben ausdrücklich als ein hochschulpolitisches

¹¹ Aus einer (ost/west) vergleichenden Untersuchung: „Die Möglichkeit zum *Studium des gewünschten Faches* (76%) begrüßen besonders die [Dresdner] Studierenden der Sozialpädagogik und Sozialarbeit. Für 90% der letztgenannten hat sich erst durch die Wende die Chance eröffnet, *überhaupt ein Studium aufzunehmen*.“ (Aulerich/Stein 1997, 128; Einfügung UH) Zudem ist noch darauf zu verweisen, daß die EFH Dresden (auf die sich auch die genannte Studie bezieht), sich ihre StudentInnen selbst aussuchen kann. Es ist davon auszugehen – zumindest für die ersten Jahrgänge –, daß sich die StudentInnen noch gründlich von dem Profil unterscheiden, wie es von Maier (1995) für westdeutsche Studierende der Sozialarbeit festgestellt wurde. Aber auch wenn gegenwärtig Unterschiede noch beobachtbar sind, so fällt doch eine Annäherung (beispielsweise in der Altersstruktur) an die westdeutschen Verhältnisse auf.

„Kind“ des demokratischen Aufbegehrens in der DDR versteht, Einfluß nehmen, Ideen umsetzen und dazu beitragen, den widerständigen Geist der Demokratie in einen Land am Leben zu erhalten, daß ansonsten in weiten Teilen in den „blühenden Landschaften“ der Depression versank.

Allerdings hätten diese guten Voraussetzungen (Überschaubarkeit und Motivation) nichts zu bewirken vermocht, wenn nicht die Ergebnisse des Handelns selbst zu weiterer Arbeit angespornt hätten. Es ist erstaunlich, es ist erfreulich, wie es – gegen das Lamento der Kulturpessimisten und bürgerlichen Apologeten – doch möglich ist, eine produktive Kultur der Solidarität, des Widerstands und der Verbindlichkeit zu schaffen. Daß diese demokratische Kultur permanent bedroht ist, ist uns bewußt. Sie kann wieder vergehen, aber daß es sie überhaupt gab – und sei es auch nur an wenigen Punkten: wie beispielsweise einmal in Bischofferode oder eben in unserer kleinen EHSAD – demonstriert, daß es sehr wohl die Menschen gibt, die der gesellschaftlichen Entwicklung eine andere Richtung geben könnten...

* * *

Aus dem schriftlichen Rechenschaftsbericht des Rektorats (August 1998)

Personalentwicklung, Arbeitsverhältnisse, HA: Angefangen haben wir bekanntlich mit 5 Professuren, 5 lehrenden SozialarbeiterInnen und 20 wissenschaftlichen MitarbeiterInnen auf Qualifikationsstellen. Mittlerweile hat sich unsere Personalstruktur so entwickelt, daß wir weitere 8 Professuren besetzt haben (dabei kommen 5 ProfessorInnen aus unserem eigenen Qualifikationsprogramm). Die Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter sank auf jetzt 7; eine Zahl, die beibehalten werden soll.

Den Hintergrund dieser Stellenstruktur bildet die Entscheidung, die weitüberwiegende Zahl der Stellen mit ostdeutschen BewerberInnen zu besetzen. Dabei waren die Berufungskriterien für Professuren nach Übernahme der bundesdeutschen Regelungen eine fast nicht zu überwindende Hürde: welche/r ostdeutsche BewerberIn konnte Praxiserfahrung im sozialen Feld nachweisen, und wer hatte Sozialarbeit¹² studieren können? Daher wurden zunächst nur 5 Professuren besetzt, die sich zwischen Ost und West 2 zu 3 aufteilten.

Für weitere Berufungen wurde das Qualifikationsprogramm der wis-

¹² Hier ist es nötig, an einige Zahlen zu erinnern: „Nach der Wende konnte auf dem Gebiet der neuen Bundesländer und Ost-Berlin im Bereich des Sozialwesens insgesamt lediglich auf 6.000 GesundheitsfürsorgerInnen, 652 SozialfürsorgerInnen, 1.800 JugendfürsorgerInnen sowie 900 Fürsorger, Diakone und Sozialpädagoginnen im Diensr konfessioneller Einrichtungen und Träger zurückgegriffen werden.“ (Olk 1995, 112)

senschaftlichen MitarbeiterInnen entwickelt, das die Möglichkeit bot, die wissenschaftlichen Kompetenzen so zu entwickeln, daß nach einigen Jahren, nach Promotion und gegebenenfalls weiterer Berufserfahrung, eine Berufung auf eine Professur möglich wurde.¹³ Die 20 Qualifikationsstellen wurden damals mit 18 Ostdeutschen und nur 2 Westdeutschen besetzt. Mittlerweile haben insgesamt 32 erfolgreich mit einer Promotion abgeschlossen, einige stehen zur Zeit kurz davor. In der Regel dauerten die Arbeitsverhältnisse 5 Jahre. Es gab auch einige, die frühzeitig abbrechen, verglichen aber mit anderen Promotionsförderprogrammen eher wenige. (An dieser Stelle ist auch noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Arbeitsverträge der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen ausdrücklich die Qualifikation als Arbeitsauftrag bestimmen, eine erfolgreiche abgeschlossene Promotion aber nicht zu einer vorzeitigen Beendigung des Arbeitsverhältnisses führt.)¹⁴

Die Lehrverpflichtung der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen (10 SWS) mag auf den ersten Blick für Qualifikationsstellen sehr hoch erscheinen, man muß aber bedenken, daß sich die Veranstaltungen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ausschließlich auf das jeweilige Forschungsthema beziehen, manchmal sogar Teil der Forschung selbst sind. Unserer Erfahrung nach wird dies von den MitarbeiterInnen letztlich auch als förderlich für eine zügige Durchführung der Arbeiten angesehen. Es ist auch noch darauf hinzuweisen, daß die Lehrverpflichtung durchaus flexibel gehandhabt wird, wenn es bei den 10 SWS im Durchschnitt der Semester bleibt.

Ein weiteres wichtiges Moment unserer Personalentwicklung ist die Einrichtung der Hochschulpädagogischen Arbeitsstelle¹⁵ (HA): Hier sind vier wissenschaftliche MitarbeiterInnen und eine Professorin (Dr. Katrin Kruse) damit beschäftigt, das Lehren und Lernen der sozialen Arbeit in der Hochschule (bei selbstverständlicher Berücksichtigung des Praxis-kontextes) zu reflektieren und daraus sowohl Angebote für den allgemeinen Studienbetrieb als auch spezielle Veranstaltungen für die hochschuldidaktische Fortbildung der MitarbeiterInnen zu entwickeln. Die HA bietet somit eine aktuelle Beratungsmöglichkeit als auch die Chance, am

¹³ Eigentlich wäre es sinnvoll, endlich zu einem neuen Berufstypus von Wissenschaftlern zu kommen (siehe z.B. Daxner 1993, 166ff und 1996, 89ff). Im Szenario eines auf eine einzelne Hochschule begrenzten (und auf den Aufbauzeitraum befristeten) Modells macht es aber keinen Sinn so zu tun, als wäre diese Reform möglich. Von daher müssen sich die Überlegungen zur Personalpolitik auf eine größere Flexibilität und Regionalbezogenheit beschränken.

¹⁴ Siehe Daxner 1996, 92.

¹⁵ Der Begriff der Hochschulpädagogik ist hier mit Bedacht gewählt. Auch er soll die Bezogenheit auf Erfahrungen der DDR-Geschichte verdeutlichen. Die Hochschulpädagogik war in der DDR durchaus umfangreich institutionalisiert; mit der Überstülpung des westdeutschen Systems wurde sie aber vollständig eliminiert – ohne daß zugleich adäquate Einrichtungen geschaffen wurden (siehe Stock 1994, 80).

Ende der Tätigkeit als wissenschaftliche/r MitarbeiterIn nicht nur eine fachwissenschaftliche Promotion vorzulegen, sondern auch pädagogisch-didaktische Kompetenzen und Erfahrungen nachweisen zu können. Es ist den KollegInnen in der HA ausdrücklich dafür zu danken, daß sich die Lehr- und Lernkultur des EHSAD in so einer offenen und produktiven Atmosphäre entwickeln konnte. Nur in einer „Pädagogik der offenen Türen“, in denen die Lehre mit ihren Schwierigkeiten und Problemen nicht versteckt wird, kommt es letztlich auch zu einem sinnvollen Austausch über Inhalte und Ziele. Ohne die HA wäre der Versuch, Hochschule in einem zwar offenen, aber ständig reflektierten Prozeß aufzubauen, von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Der Erfolg bestätigt die Richtigkeit der Entscheidung, fünf Personalstellen für diesen Arbeitsbereich zu reservieren.

Das Lehrdeputat der ProfessorInnen betrug in den ersten fünf Jahren 6 SWS, seitdem steigt es kontinuierlich an (in dem Maß, wie z.B. die DoktorandInnen-Betreuung und Aufgaben des Hochschulaufbaus sich verringern), z.Z. liegt es bei 10 SWS. Um den besonderen Charakter der EHSAD zu wahren, soll es auch nicht über 12 SWS steigen.¹⁶ Schon hier dürfte deutlich sein, daß die Aufgaben der EHSAD-Professoren von den üblichen an einer FH etwas abweichen. An die Stelle einer erschöpfenden Lehrverpflichtung, die nicht nur Forschung gemeinhin verhindert, sondern schon die Qualität zumindest eines Teils der Lehre selbst gefährdet, rückte für die EHSAD-Professoren die Konzeptionierung und Betreuung der vielfältigen Lehr- und Forschungsvorhaben.

* * *

Aus einer Informationsbroschüre der Studienberatung (WS 1996/97)

Liebe Studentinnen und Studenten, nun gibt es also an der EHSAD eine erste „richtige“ Studienordnung¹⁷, wenn auch nur als vorläufige! Die ersten StudentInnen der Hochschule, die in den Jahren 91 bis 95 angefangen hatten zu studieren, hatten es noch „leichter“ (und zugleich schwerer). Leichter, weil sie sich nicht durch das Paragrafenwerk einer Studien- und Prüfungsordnung quälen mußten, schwerer hatten sie es, weil es auch keine entsprechenden Vorschriften und Orientierungen gab. Damals war es so, daß jeder die ersten vier Semester mehr oder weniger studieren konnte, was er wollte (wenn

¹⁶ Auch bei allgemeinen Überlegungen „Zur Zukunft der Fachhochschulen“ kommt man zu einer entsprechenden Deputatsreduzierung; siehe beispielsweise Webler 1993, 268.

¹⁷ Zu meinen Vorstellungen über die Gestaltung einer Studienordnung siehe Hirschfeld (1995).

es auch Veranstaltungen gab, die ausdrücklich für das Grundstudium empfohlen waren), dann mußte er in einer Prüfung nachweisen, daß er sich Grundlagen in mehreren Bereichen angeeignet hatte. Für das Hauptstudium wurde dann (gemeinsam mit einer/m Betreuer/in) der individuelle Studienplan aufgestellt, der dem Prüfungsausschuß zur Genehmigung vorgelegt werden mußte. Auf dieser Grundlage wurde dann am Ende auch die Diplomprüfung abgenommen. Ein spezieller Ausschuß der Hochschulkonferenz, zur Hälfte mit auswärtigen Profs besetzt, wachte über die Vergleichbarkeit der Leistungsanforderungen mit denen anderer Hochschulen. Ihr könnt Euch vorstellen, daß das ein Verfahren war, das nicht nur aufwendig war, sondern von manchen StudentInnen auch als Willkür kritisiert wurde.

Die neue (erste „richtige“) Studienordnung wird daher von den meisten Angehörigen der EHSAD als „ein Schritt der Konsolidierung auf einem wendigen Schiff“ (Prof. Dr. Kruse) betrachtet. Soviel zur Geschichte.

Wie in allen Fragen, stehen wir natürlich auch noch persönlich echt gern zur Auskunft bereit! Eure Regina Knirsch und Bianka Tudke

* * *

Aus dem Semesterbericht von Beate Bayer (Sommersemester 1998), Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung des DGB

Ausblick auf das kommende Semester: Da will ich zu einem Seminar von Prof. Dr. Jörg Bürstler. Also da soll es darum gehen, eine Idee von B. Brecht aufzugreifen, die der sich in der Weimarer Republik hat einfallen lassen. Aber wohl erst nachträglich, als er vor Gericht einen Prozeß verloren hatte.

Irgendwie geht es darum, die bürgerlichen Ansprüche oder Ideale ernst zu nehmen. Auch da, wo es vielleicht nicht so gemeint ist. Und dann in einem öffentlichen Prozeß (der Brecht hat ja einen Gerichtsprozeß gehabt – irgendwas wegen einem Film) rauskriegen, was oder wieviel davon stimmt. Oder was nur vorgeschobene „Ideologie“ ist. Auf dem ausgeteilten Zettel stehen auch ein paar Sätze von Brecht¹⁸, die das irgendwie noch besser sagen:

„Wir sprachen von einem ‘soziologischen Experiment’, wenn durch geeignete Maßnahmen (geeignetes Verhalten) die der Gesellschaft immanenten Widersprüche provoziert und wahrnehmbar gemacht werden... Öffentliches Denken wird entfesselt und findet mit verteilten Rollen statt. Es handelt sich beinahe im Wortsinn um einen Denkprozeß... Das soziologische Experiment ist ein Verfahren, welches gestattet, den öffentlichen Zustand in seiner *Entwicklung* zu zeigen. Die weitertreibenden Tendenzen, die in der Praxis auftreten, treten in der Ideologie als Unstimmigkeiten auf.“

¹⁸ Brecht 1992, 509f; Auslassungen UH.

Dann habe ich in der Seminarvorbesprechung noch verstanden, daß wir uns in den Semesterferien nun alle mal Gedanken darüber machen sollen, welche Themen sich dafür unserer Meinung nach eignen. Im Moment habe ich überhaupt noch keine Vorstellung. Und man muß sich das wohl wirklich gut überlegen, weil es wohl ein heißes Eisen sein kann. Jedenfalls haben einige aus der Stipendiatengruppe erzählt, daß sie von früher (aus der sagenhaften Gründungszeit!) gehört hätten, daß die Polizei wohl mal die Hochschule gestürmt (?) habe, zumindest alles durchsucht habe und auch einige Leute für einige Zeit verhaftet habe. Die hatten auch ein „soziologisches Experiment“ gemacht. Bei dem ging es damals wohl um die Treuhand, die damals die Industrie hier abgebaut und die Arbeiter übers Ohr gehauen hat. Und als 1991 der Chef von denen ermordet wurde (Rohwedder – oder so ähnlich), gab es gleich den Verdacht, die Leute vom sozEx hätten was damit zu tun. Was natürlich nicht stimmte.

Jedenfalls sind immer noch alle ganz schrecklich aufgeregt, wenn es um diese Veranstaltung geht: HOFFEN & BANGEN!

Aus einem Seminarpapier „Handlungsfelder und -kompetenzen von SozialarbeiterInnen in Ostdeutschland“ (März 1992)

Sozialarbeit ist auch – neben vielem anderen – immer praktizierte Sozialforschung (siehe auf der Literaturseite im Reader: Braun/Gekeler/Wetzel, besonders Kapitel 4).¹⁹ Anders ist das immer wieder neu notwendige Erfassen und Einstellen auf die soziale Situation der „Klienten“ und die Antizipation der Handlungsmöglichkeiten im Bedingungsfeld der Sozialarbeit nicht möglich. Die Qualität sozialer Arbeit zeigt sich u.a. in der Fähigkeit der SozialarbeiterInnen, sich ständig verändernde soziale Situationen (und deren Geschichte) immer wieder neu wahrzunehmen, zu beschreiben, zu analysieren und daraus angemessene Alternativen zu entwickeln.

Daß dieser Qualifikationsanspruch ein regionale Besonderheiten überschreitender ist, ist klar. Wohl aber ändert sich sein Stellenwert mit gesellschaftlichen Veränderungen in bestimmten Gebieten. Weil StudentInnen in den westdeutschen Ländern die sozialen Prozesse, zumindest in den lebensweltlichen Veränderungen, selbst erfahren haben, die meisten Entwicklungen auch eher „organischer“ Art waren und sind, können sie sich oftmals, die wissenschaftliche Kompetenz ersetzend bzw. ergänzend, mit ihrem Alltagsverstand orientieren und handeln. Das bedeutet zwar einen Qualitätsverlust sozialarbeiterischen Handelns (eigene Begrenzungen

¹⁹ Siehe: Braun/ Gekeler/ Wetzel (1989), S. 165-225.

werden nur unzureichend reflektiert, die Situation des „Klienten“ nicht kritisch wahrgenommen und analysiert), gleichwohl aber wird im Rahmen des Bestehenden „etwas“ getan.²⁰

Für ostdeutsche SozialarbeiterInnen ist die Situation hier schwieriger: die gesellschaftlichen Umbrüche sind plötzlich, oft auch sozial gewalttätig, auch dem Alltagsverstand unverständlicher, weil er für viele Veränderungen über keine Erklärungsmuster verfügt. Während westdeutsche StudentInnen schon „geborene“ SpezialistInnen des Lebens im Kapitalismus sind, müssen wir ostdeutschen KommilitonInnen diese Kompetenz oftmals erst noch entwickeln (unser Spezialwissen über das Leben im Staatssozialismus wurde entwertet, weil plötzlich der Gegenstand verschwunden ist!). Damit teilen wir dann zwar auch die Situation unserer „Klienten“, aber nur in Form der „Inkompetenz“, der Unsicherheit. Der Alltagsverstand der ostdeutschen SozialarbeiterInnen kann als Orientierungshilfe daher eine wissenschaftlich fundierte Sozialforschung als Teil sozialarbeiterischer Praxis *noch weniger* ersetzen als im Westen.²¹

Aufstellung von Praxisforschungsprojekten an der EHSAD zur Vorlage für den Beirat (ohne Datum)

Die Forschung an der EHSAD läßt sich in mehrere, sich teilweise überschneidende Bereiche gliedern. Zu nennen sind:

- die *Forschungsschwerpunkte* der Hochschule,
- die *Auftragsforschung* (zumeist über das An-Institut abgewickelt),
- die individuellen *Forschungsvorhaben*.

Individuelle Forschungsvorhaben sind prinzipiell in jeder Hinsicht frei und hängen nur von den BetreiberInnen ab. Zwar gibt es die Möglichkeit, aus einem dafür eingerichteten Pool der EHSAD Unterstützung zu beantragen, diese ist aber zugegebenermaßen eher bescheiden. Eine bessere Ausstattung ist zu erlangen, wenn das Forschungsvorhaben in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Lehrveranstaltungen steht, StudentInnen auf diesem Weg eigene Forschungstätigkeit ermöglicht werden soll.

Einen deutlichen Sprung in der Förderung gibt es, wenn ein Forschungsvorhaben in einem der *Forschungsschwerpunkte* der Hochschule

²⁰ Zur – ohnehin vorhandenen – Tendenz der „Privatisierung“ und „Therapeutisierung“ in der Sozialarbeit, was nichts anderes als Entwissenschaftlichung bedeutet, siehe Bader 1984.

²¹ Zugleich wird hier deutlich, daß sich mit dem Erwerb wissenschaftlicher Kompetenz auch lebensweltliche Orientierungen für die StudentInnen selbst entwickeln können; Studium als Persönlichkeitsbildung (siehe auch – allgemein – Daxner [1993, 142ff], der sich allerdings nicht auf die Ost-West-Problematik bezieht).

verankert ist, hier wird der größte Teil der Forschungsmittel eingesetzt. Forschungsschwerpunkte werden eingerichtet, wenn mindestens fünf WissenschaftlerInnen zusammenhängende Projekte vorweisen können, die in besonderem Maß den Interessen der EHSAD im regionalen, sozialen und wissenschaftlichen Raum entsprechen. Forschungsschwerpunkte werden von der Hochschulkonferenz beschlossen. Gegenwärtig gibt es zwei, es sollten auch nie mehr als drei Schwerpunkte eingerichtet werden, da es sonst zu einer ineffektiven Streuung der Mittel kommen kann. Bei der Ausschreibung von Qualifikationsstellen für wissenschaftlichen MitarbeiterInnen achten wir darauf, Themenbereiche auszuwählen, die sich sinnvoll in einen Schwerpunkt einpassen lassen. (Hier muß man auch noch einmal an die Hochschulpädagogische Arbeitsstelle der EHSAD erinnern, die man in diesem Zusammenhang fast als einen *institutionalisierten* Forschungsschwerpunkt bezeichnen kann.)

Die zumeist beste Ausstattung haben Projekte der *Auftragsforschung*, die über das An-Institut eingeworben und abgewickelt werden. Die Bandbreite reicht von Gutachten über wiss. Begleitung bis zu Untersuchungen im Auftrag des Sozialministeriums. Dabei ist es zeitweilig so, daß erwirtschaftete Überschüsse in die Förderung eigener (oder unterfinanzierter) Projekte des Instituts fließen. Bei der Auswahl der Projekte wird nicht nur – selbstverständlich – auf die Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit geachtet, sondern auch darauf, ob und wie die Projekte mit den Forschungsschwerpunkten der EHSAD korrespondieren können.

Für die Forschungsschwerpunkte und andere, nicht in die Schwerpunkte eingebundene Projekte gibt es die thematisch orientierten Koordinierungskonferenzen, auf denen die einzelnen Vorhaben und Studien aufeinander abgestimmt und Ergebnisse ausgetauscht werden. Ansonsten regeln die jeweiligen Projekte ihre Arbeitsorganisation selbständig.

Die folgende Aufstellung gibt einen knappen Überblick der Projekte, die sich der Praxisforschung²² zuordnen lassen (z.Z. insgesamt 9 Projekte). Andere Forschungsprojekte, die es selbstverständlich ebenfalls an der EHSAD gibt, sind hier nicht erwähnt:

²² Zum aktuellen Stand der Diskussionen um Praxisforschung siehe Heiner (Hg.) (1988) und Moser (1995). Die heute übliche Absage an den politischen Anspruch der 70er Jahre, die dann zumeist zu einem Verzicht auf jegliche gesellschaftsverändernde Perspektive führt, muß m.E. nicht geteilt werden. Produktiver wäre eine Weiterführung der Kritik an der Aktionsforschung, wie sie bspw. von Karl (1977) schon vor über 20 Jahren skizziert wurde. In der Fortschreibung dieser Kritik (die ihrerseits auch nicht ganz frei von politisch-ideologischen Einengungen war), könnte man auch zu einer realistischen Analyse der Probleme von (auch) politisch interessierter Praxisforschung gelangen.

Titel des Projekts/ MitarbeiterInnen	Zuordnung/ Förderung	Bezug zur Lehre
Individuelle Vermittlung „studierten Wissens“ und „tradierter Erklärungen“ (bzw. ritualisierter Verläufe) in Situationen des sozialarbeiterischen Praktikums Dr. K.-G. Schulz (Leitung) W. Seeler (wiMi) S. Berns (Anleiterin) Th. Zuleckzi (Anleiter)	Hochschulpädagogische Arbeitsstelle der EHSAD in Zusammenarbeit mit verschiedenen Praxisstellen	Praxisprojekte - Drogenarbeit Dresden - Sozialpsychiatrie - Obdachlosenarbeit
Entwicklung von Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche und junge Erwachsene in Prohlis Prof. Dr. M. Grünke (Leitung) K. Müller (wiMi) Dr. E. Schnabel (wiMi) Chr. Brand (Jugendamt) S. Wilke (Schulleiter) MitarbeiterInnen der Jugendclubs in Prohlis	Forschungsschwerpunkt „Stadtteilentwicklung und stadtteilorientierte Sozialarbeit in Dresden-Gorbitz und Dresden-Prohlis“ Förderung des Projekts durch Mittel des Jugendamts Dresden und der Grünen Liga	Veranstaltungen zur - Stadtsoziologie - Jugendarbeit - Gemeinwesenarbeit Praxisprojekte: - Soziale Arbeit in Prohlis - Schulsozialarbeit in Prohlis Werkstatt „Soziale Erkundung“ Studierende führen Beobachtungen und Befragungen durch; Beteiligung am Aufbau eines „Abenteuerspielplatzes“ und bei der Renaturierung eines Bachlaufs
Vorstellungen von Arbeitslosigkeit in der Zeit der DDR – Zwischen staatlicher Propaganda und historischer Erfahrung der Arbeiterklasse. Ein Beitrag zur Entwicklung gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit Prof. Dr. J. Bürstler (Leitung) Dr. F. Blauel (wiMi) F. Karlik (DGB) Th. Meier (IG Metall)	Förderung durch die Hans-Böckler-Stiftung des DGB	Veranstaltungen zur - Arbeitslosigkeit - Geschichte der Arbeiterbewegung - BRD und DDR - Sozialpolitik - qualitativen Sozialforschung (oral history) Studierende führen zum Teil eigenständige Gespräch durch, beteiligen sich an der Dokumentation und Auswertung

Förderung neuer Formen der Betreuung und Erziehung von Kleinkindern Dr. J. Presske (Leitung) K. Befko (Erzieherin) K. Müller (Erzieherin) S. Lambert (Sozialarbeiterin)	Forschungsschwerpunkt „Wandel der Eigentätigkeit – Selbsthilfe und alternative Kultur in de-industrialisierten Regionen“ ausschließlich aus eigenen Mitteln der Hochschule gefördert; Zusammenarbeit mit der „Kinderstube im Bunten Haus“ und dem Mütterzentrum Pirna	Veranstaltungen zur - Entwicklungspsychologie - Sozialgeschichte des Erziehungs- & Bildungswesens - Kleinkindpädagogik Praxisprojekt - Kinderstube/- Kulturarbeit Studierende arbeiten in der Kinderstube, sichten Literatur, führen gemeinsam mit den Erzieherinnen Elterngespräche, bereiten einen Ratgeber für entsprechende Initiativen vor
---	---	--

Fortsetzung folgt...

* * *

Aus einem Brief der Studentin Karin Sardelli an eine Freundin (September 1997)

Liebste Schnuppi,
 es ist an der Zeit, dir mal wieder einen Brief zu schreiben. In den letzten Monaten bin ich nicht dazu gekommen, weil ich viele, viele Geschichten geschrieben habe.²³ Geschichten aus meinem Leben, aus meiner Kindheit und Jugend. Aber auch darüber, wie heute so manches ist. Nun denk mal nicht, ich will plötzlich Schriftstellerin werden! Nee! Eigentlich bin ich immer noch so schreibfaul wie früher (jedenfalls im Vergleich mit Kati), aber ich war dieses Semester in einem Frauenseminar bei uns an der Hochschule, wo es eben um das Schreiben ging – und da hat es mich echt gepackt.

Also wir schreiben Geschichten. Die kommen zwar aus unseren Erlebnissen und Erfahrungen, sind aber zumeist in der dritten Person geschrieben. Das macht das Schreiben (und später auch das Diskutieren) leichter. Das Schreiben ist anstrengend und ein Wechselbad der Gefühle. Nicht nur, daß ich immer wieder (anfangs war es aber noch schlimmer) mit meinen Ängsten und Unsicherheiten beim Schreiben²⁴ selbst zu

²³ Dieser Text greift Ausschnitte des Konzepts der Erinnerungsarbeit von Frigga Haug auf (siehe Haug 1990). In ähnliche Richtung gehen die Arbeiten von Rainer Zech, siehe bspw. Zech 1988.

²⁴ Schreibfähigkeit, sowohl der Frauen wie auch der Männer, ist eigentlich als wesentliche Grundlage des Studiums zu betrachten. Da diese Kompetenz in den Schulen nur ungenügend gefördert wird (Ansätze einer produktiven Deutschdidaktik haben im

hochschule ost 1/1998

kämpfen habe, auch die Erinnerungen gehen mir ganz schön an die Nieren. Aber zugleich wird mir auch immer etwas leichter, wenn ich es schreibe oder gar fertig bin.

In der Gruppe diskutieren wir dann. Und dann schreiben wir auch immer wieder neue Fassungen und neue Geschichten. Das kann ich dir hier natürlich nicht alles schildern. Aber interessant ist zum Beispiel, daß es wohl bei uns allen so ist, daß wir unser Leben irgendwie beschreiben und erklären können, daß aber dieses „Wissen“ über uns oftmals im Widerspruch zu unserem tatsächlichen Verhalten in der Vergangenheit und auch heute steht.²⁵ Aber was stimmt denn dann? In der Diskussion merken wir oft, daß wir mit unseren vermeintlichen „Selbsterklärungen“ Argumente und Ideen wiedergeben, die wir woanders her haben, aus dem Fernsehen, aus Gesprächen, aus Büchern zur Lebenshilfe. Dieses „ideologische Wissen“ – ich muß dir hier nun auch einmal mit einem wissenschaftlichen Begriff kommen: unsere Geschichten sind ja nicht Zeitvertreib, sondern echtes Studium: Studium meiner eigenen Geschichte, Studium der Vergesellschaftung von Frauen. Und immer wenn wir in den Diskussionen die psychologischen Kategorien aus dem Blick verloren haben, wurden die Gespräche irgendwie beliebig und es kam nix mehr bei raus.²⁶ Aber das war jetzt so eine lange Zwischenbemerkung, daß ich noch einmal von vorn anfangen.

Also: dieses „ideologische Wissen“ ist nicht einfach falsch. Das entscheidende an ihm ist, daß es uns erlaubt, uns in den herrschenden ideologischen Verhältnissen zu bewegen. Unser anderes „Wissen“ kommt überhaupt erst im Rahmen unserer Erinnerungsarbeit in unser Bewußtsein, wird erst jetzt bewußt. Schon aus den sich dabei zeigenden Widersprüchen lassen sich Möglichkeiten herausarbeiten, die individuelle Geschichte anders zu denken, zu verstehen. Und auch mein Verhalten in aktuellen Situationen besser zu erklären, manchmal auch zu ändern. (Da fällt mir ein, daß Mathias M. auch mal so ein Seminar dringend nötig hätte – jedenfalls wenn er weiter Wert darauf legen will, zu meinen Freunden zu zählen!!!)

Theoretisch durchformuliert: „Unter *Erinnerungsarbeit* verstehen wir eine Methode, mit der wir auf der Grundlage schriftlich niedergelegter Szenen aus der Vergangenheit die Konstruktion, die man sich und seiner Bedeutung in der Welt gab, so bearbeiten, daß der blockierende Teil der Selbstwahrnehmung (wie auch der Wahrnehmung der übrigen Welt) neu zur Disposition steht. In dieser Weise können wir Einsicht nehmen in Vergesellschaftungsmechanismen. Da Forscher und Erforschte zudem in

Schulalltag Seltenheitswert!), müßte die hochschuleigene Schreibförderung fester Bestandteil des Studiums sein – aber dem ist leider auch nicht so. Zur allgemeinen, auch wissenschaftlichen Schreibkompetenz siehe Becker 1993 und Kruse 1993.

²⁵ Siehe Haug 1990, 188.

²⁶ Siehe dazu Haug 1990, 190 und 53ff.

hochschule ost 1/1998

einem gemeinsamen Forschungskollektiv aufgehoben sind, kann eine neue Verfügung über die eigene Vergangenheit einen anderen Umgang mit der Gegenwart und so auch eine erweiterte Handlungsfähigkeit für die Zukunft ermöglichen.“ Das war ein Zitat aus einem Buch von Frigga Haug.²⁷ Die hatten wir, weil wir eben nach dieser Methode arbeiten, schon mal zu einem Vortrag eingeladen. Und dann kam sie auch noch einmal zu einem Wochenende, wo wir diskutiert haben, welche Rolle der Wechsel des Gesellschaftssystems in unseren Biografien und unseren Selbsterklärungen spielt.

Man muß sich das ja noch einmal so richtig drastisch vor Augen führen. Innerhalb kürzester Zeit wurde unser ganzes lebensweltliches Wissen entwertet: es war, als hätte man uns nach China versetzt. Plötzlich galten andere Maßstäbe und anderes Verhalten – eben die westlichen Muster. Kein Wunder, daß die Westmänner alles besser wußten und besser konnten. Aber andererseits haben wir ja dann doch nicht bei „null“ angefangen. Irgendwie muß der westliche „way of life“ ja doch schon, zumindest teilweise, in unseren Köpfen gewesen sein. Eigentlich wäre so eine historische Situation von sich aus schon gut gewesen, mal in den Gedanken, Illusionen, Träumen und Erklärungen kritisch aufzuräumen. Aber natürlich hatten wir damals alle viel zu viel zu tun. Irgendwie mußte ja auch der Alltag über die Runden gebracht werden.

Wenn wir aber heute darüber schreiben und diskutieren, können wir klar erkennen, wo wir nicht nur vom Westen gedeckelt wurden, bzw. wo uns Männer die Plätze wegnahmen, sondern auch, wo (und wie) wir uns selbst im Weg standen. Daß das nicht nur für den Rückblick interessant ist, kannst du daran sehen, daß an meiner Hochschule der Anteil der Frauen, die sich einbringen und den Laden auch bestimmen, höher ist als anderswo. Gut, natürlich hat das auch noch mit anderen Faktoren zu tun. Aber viele sagen immer wieder, daß ihnen die Beschäftigung mit ihrer eigenen Geschichte erst Möglichkeiten gegeben hätte, Politikformen zu entdecken und zu entwickeln, die es ihnen auch erlauben, sich zu beteiligen. Wir – ja, liebe Schnuppi, ich schreibe WIR, weil ich nun seit einigen Wochen in einer politischen Initiative an der EHSAD mitarbeite! Wir versuchen die Politik in der Hochschule nicht so cool und professionell abzuhandeln, so als wäre es etwas, was mit dem sonstigen Leben nichts zu tun hätte und man(n !?) eigentlich schon kann. Wir wollen politisch mit Politik umgehen²⁸ und sie immer auch als – eigene und allgemeine – politische Bildung betreiben. Mal sehen.

²⁷ Haug 1990, 187.

²⁸ „Für eine Verlebendigung des Politischen brauchen wir daher auch eine Kultur des Lernens. . . . Mit dem Kampfmittel der Quotierung müßte es gelingen, die Kulturen und Lernbewegungen zu schaffen, die es ermöglichen, Politik selbst politisch zu handhaben. Politik zu begreifen als ein Handwerk, das gelernt werden muß und als eine in-

„Muß ich dir noch viel erzählen, daß ich dabei viel gelernt habe? Psychologie und andere Sozialwissenschaften. Was sonst furchtbar trocken und fremd ist, mit Beispielen (wenn überhaupt), die nichts mit mir zu tun hatten, ist nun ungeheuer spannend. Es ist eine richtige Forschungsreise. Liebe Schnuppi, ich habe bestimmt schon zweihundert Seiten Holzkamp²⁹ gelesen, durchgearbeitet! Du erinnerst dich doch an das Buch? Du fandest die langen Sätze so furchtbar und sagtest, so etwas würdest du nie lesen wollen. Das habe ich auch mal gedacht! War aber ein Irrtum (wobei ich die Romane von Jurek Becker immer noch lieber lese...)!

Was hast du eigentlich in den Sommerferien vor?...

*Uwe Hirschfeld, Prof. Dr., ist Professor für Politikwissenschaft
an der Evangelischen Fachhochschule für
Sozialarbeit Dresden.*

Literatur

- Aulerich, Gudrun/Stein, Ruth Heidi (1997): Wende gut – alles gut? Oder: sage mir, woher Du kommst... Studierende in Dresden und Dortmund sechs Jahre nach der Wende; in: *hochschule ost*, Heft 1/1997, Seite 124-144.
- Bader, Kurt (1984): Wider die „Therapeutisierung“ von sozialer Arbeit und Erziehung; in: Braun, Karl-Heinz/Gekeler, Gert (Hg.): Objektive und subjektive Widersprüche in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik; Marburg/Lahn, S. 121-136.
- Becker, H. S. (1993): Die Kunst des professionellen Schreibens. Ein Leitfaden für die Geistes und Sozialwissenschaften; Frankfurt/Main, New York.
- Braun, Karl-Heinz/Gekeler, Gert/Wetzels, Konstanze (1989): Subjekttheoretische Begründungen sozialarbeiterischen Handelns. Didaktische Bausteine und Dialogische Interviews zur Praxisreflexion und Innovation; Marburg/Lahn.
- Brecht, Bertolt (1992): Der Dreigroschenprozeß. Ein soziologisches Experiment [1931/32]; in: Bertolt Brecht Werke, Schriften 1 (Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe. Herausgegeben von Werner Hecht, Jan Knopf, Werner Mittenzwei, Klaus-Detlef Müller; Bd. 21), Berlin und Weimar, Frankfurt/Main, S. 448 – 514.
- Daxner, Michael (1993): Die Wiederherstellung der Hochschule. Plädoyer für eine Rückkehr der Hochschulen in die Politik und die Gesellschaft; hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung; Köln.
- Daxner, Michael (1996): Ist die Uni noch zu retten? Zehn Vorschläge und eine Vision: Reinbek bei Hamburg.
- Haug, Frigga (1990): Erinnerungsarbeit; Hamburg.
- Heiner, Maja (Hg.) (1988): Praxisforschung in der sozialen Arbeit; Freiburg im Breisgau.
- Hirschfeld, Uwe (1994): Curriculare Situation der Politikwissenschaft an Fachhochschulen und Fachbereichen für Sozialarbeit in Ostdeutschland; Düsseldorf.
- Hirschfeld, Uwe (1995): Kritik und Reform einer Studienordnung. Ein grundsätzlicher Beitrag aus der Diskussion an der Ev. FH für Sozialarbeit Dresden; in: *hochschule ost*, Heft 1/1995, S. 65-80.

dividuelle Haltung, die sich für das gesellschaftliche Ganze zuständig fühlt.“ (Haug 1990, 227; Auslassung UH)

²⁹ Sie könnte beispielsweise Holzkamp 1995 gelesen haben: „Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung.“

Holzcamp, Klaus (1995): Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung; Frankfurt/Main; New York.

Karl, Fred (1977): Aktionsforschung – gesellschaftstheoretische Defizite und politische Illusionen; in: *Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*; Heft 101, S. 67-78.

Kruse, O. (1993): Keine Angst vor dem leeren Blatt. Ohne Schreibblockaden durch das Studium; Frankfurt/Main, New York.

Maier, Konrad (1995): Berufsziel Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Biographischer Hintergrund, Studienmotivation, soziale Lage während des Studiums, Studierverhalten und Berufseinmündung angehender SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen; Freiburg.

Moser, Heinz (1995): Grundlagen der Praxisforschung; Freiburg im Breisgau.

Olk, Thomas (1995): Sozialpädagogik in den neuen Bundesländern – Hilfen für „Randgruppen“ und „Außenseiter“; in: Krüger/Kühnel/Thomas (Hg.): Transformationsprobleme in Ostdeutschland – Arbeit. Bildung. Sozialpolitik. Opladen.

Stock, Helga (1994): Erhöhung der Qualität der Lehre durch hochschulpädagogische Qualifizierung des Lehrkörpers? Erfahrungen aus der Sicht der neuen Bundesländer; in: *hochschule ost*, Heft 1/1994, S. 78-81.

Webler, W.-D. (1993)/Becker, H. S. (1993): Zur Zukunft der Fachhochschulen; in: *Das Hochschulwesen*; Heft 6, Seite 264-269.

Zech, Rainer (1988): Kollektive-Autobiografie-Forschung. Begründung einer Methode zur Erforschung von Prozessen individueller Persönlichkeitsentwicklung; Hannover.

Weitere Verschiebungen bei der Studiennachfrage in den neuen Bundesländern

Irene Lischka
Berlin/Wittenberg

In den zurückliegenden Jahren gehörten gegenüberstellende Untersuchungen zum Bildungsverhalten in den alten und den neuen Bundesländern (nachfolgend ABL und NBL) mit zu den nachgefragtesten Themen sozialwissenschaftlicher Erhebungen. Schließlich

war es wirklich extrem spannend, in einer historisch einmaligen Situation zu beobachten, inwieweit unterschiedliche Sozialisierungen, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen mit dem Wechsel in ein anderes politisches und wirtschaftliches System erhalten bleiben bzw. durch das veränderte Umfeld überlagert werden. Die Ergebnisse der unterschiedlichsten Untersuchungen zeigten denn auch, daß die noch 1990/1991 registrierten große Unterschiede, z. B. im Bildungsverhalten Jugendlicher aus den ABL und NBL, in den folgenden Jahren deutlich geringer wurden und in der Tendenz eine spürbare Angleichung festzustellen ist. Trotz dieser Tendenz bestehen aber nach wie vor bestimmte Unterschiede bzw. haben sich sogar neue herausgebildet. Ferner bleibt für die NBL nach wie vor fraglich, inwieweit das aktuelle Bildungsverhalten relativ stabil bleiben bzw. weiteren Schwankungen unterliegen wird. Schließlich zeigten sich in den zurückliegenden sieben Jahren in unterschiedlicher Weise Wechsel in den Befindlichkeiten und Verhaltensweisen, die auch für die nächsten Jahre nicht auszuschließen sind – insbesondere angesichts der prekären wirtschaftlichen Situation.

Ein wesentliches Moment des Bildungsverhaltens stellt die Studiennachfrage dar. Einzelne Prognosen zu Beginn der neunziger Jahre gingen davon aus, daß die Studiennachfrage in den NBL sehr rasch das Niveau der ABL erreichen bzw. sogar darüber liegen könnte. Dementsprechend wurden der Ausbau und die Profilierung der Hochschulkapazitäten geplant. Mit Erschrecken wird nun registriert, daß den Hochschulen zumindest in einigen Fachbereichen Studienanfänger fehlen. Mit Erschrecken vor allem auch deshalb, weil dies angesichts der leeren Staats- und Länderkassen zu vorschnellen Streichungen verführt.

Vor diesem Hintergrund gewinnen Aussagen über die mittelfristige Studiennachfrage einen wachsenden Stellenwert. Solche Daten liefern u.a. Erhebungen an den Gymnasien, die ab 1991 in regelmäßigen Abständen von der vormaligen Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst im Rahmen des vom BMBF geförderten Projekts zur wissenschaftlichen

Begleitung der Hochschulerneuerung durchgeführt wurden. Die bislang letzte Erhebung zu den Berufs- und Studienabsichten erfolgte 1995. Bedingt durch das Auslaufen des Projekts konnten die Daten aber nicht mehr ausgewertet werden. Das neu gegründete Institut für Hochschulforschung Wittenberg (HoF Wittenberg) setzt nunmehr u.a. einen Teil dieser Arbeiten in modifizierter Form fort. Hier erfolgte auch eine Analyse der 1995 erhobenen Befunde. Nachfolgend sollen die wesentlichsten Ergebnisse dargestellt werden, die auch eine Voraussetzung für künftige Erhebungen darstellen.

Das Ziel der Untersuchung bestand darin,

- ein Bild von den Studienabsichten der kommenden Studienberechtigtenjahrgänge zu erhalten,
- in der Gegenüberstellung zu den vorangegangenen Befragungen die sich abzeichnenden Veränderungen und Entwicklungen zu analysieren und
- unter Berücksichtigung des bisherigen Hochschulzugangs in den NBL Folgerungen für künftige Entwicklungen abzuleiten.

Dabei wird nachdrücklich darauf verwiesen, daß die während der Schulzeit ermittelten Bildungsabsichten und -wünsche nur als *Hintergrund der nachfolgenden Bildungsentscheidungen* zu verstehen sind. Schließlich wird die tatsächliche Entscheidung, ausgehend von inneren Interessen und Neigungen, letztlich stark von den äußeren Rahmenbedingungen geprägt. Gleichzeitig gilt aber, daß die beiden vorgelagerten Befragungen (1991 und 1992/93) den interessanten Befund ergaben, daß sich die Bildungsabsichten in dem Schuljahr vor Erwerb der Hochschulreife in der Summe in höherem Maße mit den nach dem Abitur getroffenen Entscheidungen decken als jene Absichten, die unmittelbar vor dem Abitur angegeben werden.

Nachfolgend werden die wesentlichsten Ergebnisse der Befragung von 1995 in Gegenüberstellung zu den beiden vorangegangenen Erhebungen dargestellt. Die Beteiligung an der Erhebung 1995 war mit 3311 Gymnasiasten aus den NBL zuzüglich 227 aus Berlin (West) größer als in den Vorjahren, bedingt durch den besonders hohen Rücklauf (85%). Wie auch in den Vorjahren wurden Gymnasiasten der 9. Klassen sowie der 11./12. Klassen (abhängig von der Schuldauer in den jeweiligen Ländern), mithin die Studienberechtigtenjahrgänge 1998/99 und 1996 befragt. Die Erstbefragung bezog sich auf die Studienberechtigtenjahrgänge 1992 und 1994/95, die Zweitbefragung auf die Studienberechtigtenjahrgänge 1993/94 und 1995/96¹.

Das Untersuchungsfeld bestand in der Gesamtheit der NBL, Berlin-Ost und zur Gegenüberstellung auch Berlin (West). Die Auswahl der Gymnasiasten erfolgte nach regionalen Aspekten. Die Ortsgröße, die Entfernung und

¹ Die Dopplung der Jahrgänge ergibt sich aus der zwölf- bzw. dreizehnjährigen Schuldauer bis zum Abitur in den einzelnen NBL.

Verkehrsanbindung zu Hochschulorten, die wirtschaftliche und damit in Verbindung stehende soziale Struktur der Bevölkerung sowie die Verteilung der Befragungsorte über das jeweilige Bundesland waren Kriterien für die vorgenommene Auswahl. Damit war beabsichtigt, möglichst verallgemeinerungsfähige Daten bzw. Aussagen für jedes der NBL sowie für verschiedene territoriale Gruppierungen zu gewinnen.

Die 1995 Befragten besuchten zu 49% die 11./12. Klasse und zu 51% die 9. Klasse. Von den Befragten waren 63% Frauen und 37% Männer²; in der Gesamtheit der NBL wird die gymnasiale Oberstufe zu 59,5% von Frauen besucht (vgl./Grund- und Strukturdaten, S. 45 u. 59/).

Ausgewählte Ergebnisse

1. *Die Studierwilligkeit* der befragten Gymnasiasten der NBL war 1995 mit durchschnittlich 64% nur unwesentlich geringer als im Jahr 1992/93 mit durchschnittlich 65% (siehe Übersicht 1). Gegenüber dem drastischen Rückgang zwischen 1991 und 1992/93 bedeutet dies praktisch eine Stagnation auf niedrigem Niveau.

Diese Stagnation deutet aber auch darauf hin, daß die Unterschiede zwischen ABL und NBL hinsichtlich der Studierneigung und des tatsächlichen Übergangs der Abiturienten an die Hochschulen auch in den nächsten Jahren vermutlich weiter bestehen werden. Sowohl in den NBL als auch in den ABL erwarben 1995 rd. 35% des entsprechenden Altersjahrgangs (durchschnittliche Anzahl der 18 bis unter 21-jährigen) eine Studienberechtigung. In den NBL wechselten bzw. werden von den Studienberechtigten danach 64% an Hochschulen wechseln (Bruttostudierquote), in den ABL 72%³ (vgl. DURRER; HEINE/1995, S. 3). Die Übereinstimmung der tatsächlichen Bruttostudierquote mit den in den Gymnasiastenbefragungen erhobenen Werten spricht für den hohen mittelfristigen Prognosewert dieser Befragungen.

Wenn auch die Studierwilligkeit der befragten Gymnasiasten insgesamt nur gering rückläufig ist, gilt doch, daß dabei die in den 11./12. Klassen (jeweils Klassenstufe vor dem Abiturjahr) zwischen zwei Jahren von 63 auf 60% sank (siehe Übersicht 2). Dementsprechend ist die Bruttostudierquote des Studienberechtigtenjahrgangs 1996 (NBL) noch weiter rückläufig. An den Hochschulen der NBL zeigt sich das Problem dergestalt, daß trotz der stark gestiegenen Abiturientenzahlen die erwarteten Studienan-

² Die Begriffe Schüler, Abiturienten, Studenten werden jeweils für weibliche und männliche Personen zusammen verwendet. Ist eine geschlechtsdifferenzierte Aussage beabsichtigt, wird das Geschlecht benannt.

³ Bruttostudierquote ein halbes Jahr nach dem Erwerb der Studienberechtigung steht für den Anteil der Studienanfänger und der Studienberechtigten mit noch fester Studienabsicht von einem Studienberechtigtenjahrgang.

fängerzahlen bisher insgesamt (bei Unterschieden nach Studienfächern) noch nicht erreicht werden.

Es ist aber nicht auszuschließen, daß in den nächsten Jahren eine Trendwende erfolgt. Hinweise darauf gibt die Tatsache, daß die Befragung in den 9. Klassen (Abiturjahrgang 1998/99) eine Studierwilligkeit von 69% ergab. Damit ist die allgemein zu beobachtende Differenz hinsichtlich der Studierwilligkeit zwischen den Klassenstufen 11/12 und 9 hier mit ca. 9% ganz besonders ausgeprägt, in den Vorjahren war sie deutlich geringer. Es ist anzunehmen, daß dies auch zu einem höheren Übergang dieser Abiturjahrgänge an die Hochschulen führen wird. Der sich zuspitzende Lehrstellenmangel wird vermutlich zusätzlich dazu beitragen, daß ein steigender Anteil Studienberechtigter ein Studium beginnt.

Als eine relativ stabile Größe von etwa 25% hat sich in allen betrachteten Abiturjahrgängen die Gruppe erwiesen, die *unbedingt* studieren will. Variabel und stärker von äußeren Bedingungen abhängig scheint dagegen die Gruppe, die *wahrscheinlich* studieren will (siehe Übersicht 2).

2. Während bei der Befragung 1992/93 bei Frauen ein wesentlich stärkerer Rückgang der Studierwilligkeit als bei Männern registriert wurde, kann das für die Befragung 1995 nicht festgestellt werden (siehe Übersicht 1). Tendenziell war die Studierwilligkeit der Männer zwischen den beiden letzten Befragungen sogar etwas stärker rückläufig (von 70 auf 68%) als die der Frauen (von 63 auf 62%). Insgesamt zeigt sich auch hier eher die Tendenz der Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Die Studierwilligkeit der weiblichen Gymnasiasten bleibt damit jedoch geringer als die der männlichen Gymnasiasten.

Trotz dieser Unterschiede gilt aber unvermindert, daß damit in den NBL die *Nachfrage der Frauen nach hoher Bildung absolut wesentlich höher ist als die der Männer*. Das resultiert aus der Tatsache, daß Mädchen wesentlich häufiger als Jungen ein Gymnasium besuchen und absolvieren (berufliche Schulen zum Erwerb der Studienberechtigung haben in den NBL bisher insgesamt nur eine untergeordnete Bedeutung). Unter 100 Abiturienten der NBL sind derzeit (und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in den kommenden Jahren) ca. 60 Frauen und 40 Männer bzw. unter Berücksichtigung der ermittelten Studierwilligkeitsquote 37 studierwillige Frauen und 27 studierwillige Männer. Unter 100 Studienanfängern aus den neuen Ländern könnten dementsprechend künftig bis zu 58 Frauen und 42 Männer sein. Die gegenwärtigen Studienanfängerzahlen bestätigen bereits einen solchen Trend. 1996 machten Frauen rd. 54% der Studienanfänger (ohne Nachqualifizierung) in den NBL aus, in den ABL rd. 47%.

3. Die *Studierwilligkeit* entwickelt sich bislang in den einzelnen NBL *leicht unterschiedlich* und läßt noch keine eindeutige Tendenz erkennen (siehe Übersicht 3). Nach wie vor ist in Berlin (O) die Studierwilligkeit der Gym-

nasiasten mit 74% wesentlich höher als in den anderen NBL. Das erklärt sich aus den bekanntermaßen unterschiedlichen sozial-strukturellen Bedingungen einer Großstadt als eigenständigem Bundesland gegenüber den Flächenländern. Allerdings ist die Studierwilligkeit in Berlin (O) in den zurückliegenden zwei Jahren stärker rückläufig als in der Gesamtheit der NBL (Rückgang von 78 auf 74%). Das gilt auch für Thüringen (wo die von uns ermittelte Studierwilligkeit 1992/93 noch überdurchschnittlich hoch war) mit einem Rückgang von 70 auf 65%. In allen anderen NBL haben sich gegenüber der Befragung 1992/93 kaum Veränderungen ergeben. Die Studierwilligkeit in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt liegt unter dem Durchschnitt der NBL, lediglich für Mecklenburg-Vorpommern deutet sich ein Anstieg an.

4. Während in den ersten Jahren nach 1990 die Anziehungskraft nicht-akademischer Bildungswege für Abiturienten zunächst sehr stark stieg, scheint sich dieser Trend nicht fortzusetzen. Das erklärt sich u.a. daraus, daß bis 1990 solche Alternativen einerseits kaum bestanden haben und als „Neuheit“ offenbar besonders wahrgenommen werden. Andererseits bestand in der Wirtschaft der NBL in der ersten Hälfte der neunziger Jahre ein Nachholbedarf in den Dienstleistungsberufen, also ein entsprechend hohes Angebot an attraktiven nichtakademischen beruflichen Karrieren (z. B. bei Banken, Versicherungen, in Tourismusunternehmen). Der Nachholbedarf ist jetzt gesättigt. Gleichzeitig hat sich die Lehrstellensituation insgesamt deutlich verschärft, so daß damit auch die Orientierung auf eine Lehre oder einfach Jobben nach dem Abitur rückläufig scheint.

5. Die geringe Studierwilligkeit in den NBL ist u.a. in Zusammenhang mit den Gründen der *Entscheidung für die gymnasiale Bildungsstufe* zu sehen. Einerseits stehen die Schüler in hohem Maße selbst hinter dieser Entscheidung. Die Mehrzahl (75%) will selbst unbedingt das Abitur. Gleichzeitig hat sich dieser Anteilswert gegenüber der Befragung 1992/93 jedoch etwas reduziert und auch die Unterschiede zwischen 11./12. und 9. Klassen könnten auf eine nachlassende Identifikation mit dem Abitur deuten. In zunehmendem Maße steht hinter der Entscheidung für die gymnasiale Bildung dagegen aber die Unsicherheit über den späteren Bildungs- und Berufsweg (49% entschieden sich für das Gymnasium, weil sie noch nicht wissen, was sie später machen wollen).

Wie in den zurückliegenden Untersuchungen bereits nachgewiesen, besteht ein Zusammenhang zwischen diesen Gründen und der späteren Studienabsicht (vgl. Lischka 1994, S. 46). Jene, die selbst unbedingt das Abitur wünschen, wollen später auch überdurchschnittlich häufig studieren. Abiturienten, die sich fürs Gymnasium u.a. entscheiden, weil sie noch nicht wissen, was sie später machen möchten, beabsichtigen überdurchschnittlich häufig kein Studium. Die bisherigen Untersuchungen ha-

ben ferner gezeigt: In den Bundesländern mit der geringsten Studierwilligkeit gaben mehr Schüler als in den anderen Bundesländern an, sich für das Gymnasium wegen fehlender Lehrstellen und ohne ausgeprägten Willen zum Abitur entschieden zu haben. Damit ist dort die Entscheidung fürs Gymnasium offenbar besonders häufig von äußeren Zwängen getragen.

6. Die bereits 1992/93 registrierte Tendenz, daß die Gründe für ein beabsichtigtes Studium in *wachsendem Maße von materiellen und praktischen Erwägungen* gekennzeichnet sind, prägte sich 1995 weiter aus (siehe Übersicht 4).

Stellenwert und Rangfolge einzelner Faktoren, die die Studienabsichten begründen, haben sich insgesamt leicht verschoben. Zwar ist die interessante Tätigkeit nach dem Studium nach wie vor und mit Abstand der Hauptgrund für ein beabsichtigtes Studium. Weiter gestiegen ist jedoch der Stellenwert des erhofften Verdienstes und des Lehrstellenmangels. Weiter gesunken ist dagegen der Stellenwert von Bildung als Studiengrund. Diese Entwicklung dürfte eine Reaktion auf die sich verschärfenden sozialen Probleme, insbesondere auf die Verengung des Lehrstellen- und Arbeitsmarktes sein.

7. Auch die Studienwünsche der Gymnasiasten nach *Fächergruppen* haben sich gegenüber der letzten Erhebung verschoben. So orientieren sich die Gymnasiasten nicht mehr ganz so häufig wie zu Beginn der neunziger Jahre und mit jedem folgenden Abiturjahrgang etwas weniger auf Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die sich abzeichnende Sättigung des in der ersten Hälfte der neunziger Jahre diesbezüglich in den NBL vorhandenen Nachholbedarfs führt damit offensichtlich auch zu einer stärkeren Annäherung an die Studienfachwünsche in den ABL. Trotzdem wird ein Studium in der o.g. Fächergruppe noch immer von 31% der studierwilligen Gymnasiasten angestrebt, rangiert damit weit vor allen anderen Fächergruppen. Rückläufig ist auch das Interesse an den Naturwissenschaften, den Sprach- und Kulturwissenschaften.

Auf das Doppelte gestiegen ist dagegen das Interesse an den Ingenieurwissenschaften, die über 15% der 1995 Befragten anstreben, 1992/93 jedoch nur 7%. Dies könnte eine Kehrtwende gegenüber der bis dato stark rückläufigen Nachfrage signalisieren. Allerdings gilt nach wie vor, daß sich über die Hälfte dieser Gymnasiasten dabei für das Studienfach Architektur bewerben möchte, obwohl auch hier der Nachholbedarf gesättigt sein dürfte. Erstmals im Vergleich zu den Vorjahren wurde als Studienwunsch ausdrücklich die Bundeswehr genannt (2%), wohl ebenfalls eine Reaktion auf den sich verengenden zivilen Arbeitsmarkt.

Die dargestellten Veränderungen zeigen sich in den einzelnen NBL in fast ähnlicher Weise und ohne bedeutende Abweichungen. Beachtenswert sind jedoch das in Brandenburg entgegen der allgemeinen Tendenz gestie-

gene Interesse an Mathematik/Naturwissenschaften und das in Sachsen-Anhalt sogar auf das Dreifache gestiegene Interesse an den Ingenieurwissenschaften. Das erstmalig bekundete Interesse an einer Bundeswehrkarriere gilt vor allem für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

8. Der Stellenwert einzelner *Gründe für die beabsichtigte Wahl des Studienfaches* hat sich zwischen 1992/93 und 1995 teilweise verändert. Noch höhere Bedeutung als zuvor hat für die Gymnasiasten derzeit das Interesse am Fach. Für 94% ist dieser Grund in starkem bzw. sehr starkem Maße zutreffend, zwei Jahre zuvor galt dies für 84% der Befragten. Noch deutlicher wird diese Veränderung anhand der ermittelten Mittelwerte (siehe Übersicht 5).

In Verbindung damit dürfte auch stehen, daß 71% mit der Studienfachwahl einen speziellen Beruf im Blick haben, während das vor zwei Jahren erst für 53% der Befragten zutraf (bzw. der Mittelwert der Antwortpositionen von 2,53 auf 2,06 fiel). Diese Veränderungen könnten im Zusammenhang mit den Verschiebungen hinsichtlich der gewünschten Studienfächer stehen. Während die Studienfachwahl in der ersten Hälfte der neunziger Jahre sehr stark von dem Nachholbedarf aufgrund der wirtschaftlich-sozialen Umstrukturierung geprägt war, werden nunmehr – so die Hypothese – die Verwertungschancen von Hochschulbildung nach Studienfächern offenbar eher ähnlich gesehen. Damit wird Interessen und Neigungen wieder ein stärkeres Gewicht beigemessen. Für diese Annahme spricht auch, daß die Hoffnung auf gute Arbeitsmarktchancen als Grund der Studienfachwahl leicht an Bedeutung verloren hat. 17% mehr Gymnasiasten als 1992/93 (nämlich 49 statt 32%) wählten das Studienfach aber auch unter dem Aspekt, sich damit selbständig machen zu können – eine Antwort auf den sich verengenden Arbeitsmarkt.

9. Wesentlich hatte sich von 1991 bis 1992/93 das Interesse für die einzelnen *Hochschultypen* verschoben. Deutlich gestiegen war in dieser kurzen Zeit das Interesse für die *Fachhochschulen* (von 10 auf 22%). Dieser Trend scheint sich nicht fortzusetzen, eher deutet sich ein leichter Rückgang bzw. eine Stagnation der Nachfrage für die Fachhochschulen ab. 21% der 1995 Befragten würden eine Fachhochschule favorisieren, 79% eine Universität.

Die Studienanfängerzahlen in den zurückliegenden Jahren belegten, daß die tatsächliche Studienentscheidung in sämtlichen Jahrgängen jeweils stärker zugunsten der Fachhochschulen ausfiel, so daß 1994 35% aller Studienanfänger (ohne Nachqualifizierung) der NBL eine Fachhochschule wählten. 1996 machten die Studienanfänger an Fachhochschulen aber nur noch 33% aus. Die Gymnasiastenerhebungen sprechen einerseits dafür, daß möglicherweise auch in den nächsten Jahren kein neuerlicher Anstieg der relativen Nachfrage nach Fachhochschulbildung zu erwarten wäre.

Andererseits kann nicht ausgeschlossen werden, daß künftig in zunehmendem Maße auch jene, die sich vergeblich um eine Berufsausbildung bemühten, schließlich doch ein Studium beginnen und dann Fachhochschulen favorisieren.

Die absoluten Studienanfängerzahlen werden aber in den kommenden Jahren trotzdem in beiden Hochschultypen steigen, da in den NBL nunmehr sehr geburtenstarke Altersjahrgänge an die Hochschulen kommen.

10. In ähnlicher Weise wie bei den Hochschultypen hat sich auch das Interesse an einem *Studium in den ABL bzw. NBL* seit 1990 in unterschiedlicher Richtung entwickelt. Nachdem das Interesse an einem Studium oder einer Ausbildung in den ABL 1991 und 1992 extrem hoch war (fast die Hälfte des Abiturientenjahrgangs 1992 bekundete dies), ging es in den folgenden Jahren deutlich zurück. Die Befragung 1995 bestätigte diesen Trend trotz deutlicher Unterschiede nach den Klassenstufen. Das nachlassende Interesse für die ABL (22% der Befragten) geht einher mit dem steigenden Interesse für die NBL (Flächenländer) und gleichzeitig auch für Berlin (O und W zusammen).

Es kann angenommen werden, daß die künftigen Abiturientenjahrgänge in noch stärkerem Maße als schon jetzt zum Studium in den NBL oder in Berlin verbleiben. Diese Annahme folgt der Beobachtung, daß die tatsächlichen Studienentscheidungen, ausgehend von den Absichtserklärungen in der Schulzeit, bislang deutlich zugunsten der NBL ausgefallen sind.

In Sachsen ist das Interesse der Gymnasiasten an den NBL besonders hoch und stieg weiter zwischen den Befragungen (von 67 auf 79%). Das mit 32% höchste Interesse an den ABL besteht nach wie vor in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.

Jährlich gestiegen ist allerdings der Wunsch nach einem Studium im Ausland – ein Befund, der sowohl mit der Arbeitsmarktsituation als auch mit wachsenden Verschmelzung der europäischen Staaten in Verbindung stehen dürfte.

11. Das wachsende Interesse an Hochschulen der NBL dürfte im Zusammenhang damit stehen, daß sich das *Bewußtsein der Gymnasiasten* über den Stellenwert der die Ausbildungs- und Studienortwahl prägenden Faktoren (z.B. preiswerte Unterkunft, Ruf der Hochschule) offenbar deutlich verstärkt hat (siehe Übersicht 6). Darauf verweist die Tatsache, daß sämtliche Faktoren 1995 höher als in den vorherigen Befragungen eingeschätzt wurden. So halten 72% den Ruf der Hochschule für wesentlich (1992/93 nur 50%). Da gleichzeitig das Interesse an den Hochschulen der NBL gestiegen ist, kann angenommen werden, daß diese Hochschulen heute in der Bevölkerung (wieder) deutlich positiver bewertet werden als verständlicherweise in den Jahren des Umbaus und der damit einhergehenden

Verunsicherung. Die Attraktivität der ostdeutschen Hochschulen dürfte aber auch aus dem geschärfteren Blick auf die Kosten für die Unterkunft resultieren. Für 79% der Befragten (1992/93 noch 66%) ist dies mindestens bedeutsam.

12. Gymnasiasten, die *kein Studium*, sondern eine andere berufliche Entwicklung beabsichtigen, begründen das in erster Linie damit, möglichst schnell praktisch tätig sein zu wollen (71%) sowie möglichst schnell eigenes Geld verdienen zu wollen (64%). Nur 2/5 waren der Meinung, daß ihnen ein Studium zu schwer fallen würde. Die beiden genannten Hauptgründe werden in unterschiedlicher Weise von weiteren Überlegungen flankiert. So geben auch 2/5 dieser Gymnasiasten an, daß ihnen ein Studium zu teuer ist. Während Mädchen etwas häufiger wegen einem anderen Berufswunsch von einem Studium Abstand nehmen wollen, gelten für Jungen etwas häufiger finanzielle Überlegungen, aber auch Befürchtungen, den Studienanforderungen nicht zu entsprechen. Insgesamt ist der Studienverzicht damit stark finanziell begründet. Falls sich künftig die *finanziellen Rahmenbedingungen* für ein Studium oder auch die finanzielle Situation der privaten Haushalte ungünstiger gestalten sollten, wäre dann ein weiterer Rückgang der Studierwilligkeit in den NBL nicht auszuschließen.

In den einzelnen NBL haben die einzelnen Gründe für den Studienverzicht teilweise sehr unterschiedliches Gewicht. Besonders stark unterscheiden sich diesbezüglich die Gymnasiasten aus Berlin (O) und Sachsen.

13. *Gründe*, die für ein Studium oder eine Ausbildung in den NBL sprechen, sind nach Meinung der Befragten in erster Linie Heimatverbundenheit, Mentalität, Lebensstil, Zusammengehörigkeitsgefühl und die geringeren Kosten. Das gilt mit nur geringen Unterschieden sowohl für jene, die auch eine Bildung in den ABL erwägen, als auch für jene, die dies nicht in Betracht ziehen. Gleichzeitig geben ein Fünftel jener, die die ABL erwägen, an, daß sie weder Vor- noch Nachteile sehen bzw. sich diese ausgleichen.

Auch bezüglich der Vorteile, die für die *ABL* sprechen, unterscheiden sich die Meinungen der Gymnasiasten, die eine Bildung in den ABL erwägen, kaum von denen, die dies nicht erwägen. In erster Linie sehen beide eine bessere Ausbildungsqualität, die Anerkennung der Abschlüsse und die Ausstattung der Bildungseinrichtungen als Vorteil an. Lediglich die persönliche finanzielle Situation (Bafög, Jobs) sehen jene, die die ABL auch erwägen, dort als günstiger an.

Studierwillige Gymnasiasten schätzen die Ausbildungsqualität, Anerkennung der Abschlüsse und Ausstattung der Bildungseinrichtungen in den ABL jedoch deutlich vorteilhafter ein als Gymnasiasten ohne Studienabsicht. Fast jeder Zweite ohne Studienabsicht hält aber die private finanzielle Situation in den ABL für günstiger.

Die Vorteile der NBL werden dagegen von Studierwilligen und Studienunwilligen weniger unterschiedlich gesehen.

Ausblick

In Auswertung der Untersuchungsbefunde ergeben sich aus gegenwärtiger Sicht und unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklungen beim Zugang zu den Hochschulen folgende Schlüsse:

Gegenüber Ausnahmereischeinungen und Schwankungen, denen der Hochschulzugang in den NBL unmittelbar nach dem Beitritt zur Bundesrepublik unterlag, deuten die Studienabsichten der Heranwachsenden in Verbindung mit den tatsächlichen Studienentscheidungen auf eine *vorerst stabile Entwicklung des Hochschulzugangs* hin. Ausgehend von einer zwar relativ geringen, aber annähernd stabilen Studierwilligkeit bei deutlich ansteigenden Alters- und Studienberechtigten-Jahrgangszahlen ist in den kommenden Jahren mit einem weiteren Anstieg der Studienanfängerzahlen zu rechnen.

Die bisherige Annahme, daß in den NBL in den kommenden Jahren 70 bis 80% der Studienberechtigten ein Studium aufnehmen, ist weiter als *Zielstellung der Bildungsplanung* bei Annäherung der Lebensverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands anzusetzen. Dabei ist wahrscheinlich, daß die tatsächliche Entscheidung für ein Studium vorerst auf einer Spannbreite zwischen 65 und 75% verbleibt. Diese Bandbreite berücksichtigt, daß in Anbetracht knapper Ausbildungsplätze auch ein Teil jener Studienberechtigten, die gegenwärtig keine Studienabsichten hegen, „notgedrungen“ an die Hochschulen wechselt. Außerdem ist dabei berücksichtigt, daß ein Teil derer, die zur Zeit ausschließlich eine Berufsausbildung planen, später ein Studium beginnen.

Der Anteil der *Frauen* unter den Studienanfängern aus den NBL wird in den kommenden Jahren wahrscheinlich weiterhin deutlich *mehr als 50%* betragen. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß diese hohe Bildungswilligkeit der Frauen genutzt und erhalten bleibt, indem auch die Studienbedingungen auf diesen hohen Frauenanteil zugeschnitten werden.

In den nächsten Jahren dürfte der Anteil der Studienberechtigten Ostdeutschlands, der das Studium an *Hochschulen der ABL* beginnt, vermutlich sinken. Angesichts der zu erwartenden steigenden Abiturientenzahlen (demographisch bedingt) könnte damit die Anzahl derer, die ein Studium in den ABL aufnehmen, in den relativ konstanten Größenordnungen wie schon in den Vorjahren bleiben.

Auch für die kommenden Jahre zeichnet sich eine unterschiedliche Nachfrage nach Hochschulbildung in den *einzelnen NBL* ab. Anders als in den Vorjahren ist aber in den Ländern mit der geringsten Studierwilligkeit (Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt) das Interesse am Verbleib in den neuen Ländern – und das bezieht sich nach den Ergebnissen der Vorjahre

vorwiegend auf das Heimatbundesland – besonders ausgeprägt. Damit könnte dort die geringe Studierwilligkeit durch den verstärkten Verbleib im eignen Bundesland bedingt ausgeglichen werden. Die Studienanfängerzahlen werden dort aus diesem Grund und auch aufgrund der demographischen Entwicklung deutlich steigen.

Auch die Nachfrage für die Berliner Hochschulen könnte sich nach unseren Befunden überproportional verstärken. Inwieweit dies tatsächlich realisiert werden kann, ist allerdings angesichts der aktuellen deutlichen Reduzierungen der Studienplätze in Berlin fraglich.

Die Untersuchung bestätigte nicht die für prognostische Berechnungen zugrunde gelegte Annahme der *weiter rasch wachsenden Akzeptanz der Fachhochschulen*. Damit scheinen konzeptionelle Überlegungen angezeigt, um die Attraktivität von Fachhochschulen weiter zu erhöhen. Neue, innovative Studiengänge, wie sie derzeit vereinzelt modellhaft erprobt werden, könnten sich dafür als geeignet erweisen. Allerdings ist fraglich, ob dies allein reicht, um die beabsichtigten Relationen zwischen universitärer und Fachhochschul-Bildung zu realisieren.

Trotz der nachweislichen Unterschiede zwischen der tatsächlichen Studienfachwahl und den ursprünglichen Studienwünschen (als Ergebnis eher pragmatischer Aspekte und Zwänge), ist in den kommenden Jahren damit zu rechnen, daß sich ostdeutsche Studienanfänger ähnlich wie westdeutsche nach *Studienfächern* entscheiden. Die besondere Nachfragesituation nach der Wende und deren Auswirkungen auf die Studienfachwahl dürften sich überlebt haben.

Insgesamt zeigte die Erhebung, daß sich die im Ergebnis der vorherigen Befragungen abgeleiteten Schlußfolgerungen und Annahmen teilweise voll bestätigt haben, während andere aus heutiger Sicht zu korrigieren sind. Eine solche Entwicklung war von vornherein erwartet worden, da die Umbrüche in den NBL nicht nur besonders gravierend waren, sondern gleichzeitig auch noch von den gesamtdeutschen wirtschaftlich-sozialen Verwerfungen überlagert wurden. Das hat zwangsläufig Auswirkungen auf die Bildungsnachfrage, die sich nur bedingt vorab abschätzen lassen. Vor diesem Hintergrund ist es unverändert geboten, die Bildungs- und Studieninteressen der Heranwachsenden zu erkunden, um damit eine gewisse mittelfristige Sicherheit bei Bildungsplanungen zu gewährleisten bzw. sich auf sich abzeichnende Probleme rechtzeitig einstellen zu können. Auch die Tatsache, daß die Gymnasiasten in den einzelnen Bundesländern teilweise unterschiedliche Gründe für den Studienverzicht haben, sollte mit Blick auf die wirtschaftlich-soziale Situation in den jeweiligen Ländern analysiert werden.

Irene Lischka, Dr. paed. habil., ist Geschäftsführerin von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg

Literatur:

Durrer, F./Heine, Ch.: Studienberechtigte 94 aus den alten und den neuen Ländern ein halbes Jahr nach Schulabgang. HIS-GmbH. Hannover 1995 (Kurzinformation A 7/95).
 Grund- und Strukturdaten 1995/96. Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Bonn 1995.
 Lischka, I.: Studienabsichten von Schülern in 9. und 11. Klassen an Gymnasien der NBL. Projektgruppe Hochschulforschung. Berlin 1994 (Projektberichte 1/1994).

Anhang:

Übersicht 1: Studierwilligkeit von Gymnasiasten der NBL, diff. nach dem Geschlecht (Anteil in Prozent)

Studierwilligkeit	Befragung 1991			Befragung 1992/93			Befragung 1995		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
fest	27	26	29	24	23	26	26	26	26
wahrscheinlich	47	48	46	41	40	43	38	37	42
Summe	74	74	75	65	63	70	64	62	68

Übersicht 2: Studierwilligkeit von Gymnasiasten der NBL, diff. nach Klassenstufen (Anteil in Prozent)

Studierwilligkeit	Befragung 1991		Befragung 1992/93		Befragung 1995	
	Abijg. 1992	Abijg. 1994/95	Abijg. 1993/94	Abijg. 1995/96	Abijg. 1996	Abijg. 1998/99
	11. Kl.	9. Kl.	11. Kl.	9. Kl.	11./12. Kl.	9. Kl.
fest	31	23	24	24	27	25
wahrscheinlich	42	52	39	44	33	44
Summe	73	75	63	68	60	69

Übersicht 3: Studierwilligkeit der Schüler ausgewählter Gymnasien in den einzelnen NBL (Anteil in Prozent)

	Gesamt	Berlin (O)	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Befragung 1991	74	81	71 *	–	73	74	–
Befragung 1992/93	66	78	59 *	58 *	62	62	70
Befragung 1995	64	74	60	64	61	62	65

* In diesen Ländern beteiligten sich nur maximal 4 Gymnasien an der Erhebung

hochschule ost 1/1998

Übersicht 4: Begründungen der Gymnasiasten für ihre Studienabsicht (Mittelwerte bei fünfstufigem Antwortmodell) *

Begründungen	Befragung 1991	Befragung 1992/93	Befragung 1995
Interessante Tätigkeit nach dem Studium	1,54	1,59	1,60
Sicherung einer beruflichen Existenz			1,65
Guter Verdienst nach dem Studium	2,18	2,08	2,03
insgesamt Verbesserung der Arbeitsmarktchancen			2,17
Aneignung hoher Bildung	2,11	2,25	2,35
Interessante Jugendzeit	3,37	3,33	3,28
Lehrstellenmangel	3,71	3,58	3,19
Anraten der Eltern	4,18	4,15	3,58

* Antwortmodell: 1 – sehr stark zutreffend... 5 – überhaupt nicht zutreffend

Übersicht 5: Gründe der Gymnasiasten für die beabsichtigte Studienfachwahl (Mittelwerte bei fünfstufigem Antwortmodell)*

Ich möchte das Studienfach wählen, weil	Befragung 1991	Befragung 1992/93	Befragung 1995
1. es mich besonders interessiert	1,82	1,77	1,48
2. ich nur so im gewünschten Beruf tätig sein kann	2,52	2,53	2,06
3. die Verdienstmöglichkeiten damit besonders gut sein sollen			2,64
4. ich mir damit gute Arbeitsmarktchancen erhoffe	–	2,59	2,70
5. man sich damit auch selbständig machen kann	3,22	3,15	2,80
6. dafür gute Zulassungschancen bestehen sollen	3,70	3,41	3,39
7. mir das besonders empfohlen wurde	4,00	3,75	3,85
8. ich damit auch an dem von mir gewünschten Ort studieren kann	4,18	3,95	3,55

* Antwortmodell: 1 – sehr stark zutreffend..... 5 – überhaupt nicht zutreffend

Übersicht 6: Bewertung einzelner Faktoren für die Ausbildungs- und Studienortwahl durch Gymnasiasten (Anteil in Prozent)

	sehr bedeutsam/bedeutsam			teilweise bedeutsam		
	1991	1992/93	1995	1991	1992/93	1995
Preiswerte Unterkunft	66	66	79	30	31	14
Ruf der Ausbildung/Hochschule	48	50	72	45	43	19
Nähe von Freunden	36	41	48	49	48	32
Freizeitangebote	34	36	51	54	53	30
Landschaft u. Umwelt	33	29	34	55	57	35
Nähe zum Zuhause	20	25	–	55	53	–
Nähe zur Familie	–	–	35	–	–	37
geringe Entfernung zum Heimatort	–	–	29	–	–	30
ob Ort in ABL oder NBL	–	–	20	–	–	15

hochschule ost 1/1998

Hoyer vs. Brentjes

Das Ringen um die Deutungsmacht und die Qualität wissenschaftlicher Kritik

Peer Pasternack
Leipzig/Wittenberg

Sonja Brentjes hatte in *hochschule ost* 1/1997 Teil-Ergebnisse eines Interviewprojekts zur jüngsten Geschichte der Leipziger Universität dargestellt (zit. i.f. als SB).¹ Siegfried Hoyer reagierte darauf in

hochschule ost 3-4/1997 (zit. i.f. als SH).² Er mahnt in seiner Replik vor allem wissenschaftliche Redlichkeit an. Dies geschieht stellenweise recht drastisch: Die Grundlage des Beitrages von S. Brentjes seien, so Hoyer, „halb verstandene Interviews“, und „Frustration gegen die ‚demokratische Erneuerung‘“ habe die Feder der Autorin geführt. (SH, 289) Daneben weiß er wenig charmante Einsprengsel unterzubringen: „Vielleicht schlägt S. B. einmal nach...“ (ebd.), oder „S. B. kann es drehen und wenden[,] wie sie will...“ (SH, 290)

All das ist eher nicht der feine akademische Stil. Da Hoyer aber auch im übrigen nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig läßt, ergibt sich ebenso die Chance zu einigen rational gesteuerten Entgegnungen. Zudem gehen zahlreiche andere Darstellungen, die im Zuge des Ringens der Akteure um die Deutungsmacht verfaßt werden, mit Hoyer konform. Des-

¹ Sonja Brentjes: „Demokratische Erneuerung“ der Leipziger Universität in der Wahrnehmung ihrer Angehörigen, in *hochschule ost* 1/1997, S. 33-54.

² Siegfried Hoyer: Zu S. Brentjes: „‚Demokratische Erneuerung‘ der Leipziger Universität in der Wahrnehmung ihrer Angehörigen“, in *hochschule ost* 3-4/1997, S. 286-291.

halb mögen die folgenden Anmerkungen auch über den konkreten Anlaß – der soviel Aufmerksamkeit vielleicht nicht verdiente – hinaus von Belang sein.

Was sind Hoyers Kritikpunkte in der Sache? Er kritisiert methodische Aspekte – die Auswahl der Interviewpartner und den Umgang mit den Interviewaussagen – und eine Reihe inhaltlicher Punkte. Beides endet in dem mehr oder weniger direkten Vorwurf von Parteilichkeit bzw. mangelnder Objektivität. Es lohnt, die einzelnen Bezugspassagen in Brentjes' Artikel noch einmal anzusehen und mit Hoyers Anwürfen zu vergleichen.

A. Zu den methodischen Kritikpunkten:

Hoyer kritisiert die Auswahl der Interviewpartner und den Umgang mit den Interviewaussagen. Beginnen wir bei letzterem. Dazu heißt es: „Wörtlich zitierte Äußerungen“ bedürften „einer Bestätigung durch den Interviewpartner“. (SH, 286) Hier zeigt sich Hoyer unzureichend informiert. Das ist ihm zunächst nicht weiter vorzuwerfen, denn Interviews gehören ja eher nicht zum Handwerkszeug des Frühneuzeitlers. Aber er macht mit der Attitüde des Bescheidwissenden einen Vorwurf daraus. Das erscheint unfreundlich nicht nur Brentjes, sondern auch dem weniger eingeweihten Leser gegenüber. Deshalb zur Richtigstellung:

Es gibt zwei Grundformen des Interviews: das journalistische und das wissenschaftliche. Bei beiden gibt es jeweils die Variante des bestätigten und des keiner Bestätigung bedürftigen Interviews. Dafür finden sich jedoch nirgendwo festgeschriebene Regeln. Vielmehr ist dies Vereinbarungssache zwischen Interviewer und Interviewtem. Hoyer: „Es unterblieb auch eine Information an die Betroffenen, was aus ihren Äußerungen gemacht wurde“ (SH, 286, wobei Hoyer meint: „gemacht werden sollte“, denn es hätte sinnvollerweise nur um eine vor der Publikation erfolgte Information gehen können).

Da fragt sich der Leser natürlich, unter welchen Umständen die Interviewten dazu gebracht worden sind, die Interviews zu geben. Ganz ahnungslos gelangt man ja nicht in eine solche Situation. Im vorliegenden Falle wurden die Interviews im Rahmen des Forschungsprojekts „Uni im Umbruch – Die Leipziger Universität 1987 bis 1994“ geführt. Dieses Projekt zielte auf zweierlei: Einerseits sollten Erfahrungen und Wahrnehmungen von Universitätsangehörigen dokumentiert werden, um sie anschließend qualitativ auswerten zu können. Andererseits war eine Publikation ausgewählter Interviews (aller zusammen würde mehrere Bände ergeben) geplant. Kaum vorstellbar nun scheint, daß Interviewpartner in exponierter Stellung, etwa der eines Prorektors, sich stundenlang bei mitlaufendem Tonband befragen lassen, ohne sich vorher erkundigt zu haben, in welcher Weise das Material Verwendung finden soll.

Für die ggf. zu erfolgende *Komplettveröffentlichung* eines Interviews war innerhalb des Projekts „Uni im Umbruch“ schriftlich eine Bestäti-

gung des Textes durch den Interviewten vereinbart worden. Das ist in der Tat üblich. Für die unabhängig von einer etwaigen Kompletteröffentlichung erfolgende *qualitative Auswertung* der Interviews hingegen gab es eine solche Vereinbarung nicht. Da hat Brentjes auch im Rahmen des üblichen gehandelt. Denn es kann eine qualitative Auswertung durchaus zunichte machen, wenn man sich vom Gesprächspartner die dabei verwendeten Zitate bestätigen lassen wollte: Mancher merkte dann erst, was er eigentlich gesagt hat, und bekäme kalte Füße. Gefragt werden kann natürlich, ob es in Brentjes' Artikel nicht Möglichkeiten gegeben hätte, den Prorektor und den Gründungsdirektor der Geschichtswissenschaft³ stärker zu anonymisieren.

Auffällig freilich ist: Hoyers Ermittlungen haben zum ersten ergeben, daß die von Brentjes zitierten Interviews mit Prorektor und Gründungsdirektor tatsächlich stattgefunden hatten. Zum zweiten, daß die in Brentjes' Artikel verwendeten Passagen nicht „autorisiert“ worden waren. (SH, 286) Doch zugleich wurden sie offenkundig, drittens, von den Befragten auch nicht abgestritten. Wären sie dies, hätte Hoyer gewiß nicht versäumt, es mitzuteilen. (Daß er, obwohl diese Mitteilung fehlt, an unauffälliger Stelle zu einer Äußerung des Prorektors einschiebt: „wenn sie überhaupt so gefallen ist“ [SH, 289], zeugt weder von Stil noch von Souveränität.)

Festzuhalten also ist: Da die Aussagen aus den Interviews von den Interviewten nicht in Abrede gestellt wurden, scheint Brentjes korrekt zitiert zu haben. Wie immer man es nun bewerten mag, daß die Passagen öffentlich geworden sind: Ihr Wert als authentische Quellen dürfte damit als gesichert gelten.

Sodann moniert Hoyer: Es seien von Brentjes „ausschließlich Personen“ befragt worden, „die von Entscheidungen negativ betroffen waren oder, aus welchen Gründen auch immer, der Arbeit in den Kommissionen mit Vorbehalten gegenüberstanden.“ Da dies, das merkt jetzt auch Hoyer,

³ Hoyer kritisiert scheinbar formal korrekt, daß der Betreffende nicht „Gründungsdirektor“ des Fachbereiches Geschichte gewesen sei. (SH, 286) Der von Brentjes verwendete Begriff deutet aber auf den verschwommenen Status des damaligen Fachbereichs in der Umbruchphase hin. Offiziell nicht abgewickelt (lediglich die Wissenschaftsbereiche „Geschichte der SED/DDR“ und „Geschichte des sozialistischen Weltsystems“ waren innerhalb der seinerzeitigen Sektion Geschichte abgewickelt worden), wurde der Bereich an der Leipziger Universität als „FB in Gründung“ bezeichnet. Der „Gründungsdirektor“ galt deshalb auch als ein solcher, wenngleich es vermutlich keine entsprechende Berufungsurkunde gab. Ich bleibe hier nicht nur der Einfachheit halber bei diesem Begriff: *Faktisch* war die in Rede stehende Person weit intensiver „Gründungsdirektor“ als manche richtigen Gründungsdirektoren an anderen Instituten. Denn mehr als Vorsitzender (a) der Strukturkommission, (b) der Fachkommission und (c) der Berufungskommission konnte man in diesem Zusammenhang nicht werden. Formal war freilich in der hier interessierenden Zeit S. Hoyer der Chef: als sog. Fachbereichsleiter.

für Prorektor und Gründungsdirektor so nicht zutrifft, wird noch einmal nachgeschoben: Von den „Spitzen“ hingegen würden „nichtautorisierte Aussagen zitiert“. (SH, 287)

Zu den „nichtautorisierten Aussagen“ ist oben Hinreichendes ausgeführt. Zur Auswahl von Gesprächspartnern kann aus der Erfahrung verschiedener ähnlicher Projekte angemerkt werden: Es ist ein ausgesprochen schwieriges Unterfangen, in ostdeutschen Hochschulen ausgewogene Mischungen für Interviewprogramme zustande zu bekommen, soweit die unmittelbar zurückliegenden Erfahrungen Gegenstand der Gespräche sein sollen. Oder deutlicher gesagt: Es ist unmöglich. Die Befangenheiten, Ängste, Unsicherheiten, Verdrängungserfordernisse usw. insbesondere bei denjenigen Ostdeutschen, die in den Strukturen, aus welchen Gründen auch immer, verblieben sind, sie erstaunen nicht nur, sondern erscheinen auch in wesentlichen Teilen irrational.

Insoweit wundert es jedenfalls den mit dem Forschungsfeld Vertrauen kaum, wenn auch S. Brentjes keine ausgewogene Mischung ihrer Gesprächspartner zum Leipziger FB Geschichte (heute Historisches Seminar) erreicht hat. Sie hat sich aber augenscheinlich bemüht, diesen Mangel so gut es geht zu reparieren: Neben denen, die den gesamten Umgestaltungsvorgängen kritisch gegenüber standen, hat sie diejenigen befragt, welche die Vorgänge selbst gestaltet haben und aufgrund ihrer exponierten Position selbstbewußter sind, darüber zu sprechen (und wohl auch ein Interesse daran haben, ihre Sicht der Dinge dokumentiert zu wissen): z.B. den Prorektor und den Gründungsdirektor des Historischen Seminars. Daneben hat Brentjes, methodisch sauber, die Zusammensetzung ihrer Interviewpartner offengelegt und nach verschiedenen Kriterien (disziplinäre Bindungen, Statuscharakter, politische Bindungen/Ämter/Funktionen, Zugehörigkeit zur Leipziger Universität) ausgewertet. (SB, 34f.)

B. Zu den inhaltlichen Einwänden:

Zunächst setzt sich Hoyer mit den Aussagen von Brentjes zur Alten Geschichte in Leipzig auseinander. Sein Aufhänger ist die Bemerkung, am FB Geschichte habe „eine der problematischsten fachlichen Überprüfungen“ stattgefunden. (SB, 47)

Hoyer mag mit allem, was er dazu sagt, recht haben. Unter anderem sagt er zweimal, daß sämtliche Kritik der Gutachter an den Leipziger Althistorikern nicht den „Ordinarius“ betroffen habe. (SH, 288) Was Hoyer mitzuteilen vermeidet, ist hier nachzutragen: Trotzdem ist dieser außerhalb der formulierten Kritik stehende Professor heute nicht mehr an der Universität beschäftigt, obgleich er weder IM war, noch seine Stelle weggefallen ist (d.h. die möglichen Kündigungsgründe 'mangelnde persönliche Eignung' und 'mangelnder Bedarf' in diesem Falle ausscheiden). Es bleibt also nur, daß dem „Ordinarius“ wegen 'mangelnder fach-

licher Qualifikation' gekündigt worden ist. So war es auch: Es ist daran zu erinnern, daß eben dies seinerzeit weithin Erstaunen hervorgerufen hat. Dürfen wir Hoyers mehrfaches Plädoyer für seinen gleichwohl gekündigten Kollegen (vgl. auch SH, 289) als Bestätigung verstehen, daß zumindest in diesem Fall „eine der problematischsten fachlichen Überprüfungen“ stattgefunden hat?

Nächster Punkt: Zum curricularen Stellenwert der deutschen Geschichte in einem geschichtswissenschaftlichen Studiengang kann man dieser oder jener Meinung sein. Nur: Der Hinweis darauf, daß Karl Lamprecht mit einer 12bändigen *Deutschen* Geschichte reüssierte (SH, 289f.), ist zwar interessant. Er hat aber nicht das Zeug zu einem Argument. Höchstens noch könnte er als Autoritätsbeweis durchgehen. Doch solche Beweise sind in der Wissenschaft nur sehr bedingt von Nutzen. Mit der gleichen Überzeugungskraft ließen sich auch andere bedeutende deutsche Historiker anführen, die ihre Methode an nichtdeutschen Gegenständen entfaltet haben.

Schließlich geht es um die Iberoamerikanische Geschichte. Hoyer erwähnt den 1992 verstorbenen Leiter des Lehrstuhls für Allgemeine Geschichte der Neuzeit, der sich über ein lateinamerikanisches Thema habilitiert sowie gute Kontakte zu Kuba und einigen südamerikanischen Ländern gehabt habe. Hoyer erwähnt desweiteren, daß aus Lateinamerika Promovenden gekommen seien und eine Ausbildung von Wissenschaftlern für Länder dieses Kontinents stattgefunden habe. Dennoch, so Hoyer, „gab es bis 1989 keine entsprechende Institution an der Sektion Geschichte in Leipzig. Man kann deshalb auch nicht von einer 'Leipziger Tradition auf diesem Gebiet' sprechen“. (SH, 290)

Hier ist Aufklärungsarbeit nötig: (1.) Zur Traditionsbildung ist Institutionalisierung gewiß hilfreich, gleichwohl nicht notwendig. Allerdings gab es (2.) „an der Sektion Geschichte in Leipzig“ bis 1989 durchaus eine „entsprechende Institution“: das sog. Lateinamerika-Seminar, eine kleine eigenständige Einrichtung mit separater Bibliothek und Personal. (3.) hat es das Interdisziplinäre Zentrum für Vergleichende Revolutionsforschung (IZR) gegeben, das von dem erwähnten Lehrstuhlleiter – Manfred Kosok – geprägt wurde. Die inhaltlichen Schwerpunkte des IZR lagen ausweislich seiner Veröffentlichungen wesentlich in der iberoamerikanischen Geschichte.⁴ Gewiß war das IZR nicht an der Sektion Geschichte angesiedelt, da ja, wie der Name schon sagte, interdisziplinär orientiert. Doch waren die meisten seiner Mitglieder Historiker, auch wenn sie z.T. aus Strukturgründen nicht an der Sektion Geschichte, sondern innerhalb anderer Universitätssektionen wirkten.

Die Beschäftigung mit iberoamerikanischer Geschichte in Leipzig war also abseits zentralistischer Entscheidungen in Ost-Berlin – z.B. die Lateinamerikawissenschaften in Rostock zu konzentrieren – durchaus le-

⁴ Vgl. die *Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung* (LBR).

bendig erhalten worden. Insoweit könnte man durchaus von einer „Leipziger Tradition“ sprechen.

C. Zum Vorwurf der mangelnden Objektivität bzw. der Parteilichkeit:

Brentjes' Ausführungen, so sagt Hoyer, seien von „Frust gegen die 'demokratische Erneuerung' an der Leipziger Universität und anderswo“ gezeichnet. (SH, 289) Woran erkennt er das? Vornehmlich daran, daß Brentjes eine kämpferische Basisdemokratin sei: „... beschwört S.B. die basisdemokratischen Aktivitäten der Jahre 1990/93“ (SH, 287); „Schwört man allerdings so auf 'Basisdemokratie', wie dies in dem Beitrag geschieht...“. (Ebd.) Es finden sich weitere derartige Anspielungen. Sie münden in die wenig freundliche Insinuation, Brentjes gehöre wohl zu denjenigen, die auf die Erneuerung der Universität am liebsten ganz verzichtet hätten. (SH, 291)

Sucht man die von Hoyer angegebenen Belegstellen für Brentjes' „Beschwörung“ der Basisdemokratie auf, kommt man freilich zu völlig anderen Ergebnissen. Brentjes schreibt dort:

„In der Literatur gilt die Phase vom Herbst 1989 bis zur Hochschulgesetzgebung von basisdemokratischen Aspirationen und Aktivitäten geprägt...“ „In den Interviews sind basisdemokratische Forderungen, Konzepte, Strukturen und Verhaltensweisen für die Zeit Herbst 1989 bis etwa in die erste Jahreshälfte 1992 erkennbar... Das meiste davon verschwindet in der Folgezeit oder wird als wenig effektiv oder wenig Unterstützung durch die vermutete Basis erhaltend erlebt.“ „Als basisdemokratische Prinzipien werden benannt: ...“ „Zu den konsequent ausgeführten basisdemokratischen Ansätzen gehören...“ „... die aus der basisdemokratischen Explosion des sogenannten Arbeitskonzils Mai 1990 resultierenden Gründungen...“ (SB, 37) „Vereinzelt wurde Basisdemokratie auch als Vehikel zur Durchsetzung inhaltlicher Reformen... aufgefaßt“. „Die Interviews verdeutlichen, daß Basisdemokratie von Anfang an die Angelegenheit einer Minderheit war.“ (SB, 38) „Es ist eine Zeit, in der Forderungen nach basisdemokratischer Legitimation aller LeiterInnen mit vehementer Emotionalität vorgetragen wurden.“ (SB, 39) „InterviewpartnerInnen, die ihre Erwartungen an die 'demokratische Erneuerung' der Universität in basisdemokratischen Begriffen beschrieben, neigten teilweise dazu, Basisdemokratie als strukturelles Moment aufzufassen...“ (SB, 40)

Hier wird also nicht „beschwört“, sondern zum einen gezeigt, „wie es eigentlich gewesen“ ist, und zum anderen referiert, was einige der Interviewten gesagt hatten. Wenn Hoyer daraus eine Beschwörung der Basisdemokratie abzulesen vermag, dann muß er mit Vorannahmen an seine Lektüre herangegangen sein, die er seinen Lesern vorenthält. Die intersubjektive Nachvollziehbarkeit der von ihm entdeckten basisdemokratischen Beschwörung ist damit nicht gegeben. Hoyer darob mangelnde Objektivität vorzuwerfen, wäre unhöflich und unterbleibt deshalb an dieser Stelle.

Allerdings: Eine gewisse Perspektivenverzerrung ist auch an anderen Stellen erkennbar. So – beispielsweise – spricht Hoyer als jemand, der bis zur Emeritierung an der Universität tätig sein konnte, für eine Min-

derheit. Er ist sich dessen aber augenscheinlich nicht bewußt, wenn er schreibt, daß die Erneuerung der Leipziger Universität „für manchen schmerzlich“ war: Sie war nicht für „manche“ schmerzlich, sondern für 65%. Zwei von drei MitarbeiterInnen hatten wegen des Stellenabbaus zwischen 1990 und 1996 die Universität Leipzig verlassen müssen.⁵

Peer Pasternack, Dipl.-Pol., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

⁵ Vgl. Peter Gutjahr-Löser: Bericht des Kanzlers, in Bericht des Rektoratskollegiums der Universität Leipzig 1991-1994, Leipzig o.J. [1995], S. 39-53, hier 44; und ders.: Die Umgestaltung der Universität Leipzig nach der Wende, in Rektorat der Universität Leipzig (Hg.): Wissenschaftstandort Leipzig. Die Universität und ihr Umfeld, Leipzig 1997, S. 23-42, hier 33.

Zwischenruf

Zu Ernst Günther Schmidt: „Gefährdung und Wahrung der Tradition. Die Zeitschrift *Philologus* in den Jahren der DDR“, *hochschule ost* 3-4/97

Christoph Kähler
Leipzig

Die Geschichte der Bewahrung und Bewährung der Wissenschaftlichkeit des *Philologus* von Ernst Günther Schmidt in hso 3-4/97 stellt ein interessantes Selbstzeugnis dar. Es kommt aus einer der Nischen, in denen auch im geistes-

wissenschaftlichen Bereich diejenigen wissenschaftlichen Standards unter den Bedingungen der DDR im Ganzen gehalten werden sollten, die je nach ideologischer Brille gern als „bürgerlich“ bzw. als „positivistisch“ verteufelt wurden.

Eine Feststellung des Berichts allerdings kann leicht falsifiziert werden und darf so nicht stehenbleiben: Der *Philologus* war nach E. Gü. Schmidt „weit ab (sc. von der Unterwerfung unter die kommunistische Ideologie)... wie wohl zumindest in den Gesellschaftswissenschaften *kein anderes Fachblatt* (sc. in der DDR)“ (S. 86: Hervorhebung C.K.). Diese Behauptung verletzt die Achtung vor anderen tapferen Kolleginnen und Kollegen in nicht hinzunehmender Weise.

Denn der *Philologus* war kein Unikat, sondern könnte wohl als ein Exempel für eine ganze Reihe von ähnlichen Zeitschriften dienen. Sie scheinen mit analogen Voraussetzungen und ebenfalls sehr engagierten Herausgebern und Autoren ein dem *Philologus* vergleichbares Schicksal gehabt zu haben. Die mehr oder weniger erfolgreichen Kämpfe um das fachliche Niveau zeigen die typisierbaren Randbedingungen, verschieden günstige Voraussetzungen für das Beharren auf gültigen Maßstäben und demzufolge auch unterschiedliche Schicksale der Redaktionen bzw. der Periodica selbst. Sie rechtfertigen aber keinesfalls solche Überbietungsansprüche wie: „Mehr als andere Fachorgane, vor allem mehr als die übrigen geisteswissenschaftlichen Blätter (*sic!*) griff sie auf verteidigungswerte Traditionen zurück und wahrte zumindest Elemente jener Autonomie, die sie in den ersten hundert Jahren ihres Bestehens... genossen hatte.“ (S. 86)

Gelegentlich sollten alle diese Periodica gemeinsam als Zeugnis von Beharrung und Widerständigkeit wie als Beleg für die nichtideologische Lust am Fragen und Forschen unter den Bedingungen eingeschränkter Wissenschaftsfreiheit ausführlicher untersucht und soweit möglich mit-

einander verglichen werden. Ob man dabei chemische Reinheit von ideologischen Beimengungen für alle Beiträge zum Maßstab erheben kann und sollte, ist zweifelhaft. Gewiß kann und darf dabei nicht die absolute Nähe oder Ferne zum Marxismus zum Differenzkriterium gemacht werden, weil einerseits marx'sche Fragen aus dem allgemeinen historischen Methodenspektrum des 20. Jahrhunderts nicht wegzudenken sind. Andererseits sind wichtige Beiträge von dezidiert marxistischen Kollegen aus den Altertumswissenschaften nicht wegzudenken. Wenn es dort ein Grundproblem gab, dann war es der Umstand, daß etwa sozialgeschichtliche Untersuchungen gerade nicht in dem erwartbaren Umfang aus marxistischer Feder flossen. Heinz Kreißig war in meinem Interessengebiet eine der wenigen Ausnahmen, die diese traurige Regel bestätigte.

Entscheidend für das nachträgliche relative Urteil dürfte der jeweilige wissenschaftliche Ertrag des jeweiligen Blattes sein, der sich in der fachwissenschaftlichen Debatte behaupten konnte und kann. Ein grober Test auf die allgemeine Anerkennung einer Zeitschrift, der gewiß in jedem negativen Fall besonderer Untersuchung bedarf, ergibt sich aus dem Weiterbestehen nach 1989.

Völlig ohne Anspruch auf Vollständigkeit verweise ich:

- auf die *Zeitschrift für ägyptische Sprache und Altertumskunde*, die seit 1863 in Berlin (Ost) erscheint und u.a. von S. Morenz und E. Blumenthal verantwortet wurde bzw. wird;
- auf die *Orientalistische Literaturzeitung. Zeitschrift für die Wissenschaft vom Orient und seinen Beziehungen zu den angrenzenden Kulturkreisen*, die seit 1898 erscheint und in Leipzig beheimatet ist, deren Herausgebergremium noch lange grenzübergreifend besetzt war;
- auf die *Deutsche Literaturzeitung für die Kritik der internationalen Wissenschaft*, die von 1880-1993 in Berlin erschien;
- auf das Goethe-Jahrbuch, das seit 1880 ein wechselvolles Schicksal gehabt hat und im Lauf der Zeit einem internationalen Gremium von Herausgebern anvertraut wurde;
- sowie auf das Bach-Jahrbuch, das, seit 1904 erschienen, ebenfalls durch die Internationale Bach-Gesellschaft getragen wurde.
- Schließlich darf ich auch auf die Periodica meines eigenen Faches hinweisen, von denen vor allem die *Theologische Literaturzeitung* (aber nicht nur sie) seit 1875 in Leipzig nicht ohne erhebliche Kämpfe „auf Kurs“ gehalten werden konnte.¹ Dazu gesellten sich im Lauf der Zeit das *Theologische Jahrbuch* des St. Benno-Verlages, das vorwiegend katholische Arbeiten enthielt, und die jahrbuchähnlichen *Theologischen Versuche* aus der Evangelischen Verlagsanstalt, die

¹ S. Bräuer, „...daß die Zeitschrift eine positivere Tendenz erhält“, ThLZ 119 (1994) 577-600.

etwa für Richard Schröder und andere ausgegrenzte Kollegen ein offizielles Forum für Aufsätze bildeten.

Zugleich sollte bei diesem Thema nicht vergessen werden, daß es auch in den 40 Jahren DDR-Geschichte erfolgreiche Anstrengungen zur Etablierung neuer Publikationsorgane gegeben hat. Dabei ist an die *Altorientalischen Forschungen* zu denken. Weiter gab es in den Gesellschaftswissenschaften erhebliche Anstrengungen etwa der Linguisten bzw. der „theoretischen und angewandten Sprachwissenschaften“ in der DDR, sich in neuen Publikationsreihen und Periodica so zu äußern, daß dies als wichtiger Beitrag zum internationalen wissenschaftlichen Austausch wahrgenommen werden konnte. Die Schule um Manfred Bierwisch hat beachtete Beiträge zu linguistischen Debatte geliefert und sich einen erstaunlichen Freiraum ohne den Vorlauf und das Gewicht geschaffen, die ältere Periodica bereits aus ihrer Geschichte mitbrachten.

Auch Zeitschriften, die die DDR-Geschichte nicht unbeschadet überstanden, wie die *Forschungen und Fortschritte. Nachrichtenblatt der deutschen Wissenschaft und Technik* (bis 1967) bedürften der sorgfältigen wissenschaftshistorischen Bemühung, weil sie einerseits „Renitenz“ und ihre möglichen katastrophalen Folgen unter den Bedingungen der „Diktatur des Proletariats“ beschreibbar, andererseits die Konditionen sichtbar machen, unter denen bei anderen die relative Objektivität von Forschungspublikationen gewährleistet werden konnte.

Ebenfalls ohne Anspruch auf Vollständigkeit, wohl aber mit dem Ziel vorsichtiger Verallgemeinerung lassen sich Umstände beschreiben, unter denen die vollständige Unterwerfung unter diktatorische Verhältnisse im Haus der Wissenschaft wenigstens zum Teil vermieden oder umgangen werden kann. Daß in jedem Fall Mut, Anstand, Beharrungsvermögen und Geschick gefragt waren, gehört zu den moralischen Qualitäten, ohne die eine selbstkritische Wissenschaft nicht auskommt. Gelegentlich scheinen aber auch nur Geschicklichkeit und Gefühl für das, was auf dem internationalen wissenschaftlichen Markt „verkauft“ werden kann, bei einigen Herausgebern zu einem ideologisch vorsichtigeren Agieren geführt zu haben.

Damit erhebt sich aber die Frage nach den objektiven Faktoren, die das subjektive Streben nach möglichst autonomer Wissenschaft fördern. Offensichtlich will kein moderner Staat für seine Reputation auf die Insinuen der Wissenschaft bzw. der Wissenschaftlichkeit verzichten. Dabei fallen natürlich eingeführte Publikationsorgane mit internationaler Ausstrahlung besonders ins Gewicht und können sich häufig gewisser Schonung erfreuen. Weiter stellen die Aufmerksamkeit und Anwesenheit auswärtiger Fachleute für anerkennungssüchtige Regimes ein wichtiges Element ihrer Politik dar, das man sich durch Zugeständnisse bei den Publikationen „bezahlen“ lassen konnte. Insgesamt waren differenzierte, kritische Äußerungen einer wachen Zunft im westlichen Ausland bei der

Argumentation gegenüber staatlichen Organen der DDR von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Veröffentlichungen der Leopoldina im Bereich zwischen den Natur- und Geisteswissenschaften, die für viele jüngere Intellektuelle in Ostdeutschland ein Zugang zu westlichem Denken bildeten, sind ein Beispiel für diese Art von mutiger Wissenschaftspolitik, wie sie z.B. C. F. von Weizsäcker in einem ebenfalls untersuchungswerten Umfang mit Blick auf die jungen Wissenschaftler verschiedenster Fächer in der DDR betrieben und dadurch das interdisziplinäre Gespräch über die Verantwortung der Wissenschaften gefördert hat.

Nicht das einzige Argument, aber doch eine hilfreiche Unterstützung war die Erwerbung von ausländischen Währungen, die autoritäre Herrschaft offensichtlich immer benötigt.

Schließlich dürfte wohl auch die (alt- bzw. neu-)sprachliche und sachliche Entfernung der jeweiligen Disziplin von den aktuellen ideologischen Debatten ein wichtiger Faktor für das größere oder geringere Mißtrauen der Zensoren gewesen sein.

Der *Philologus* jedenfalls war und ist ein Beispiel unter anderen. Es wäre schön, wenn die Nischen, die sich in der DDR nolens volens bildeten, nicht auf Dauer den Blick über den Zaun der Nachbarwissenschaften und auf ihre unverkennbaren Leistungen verstellten. Zu abschließenden Werturteilen sehe ich zur Zeit keine Möglichkeit, da zunächst noch die einzelnen Geschichten der verschiedenen Disziplinen zu erzählen und zu erforschen sind.

*Christoph Kähler, Prof. Dr. theol., lehrt Neues Testament
und ist Prorektor der Universität Leipzig*

BAföG: Weniger Geförderte, höhere Förderungsbeträge

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, erhielten 1996 178.000 Schüler und 399.000 Studenten Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Dies waren rund 46.000 Personen oder 7,4% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der geförderten Schüler ging um 3.000 zurück, die der geförderten Studenten um 43.000. Die Förderung erstreckte sich zum Teil nicht über ein volles Jahr. Im Durchschnitt wurden 380.000 Personen je Monat gefördert (- 9,1%), nämlich 106.000 Schüler und 274.000 Studenten.

Im früheren Bundesgebiet verringerte sich die Zahl der BAföG-Empfänger gegenüber 1995 um rund 42.000 Personen oder 8,5% auf 456.000 Personen (Schüler: - 2,3%, Studenten: - 10,7%). Die Zahl der Geförderten in den neuen Ländern und Berlin-Ost ging um 4.000 oder 3,3% auf rund 121.000 (Schüler: - 0,5%, Studenten: - 5,2%) zurück.

Bund und Länder haben im Jahre 1996 für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG 2,7 Mrd. DM aufgewendet, 143 Mill. DM weniger als im Vorjahr (- 5,0%). Für die Schülerförderung wurden 653 Mill. DM (+ 3 Mill. DM) und für die Studentenförderung fast 2,1 Mrd. DM (- 146 Mill. DM) bereitgestellt. Ein geförderter Schüler erhielt dabei durchschnittlich 513 DM (früheres Bundesgebiet: 540 DM, neue Länder und Berlin-Ost: 448 DM) und ein geförderter Student 629 DM monatlich (früheres Bundesgebiet: 649 DM, neue Länder und Berlin-Ost: 537 DM). Dies bedeutet für die Schüler in den neuen Ländern und in Berlin-Ost eine Zunahme des durchschnittlichen Förderungsbeitrages je Kopf und Monat um 17 DM, für die Studenten um 43 DM; für die Schüler im früheren Bundesgebiet ergab sich eine Zunahme des durchschnittlichen Förderungsbeitrages je Kopf und Monat um 7 DM, für die Studenten um 35 DM. Diese Steigerungen sind im wesentlichen auf die Anpassung der Bedarfssätze zum 1. Juli 1995 durch das siebzehnte BAföG-Änderungsgesetz zurückzuführen.

Fachhochschul-Fernstudienverbund (FVL) bis zum Jahr 2001 verlängert

Die Wissenschafts-Staatssekretäre der fünf neuen Bundesländer und Berlins haben jetzt die Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung des gemeinsamen Fachhochschul-Fernstudienverbundes um weitere 3½ Jahre verlängert, nachdem dieser auf einen ersten erfolgreichen Tätigkeitszeitraum von fast 3 Jahren zurückblicken kann.

Die neuen Länder und Berlin hatten mit der ersten Verwaltungsvereinbarung vom 1.9.1994 die gemeinsame Förderung des Fernstudiums auf Fachhochschulebene vereinbart und mit finanzieller Förderbeteiligung des Bundes einen länderübergreifenden Fernstudienverbund kooperierender Fachhochschulen (FVL) errichtet. Zentrales Anliegen des Verbundes sollte die Entwicklung gemeinsamer Fernstudienangebote für die wissenschaftliche Aus- und Weiterbildung sein. Die Länder sind dabei wichtigen bildungs- und gesellschaftspolitischen Überlegungen und einer Forderung des Wissenschaftsrates von 1992 gefolgt. Die gemeinsame Agentur des FVL wurde zum 1.10.1994 gegründet und der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW) Berlin zugeordnet. Die fachliche Arbeit wird von Fachausschüssen der beteiligten Hochschulen getragen; die Akzeptanz wird damit von vornherein auf eine breite Grundlage gestellt. Die Fernstudienagentur koordiniert die gemeinsamen Entwicklungsvorhaben und erbringt Dienstleistungen für die Durchführung des Fernstudiums an den Hochschulen, insbesondere bei der Erstellung des Studienmaterials. Sie sorgt ferner für die Einbeziehung von Fernlehrmaterial, das von anderen Trägern entwickelt wurde und vermarktet die eigenen Entwicklungen außerhalb des Verbunds.

Der Verbund mit seinen 18 einbezogenen Hochschulen aus den sechs Ländern bietet derzeit folgende Fernstudienkurse an:

- einen grundständigen Diplomstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen und einen postgradualen Aufbau-/Weiterbildungs-Diplomstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen;
- einen grundständigen Diplomstudiengang (Wirtschafts)mathematik mit simultaner wirtschaftswissenschaftlicher Fernstudienphase;
- ein zertifiziertes Weiterbildungsstudium Angewandte Gesundheitswissenschaften;
- einen grundständigen Diplomstudiengang Pflege;
- ein zertifiziertes Weiterbildungsstudium Allgemeine Informatik;
- acht ingenieurtechnische Fernstudienbrückenkurse sowie einen Fernstudienbrückenkurs Betriebswirtschaftslehre für Absolventen von DDR-Fachschulen.

hochschule ost 1/1998

In Vorbereitung befinden sich diverse modulare Angebote in Betriebswirtschaftslehre und ein zweisemestriges zertifiziertes Weiterbildungsstudium Europäisches Verwaltungshandeln.

Unter Einbeziehung der programmgemäß auslaufenden Fernstudienbrückenkurse betreut die Fernstudienagentur in den Hochschulen des Verbundes derzeit ca. 3.300 Studierende. Die Arbeitsweise des Verbundes hat sich bewährt und wird von vielen hochschulpolitischen Gremien positiv bewertet und ermutigt. Deswegen und wegen der zunehmenden hochschulpolitischen Bedeutung des Fernstudiums haben sich die sechs Länder trotz der angespannten Finanzsituation zur Verlängerung der Verwaltungsvereinbarung entschlossen. Die künftigen Angebote des FVL und damit auch das Aufgabenspektrum der Fernstudienagentur werden verstärkt auf den Einsatz der Neuen Medien in der Studienform Fernstudium ausgerichtet (Virtuelle Hochschule). Auch die europäische und internationale Dimension des Fernstudiums, insbesondere die europäische Zusammenarbeit im Rahmen relevanter EU-Programme zur Förderung des offenen Unterrichts und der Fernlehre werden künftig stärker berücksichtigt.

Für die Finanzierung des Fernstudienverbundes bringen die beteiligten Länder nach dem zugehörigen Verteilungsschlüssel jährlich 250.000 DM auf.

*Brandenburgisches Ministerium für Wissenschaft,
Forschung und Kultur*

HUB: Kürzung von 82 Professuren bis zum Jahr 2000

Sondersitzung des Akademischen Senats zu den vom Land Berlin verfüigten Sparauflagen:

„Der Akademische Senat beschließt im Zusammenhang mit der im Haushaltsstrukturgesetz 1997 festgesetzten Haushaltsabsenkung:

Die Fakultäten der HU (ohne Medizin) sind um 82 Professuren zu kürzen*. Die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät (LGF) und das Museum für Naturkunde (MfN) sind in diesem Betrag nicht enthalten. Das Kürzungsvolumen bei der LGF liegt mit 11,3 Mio. fest; das MfN erbringt eine Einsparung in Höhe einer Professur.

Über die Dienstleistungsbereiche, die Universitätsverwaltung und die Zentralen Einrichtungen ist gesondert zu entscheiden. Ein über das bereits veranschlagte Kürzungsvolumen von 4 Mio. DM hinausgehender Betrag fällt in eine für die Zukunftsfähigkeit der Universität dringend erforderliche Innovations- und Planungsreserve.

hochschule ost 1/1998

- Die Zahl der Professuren in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten einerseits und den Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten andererseits soll im Verhältnis 2 : 1 erhalten bleiben.
- Bei Berücksichtigung der durch die pauschale Minderausgabe 1995 bereits erbrachten Kürzungen entfallen damit aus dem jetzt erforderlichen Kürzungssoll von 82 Professuren auf die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten 60 Professuren, auf die beiden Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten 22 Professuren. [...]

Im Bereich der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten beschließt der Akademische Senat:

- Die Pharmazie wird eingestellt.
- Das für die Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten I und II verbleibende Kürzungsvolumen von 15 Professuren verteilt sich wie folgt: Biologie: 3, Chemie: 1, Physik: 5, Informatik: 1, Mathematik: 4, Geographie: 0, Psychologie: 1.**

(* Wie der Leitungsvorschlag versteht die Vorlage unter „Professur“ eine Professoren/Professorinnenstelle mit durchschnittlicher Personalausstattung und entsprechendem Sachmittelanteil. Sie sind gedacht als Rechnungseinheiten, die je nach Fach verschieden hoch ausfallen. Die Fakultäten haben lediglich die Verpflichtung, das entsprechende Geldäquivalent zu sparen.

** Die Psychologie wandelt eine Professur in eine Professur für Pädagogische Psychologie um. Mit ihr erbringt sie Lehrleistungen auch für die Lehramtsstudiengänge. Diese Umwandlung wird als Kürzung um 1 Professur angesehen. Diese Festlegung steht unter dem Vorbehalt einer abschließenden Entscheidung über die Lehrerbildung.)“

Am 9. September fand eine Sondersitzung des Akademischen Senats der Humboldt-Universität statt, die sich vor allem mit den Strukturentscheidungen in den Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten beschäftigte.

Die Entscheidungen über diesen Teil der Strukturplanung waren vorzeitig notwendig geworden, da dem Wissenschaftsrat noch Mitte September die detaillierten Planungen der Humboldt-Universität zum Umzug der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Institute nach Adlershof vorzulegen sind.

Die Leitung der Humboldt-Universität hatte im Juni diesen Jahres dem Akademischen Senat ihre Vorschläge zur Umsetzung der notwendigen Kürzungen vorgelegt. Anschließend bekam die zuständige Kommission für Entwicklungsplanung (EPK) den Auftrag, dazu Stellungnahmen einzuholen und ihr Votum abzugeben.

Nach umfangreichen Beratungen in der EPK wurden in der Sondersitzung mehrheitlich Beschlüsse gefaßt, die sich in den Grundsätzen dem Leitungsvorschlag anschließen. Danach soll die Zahl der Professuren in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereichen einerseits und den Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten andererseits im Verhältnis 2 : 1 erhalten bleiben.

Insgesamt sind die Fakultäten der Humboldt-Universität (ohne Medizin) um 82 Professuren (mit durchschnittlicher Personalausstattung und entsprechendem Sachmittelanteil) zu kürzen. Nach den Beschlüssen entfallen 60 Professuren in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Berei-

chen sowie 22 Professuren in den Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten. Zusätzlich müssen die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät einen festen Kürzungsbeitrag von 11,3 Mio. DM und das Museum für Naturkunde eine Einsparung in Höhe einer Professur erbringen.

Ein Änderungsantrag der studentischen Mitglieder des Akademischen Senats, der die Zusammenführung der Institute für Chemie und Pharmazie unter Kürzung der Chemie beinhaltete, wurde abgelehnt. Der AS beschloß mehrheitlich die Einstellung der Pharmazie (entspricht 7 Professuren).

Anschließend folgte die große Mehrheit der AS-Mitglieder dem weiteren Kürzungsvorschlag der EPK. Ausdrücklich bewilligte der AS den Vorschlag, eine Innovations- und Planungsreserve vorzusehen.

Es ist ein Skandal, eine so außerordentlich gut funktionierende Universität wie die Humboldt-Universität mit derartigen Kürzungsraten zu belegen. Trotzdem dürfen wir nicht in eine Abwehrhaltung verfallen. Wir müssen uns vielmehr Reserven schaffen für neue, innovative Dinge. Die EPK und alle an dem schwierigen Prozeß Beteiligten haben bewiesen, daß Selbstverwaltung funktionieren kann. Dafür gebührt ihnen der Dank der Universität.

HU-Präsident

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Meyer in der Sitzung

S.M. (aus Humboldt-Universität, Oktober 1997)

**Dagmar Schipanski (Ilmenau), Vorsitzende des Wissenschaftsrates:
Begrüßungsansprache zum Festakt anlässlich des 40jährigen Bestehens des Wissenschaftsrates am 2. Oktober 1997 in Bonn (Auszug)**

Im deutschen Einigungsprozeß wuchs dem Wissenschaftsrat die umfassendste Aufgabe in seiner 40jährigen Geschichte zu: Die Begutachtung der gesamten außeruniversitären Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin, damit verbunden die Empfehlungen für die Veränderung und den Neuaufbau der dortigen Hochschullandschaft. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR waren wenig Kenntnisse über den jeweils anderen Teil Deutschlands vorhanden, kein Wissen über innere Zusammenhänge, über Organisations- und Machtstrukturen im Wissenschaftsbereich, über Berufs- und Veröffentlichungspraxis, über Industriekooperation und Finanzierungsfragen, über persönliche Befindlichkeiten der einzelnen in ihrem Umfeld. Es galt, diese anfängliche Barriere der Sprachlosigkeit, verursacht durch die 40jährige geteilte Geschichte, in einem sehr frühen Stadium des Einigungsprozesses „zu durchtunneln“. In seinen Arbeitsgruppen und im Wissenschaftsrat selbst kamen Wissenschaftler und Politiker aus Ost und West zum Teil schon deutlich vor dem Vollzug der staatlichen Vereinigung zusammen. Sie berieten gemeinsam Voraussetzungen, Grundlagen, Chancen, Möglichkeiten und Perspektiven im Einigungsprozeß und konzentrierten sich dann unter dem Druck der Zeit auf das Machbare.

Auf der gestrigen zentralen Veranstaltung zur Eröffnung der Tage der Forschung 1997 in Jena im Beisein des Bundeskanzlers wurde die beeindruckende Bilanz von über 60 außeruniversitären Forschungseinrichtun-

gen, Universitäten und Fachhochschulen gezogen. Wir haben in den neuen Ländern durch die Arbeit des Wissenschaftsrates und die politische Umsetzung eines Großteils seiner Empfehlungen eingeleitet, was heute eine Forschungs- und Hochschullandschaft ist, die lebt, agiert und sich im nationalen und internationalen Wettbewerb immer besser behauptet.

Der Umstrukturierungsprozeß war begleitet von Friktionen, abrupt beendeten Wissenschaftlerkarrieren und einer großen Zahl von tragischen Einzelschicksalen. Die heutige hohe Akademikerarbeitslosigkeit, verstärkt durch das Zusammenbrechen der Industrieforschung, ist außerordentlich bedauerlich. Es muß dafür gesorgt werden, daß dieses kreative Potential in der gegenwärtigen Situation, in der wir die Innovationschwäche Deutschlands beklagen, wieder sinnvoll für den wirtschaftlichen Aufschwung genutzt wird; denn isolierte, ausgeschaltete Kreativität bewirkt Haß, Neid, Aggressivität, Opposition und Verwenden der brachliegenden Energien zu schädlichen Antikonzepten.

Und im Nachhinein wünschte ich mir, daß die Interdisziplinarität mit offeneren Fakultätsgrenzen oder der hohe Wert, der im Osten Deutschlands didaktisch gut aufbereiteten Lehrveranstaltungen und einer stärkeren Hinwendung zu den Studierenden beigemessen wurde, sofort an die West-Universitäten „exportiert“ worden wäre. Hieß es doch im Juli 1990 in dem Papier des Wissenschaftsrates: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutsche Einheit: „Zwölf Empfehlungen“ (ich zitiere): „Insgesamt gesehen kann es nicht einfach darum gehen, daß bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen. Vielmehr bietet der Prozeß der Vereinigung auch der Bundesrepublik die Chance, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Neuordnung bedürfen.“ Diese Chance konnte zwar 1990 so nicht genutzt werden, aber sie ist für uns noch immer offen.

(Wissenschaftsrat)

Schaumann: Bundesinitiative stärkt Kompetenz in der Hochschulforschung

Der Staatssekretär im BMB+F, Dr. Fritz Schaumann, erklärte anlässlich der Eröffnung des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg:

Kapazität und Kompetenz im Bereich Hochschul- und Wissenschaftsforschung sind in Deutschland noch nicht auf internationalem Niveau. Über 300 Hochschulen und nahezu 900 außeruniversitären Einrichtungen stehen lediglich einzelne Einrichtungen der Hochschulforschung gegenüber. Deshalb mußte diese Kapazität erweitert werden. Dazu haben wir hier heute mit der Gründung des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg den Grundstein gelegt.

Den personellen Grundstock des neuen Wittenberger Instituts bilden einige der Mitarbeiter der Projektgruppe Hochschulforschung, die der Bund unmittelbar nach der Abwicklung des Zentralinstituts für Hochschulbildung der ehemaligen DDR im Jahre 1990 eingerichtet und finanziert hat. In den zurückliegenden Jahren hat diese Gruppe mit vielfältigen Arbeiten zur Erneuerung von Hochschule und Forschung in den neuen Ländern beigetragen, die vorhandene Bibliothek und spezielle Literaturdatenbank gepflegt, zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht und vor kurzem das „Handbuch zur Hochschulerneuerung“ vorgelegt. Das ist ein kleines Stück gelungener deutscher Einheit.

Das Institut ist eine Einrichtung an der Martin-Luther-Universität in Wittenberg und wird von Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz geleitet. Es ist untergebracht in den Räumen des restaurierten Seitenflügels des Fridericianums, dem alten Wittenberger Universitätsgebäude. Es ist derzeit die einzige wissenschaftliche Einrichtung in den neuen Ländern, die sich mit Forschung über Hochschulen, Hochschulentwicklung und Hochschulbildung befaßt. Im Mittelpunkt der Forschung des Instituts steht vor allem die Entwicklung des Hochschulwesens in den neuen Ländern. Dabei soll der Blick auf die Entwicklungen vor allem in Europa ausgedehnt werden. Mit seinen Forschungsarbeiten steht das neue Institut an der Schnittstelle zwischen ostdeutscher Tradition, gesamtdeutscher Problemreflexion und international vergleichenden Annäherungen an seinen Forschungsgegenstand.

Das Institut verfügt über eine beachtliche Bibliothek mit ca. 50.000 Bänden und etwa 200 Zeitschriften. Darunter befinden sich einige wichtige Bestände für Forschungen über das Bildungs- und Hochschulsystem der ehemaligen DDR und Mittel- sowie Osteuropas. Im Wissenschaftlichen Beirat des Instituts werden renommierte Hochschul- bzw. Bildungsforscher aus Deutschland und Europa mitwirken. Das Institut wird vom Bund und dem Land Sachsen-Anhalt im Verhältnis 1 zu 2 finanziert; seine Kosten im laufenden Haushaltsjahr belaufen sich auf ca. 1,2 Mio. DM.

(Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie)

hochschule ost 1/1998

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst: Das Unverständnis der Frau Schwarz

Frau Schwarz¹ hat die Äußerungen des Wissenschaftsministers und der CDU-Fraktion mit „Unverständnis“ aufgenommen. Da hat sie ein klares Wort gesprochen. Offenbar versteht sie wirklich überhaupt nichts. Der Wissenschaftsminister hat gesagt: „In keinem Fachgebiet dürfen mehr Studenten aufgenommen werden, als mit dem Personal dieses Fachgebietes ausgebildet werden können.“ Das ist nun eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Außerdem gibt es dafür seit vielen Jahren bundesweit geltende Normen. Einige wenige Fachgebiete in Sachsen haben sich nicht daran gehalten. Und als dies Mitte Dezember 1997 öffentlich wurde, hat der Wissenschaftsminister das öffentlich kritisiert und angekündigt, dafür zu sorgen, daß das in Zukunft unterbleibt. Das ist seine Pflicht.

Sachsen hat seine Hochschulen so ausgestattet, daß bis zu 90.000 Studenten ausgebildet werden können. Jetzt haben wir über 70.000 Studenten, können und wollen also noch mehr Studenten haben. Natürlich können wir unsere Studienplätze nicht auf wenige Studiengänge konzentrieren, weil dies die Zukunft des Landes und die Zukunft der jungen Leute ruiniert würde. Auch das ist eine Binsenweisheit.

Frau Schwarz sollte besser ihre Inkompetenz für sich behalten.

(SMWK, Pressemitteilung vom 8.1.1998)

hochschule ost 1/1998

¹ Gisela Schwarz, wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion der SPD im Sächsischen Landtag.

Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1996. Biobibliographisches Verzeichnis deutschsprachiger Wissenschaftler der Gegenwart. [1] Geistes- und Sozialwissenschaften. [2] Medizin. Naturwissenschaften. Technik. 17. Ausg. Berlin, New York: Walter de Gruyter, XII, 1914; XII, 1960 S. Geb. 8^o. Bd. 1 und 2 zus. 1160,-, einzeln je 650,- DM.

Der „Kürschner“, „Who is who?“ der deutsch(sprachig)en Wissenschaft, ist unlängst in 17. Auflage erschienen. Die 16. Ausgabe von 1992, also aus der Umbruchphase, hatte noch viele Lücken. Jetzt liegt die erste Auflage vor, die, ungeachtet der noch immer großen Fluktuation an den Hochschulen der neuen Bundesländer, eine gewisse Ausgewogenheit aufweist.

Es sind 6000 HochschullehrerInnen erfaßt, die überwiegend in deutscher Sprache publizieren und/oder an deutschsprachigen wissenschaftlichen Institutionen tätig sind oder waren, also auch im nichtdeutschsprachigen Ausland tätige Deutsche (z.B. Wolfgang Mieder/Burlington und Walter Puchner/Athen), ausländische GastprofessorInnen deutscher Hochschulen, Emeriti; Habilitierte, die noch keine Dozentur haben.

Die Daten, die durchweg auf Angaben der WissenschaftlerInnen zurückgehen, wurden überprüft und, soweit möglich, aktualisiert. Redaktionsschluß war Juli 1996. Teil 1 jedes Lemmas umfaßt Biographisches: Name, akademische Grade, Titel, derzeitige Stellung, Adresse, Telefon, Geburtsdatum und -ort, wissenschaftliche Laufbahn, Auszeichnungen, Mitgliedschaften in Akademien usw., Hauptarbeitsgebiete. Teil 2 gibt alle selbständigen wissenschaftlichen Publikationen in Print- und sonstigen Medien mit Jahr (leider ohne Ort), neuester Auflage und Übersetzungen in andere Sprachen an, (Mit-)Herausgeberschaft bei Büchern und Periodika, Veröffentlichungen über den Betreffenden, Festschriften für ihn etc. Neu ist, daß Beiträge in Sammelwerken und Zeitschriften nur noch summarisch aufgeführt werden („90 Zeitschr.-Aufs.“): Detaillierte Angaben werden, soweit sie vorlagen, auf CD-ROM gespeichert („zwei bis drei Millionen bibliographischer Einheiten“); in diesem Fall steht am Ende des Lemmas: CD. (Die CD-ROM erscheint 1997.) Dadurch konnte der Umfang des Ganzen von drei auf zwei Großoktavbände verringert werden. Einer ist den Geistes- und Sozialwissenschaften gewidmet, einer der Medizin, den Naturwissenschaften und der Technik – eine sinnvolle Entscheidung, die kaum zu Irritationen führen dürfte.

Für jeden, der sich, aus welchem Anlaß auch immer, über einen deutschsprachigen bzw. an einer deutschsprachigen Institution tätigen/tätig gewesenen Wissenschaftler informieren will, ist der „Kürschner“ außerordentlich wichtig,

hochschule ost 1/1998

und zwar nicht nur für Wissenschaftler. Denkbar ist etwa, daß sich ein Politiker über den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, einen bekannten und anerkannten Wirtschafts- und Arbeitsrechtler, ins Bild setzen möchte. Aus 25 Zeilen erfährt er außer Geburtsdatum, Promotions- und Habilitationsjahr, Publikationen usw. auch, daß Kurt Biedenkopf 1971-73 Mitglied der Geschäftsführung der Henkel GmbH, 1973-77 Generalsekretär der CDU, 1990 Gastprofessor an der Universität Leipzig war, ferner, daß ihm 1974-93 vier ausländische Universitäten die Ehrendoktorwürde verliehen haben.

Zahlreiche Stichproben ergaben weitgehende Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Angaben. Unter den im Ausland tätigen deutschen Wissenschaftlern vermißte ich den Klassischen Philologen Albert Henrichs (Harvard) und den Neuzeithistoriker Hagen Fleischer (Athen). Roesler, Wolfgang ist zu streichen: Der frühere Konstanzer Klassische Philologe ist mit dem zuvor genannten, an der HUB lehrenden Rösler identisch. Die Bochumer Byzantinistin/Neogräzistin heißt Rosenthal-Kamarinea.

Aber der „Kürschner“ bietet noch mehr. Der Nekrolog teilt die seit 1991 ermittelten Todesfälle von in früheren Ausgaben berücksichtigten WissenschaftlerInnen mit. – Der Festkalender listet vom 1. 1. 1997 bis zum 31. 12. 2001 anfallende runde Geburtstage auf; dies ist für Wissenschaftsministerien und ähnliche Dienststellen bedeutsam. – Sehr nützlich auch das Register der Wissenschaftler nach Fachgebieten. Aus Raumgründen ist hier meist nur *ein* Gebiet genannt, doch findet sich z. B. Biedenkopf sowohl unter Wirtschafts- als auch unter Arbeitsrecht. Die recht große und etwas disparate Rubrik „Klassische Philologie, Byzantinistik, Mittel- und Spätlatinistik“ – als Fächergruppe, die die Klassische Philologie und ihre Tochterdisziplinen umfaßt – sollte um die Neogräzistik erweitert werden, die in der Regel institutionell und personell mit der Byzantinistik (im Sinne von: Byzantinische Philologie) gekoppelt ist. Statt „Mittel- und Spätlatinistik“ muß es, der Chronologie der jeweiligen Wissenschaftsobjekte entsprechend, umgekehrt „Spät- und Mittellatinistik“ heißen, geht es hier doch um spätantike und mittelalterliche Sprache und Literatur (I 701 wird von Wolfgang Kirsch zutreffend gesagt, daß er Spezialist für „Lateinische, Spät- und Mittellateinische Philologie“ ist), bzw. gegebenenfalls „Spät-, Mittel- und Neolatinistik“. – Beigabe 4 umfaßt die deutschsprachigen wissenschaftlichen Verlage mit ihren Hauptgebieten. Hier fehlt z. B. Carl Winter, Heidelberg. Die Aufstellung wäre übersichtlicher, wenn etwa bei Walter de Gruyter der Familienname, der für die alphabetische Einordnung unter G maßgeblich ist, durch Sperrung, größere Type o.ä. hervorgehoben würde.

Ein für jeden Wissenschaftler und jede wissenschaftliche Einrichtung (Rektorate!), zumal jede wissenschaftliche Bibliothek unentbehrliches Standardwerk in vorzüglicher Ausstattung (Druck, Einband), für das man dem auch sonst um die Wissenschaft sehr verdienten Verlag nicht dankbar genug sein kann.

Jürgen Werner (Leipzig)

hochschule ost 1/1998

1. DDR-Wissenschafts- & -Hochschulgeschichte

Mählert, Ulrich/Stephan, Gerd-Rüdiger: *Blaue Hemden. Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend.* (Edition Deutschlandarchiv). Verlag Leske + Budrich, Opladen 1996. 286 S. DM 29,80. Im Buchhandel.

Die FDJ hatte als einzige in der DDR zugelassene Jugendorganisation – auch in der Studierendenschaft – ein Organisationsmonopol. Auf umfangreicher Quellengrundlage und mit zahlreichen Illustrationen versucht das Buch eine Schilderung der Geschichte der FDJ von ihren Anfängen 1945/46 bis zu ihrem Ende 1989/90.

Schorn-Schütte, Luise (Hg.): *Ideologie und wissenschaftliche Verantwortung. Zielsetzungen und Praxis von Forschung, Lehre und Studium der Geschichtswissenschaft an der PH „Karl Liebknecht“ Potsdam und am Historischen Institut der Universität Potsdam. Dokumentation der Veranstaltung vom 05.07.1995 Universität Potsdam Haus 11/113.* Potsdam 1996. 79 S. Bezug bei: Universität Potsdam, Historisches Institut, PF 60 15 53, 14415 Potsdam.

Das von der geschäftsführenden Direktorin des Historischen Instituts herausgegebene Heft dokumentiert ein 1995 stattgefundenes Forum. Neben der Einleitung von Schorn-Schütte finden sich darin das Referat von Mitchell Ash (Iowa) über „Wissenschaftswandel in historischen Umbruchsituationen (1933, 1945, 1989)“, die „Informationen und Gedanken zur Geschichte der Historiker an der Universität Potsdam (1988/89 bis 1991)“ von Helmut Assing, weiterhin der Vortrag von Dagmar Klose über „Geschichtswissenschaften in Potsdam. Transmissions- oder Transformationsprozeß? Von der Sektion Geschichte zum Historischen Institut (1989-1995)“, „Erinnerungen“ von Lutz Partenheimer sowie von Konrad Jarusch (North Carolina) „Erfahrungen Potsdamer Historiker mit dem Umbruch. Einige abschließende Überlegungen“.

Krause, Günter: *Die „Revisionismus-Debatte“ in den Wirtschaftswissenschaften der DDR* (Arbeitsberichte Nr. 2/96). Hrsg. von Frankfurter Institut für Transformationsstudien. Frankfurt (Oder) o.J. (1996). 35 S. Bezug bei: Europa-Universität, Frankfurter Institut für Transformationsstudien, PF 776, 15207 Frankfurt (Oder).

Eine im Zeitraum 1955-1958 unter DDR-Wirtschaftswissenschaftlern geführte theoretische Diskussion firmierte angesichts der ihr von der SED verliehenen politischen Dimension unter „Revisionismus-Debatte“. Die in diesem Heft vorgestellte damalige Diskussion markierte den Versuch, alternative Entwicklungen in Theorie und Praxis der DDR-Planökonomie aufzuzeigen und in Gang zu setzen. Sie belege, so der Autor, daß es zumindest ansatzweise streitbare, anregende, in Varianten und Alternativen operierende wirtschaftswissenschaftliche Kapazitäten gab. Jedoch hätten sich diese im „staatsmonopolistischen Sozialismus“ gegen die Parteielite nicht durchsetzen können.

Will, Rosemarie (Hg.): *Rechtswissenschaft in der DDR. Was wird von ihr bleiben?* (Wissenschaftliche Schriften: Recht). Pro Universitate Verlag, Sinzheim 1995. 111 S. DM 69,-. Im Buchhandel.

Die Publikation enthält Beiträge eines Kolloquiums, das an der Humboldt-Universität 1994 zu Ehren des ersten Dozenten der früheren Sektion Rechtswissenschaft, der als Dozent der neuen Juristischen Fakultät in den Ruhestand getreten ist, stattfand. Neben einem Vorwort von Bernhard Schlink enthält der Sammelband die Beiträge: „Was bleibt?“ Für Dr. Friedrich

Tech aus Anlaß seiner Emeritierung“ (Rosemarie Will), „Guter Abschied nach böser Vergangenheit? Von einem ‘Unrechtsstaat’ und seinen ‘Unrechtlern’“ (Andreas Gängel), „Was bleibt von Forschung und Lehre des Staats- und Verwaltungsrechts der DDR?“ (Bernhard Hohmann), „Der ‘Unrechtsstaat’ DDR und sein ausgeschlagenes Erbe“ (Kurt Wünsche), „Aspekte und Kriterien der Vergangenheitsbeurteilung in historischer Sicht“ (Horst Kuntschke), „Zur Gesetzgebung in den neuen Bundesländern in der 1. Legislaturperiode“ (Hans-Jürgen Will) und „Staatsformen. Gestern, heute, morgen“ (Friedrich Tech).

Hoffmann, Dieter/Neumann, Karl (Hg.): *Erziehung und Erziehungswissenschaften in der BRD und der DDR. Bd. 1: Die Teilung der Pädagogik (1945-1965).* Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1994, 385 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

Vorträge eines Symposiums unter dem Titel „Die Teilung der Pädagogik. Erziehung und Erziehungswissenschaft in der BRD und der DDR. 1945-1965“, das im Herbst 1993 in Steinhorst und Gifhorn stattfand. Folgende Beiträge sind im hiesigen Kontext relevant: „Bildungspolitik in Deutschland 1945 -1965. Aspekte und Probleme eines Vergleichs zwischen der Bundesrepublik Deutschland der Deutschen Demokratischen Republik in historischer und aktueller Sicht“ (Oskar Anweiler), „Konzeptionelle Fragen der Theorieentwicklung auf pädagogischem Gebiet, bezogen auf die SBZ/DDR und den Zeitraum von 1945-1956/57“ (Edgar Drefenstedt), „Zu den Leistungen und zur Auflösung der Pädagogischen Fakultäten in der SBZ/DDR 1945/46-1955“ (Paul Mitzenheim), „Kontinuität und Transformation klassischer Bildungstheorie im DDR-Bildungswesen“ (Gerhart Neuner), „Von der Unterrichtslehre zur wissenschaftlichen Didaktik und deren Ausdifferenzierung. Die Entwicklung der Allgemeinen Didaktik in der BRD und in der DDR von 1945-1965.“ (Manfred Bönsch), „Reformpädagogik contra Sozialistische Pädagogik. Aspekte der reformpädagogischen Diskussion in den vierziger und fünfziger Jahren“ (Christa Uhlig), „Polytechnische Erziehung in der DDR. Ausgangsidee, Anfänge, Realisierungsprobleme“ (Wolfgang Reischock), „Distanz und Nähe zur Anthropologie in den DDR-Erziehungswissenschaften“ (Dieter Kirchhöfer), „Fortwirkende Elemente der Marxschen Bildungskonzeption“ (Heinz-Hermann Schepp) und „Vergessene Unterschiede der Pädagogiken in Ost- und Westdeutschland“ (Dietrich Hoffmann).

Hoffmann, Dieter/Neumann, Karl (Hg.): *Erziehung und Erziehungswissenschaften in der BRD und der DDR. Bd. 2: Divergenzen und Konvergenzen (1965-1989).* Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1995, 397 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

Der Band dokumentiert das im Herbst 1994 veranstaltete Symposium „Divergenzen und Konvergenzen in Theorie und Praxis der Erziehung beider deutschen Staaten 1966-1989“. Im hiesigen Kontext sind folgende Beiträge von Interesse: „Objekttheoretische Themen der Allgemeinen Pädagogik in der DDR 1965-1990“ (Wolfgang Eichler), „Anthropologische Wende‘ in der DDR-Pädagogik“ (Gerhart Neuner), „Bildungsziele zwischen affirmativer und reflektierender Lernzielnormierung. Vorüberlegungen zur Analyse von Konvergenzen und Divergenzen in ost- und westdeutschen Lehrplänen“ (Dietrich Benner/Horst Sladek), „Exemplarische Reminiszenzen zur Entwicklung der Didaktik in der DDR (unter besonderer Berücksichtigung der Zeit nach dem sogenannten ‘Bildungsgesetz’ 1965)“ (Wolfgang Steinhöfel), „Friedenserziehung – ein besonders sensibler und problematischer Bereich politische Bildung in der DDR“ (Christa Uhlig), „Die Rezeption der DDR-Pädagogik in der Bundesrepublik Deutschland und die Frage nach dem Marxismus“ (Kurt Beutler), „Ent- und Re-Ideologisierung in den Erziehungswissenschaften der DDR in den 80er Jahren – der Versuch einer flexiblen Ideologisierung“ (Dieter Kirchhöfer) und „Unübersehbare Gegensätze der Pädagogiken in Ost- und Westdeutschland“ (Dieter Hoffmann).

Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg (Hg.): *Verstörte Gewissen. Beschädigte Seelen. Die Kinder- und Jugendpsychologie des MfS und ihre Folgen. 2.-4. Februar 1996 im Haus der Kirche Berlin. 23.-24. März 1996 in Schwerin. Reader.* Berlin o.J. (1996). 198 S. DM 10,-. Bezug bei: Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg, Goethestr. 27-30, 10625 Berlin.

hochschule ost 1/1998

hochschule ost 1/1998

Der Reader zur Tagung beinhaltet neben einem Vorwort von Rudi K. Pahnke das Thema betreffende Kopien verschiedener MfS-Dokumente, die die Nutzung psychologischer Forschungsergebnisse in der MfS-Arbeit belegen. Darunter finden sich Auszüge aus MfS-Studienmaterialien und Forschungsarbeiten zur Anwendung von psychologischen Erkenntnissen für die geheimdienstliche Arbeit mit Jugendlichen.

Kommission zur Aufklärung von Mißbrauch in der Ost-Berliner Psychiatrie (Hg.): *Ab-schlußbericht*. Berlin 1995. 51 S. Bezug bei: Senatsverwaltung für Soziales, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, An der Urania 4-10, 10787 Berlin.

Die Kommission bestätigt die bereits von Untersuchungsgremien, die während der letzten DDR-Monate tätig waren, formulierte Annahme, daß es eine politisch motivierte Zwangspsychiatisierung von gesunden Dissidenten, wie in der Sowjetunion praktiziert, in der DDR nicht gegeben hat. Sie äußert jedoch ihr Befremden über die systematische Verletzung der Schweigepflicht durch Ärzte als Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und das folgenlose und nicht hinterfragte Weiterpraktizieren derselben Ärzte in der Gegenwart.

Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung der Vergangenheit der Psychiatrie im Land Brandenburg für die Zeit des Bestehens der DDR (Hg.): *Bericht der unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung der Vergangenheit der Psychiatrie im Land Brandenburg für die Zeit des Bestehens der DDR*. Potsdam 1995. 23 S. Bezug bei: Brandenburgisches Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 60 11 63, 14411 Potsdam.

Der Bericht stellt fest, daß es einen politischen Mißbrauch der Psychiatrie im Sinne der Psychiatrisierung psychisch gesunder Gegner nicht gegeben hat. Jedoch seien schwerwiegende Einzelfälle zu verzeichnen. Kritik wird an schleppender und unzureichender Überprüfung durch die Landesregierung Brandenburg zu MfS-Strukturen in diesem Bereich geübt. Dies hatte die Erkenntnisgewinnung der Kommission verzögert.

Feist, Günter/Gillen, Eckart/Vierneisel, Beatrice (Hg.): *Kunstdokumentation SBZ/DDR 1945-1990. Aufsätze. Berichte. Materialien*. Hrsg. vom Museumspädagogischen Dienst Berlin. DuMont Buchverlag, Berlin 1996. 832 S. DM 78,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Rahmen verdienen in diesem aufwendig gestalteten Band folgende Beiträge besonderes Interesse: „Von der ‘Kunstschule des Nordens’ zur sozialistischen Hochschule. Das erste Jahrzehnt der Kunsthochschule Berlin-Weißensee“ (Hiltrud Ebert), „Bilder aus Halle 1945-1958“ (Andreas Hüneke), „Kunst in Dresden. Die Anfänge nach 1945“ (Dieter Hoffmann), „Man hatte keine Wahl ...“ Dieter Goltzsches Studienjahre in Dresden und Berlin 1952-1959“ (Karin Thomas), „Leitbild Leipzig. Beiträge zur Geschichte der Malerei in Leipzig von 1945 bis Ende der achtziger Jahre“ (Henry Schumann), „‘Kulturarbeit’ als Selbstbehauptung. Kunst in wissenschaftlichen Instituten der DDR“ (Eberhard Gäbler) und „Der Zeichner Gerhard Kettner, die Hochschule für Bildende Künste Dresden und die Staatssicherheit. Versuch eines Portraits in ‘Zeiten mit Schwächeanfällen’“ (Mirjam Schaub).

2. Ostdeutsche Wissenschaftsentwicklung & -politik

Opolony, Bernhard: *Die Kündigungsgründe des Einigungsvertrages* (KSPW: Transformationsprozesse Bd. 20). Hrsg. vom Vorstand der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern KSPW. Verlag Leske + Budrich, Opladen 1996. 164 S. DM 36,-. Im Buchhandel.

Gegenstand des Buches sind diejenigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen des Einigungsvertrages, die den öffentlichen Arbeitgebern Kündigungsmöglichkeiten gegenüber solchen Personen boten, die ihnen aufgrund ihrer Tätigkeit in DDR-Einrichtungen untragbar schienen.

hochschule ost 1/1998

Berücksichtigt wird die Rechtsprechung und Literatur bis Oktober 1995. Dabei ist die Untersuchung begrenzt auf Kündigungen im öffentlichen Dienst wegen früherer Tätigkeit für das MfS und wegen früherer Betätigung in politischen Organisationen der DDR. Dargestellt und bewertet werden sowohl Rechtsetzung wie arbeitsgerichtliche Praxis.

Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen AiF "Otto von Guericke" (Hg.): *Personalförderung Ost – PFO. 1992-1995*. Berlin o.J. (1996). 179 S. Kostenlos bei: Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen, Außenstelle Berlin, Tschaikowskistr. 49, 13156 Berlin.

Im Mittelpunkt dieser Broschüre stehen die Ergebnisse des Förderprogramms des Bundesministeriums für Wirtschaft „Zuschüsse zur Stützung des FuE-Potentials in kleinen und mittleren Unternehmen in den neuen Bundesländern – Personalförderung Ost (PFO)“. Dargestellt werden die Forschungs- und Entwicklungsprofile und die FuE-Ergebnisse der geförderten Unternehmen.

Wirtschafts-Initiativen für Deutschland wir. (Hg.): *Industrieforschung in den neuen Bundesländern – eine Zwischenbilanz. Dokumentation* (wir. Drucksache Nr. 14). Berlin 1996. 61 S. Kostenlos bei: Wirtschafts-Initiativen für Deutschland e.V., Uhlendstr. 29, 10719 Berlin.

Diese Broschüre dokumentiert u.a. die Redebeiträge, die Gemeinsame Erklärung, den Pressepiegel und die Teilnehmer des 96er Symposiums Industrieforschung in Berlin.

Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen AiF "Otto von Guericke" (Hg.): *Industrielle Gemeinschaftsforschung in den neuen Bundesländern. 1990-1995*. Berlin o.J. (1996). 292 S. Kostenlos bei: Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen, Außenstelle Berlin, Tschaikowskistr. 49, 13156 Berlin.

Ausgewählte Ergebnisse der industriellen Gemeinschaftsforschung kleiner und mittlerer Unternehmen in Ostdeutschland stellt diese Broschüre vor. Basis hierfür ist die Darstellung der Forschungs- und Entwicklungsprofile und der FuE-Ergebnisse der erwähnten Einrichtungen.

Technologie- und Innovations-Agentur Brandenburg T.IN.A, Geschäftsstelle Wittenberge (Hg.): *Innovationsstandort Brandenburg*. Wittenberge 1996. 2 Bde. 384 + 376 S. DM 20,-. Bezug bei: Technologie- und Innovations-Agentur Brandenburg T.IN.A, Haus der Wirtschaft, Schlaatzweg 1, 14773 Potsdam.

Das Werk informiert über 300 öffentlich geförderte Industrieforschungsprojekte in 219 Unternehmen sowie Forschungsthemen und Arbeitsschwerpunkte an den Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

3. Wissenschaft und Hochschulen in Osteuropa

Bessenyei, Istvan/Melchior, Josef: *Die Hochschulpolitik in Österreich und Ungarn 1945-1995. Modernisierungsmuster im Vergleich* (Wiener Osteuropa Studien Bd. 3). Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1996, 314 S. DM 95,-. Im Buchhandel.

Ungarn und das ungarische Hochschulwesen waren bereits seit den frühen sechziger Jahren Vorreiter einer relativen Liberalisierungspolitik, und die Systemtransformation begann dort im eigentlichen 1985, als der Staat den Hochschulen partielle Autonomie gewährte. Die vergleichende Untersuchung konzentriert sich auf strukturelle und curriculare Entwicklungen und fördert einige interessante österreichisch-ungarische Gemeinsamkeiten zutage.

Eimermacher, Karl/Hartmann, Anne (Hg.): *Russische Hochschulen heute. Situationsberichte und Analysen 1995*. Hrsg. vom Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur. Bochum 1995. 120 S. Kostenlos bei: Lotman-Institut, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum.

hochschule ost 1/1998

Die Broschüre dokumentiert Außen- und Innensichten der Hochschulsituation in der Russischen Föderation. Hervorgegangen ist die Textsammlung aus Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der 1992 durch die NRW-Landesregierung ausgesprochene Ernennung eines Beauftragten für die Beziehungen zu den Hochschulen in Rußland und den europäischen GUS-Staaten stehen. Im einzelnen enthält die Veröffentlichung folgende Beiträge: „Zur Lage der geisteswissenschaftlichen Fächer und zur Umstrukturierung der Hochschulen in Rußland“ (K. Eiermacher), „Eine Hochschullandschaft im Umbruch“ (A. Hartmann), „Zur Situation der Hochschulen in der Russischen Föderation“ (K. Akopjan), „Probleme und Perspektiven der Hochschule in der russischen Provinz“ (A. Terechin), „Private Hochschulgründungen in Rußland am Beispiel Samara“ (N. Ryman), „Jaroslavl – Hessen: Strukturwandel mit Partnerschaftshilfe“ (S. Potapova), „Zur Situation im Fachbereich Germanistik der Pädagogischen Universität Jaroslavl“ (M. Kolesnikova), „Kazan – eine Studentenstadt auf der Suche nach neuen Orientierungen“ (L. Volkova), „Gesundenschumpfen durch Zusammenlegung von Universitäten. Die Stadt Novgorod und ihre Hochschulen“ (L. Nikolaeva), „Von einer Pädagogischen Hochschule zur Pädagogischen Universität: das Beispiel Vologda“ (S. Kibardina) sowie weitere Beiträge zu Tambov, Stavropol, Ural Abakan und Barnaul.

Eiermacher, Karl/Hartmann, Anne (Hg.): *Der gegenwärtige russische Wissenschaftsbetrieb. Innenansichten*. Hrsg. vom Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur. Bochum 1996. 131 S. Kostenlos bei: Lotman-Institut, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum.

Dokumentation einer Tagung zum Thema, wobei insbesondere die Voraussetzungen wissenschaftlichen Arbeitens und der Öffentlichkeitscharakter von Wissenschaft unter den aktuellen Bedingungen aus der Innensicht der Betroffenen behandelt wurde. Im einzelnen folgende Beiträge: „Bewegung, Stillstand und Reformversuche im russischen Hochschul- und Wissenschaftssystem“ (K. Eiermacher), „Bildungskorruption“ (S. Margolina), „Tendenzen und Probleme in der Entwicklung der russischen Hochschule aus der Sicht eines Studierenden“ (A. Brusin), „Die Hochschulen der Stadt Kursk 1992-1995“ (V. Gvozdev), „Zum Stand des Wissenschaftsbetriebs an der Chakassischen Staatlichen Universität“ (I. Amzarakova, V. Tugusekova), „Die heutige Situation an der Russischen Akademie der Wissenschaften“ (L. Slavgorodskaja), „Die Finanzierung der Geisteswissenschaften in Rußland“ (V. Zidkov), „Wissenschaft und Bildung in Rußland“ (M. Buben), „Entwicklung des Archivwesens der Russischen Föderation“ (T. Pavlova), „Entwicklungstendenzen der Geschichtswissenschaft in Rußland“ (T. Gorjaeva), „Wie autonom ist die russische Geschichtswissenschaft?“ (G. Bordjugov), „Verlagswesen und Buchhandel in Rußland im Bereich der Geisteswissenschaften“ (V. Anašvili), „A Needs Assessment of Social Science Higher Education in Central and Eastern Europe“ (D. Calingaert), „Ein neuer Eiserner Vorhang“ (K. Eiermacher).

Eiermacher, Karl/Hartmann, Anne (Hg.): *Deutsch-russische Hochschulkooperation: Erfahrungsberichte*. Hrsg. vom Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur. Bochum 1996. 156 S. Kostenlos bei: Lotman-Institut, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum.

Der Band enthält Erfahrungsberichte deutscher HochschullehrerInnen über ihre Rußlandkontakte. Im einzelnen folgende Beiträge: „Bedingungen eines Strukturwandels des Hochschul- und Wissenschaftssystems in Rußland“ (K. Eiermacher), „Von der Euphorie zur Ernüchterung. Perestrojka der Kooperation“ (A. Hartmann), „Zum Alltagsgeschäft russisch-deutscher Hochschulzusammenarbeit“ (A. Hartmann), „Erfahrungen deutsch-russischer Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Situation“ (F. Schmidt), „Zur Kooperation der Evangelischen Fachhochschule Bochum mit der Pädagogischen Universität Vologda“ (E.-U. Huster), „Die Kooperation Bonn – Jakutsk. Erneuerung des Fremdsprachenunterrichts in der Republik Sacha“ (D. Faulhaber), „Osteuropakontakte der Potsdamer Slavistik“ (K. Bergner u.a.), „Bericht über das Tempus Joint European Project 'Istoriya – International Support for the Teaching and History in Russia and Yaroslavl'“ (S. Merl), „Zur Partnerschaft Niznij Novgorod – Magdeburg“ (G. Goes u.a.), „Hochschulkooperation Münster – Rjazan (Diplom- und Lehrerausbildung für Politikwissenschaft)“ (A. Kohl u.a.), „Erfahrungsbericht über das INTAS-Projekt 'Muslim Culture in Russia and Central Asia from the 18th to the 20th Centu-

ries“ (A. von Kügelgen u.a.), „Russen im römischen Trier“ (H. Heinen), „Bildung und Wissen. Plädoyer für eine russisch-deutsche Synthese“ (F. Heberlein) sowie weitere Berichte zu Dortmund – Rostov (U. Kittler) und Bochum – Minsk (H. Jachnow).

Eiermacher, Karl/Laß, Karen (Hg.): *Transformation von Hochschulen und Wissenschaftsbetrieb: Westliche Sichtweisen auf den Umbruch in Rußland*. Hrsg. vom Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur. Bochum 1997. 139 S. Kostenlos bei: Lotman-Institut, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum.

Der Band enthält Erfahrungsberichte deutscher HochschullehrerInnen über ihre Rußlandkontakte. Im einzelnen folgende Beiträge: „Rußlands Wissenschafts- und Hochschulsystem: Reformwille, Selbstblockaden, Perspektiven“ (K. Eiermacher), „The Rise of Private Higher Education in Russia. A Case Study of Krasnodar“ (M. Hemesath), „Rubel, Doller, Studienplätze. Umbrüche an Rußlands Hochschulen“ (U. Kollatz), „Tote Seelen. Die russische Wissenschaft nach der Perestrojka“ (S. Margolina), „Russian elections fail to dampen pioneer spirit“ (N. Holdsworth), „Die russische Jugend vor einer unsicheren Zukunft“ (S. Margolina), „Keine Inseln im Chaos. Rußlands Universitäten“ (J. Breder), „Student intake up in Siberia“ (N. Holdsworth), „Professors go back to schoolroom“ (N. Holdsworth), „City by the Tom opens up to 'white crows'“ (N. Holdsworth), „Survival and renewal. Developments in higher education in post-Soviet Russia 1990-1993“ (G. Avis), „Russians go on hunger strike over science policy“ (N. Holdsworth), „All-Russian foundation cuts red tapes“ (N. Holdsworth), „Die betrogenen Helfer. Neue russische Einreisebestimmungen gefährden die akademischen Austauschprogramme“ (S. Marginola), „Yeltsin stops OU station broadcast“ (N. Holdsworth), „Für eine weltoffene Bildung. Gespräch mit dem russischen Bildungsminister Vladimir Kinelev“ (Y. Gauthier), „Forschungstief über Rußland. Von den finanziellen Hilfen für den Osten profitieren auch die Wissenschaftler im Westen“ (J. Rubner), „What is Special about Russian Special Needs Education?“ (N. Foreman), „Private Hochschulen – Neue Eliten“ (G. Berghorn) sowie Beiträgen zur Kooperation russischer Hochschulen mit Nordrhein-Westfalen (K.-H. Heinemann) und Ostdeutschland (T. Hickmann) und zum Verhältnis Staat – Hochschulen (G. Reul, G. Duda).

Bachmaier, Peter (Hg.): *Hochschulpolitik in Ostmitteleuropa 1945-1995*. Peter Lang Verlag. Frankfurt/M. 1996. 335 S. DM 89,-. Im Buchhandel.

Mit folgenden Beiträgen: „Vom Staat zum Markt – Haupttendenzen der Hochschulpolitik in Ostmitteleuropa 1945-1995“ (P. Bachmaier), „Die Hochschulpolitik der Tschechoslowakei 1945-1989“ (J. Kotásek), „Die Erneuerung der demokratischen Hochschultradition in der Tschechischen Republik nach 1989“ (J. Kotásek), „Die slowakischen Hochschulen in der Periode des 'realen Sozialismus'“ (P. Ondrejko), „Die Zukunft der Hochschulen in der Slowakei“ (I. Radicová), „Die Hochschulpolitik Polens von 1945 bis zur Gegenwart“ (M. Szefer), „Die Hochschulen als Träger der staatlich gelenkten Modernisierung in Ungarn“ (I. Bessenyei), „'Preussisch-sowjetisches' oder mitteleuropäisches Modell?“ (A. Pribersky), „Hochschulentwicklung und Hochschulpolitik in Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten“ (W. Weilguni).

Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropäischen Bibliotheken“ (Hg.): *Zusammenarbeit mit Bibliotheken in Mittel- und Osteuropa*. Deutsches Bibliotheksinstitut. Berlin 1995. 167 S. DM 16,-. Bezug bei: DBI, Alt-Moabit 101A, 10559 Berlin.

Der Band dokumentiert Programme zahlreicher Institutionen zur bibliothekarischen Zusammenarbeit, ausgewählte Beispiele bibliothekarischer Kooperationsverträge sowie einzelne Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa nach Ländern.

Peer Pasternack

Deutschland, zieh dich warm an!

Roman Herzog nimmt dich in die Pflicht!

»Alles mögliche muß sich ändern. Nur wenn wir dies machen, können wir auch das tun. Deshalb müssen die Deutschen umdenken. Gerade heute, wo irgendwas passiert, sind verschiedene Sachen wichtiger denn je. Ohne dies und das geht es nämlich nicht. Das können wir uns auf die Dauer nicht leisten. Verschiedene Sachen müssen wieder wichtig werden. Alles mögliche muß sich wieder lohnen. Gerade das ist die vornehmste Pflicht der Deutschen. Dazu ist es nötig, ver-

schiedene Sachen wieder stärker zu betonen. Wir müssen wieder allerlei lernen. Etwas anderes können wir uns auf die Dauer nicht leisten. Deshalb sage ich immer wieder: Die Jugend muß sich darüber bewußt werden, daß sie irgendwas tun soll. Die Eltern und Erzieher müssen auch irgendwas machen. Alle sind hier gefordert. In diesem Zusammenhang ist

wichtig, daß wir in alles mögliche Vertrauen haben. Man muß vor allem den Firmen sagen, daß auch sie irgendwas machen sollen. Irgendwer muß stärker in die Pflicht genommen werden. Denn alles mögliche ist wichtiger denn je. Das geht uns alle an.«

lh

Unser Bundespräsident will uns wieder eine Rede halten...!



Klaus Stüttmann

aus: Eulenspiegel, 12/1997

1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Die Erneuerung und ihre Kriterien * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink und der Umgang mit der Vergangenheit * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft * Jürgen Teller Honorarprofessor * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG – Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90

2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Frauen in der Ostwissenschaft * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden – Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS * Methodologische Wende? * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung * Zum sächsischen Hochschulgesetz * Personalstruktur-Neugestaltung * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus * Politische Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin – eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

4. Jahrgang 1994/95

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fernstudieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik I * Synopse Hochschulrecht Ost

5. Jahrgang 1995/96

Themenschwerpunkte: Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost * Singularitäten * Erziehungswissenschaft, Potsdamer Modell & Bildungsforschung Ost * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik II * Dialektik der Einpassung * Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem * Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns * Ausbildungsförderung: Politik & Protest in Ost & West * kunsthochschule ost

6. Jahrgang 1997

Themenschwerpunkte: Göttinger Vorträge zum Wissenschaftsumbau Ost * Haushaltspolitik und Hochschulstrukturentwicklung * Akademische Medizin * Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort * Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland * Ostdeutsche Bibliotheken im Wandel

Insgesamt 47 Hefte, 5.341 Seiten. Nachbestellungen nur jahrgangsweise (jeweils DM 100,- zzgl. Versandkosten) oder komplett (DM 450,- zzgl. Versandkosten)

Schutzgebühren: Einzelheft DM 25,-. Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 98,-. PrivatabonnentInnen DM 42,-. Nichtverdienende DM 31,-. (Abo-Gebühren incl. DM 10,- Versandkosten)

Konto: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Kopiervorlage:

Bestellung

Ich bestelle:

- | | | |
|----|---|----------|
| 1. | ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen | DM 0,- |
| 2. | Nachbestellung Jahrgang 19...../..... | DM 100,- |
| | zzgl. Versandkosten | |
| 3. | Nachbestellung 1. - 6. Jahrgang (47 Hefte) | DM 450,- |
| | zzgl. Versandkosten | |
| 4. |mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) | DM 98,- |
| 5. |mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) | DM 42,- |
| 6. |mal <i>hochschule ost</i> im Abo für Nichtverdienende
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) | DM 31,- |
| | (Begründung der Anspruchsberechtigung bitte
unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r
- Vorruheständler/in - Pensionär/in - | |

Sonstiges:.....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

Name

Adresse

Datum

Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

2. Unterschrift

Einzusenden an:

Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig